Kursbuch

Rowohlt · Berlin · September 1991 · Heft 105 · DM 13 · A20281F

Krieg und Frieden

Ernst Tugendhat, Das Friedensproblem
Horst Afheldt, Die neue Nachkriegszeit
Christoph Bertram, Pax Americana Akt II
Christiane Grefe, Ökologische Kosten
Asmus Petersen, Fire and forget
Ulrike Heider, »Eine Nation vor Gott«
Hans-Georg Behr, An der Friedensfront
J. Fritz-Vannahme, Mitterrands Machttraum
Dmitri A. Wolkogonow, Die Rote Armee
Hans-Henning Schröder, Verlierer UdSSR
Elmar Schmähling, Die Zukunft der NATO
Grill / Matthies, Chaosmacht Afrika?
Michael Sontheimer, Händel in Ostasien

extra:
Wolfgang Eichwede, Rußland unterwegs

O.N.

Kursbuch
Begründet von Hans Magnus Enzensberger
Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Redaktion: Ingrid Karsunke

Goethe-Institut e.V. Bibliothek
05

105 Krieg und Frieden September 1991

Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am: .....

Ernst Tugendhat, Das Friedensproblem heute 1
Horst Afheldt, Die neue Nachkriegszeit 3
Christoph Bertram, Pax Americana Akt II 37
Christiane Grefe, Nach dem Krieg die Katastrophe. Die ökologischen Kosten 45
Asmus Petersen, Fire and forget 59
Ulrike Heider, »Eine Nation vor Gott«. Die amerikanischen Intellektuellen im Golfkrieg 73
Hans-Georg Behr, An der deutschen Friedensfront 89
Joachim Fritz-Vannahme, Mitterrands Machtträume 99
Dmitri A. Wolkogonow, Das Verblassen der Roten Armee. Ein Interview von Barbara Kerneck 111
Hans-Henning Schröder, Die Sowjetunion – ein hochgerüsteter Verlierer? 121
Elmar Schmähling, Gesucht: eine Aufgabe für die NATO 133
Bartholomäus Grill / Volker Matthies, Chaosmacht Afrika? 153
Michael Sontheimer, Schlachtfelder werden zu Marktplätzen. Das Krisengebiet Südostasien 167

extra:
Wolfgang Eichwede, Vom Oktober zum Februar. Rußlands Weg in die Moderne 187

Das Kursbuch erscheint einmal im Vierteljahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 10, im Einzelverkauf DM 13. Verlag: Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Einsteinufer 63a, 1000 Berlin 10, Telefon 030-3420011. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Tilman Spengler.
Anzeigenverwaltung: Runze & Casper Verlagsservice OHG, Schöneberger Ufer 65, 1000 Berlin 30, Telefon 030-2500830, Fax: 030-2500883.
Copyright © 1991 Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte für sämtliche Beiträge, auch das der Übersetzung und der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendungen und alle elektronischen Übermittlungen vorbehalten.
Gesamtherstellung Druckerei Wagner GmbH, Nördlingen
ISBN 3-87134 105-3
ISSN 0023-5652
Beilagen: »Kirschkern« Buchversand (Teilbeilage), Kühl Verlag / Kommune

Ernst Tugendhat
Das Friedensproblem heute

I.

Worin besteht das Problem des Friedens? Wollen wir alle den Frieden, und geht es lediglich darum, wie er am ehesten zu erreichen ist? Der Golfkrieg hat erneut gezeigt, daß viele von uns offenbar etwas in sich haben, das den Krieg genießt. Krieg ist der Rückfall in das, was *status naturae* genannt wurde, in den Naturzustand, in dem, wie Hobbes sagte, der Mensch für den Menschen ein Wolf ist – eine Beschreibung, mit der zwar etwas Richtiges gemeint ist, die aber eine Beleidigung der Wölfe darstellt, denn weder Wölfe noch andere Tiere einer Gattung – außer eben den Menschen – bringen sich gegenseitig um.

Ich glaube, man kann verstehen, warum dies so ist. Andere Tiere befinden sich nicht in einem Zustand der Sozialisation. Die Sozialisation bringt den Menschen viele Vorteile, sie macht das Leben einfacher, sicherer und vielleicht kultivierter, aber sie impliziert auch, wie Freud gezeigt hat (und wie es außerdem auf der Hand liegt), daß die Menschen auf ihre Wildheit verzichten müssen, ein Verhalten, das wir bei Kindern beobachten können und das sicherlich – um es möglichst neutral auszudrücken – Teil unseres Seins ist, neben dem Zustand der Sozialisation und durch ihn verdrängt. So kann man begreifen, daß der Zustand, in dem erlaubt und sogar vorgeschrieben wird, was im bürgerlichen Leben am stärksten verboten ist – der Mord –, für uns etwas Faszinierendes behält. Wir alle haben Ungerechtigkeiten im Leben erlitten, manche mehr, manche weniger, und Töten ist die befriedigendste Rache. Kriege scheinen also unabhängig von der Einschätzung der Kriegsziele etwas gefühlsmäßig Positives für uns zu haben.

Es gibt einen zweiten Faktor, der mir nicht so universell zu sein scheint wie der, den ich soeben beschrieben habe, aber ebenfalls ziemlich verbreitet ist; man kann ihn den Konkurrenzfaktor oder den Fußballfaktor nennen. Viele von uns begreifen sich nicht so sehr als Menschen, sondern als Mitglieder eines bestimmten Kollektivs, als Valencianer oder Berliner, Spanier oder Deutsche. Und wir begreifen uns nicht nur als Mitglieder dieses Kollektivs, sondern auch in Abgrenzung von und gegenüber anderen Kollektiven. Wenn dann diese Identifizierungen nicht friedlich nebeneinander existieren,

was auch möglich wäre, sondern unter dem Aspekt der Über- und Unterlegenheit gesehen werden, dann steigt das Selbstwertgefühl eines Menschen, wenn sein Kollektiv, z. B. seine Nation, ein anderes besiegt, sei es in einem Spiel wie Fußball, sei es unter den uneingeschränkten Bedingungen des Krieges. Dieser zweite emotionale Faktor, der unsere Kriegsbereitschaft erhöht, könnte verringert werden, wenn es gelingen würde, daß die Menschen ihre Identität anders interpretieren. Dies geschieht, wenn sie sich zuerst als Menschen und erst dann als Mitglieder dieses oder jenes Kollektivs begreifen, und dies würde bedeuten, daß sie ihre besondere Identität als Mitglieder eines Kollektivs so verstehen, daß sie neben den anderen Kollektiven und nicht gegen sie steht. Wie läßt sich diese tolerante Auffassung der eigenen Identität erreichen? Wahrscheinlich so, daß das Selbstwertgefühl normalisiert wird, das heißt, wenn wir nicht mehr von Ressentiments beherrscht werden, also nicht mehr unter Minderwertigkeitsgefühlen leiden. Der Abbau des Gefühls, miß- oder verachtet zu werden, setzt seinerseits einen Abbau der Ungerechtigkeit in der Struktur der Gesellschaft voraus.

Der erste Grund, den ich angeführt habe, weswegen wir den Krieg genießen, nämlich der Wunsch nach einer Rückkehr zum Naturzustand, ließe sich ebenfalls durch einen Abbau der strukturellen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft verringern. Denn wenn wir Wildheit in erster Linie wegen unseres Bedürfnisses nach Rache genießen und wenn dieses Bedürfnis den Ungerechtigkeiten entspringt, die wir erlitten zu haben meinen, dann würde ein Abbau der sozialen Ungerechtigkeit dazu beitragen, den Genuß des Naturzustands zu verringern.

In dem Ausmaß also, in dem das Problem des Friedens in einer menschlichen Neigung zum Genuß des Krieges besteht, könnte man sagen, daß die Friedensfrage ihre Antwort durch die soziale Gerechtigkeit finden würde.

Natürlich besteht das Problem des Friedens nicht allein in dieser Neigung. Aber ich wollte sie gleich zu Anfang erwähnen, weil sie häufig übersehen wird und weil sie doch eine notwendige, obwohl niemals ausreichende Bedingung für einen Krieg zu sein scheint. Es gibt insbesondere zwei weitere Bedingungen. Eine ist die Ideologie, in deren Namen der Krieg geführt wird. Ich meine damit den vorgegebenen Grund, weswegen ein Staat in den Krieg zieht, der in fast allen Fällen einen ethischen Sinn hat für diejenigen, die daran glauben: zum Beispiel, daß die anderen Ungläubige seien, oder daß sie etwas Böses machten oder gemacht hätten, wie es im Golfkrieg hieß. In früheren Jahrhunderten mußte der Grund nicht unbedingt ein moralischer sein, er konnte einfach im kollektiven Interesse der eigenen Nation bestehen, aber angesichts der wachsenden Brutalität und Totalität der

Kriege dieses Jahrhunderts wird ein nicht moralischer Grund kaum noch akzeptiert. Die Tatsache, daß es für den Krieg immer einen ideologischen Grund geben muß und daß dieser in unseren Zeiten auch noch ein ethischer sein muß, ist bemerkenswert. Denn sie zeigt, daß die zwei Beweggründe, weswegen wir Kriege genießen, niemals stark genug sind, um für sich genommen den Ausbruch eines Krieges zu ermöglichen: Obwohl die Menschen dazu neigen, mit einem Teil ihrer Persönlichkeit über die Rückkehr zum Naturzustand glücklich zu sein, ist die Abneigung dagegen in einem anderen Teil ihrer Persönlichkeit so stark, daß sie ohne einen vermeintlichen moralischen Grund nicht in den Krieg ziehen würden.

Die zweite zusätzliche Bedingung für den Ausbruch eines Krieges besteht natürlich in den Interessen von Machtgruppen wie der militärischen Führer eines Staates, der Industriellen, insbesondere der Waffenproduzenten, und natürlich der regierenden politischen Klasse. Darüber hinaus gibt es das, was letztere und dann auch das Volk selbst für die nationalen Interessen halten, und so war es sicherlich im jüngsten Krieg mit den Hegemonialinteressen der USA und auch den entsprechenden Interessen aller anderen Länder, die die Kriegskoalition bildeten.

Ich glaube also, daß diese drei Faktoren vorhanden sein müssen, damit es zum Kriegsausbruch kommt: erstens eine Veranlagung im Menschen, die immer vorhanden ist; zweitens als die eigentliche Wirkursache die Interessen der Mächtigen im Staat, und schließlich das ideologische Motiv. In einem demokratischen Staat können die Mächtigen keinen Krieg ohne das eigene Volk machen, und das heißt, sie können keinen Krieg machen, ohne das Volk von einer ideologischen Begründung zu überzeugen.

Die philosophische Tradition des sogenannten Problems des gerechten Krieges, was aber besser als das Problem des gerechtfertigten Krieges bezeichnet würde, hat lediglich mit dem Aspekt zu tun, den ich den der ideologischen oder ethischen Begründung genannt habe. Ich muß an dieser Stelle zwei Dinge vorweg klarstellen:

Erstens könnte man denken, daß die Frage des gerechten oder besser gerechtfertigten Krieges einseitig sei, läßt sie doch die zwei anderen Kriegsursachen außer Betracht. Man muß jedoch sehen, daß die zwei anderen Ursachen nichts mit der Frage einer Rechtfertigung zu tun haben. Beide sind tieferliegende Bedingungen; die erste insbesondere bezieht sich nicht auf einen besonderen Krieg. Wer diese zwei Faktoren kritisiert, kritisiert nicht diesen oder jenen Krieg, sondern die allgemeine Bereitschaft zu einem solchen, die in einem Staat bzw. in seinen Machtgruppen vorhanden ist. Nur der Radikalpazifist beschränkt sich auf eine Kritik dieser zwei grundsätzlichen Faktoren, nämlich die psychologische Disposition und die

Interessen der Mächtigen, weil es für ihn überhaupt keinen Grund geben kann, der einen Krieg rechtfertigen würde. Wir anderen, die von den Schrecken der Kriege überzeugt sind, aber glauben, daß in Ausnahmefällen ein Krieg oder eine Revolution gerechtfertigt sein kann, werden ebenfalls alles Mögliche tun, um den Einfluß dieser zwei Faktoren zu reduzieren: Wir werden gerechte gesellschaftliche Strukturen verlangen, werden versuchen, die Macht der Mächtigen zu beschränken, und werden uns dafür einsetzen, daß diese Macht nicht so gestaltet ist, daß sie einen Krieg gegen Nachbarn oder andere Länder lukrativ erscheinen läßt. Aber zusätzlich zu alldem werden diejenigen, die keine Radikalpazifisten sind, sich auch mit der Frage beschäftigen, ob der angebliche moralische Grund gerechtfertigt ist.

Ich komme zum zweiten vorläufigen Punkt. In bezug auf den jüngsten Golfkrieg haben viele die Frage nach der Rechtfertigung gestellt. Viele andere haben sich darüber lustig gemacht; die Frage erschien ihnen antiquiert und von einem falschen Moralismus durchtränkt. Aber ich finde das nicht richtig. Einzig der Radikalpazifist hätte das Recht, von Anfang an die Frage nach der Rechtfertigung abzulehnen, weil es für ihn überhaupt keine Rechtfertigung geben kann, aber dann muß man sehen, daß der Radikalpazifist entweder eine Position bezieht, die dogmatisch und deswegen nicht gerechtfertigt ist, oder er muß den Beweis erbringen, daß alle Kriege prinzipiell ungerechtfertigt sind. Die Frage nach der Rechtfertigung ist also in jedem Fall unausweichlich.

Viele glauben, daß die Regeln des gerechten Krieges einen Verhaltenskodex bilden, der der mittelalterlichen Philosophie entstammt, und daß sie erstens ihrerseits nicht rechtfertigbar und außerdem auf einen modernen Krieg nicht anwendbar seien. Aber erstens ist die Mehrzahl dieser Regeln eben doch auf jeden Krieg anwendbar, und zweitens meine ich, daß wir diese Regeln nicht als etwas Heiliges oder Unantastbares ansehen sollten, sondern sie gemäß unserem eigenen besten Urteil zu neuem Leben bringen müßten. Der Bezugspunkt der Rechtfertigung solcher Regeln scheint mir zu sein, daß sie analog zu der möglichen Rechtfertigung eines gewalttätigen Verhaltens eines Individuums gegenüber anderen Individuen verstanden werden müßten. Man könnte einwenden, daß Individuen, im Gegensatz zu Staaten, sich zueinander immer unter den Bedingungen einer Gesetzlichkeit verhalten; aber das stimmt nicht: es gibt Notsituationen, und es gibt Beziehungen zwischen Menschen, in denen das Gesetz fast nicht interveniert, z. B. zwischen Ehepartnern. Wir meinen, daß eine Auseinandersetzung zwischen Ehepartnern nie gewalttätig sein, nie mit physischer Gewalt ausgetragen werden darf, aber gibt es keine Ausnahmen? Und dürfen nicht Kinder in Ausnahmefällen physische Gewalt gegen ihre Eltern anwenden?

Es sieht also so aus, daß man eine Analogie zwischen individuellem Verhalten und den Regeln des Verhaltens zwischen Staaten ziehen kann. Nehmen wir zwei traditionelle Regeln, die in der Theorie des gerechten Krieges eine zentrale Bedeutung haben. Die erste sagt, daß der andere Staat eine Ungerechtigkeit gegen den eigenen Staat begangen haben muß. Wir können hinzufügen: diese Ungerechtigkeit muß erheblich gewesen sein. Aber selbst dann ist die Kriegslösung nur legitim, wenn vorher alles unternommen worden ist, um eine Lösung mit nichtkriegerischen Mitteln herbeizuführen. Und die zweite Regel sagt, daß ein Krieg nur dann gerechtfertigt ist, wenn, soweit man vorhersehen kann, der Schaden, den er verursacht, nicht größer ist als der, den er beheben soll. Beide Prinzipien – daß die Untauglichkeit sämtlicher nichtkriegerischer Mittel erwiesen sein muß, und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit – wurden offensichtlich während des jüngsten Golfkrieges verletzt. Er war also ein ungerechtfertigter Krieg. Die Gültigkeit dieser Prinzipien erscheint offenkundig. Der Sinn des ersten ist, daß man, bevor man Gewalt gegen jemanden anwendet, ihm die Gelegenheit geben muß, von sich aus das, was er getan hat, rückgängig zu machen – unter Druck gewiß, aber ohne Gewalt. Und zweitens können wir leicht sehen, daß wir dieselben Regeln im Falle eines Individuums anwenden. Wenn das Übel erheblich ist, erlauben wir – empfehlen sogar – die Anwendung der Gewalt als letztes Mittel (aber nur, wenn es das letzte Mittel ist und wenn nicht befürchtet werden muß, daß es üblere Konsequenzen haben wird als das Übel, das es beheben soll). Dieses Prinzip der Verhältnismäßigkeit schließt natürlich fast jeden Krieg unter heutigen Bedingungen aus und führt fast bis zur Position des Pazifisten, jetzt freilich nicht als dogmatischer Standpunkt, sondern rational begründet.

Nun gibt es andere Aspekte der Rechtfertigung eines Krieges, bei denen die Tradition des gerechten Krieges keine so klaren Antworten hat. Nach meiner Meinung dürften sie mit derselben Methode zu klären sein, das heißt unter Anwendung der Analogie des Individualfalles. (Theoretisch könnte man sich vorstellen, daß eine solche Analogie wegen des grundlegenden Unterschiedes zwischen einem Kollektivstreit und einem Individualstreit nicht besteht, aber in einfachen Fällen scheint die Analogie gültig zu sein.) Ich will zwei Aspekte nennen, die wichtig scheinen in der jetzigen Diskussion über den Golfkrieg und seine Folgen.

Erstens stellt sich die Frage, ob man die Pflicht hat, nicht nur auf ein Übel, das einem selbst zugefügt wird, zu reagieren, sondern auch einem Dritten zu helfen. Dies war die Frage in bezug auf das Übel, das Kuwait angetan wurde, es stellt sich aber auch in bezug auf die Kurdenkatastrophe. Der Unterschied zwischen diesen zwei Fällen ist lediglich der, daß laut den

Statuten der Vereinten Nationen die Souveränität eines Staates unantastbar ist. Wenn eine Regierung etwas Furchtbares innerhalb der eigenen Landesgrenzen tut, kann man nichts machen, so daß Kuwait unter Anwendung der Gewalt wiederhergestellt werden durfte, nicht aber die Sicherheit der Kurden. Dies wäre eine Beschränkung, die in der Tat keine Analogie im Individualfall findet. Sie ist in die Statuten der Vereinten Nationen aus dem einfachen Grunde eingegangen, daß diese Statuten von den Regierungen gemacht wurden, und jede Regierung hat ein Interesse an absoluter Souveränität. Die Regel besitzt keine ethische Substanz. Das Prinzip der Hilfeleistung als solches scheint auch im Individualfall Gültigkeit zu besitzen: wenn ich sehe, daß gegen jemand ein furchtbares Unrecht begangen wird, habe ich die Verpflichtung, mich einzumischen, notfalls mit Gewalt.

Aber hier greift ein anderes Prinzip, das sagt, daß, wenn ich das Übel durch das Gesetz beheben kann, das Gesetz als anonyme Institution immer Vorrang vor meinem individuellen Handeln hat. Es gibt eine ethische Regel, die sagt, daß, wenn wir aus dem Naturzustand heraustreten können, wir es auch müssen. Nun scheint dies eine Regel zu sein, bei der man sich fragen kann, ob sie nicht gegenwärtig von den Vereinigten Staaten grundsätzlich mißachtet wird. Sicher, die Vereinigten Staaten respektieren diese Regel an der Oberfläche. Die Institution, die die Kriegsfrage entscheiden müßte, sind auch für die Vereinigten Staaten die Vereinten Nationen. Aber die Politik der USA und die Anwendung der UNO-Beschlüsse zeigt, daß die Beteiligung der UNO, kaum verhüllt, nur dazu gedient hat, das, was in Wirklichkeit die Politik der USA gewesen ist, zu verschleiern. Außerdem unternehmen die Vereinigten Staaten nichts, um die Struktur dieser Institution zu reformieren, z. B. in ein Parlament mit zwei Kammern, ähnlich dem der demokratischen Systeme, und ohne das Vetorecht einiger weniger Mächte, ein Überbleibsel vom Ende des Zweiten Weltkrieges.

Ich glaube, daß man erstens sagen kann, daß, wenn wir ein solches Parlament hätten, das schon einer Weltregierung nahekäme, kein Einzelstaat das Recht hätte, unter dem Vorwand der Hilfeleistung für einen Teil der Staatsbürger Krieg gegen einen anderen zu führen; und zweitens, daß angesichts einer solchen Situation derjenige Staat, der die Macht hat, dies in die Wege zu leiten, auch die Pflicht hat, dazu beizutragen, die einzige Weltversammlung, die wir besitzen, in einen Körper mit echter Legitimation zu verwandeln und den so reformierten Vereinten Nationen die alleinige Macht der Einmischung in Streitigkeiten zwischen den Staaten und in extremen Fällen auch innerhalb dieser zu übertragen. Statt dessen scheint es so zu sein, daß die Vereinigten Staaten sich auf die Rolle des Weltsheriffs vorbereiten. Der Grund, warum wir die Einmischung einer legalen Institution der Ein-

mischung von Individuen vorziehen, ist natürlich der, daß im Falle der Individuen allzu oft das, was Hilfe genannt wird, lediglich als Vorwand für egoistische Motive dient. Und dort, wo ein Individuum oder ein Staat nicht nur in einem bestimmten Fall Hilfe leistet, sondern diese Hilfestellung als seine allgemeine Politik definiert, wie die Vereinigten Staaten dies jetzt tun, erscheint diese große Macht, die allen helfen will, den Kleinen – und alle anderen sind klein – eher wie ein Riese, der macht, was ihm paßt.

II.

Mit den letzten Worten bin ich schon auf die aktuelle Problematik zu sprechen gekommen. Das Problem des Friedens ist das Problem des Friedens heute. Was sind die Friedensperspektiven in diesem Moment, und wie sollen wir den jüngsten Krieg interpretieren, was sind seine Folgen? Was sollten wir gelernt haben? Und welches sind die Prinzipien, die wir, Bürger europäischer Staaten, vertreten müßten? Ich will drei Punkte nennen.

Erstens: Dieser Krieg wäre während der Periode der Bipolarität der Supermächte nicht möglich gewesen. Es ist eindrucksvoll, wie rasch der Westen seine Truppen gegen die Dritte Welt gerichtet hat, sobald die Zweite Welt ihr Gewicht verloren hatte. Es ist bemerkenswert, daß es eine Abrüstung weder gab noch gibt und daß im Gegenteil die westliche Welt sich auf eine Serie von Einmischungen in die Länder der Dritten Welt vorbereitet. Selbst die NATO wird zu diesem Zweck instrumentalisiert. In bezug auf unsere eigene Rüstung in den europäischen Ländern müßten wir zwei Prinzipien gegen diese Entwicklung aufstellen: Erstens, wir müßten dahin kommen, jedweden Rüstungsexport zu verbieten, und nicht nur, wie man bis jetzt verlangt, den Rüstungsexport in Krisengebiete, sondern in alle Regionen, denn die Krisen werden durch den Export von Rüstung geschaffen, wie wir im Fall des Irak deutlich gesehen haben. Außerdem wird es, sobald die Situation in der Sowjetunion geklärt ist, keine Ausrede für die Anwesenheit irgendwelcher Waffen und Truppen in unseren Ländern mehr geben, außer einem nominalen Kontingent. Wir müßten also die vollständige Abrüstung verlangen.

Zweitens: Ein erstaunliches Phänomen im Vorfeld des Golfkrieges war die Leichtigkeit, mit der fast alle Länder auf die Linie der USA eingeschwenkt sind. Ich glaube, daß es dafür zwei Gründe gibt. Erstens, diese Länder merkten, daß dort Beute zu machen war, sowohl im materiellen wie im ideellen Sinne. Es schien ihnen wichtig, sich an diesem imperialistischen Krieg zu beteiligen. Zweitens ist es evident, daß die USA Druck ausübten auf diejenigen, die zögerten (wie die Deutschen). Es ist bemerkenswert, wieweit die Vereinigten Staaten in der Lage sind, Druck auszuüben, gerade

so, wie sie es auch vor einigen Jahren im Zusammenhang mit dem Referendum über den Eintritt Spaniens in die NATO taten. Wie genau dieser Druck ausgeübt wird, ist mir nicht klar; daß es ihn gibt, ist evident. Die Moral, die die Europäer aus dieser unwürdigen Situation ziehen müßten, ist, alles zu unternehmen, damit Europa lernt, sich als unabhängige Macht zu verstehen, die dazu beitragen könnte, die jetzt fast uneingeschränkte Macht der USA zu begrenzen. Wenn eine Person gegenüber anderen Personen oder ein Staat gegenüber anderen Staaten über eine unvergleichliche Macht verfügt, bedeutet dies, daß diese Person bzw. dieser Staat eine Gefahr für die anderen darstellt, unbeschadet seiner möglicherweise guten Absichten. Deswegen sind die Vereinigten Staaten in der heutigen Situation die Gefahr Nummer 1 für den Frieden in der Welt, und noch ist nicht auszumachen, welche Position die anderen Staaten einnehmen werden, um sich davor zu schützen. Erpressung in verschiedenen Formen wird wichtiger als die unmittelbare Gewaltanwendung sein. Diese jetzige Situation ist eine Phase, die anders nicht hätte kommen können, sobald die Bipolarität zu Ende war. Sie kann nicht ewig dauern, aber die Übergangszeit ist voller Gefahren.

Drittens: Die Gefahren bestehen insbesondere für die Dritte Welt. Die Chance der Vereinigten Staaten liegt darin, daß ihre Interessen und die der Europäer in diesem Punkt übereinstimmen. Die ganze nördliche Welt hat sich gegen die Länder des Südens vereint. Dieser Antagonismus ist in erster Linie ökonomischer Natur: die nördliche Welt wird sich mehr denn je in eine Festung gegen die südliche Welt verwandeln. Die Devise lautet: auf gar keinen Fall die Dritte Welt an den Reichtümern teilhaben lassen, vielmehr diese Reichtümer für sich behalten und vermehren; die südliche Bevölkerung in ein noch tieferes Elend herabsinken lassen; einen gerechten Markt für Rohstoffe ablehnen; ungerechtfertigte Interessen durchsetzen; Abschottung gegen jede Einwanderung. So wird das vordringlichste Problem nicht der Friede, sondern die Gerechtigkeit sein, die Hauptgefahr die der weiteren Vermehrung des Wohlstands in einem Teil der Erde auf Kosten des anderen; und Kriege werden lediglich als ultima ratio dienen, um das zu erreichen, was man im Normalfall durch ökonomischen Druck erreicht.

Was tun? Es ist sehr schwierig, diese Frage zu beantworten, denn das Problem der globalen Gerechtigkeit ist ein moralisches Problem, und die Moral spielt gewöhnlich keine Rolle im Handeln der Staaten. Eigeninteressen, die mit den ethischen Geboten übereinstimmen, wären erforderlich. Dies war zum Teil die Situation in den sechziger Jahren, als viele Staaten ihren ehemaligen Status als Kolonien loswurden und die Supermächte um die Gunst der Dritten Welt wetteiferten. Es ist das Kennzeichnende und

Bedrückende der heutigen Situation, daß das Interesse der nördlichen Welt an der Gewinnung der Sympathien der weniger entwickelten Staaten in dem Moment endgültig verschwand, in dem die Sowjetunion sich zurückzog. Ich habe kein Rezept dafür, wie man diesen Prozeß aufhalten könnte, so schrecklich er für Tausende von Millionen ist. Noch sieht man nicht die Strafen, die die Länder des Nordens erwarten, wenn sie in ihrem ungerechten Verhalten fortfahren. Trotzdem hat es einen gewissen Sinn, wenigstens die Situation zu sehen, wie sie ist. Außerdem sei an das erinnert, was ich über die (vermeintliche) ethische Begründung gesagt habe: daß sie zu jeder kriegerischen Handlung dazugehört, aber auch zu jeder politischen Handlung überhaupt. Die nördlichen Staaten versuchen, sich ein ruhiges Gewissen in bezug auf die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder zu verschaffen, und eines der wenigen Dinge, die wir tun können, ist, ihnen dieses gute Gewissen zu nehmen. Wir sollten darauf hinweisen, welche Handlungen dem Gebot der Gerechtigkeit entsprechen würden. In erster Linie würde es sich dabei um ein gerechtes weltwirtschaftliches System handeln – der Golfkrieg hat gezeigt, daß, wenn die westlichen Staaten es so wollen, sie ohne Schwierigkeiten enorme Geldsummen flüssig machen können, die produktiv eingesetzt werden könnten. Ein zweiter Punkt wäre, daß die westlichen Staaten sich der Einwanderung bedingungslos öffnen. Die Vorstellung, daß das Problem der Gerechtigkeit als nur innerstaatliches verstanden werden kann, wie noch John Rawls in seiner *Theorie der Gerechtigkeit* angenommen hat, ist überholt; Gerechtigkeit ist etwas, worauf alle Menschen Anspruch haben. Die Tatsache, daß jemand auf der anderen Seite der Grenze geboren wurde, kann nicht den Ausschlag dafür geben, ihm seine Rechte hier abzusprechen. Die ausgrenzenden Einwanderungsgesetze verletzen also die grundlegenden Menschenrechte, sobald wir begreifen, daß diese Rechte keine innerstaatlichen sind. Wir haben uns daran gewöhnt, diese Rechte als Verfassungsrechte anzusehen, aber sie sind auch in der Universellen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen enthalten, und als universelle müssen sie auch angesehen werden gemäß den grundsätzlichen Normen der Ethik. Ich erinnere mich, wie ich, als vor dreißig Jahren ein Freund – bezeichnenderweise aus der Dritten Welt – mir zum ersten Mal die Vorteile einer Völkermischung darlegte, instinktiv zurückwich. Erst später wurde mir klar, daß mein damaliges Verhalten von dem typischen europäischen Chauvinismus geprägt war. Die Angst, die viele Europäer vor jener Vorstellung haben, ist grundlos, eine echte Mischung wird nicht stattfinden, denn fast alle Menschen neigen dazu, bei den ihrigen und in ihrem Land zu bleiben, selbst wenn sie Nachteile in Kauf nehmen müssen. Dennoch wäre eine erhebliche Mischung nicht nur die Auswirkung

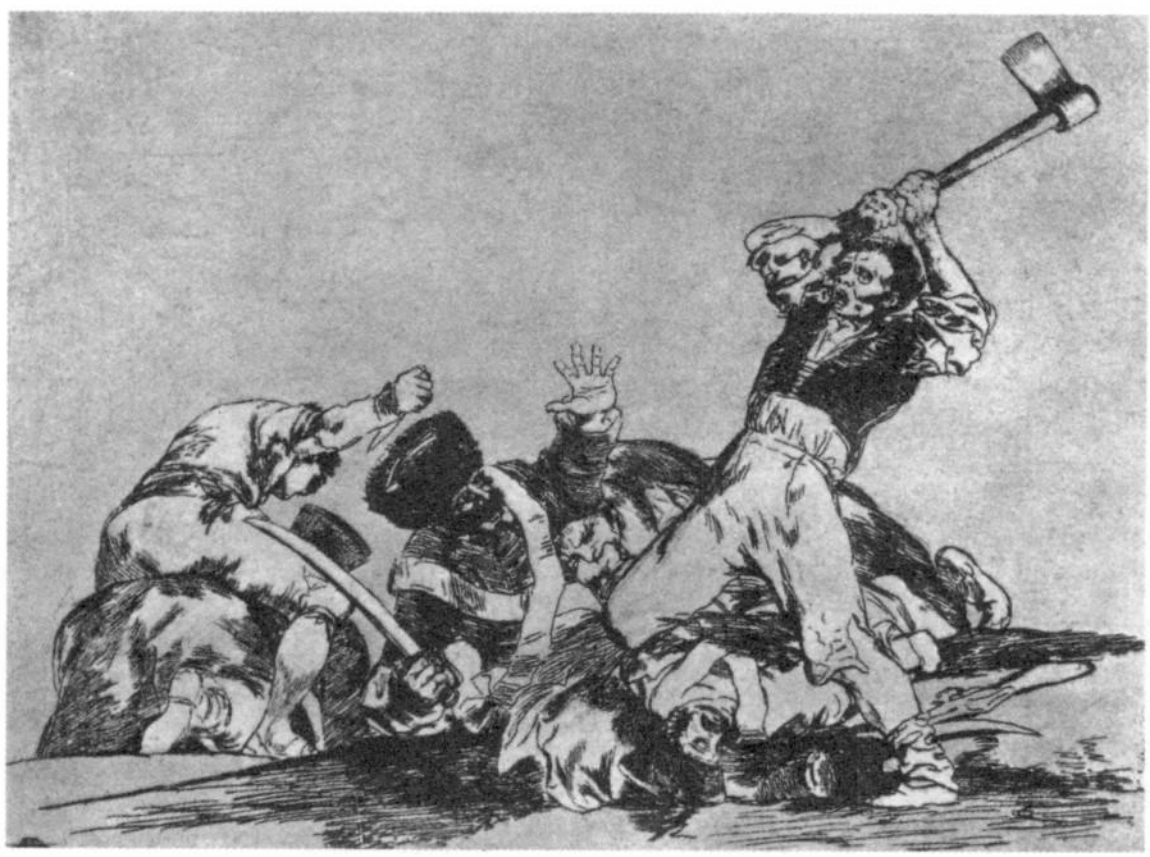
einer gerechten Einwanderungspolitik, sondern würde sich ihrerseits günstig auf die friedliche Disposition der Völker auswirken. Ich habe anfangs versucht zu zeigen, daß eine der Bedingungen der Kriegsbereitschaft eines Volkes ist, daß Menschen eine aggressive eigene Identität haben. Wenn es eine Mischung vieler Völker innerhalb eines Staates gäbe, wäre die Entwicklung einer solchen Identität erschwert.
Zum Schluß möchte ich noch einmal hervorheben, daß der Bezugspunkt des Großteils meiner Bemerkungen über den Frieden die Gerechtigkeit war. Wir haben gesehen, daß das Grundproblem der internationalen Politik heute die Ungerechtigkeit ist, daß Kriege sich ergeben aus dem Bemühen, Ungerechtigkeit zu festigen und zu erweitern, und daß sie selbst lediglich den Stellenwert einer ultima ratio besitzen. Aber wir haben auch gesehen, daß die zwei unterschwelligen Bedingungen, die zu der Bereitschaft eines Volkes, in den Krieg einzutreten, beitragen – das Interesse an einer Rückkehr zum Naturzustand und die partikularistische, aggressive Identifikation mit dem eigenen Kollektiv –, geschwächt werden würden, wenn eine gerechtere Gesellschaft etabliert würde. Schließlich hat das Interesse der Mächtigen an Kriegen auch immer etwas mit Ungerechtigkeit zu tun. In diesem Fall handelt es sich nicht um Ungerechtigkeit als einen inegalitären Zustand der Gesellschaft, sondern um eine geistige Haltung. Platon benutzte dafür den Begriff Pleonexia, den man als den Wunsch, immer mehr zu haben, übersetzen könnte, mehr als früher und mehr als die anderen. Eine Person, die von diesem Gefühl beherrscht wird, ist ungerecht. Und alle Personen an der Macht, die unter bestimmten Umständen versuchen, einen Krieg zu lancieren, tun dies aus diesem Grund. Und wenn es uns gelänge, eine gerechte Gesellschaft zu etablieren, wäre die Pleonexie zwar nicht überwunden, aber doch etwas domestiziert. Allerdings sind dies utopische Bemerkungen; denn wir wissen nicht, wie sie zu verwirklichen sind.

Ich will mit einer Frage schließen, auf die ich keine Antwort habe, und ich fürchte, wir alle haben keine Antwort auf sie. Die Friedensproblematik ist die Problematik von Leben und Tod, und deswegen ist es ein Problem, das unser Eigeninteresse betrifft, freilich unser kollektives Eigeninteresse. Die Frage des Überlebens hängt aber von der sozialen Gerechtigkeit ab, die ihrerseits kein Problem des Eigeninteresses, sondern ein ethisches Problem ist. Dieses ethische Ziel – die soziale Gerechtigkeit – wird wiederum nicht verwirklicht, wenn es nicht gelingt, Eigeninteressen – und das heißt ökonomische Interessen – zu finden, die mit den ethischen Geboten übereinstimmen. Und dies ist also die Frage nach unserem Überleben, auf die wir keine Antwort haben. Der Marxismus glaubte, sie gefunden zu haben. Marx be-

hauptete, daß erstens eine kollektive Wirtschaft der kapitalistischen Wirtschaft überlegen sei und daß zweitens die Kollektivwirtschaft zur Gerechtigkeit führe. Der Glaube der Marxisten und von Marx selbst an diese Überzeugungen war so stark, daß sie meinten, keine Gerechtigkeitstheorie, kein normatives Konzept der Ethik zu benötigen. Die Realität, das heißt das Ökonomische, würde ihnen zufolge zwangsläufig zu dem Gerechten führen, und deswegen brauche man kein gesondertes Konzept von Gerechtigkeit zu entwickeln. Marx machte sich über das Normative lustig. Trotzdem war die Motivation der Mehrzahl der Marxisten immer der Wunsch nach Gerechtigkeit, auch wenn sie eher implizit als explizit gewesen ist. Der gegenwärtige Niedergang des Marxismus ist ein weiterer Faktor in der Friedensfrage heute, in einem positiven, aber auch in einem negativen Sinne. Ich sehe das Positive in der notwendigen Ernüchterung gegenüber den Behauptungen, die ich soeben erwähnt habe. Die ehemaligen Marxisten haben endlich gemerkt, daß die These, eine Kollektivwirtschaft sei der kapitalistischen ökonomisch überlegen, wie auch die These, daß in einer Kollektivwirtschaft die soziale Gerechtigkeit sich automatisch realisiere, falsch sind, erstens, weil sie im sogenannten real existierenden Sozialismus nicht verifiziert worden sind, und zweitens, weil sich andere Modelle nicht ausmachen lassen, die diese Thesen verifizieren würden. Es ist etwas Positives, sich von Illusionen zu befreien. Aber zweitens, diejenigen, die Marxisten gewesen sind, neigen heute dazu, gleich alle ihre alten Glaubensgehalte zurückzuweisen und damit auch ihren Einsatz für die Gerechtigkeit, und darin sehe ich das Negative in der Krise des Marxismus. Aus dieser Krise sollten wir nicht nur die ethische Vorstellung von Gerechtigkeit retten, sondern auch das, was mir ein bleibender Beitrag von Marx zu sein scheint, nämlich begriffen zu haben, daß die Gerechtigkeit sich nicht mit Moralpredigten verwirklichen läßt, sondern nur dann, wenn die entsprechenden wirtschaftlichen Motive gefunden werden. Wir sehen uns also vor zwei gegensätzlichen Irrtümern in bezug auf diese Einsicht von Marx. Der erste, der traditionelle Irrtum, wäre zu meinen, daß wir aus purem ethischen Bestreben irgend etwas auf einer relevanten Gesellschaftsebene erreichen könnten. Der zweite ist der Irrtum von Marx selbst, der glaubte, daß Moral und Ökonomie so eng miteinander verbunden sind, daß wir die ethische Dimension als eigenständiges Element unseres Handelns außer acht lassen könnten. Dieser Abschied von der Moral und der Problematik der Menschenrechte hat, wie man weiß, verhängnisvolle Auswirkungen in der Entwicklung des sogenannten real existierenden Sozialismus gehabt. Wir dürfen und können uns nicht von der moralischen Dimension als eigenständiger Dimension verabschieden. Auf der anderen Seite: wenn wir an der

Moral als eigenständiger Dimension festhalten, ergibt sich erneut die Frage, wie wir die Verbindung zwischen ethischen Zielen und der Funktion der Ökonomie herstellen. Wir wissen, daß die kapitalistische Wirtschaft, die ökonomisch stärker als jedes andere System zu sein scheint, intrinsisch ungerecht und kriegsverursachend ist, von allen den Frieden gefährdenden Faktoren der bei weitem größte. Wir müssen also den ethischen Traum der Gerechtigkeit – schon aus Überlebensinteresse, wenn nicht um seiner selbst willen – beibehalten; wir müssen aber auch die Überzeugung von Marx beibehalten, daß die Gerechtigkeit nicht ohne eine entsprechende Wirtschaftsform zu verwirklichen ist, und wir wissen *nicht*, wie das kapitalistische System modifiziert oder eine neue Form nichtkapitalistischer Wirtschaft errichtet werden könnte, die ökonomisch effizient wäre *und* die gleichzeitig die Gerechtigkeit verwirklichen ließe. Dies scheint mir der Kern des Friedensproblems heute zu sein.

Aus dem Spanischen von Ruth Stanley



Horst Afheldt
Die neue Nachkriegszeit

I Die neue Weltordnung: Stabil und gerecht?

Als der amerikanische Präsident Wilson 1917 der Welt seine 14 Punkte für eine neue und gerechte Weltordnung vorlegte, um den Krieg ein für allemal als Mittel der Politik abzuschaffen, zeigte er einen konkreten Plan, in dem Frieden und Gerechtigkeit einander ergänzen und festigen sollten. Als der amerikanische Präsident Bush nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Supermachtposition von einer neuen und gerechten Weltordnung zu sprechen begann, fehlte jeder Hinweis, wie diese Ordnung aussehen solle.
Wie *könnte* eine stabile Weltordnung nach dem Abbau der Ost-West-Konfrontation beschaffen sein? Aus welchen Elementen könnte sie gebaut werden?

1. Das Völkerrecht

Erstes Problem: Die Souveränität der Staaten

Es war unstreitig unrecht, war ein flagranter Verstoß gegen Verträge und UNO-Satzung, daß Saddam Hussein den Nachbarstaat Kuwait annektierte. Aber ob es gerecht ist, einen von den ehemaligen europäischen Kolonialherren England und Frankreich aus Eigeninteresse künstlich geschaffenen Grenzverlauf der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens wiederherzustellen und durch den dem Irak aufgezwungenen Waffenstillstand für alle Zukunft für sakrosankt zu erklären, darüber herrscht Streit. Denn so wird ein Zustand konserviert, der, neben anderen »Ungereimtheiten«, den Kurden das ihnen bereits einmal zuerkannte Recht auf einen eigenen Staat für alle Zeit nimmt und den Reichtum der Region, das Öl, für alle Zeit so verteilt wie schon heute: Zehn Millionen Araber in den Ölscheichtümern verfügen über Hunderte von Milliarden Dollar Auslandsguthaben, während die weit über hundert Millionen Araber und verwandten Muslime in den anderen Staaten mehrere hundert Milliarden Schulden haben und aus ihren mageren Einkünften abtragen sollen.
Die erste Position war die der reichen Industrienationen: Nach der UNO-

Satzung ist jeder Staat souverän und kann mit seinen Reichtümern verfahren, wie er will. Er kann auch selbst bestimmen, ob er Minderheiten den Austritt aus seinem Staatsgebilde gestattet oder nicht. So gesehen, ist Völkerrecht der Garant der bestehenden Staaten und ihrer Herrschaft über die Minderheiten, aus denen sich die Staaten zusammensetzen. Seien diese Minderheiten Kurden, Schiiten, Litauer, Moldavier, Kroaten, Korsen oder Iren. In dieser Sicht, die von immer mehr Minderheiten vor allem in Mittel- und Osteuropa abgelehnt wird, ist Völkerrecht vor allem auch der Garant der bestehenden Eigentumsverhältnisse und der sehr unterschiedlichen Anteile der Völker an den Reichtümern dieser Welt. Deshalb ist Völkerrecht wenig hilfreich, um die Konfrontation Arm gegen Reich in friedliche Bahnen zu lenken. Diesen Gegensatz für immer zu konservieren, widerspricht besonders den Wertvorstellungen der islamischen Staaten. Der Islam kennt nicht die (»protestantische«) Annahme, daß Reichtum Gottes Lohn sei, der ausschließlich dem zustehe, der ihn erworben hat. Reichtum ist in islamischer Sicht vielmehr gegeben, um gerecht verteilt zu werden. Ölscheichs wie die Familie der Sabah, die Kuwait wie ihr Privatvermögen verwaltet, provozieren daher in islamischen Ländern nicht nur den Neid der Habenichtse, sondern auch religiöse Verachtung. Eine explosive Mischung.

Nach der Logik der Satzung der Vereinten Nationen war es richtig, daß Präsident Bush sich zunächst standhaft weigerte, im Irak einzugreifen, um die Kurden vor Saddam Hussein zu schützen. Denn genau auf dieser Logik, diesem Verständnis von Völkerrecht hatte er ja seine Kriegskoalition gegen den Irak aufgebaut. Und jedes Abweichen von dieser Position gefährdet den inneren Zusammenhalt wichtiger Mitglieder der Koalition, die die gleichen Probleme mit ihren Minderheiten haben wie Saddam Hussein; Syrien, die Sowjetunion und die Türkei sogar mit demselben Volksstamm: den Kurden.

Doch das Drama der Kurden, das nach 70 Jahren der Tragödie der von den Türken gemordeten Armenier in derselben Region folgt, lief über die Fernsehschirme der reichen Staaten. Anders das Drama der 100 000 bis 200 000 Iraker aller Schattierungen, die von der Kriegsmaschine der Interventionstruppen zerfetzt, verbrannt oder verstümmelt wurden: das ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nie gezeigt worden, weil Saddam Hussein und die USA ein gemeinsames Interesse daran hatten, es nicht zu zeigen.

Infolge der Greuel, die der Fernsehschirm zum Abendessen reichte, wuchs der Druck der öffentlichen Meinung in Europa und den USA so an, daß im April dieses Jahres das bisher heiligste aller UNO-Prinzipien außer Kraft gesetzt wurde: die Souveränität der Staaten, das Recht, über alle Vorgänge innerhalb ihrer Grenzen selbst zu bestimmen. Dem Drängen Frankreichs

folgend, wurden durch einseitigen Akt der USA, Englands und Frankreichs Schutzzonen für Kurden auf irakischem Boden geschaffen. Der Irak protestierte gegen die Verletzung seiner Souveränität, konnte sich aber nicht militärisch zur Wehr setzen. Diese Schutzzonen sollen und werden hoffentlich dieses verfolgte Volk retten. Das ist gut. Aber:
Die neue Variante von Völkerrecht, die zum Schutze der Kurden eingeführt wurde, ist ein gefährliches Instrument. Was soll aus diesen Schutzzonen auf die Dauer werden? Flüchtlingslager wie die der Palästinenser? Eine amerikanische Enklave? Eine UNO-Enklave im Irak? Ein Kurdischer Staat in einem irakischen Staatenbund? Mit oder ohne Austrittsrecht, wie es zum Beispiel die Kroaten und Slowenen in Jugoslawien und die Balten in der Sowjetunion in Anspruch nehmen? Ein selbständiger Kurdenstaat, der dann seine Minderheiten in der Türkei, in Syrien, Persien und der Sowjetunion reklamiert?
Das gefährlichste Spannungsgebiet, das dieser Wandel schafft, liegt im sowjetischen Vorfeld, im Raum zwischen der erweiterten NATO und dem sowjetischen Territorium, vom Vielvölkerstaat Jugoslawien im Süden bis zur Tschechoslowakei im Norden. Es liegt vor allem aber in den sowjetischen Randstaaten, die aus dem sowjetischen Staatsverband austreten wollen. Was soll geschehen, wenn Slowenen und Kroaten sich gegen die serbische Zentralgewalt wehren? Ist für Slowenen und Kroaten nicht recht, was für die Kurden billig war? Eine Preisfrage, die in den letzten Monaten ihren hypothetischen Charakter schon verloren hat. Und was soll geschehen, wenn baltische Staaten austreten und sich mit militärischen Mitteln gegen sowjetische Versuche wehren, sie wieder einzugliedern? Wenn die Sowjetunion unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht in vier oder fünf neue Atommächte zerfällt, die sich möglicherweise bekriegen? Was soll geschehen, wenn einzelne der ehemaligen Ostblock-Staaten eine nationalistische Politik betreiben, ihre Minderheiten in der Sowjetunion zum Anschluß auffordern und daraufhin die Sowjetunion interveniert? Was soll geschehen, wenn Staaten des ehemaligen Ostblocks ihre wechselseitigen Minderheitenprobleme mit Gewalt lösen? Was tun, wenn solche militärischen Konflikte nach Westen übergreifen? (Zum Beispiel: Übertritt bzw. gewaltsame Versuche des Übertritts bewaffneter Einheiten auf der Flucht vor ihren Gegnern.)
Was soll geschehen, wenn einzelne dieser Staaten – Ungarn zum Beispiel – der NATO beitreten wollen? Oder wenn einzelne dieser Staaten zwar nicht der NATO beitreten, wohl aber Sicherheitsgarantien von der NATO oder von beiden Seiten erbitten – eine im Falle Polens nicht ganz unwahrscheinliche Alternative?

Zweites Problem: Das Recht auf Selbstverteidigung

Wie steht es mit dem bisher grundsätzlich unbestrittenen souveränen Recht aller Staaten, über die Bedürfnisse der eigenen Landesverteidigung selbst zu bestimmen? Es ist das Recht, mit dem die USA und die Sowjetunion 40 Jahre lang ihre Hochrüstung auf allen Feldern begründeten und das die Bundesregierung in dem Streit über die Mittelstreckenraketen in Europa (Pershing 2 und Cruise-Missiles) der Sowjetunion entgegenhielt; das Recht, mit dem Israel seine kaum verschleierte nukleare Rüstung legitimiert.
Deutschland hat auf Herstellung und Besitz von Kernwaffen verzichtet. Auch ein solcher Verzicht ist das Recht eines souveränen Staates. Dem Irak aber wurde ein solcher Verzicht unter der Drohung weiterer Verwüstungen abgenötigt. Seine nuklearen Anlagen, von denen vermutet wurde, daß sie zur Vorbereitung des Baues von Kernwaffen dienten, wurden schon Jahre vor dem Krieg durch einen israelischen Bombenangriff mitten im Frieden zerstört, ohne daß die UNO oder gar die westlichen Staaten ernsthafte Schritte gegen den – nach Völkerrecht – Aggressor Israel unternahmen.
Unstreitig ist, daß der Irak-Krieg noch ungleich schwerere Folgen hätte haben können, wenn Israel die irakische Atomrüstung nicht zerstört hätte. Doch wenn wir von einer neuen, gerechten und friedlichen Weltordnung sprechen, müssen wir auch eine Antwort auf die Frage finden, welcher Staat welche Rüstung haben »darf« und welcher nicht; und vor allem: wer über diese Frage entscheidet. Die UNO-Satzung kennt keine Regeln oder Verfahren für eine solche Diskriminierung der souveränen Einzel-Staaten in »gute«, die dürfen, und »böse«, die nicht dürfen. Darf Pakistan? Durfte Indien? Wie um Himmels Willen soll dies in der neuen Weltordnung geregelt werden – und wie kann eine Unterteilung der Staaten in solche, die über ihre Verteidigung selbst bestimmen dürfen, und andere, die es nicht dürfen, jemals gerecht sein?

Drittes Problem: UNO-Beschlüsse und Sanktionen

Saddam Hussein mußte Kuwait verlassen und *alle* UNO-Beschlüsse bis zum letzten Punkt erfüllen, ohne die geringste Bedingung stellen zu dürfen. Der französische Kompromißversuch, Saddam Hussein zum Verlassen Kuwaits zu bewegen, wenn seine Bedingung akzeptiert würde, dafür eine Nahost-Konferenz zur Regelung aller Fragen der Region, vor allem aber des Problems der von Israel besetzten Gebiete anzusetzen, wurde von den USA mit dem Argument zurückgewiesen, man verhandle nicht mit Rechtsbrechern.

Kursbuch

ROWOHLT
BERLIN

»Das neue Kursbuch 104 „Weiter denken" läßt kein gutes Haar an den tröstlichen Gewißheiten jener Linken, zu der es doch selbst einmal, fast als ihr Zentralorgan, gehörte.« *(M. Halter)*

Die nächsten Themen:

Alles Design

Heft 106/Dezember 1991

Stichworte zum Inhalt: »Auf diesem Sofa kann die Tante nur ermordet werden«. Das Verhängnis des Mobiliars / In Ulm und um Ulm herum / Der Weg nach Bitterfeld: DDR-Design / Deutsches Black & Decker Design / Die Erlösung der Moderne im Design / Gute Form und richtiges Leben. Nachruf auf eine Illusion / Die Werbung als Avantgarde / Unser Geschichts-Styling: Die Stadt als gute Stube / Fassade – Outfit – Simulation. Kleine Theorie des Scheins / Politisches Design / Graffiti: Rache fürs Bauhaus / Das Verschwinden des Designs im Produkt.

Die Unterwanderung Europas

Heft 107/März 1992

Wie viele Schwarzafrikaner sind nötig, bis die Italiener durchdrehen? Wie viele Maghrebiner reichen aus, damit es in Marseille, Lyon, Paris zu Aufständen kommt? Was passiert, wenn 30 Millionen Armutsflüchtlinge aus den Tiefen der Sowjetunion nach Westen strömen, also zunächst nach Deutschland? – Werden wir, was politisch endlich möglich schien, ein properes Europa schaffen, oder wird Europa untergehen in den Wellen der neuen Völkerwanderung?

Ich möchte das **Kursbuch** im Abonnement beziehen. Bitte lassen Sie es mir regelmäßig zuschicken. Im Jahresabonnement zu **DM 40** für vier Hefte plus Porto.

Mein Abonnement gilt ab einschl. Nr.:

Zusätzlich zu meinem Abo bestelle ich folgende Hefte zum Abopreis:

Ich bestelle folgende **Kursbücher** zum Einzelpreis:

Datum/Unterschrift des Bestellers:

Widerrufsrecht: Die Abonnementsbestellung kann ich innerhalb einer Woche (Datum des Poststempels) beim Verlag widerrufen.

Datum/Unterschrift:

Einladung zum Abonnement

Lieferbare Kursbücher

105: Krieg und Frieden
104: Weiter denken
103: Rußland verstehen
102: Mehr Europa
101: Abriß der DDR
100: Die Welt von morgen
99: Kunst-Betrieb
98: Das Chaos
97: Uni-Not
96: Elemente II: Luft
95: Das Glück
94: Die Seuche
93: Glauben
92: Elemente I: Wasser
91: Wozu Geisteswissenschaften?
90: Die Medien

Wichtig: Die Hefte 90 bis einschl. 100 sind nur noch bis zum 31. 12. 1991 lieferbar.

Das **Kursbuch**
Begründet von Hans Magnus Enzensberger
Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Redaktion: Ingrid Karsunke.

Das **Kursbuch** erscheint mit vier Heften im Jahr: Die Hefte haben einen Umfang von je ca. 190 Seiten. Einzeln kostet das **Kursbuch** DM 13.

Wenn Sie sich zu einem Abonnement entschließen, zahlen Sie pro Heft statt DM 13 nur DM 10. Bitte wenden Sie sich an Ihren Buchhändler. Ist keine Buchhandlung in der Nähe, schicken Sie diese Karte an uns. Wir sorgen dafür, daß Sie das **Kursbuch** regelmäßig, sofort nach Erscheinen erhalten (zum Abopreis plus Porto).

Übrigens: Wenn Sie jetzt abonnieren, können Sie bereits erschienene Hefte zum jeweiligen Abopreis nachbeziehen. Und: von jeweils 5 bestellten Heften erhalten Sie eins geschenkt!

Name _____

Straße _____

Ort _____

Rowohlt · Berlin
Einsteinufer 63 a

1000 Berlin 10

Israel aber sitzt seit fast 24 Jahren in den durch einen präventiven Krieg eroberten palästinensischen Gebieten. Eine UNO-Resolution nach der anderen, die Israel zur Herausgabe dieser widerrechtlich gehaltenen Gebiete auffordert, wandert in den Papierkorb – nicht nur soll mit Israel über die von ihm besetzten Gebiete verhandelt werden, nein, schon über israelische Vorbedingungen für solche Verhandlungen wird seit Jahren verhandelt; der amerikanische Außenminister Baker reist wieder und wieder nach Israel, um mit der israelischen Regierung darüber zu verhandeln, unter welchen Bedingungen sie, bitteschön, über die Erfüllung der UNO-Resolution 242, die die Räumung der besetzten Gebiete vorschreibt, gnädigst verhandeln wolle. Derselbe Außenminister, der seinem irakischen Kollegen Tarek Assis im letzten Treffen vor dem Golfkrieg jede Verhandlung verweigerte und lediglich kam, »um dem irakischen Außenminister die UNO-Beschlüsse noch einmal zu erklären«, von denen um kein Jota abgewichen werden könne. Zweierlei Maß also für Israelis und Iraker.
Zweierlei Maß, ganz nach den jeweiligen Interessen der Mächtigen – das ist weder neu in der Weltordnung, noch ist es gerecht. Ohne Gerechtigkeit aber gibt es keinen Konsens über eine Ordnung der Gesellschaft. Ohne Konsens gibt es nur Streit, Aufstand, Terrorismus, Bürgerkrieg und Krieg – es sei denn, eine Diktatur stalinistischer Prägung erzwinge zwar nicht »law«, aber zumindest »order«. Wobei es eine Frage zweiter Ordnung wird, ob sich diese Diktatur auf den Schutz des Sozialismus, eines religiösen Glaubens oder mehr oder weniger widersprüchlich definierter Menschenrechte beruft.
Fazit: Die alte Völkerrechtsordnung, die auf dem Prinzip der »unantastbaren Souveränität der Staaten« beruhte, wird heute in wichtigen Elementen in Frage gestellt. Neue, allgemein anerkannte Regeln sind noch nicht an ihre Stelle getreten. Dort, wo neue Regeln erstmals angewendet wurden, waren so offensichtlich spezielle Interessen der USA und ihrer Verbündeten am Werk, daß die Fälle als Präzedenzfälle neuer Regeln eher diskreditiert als prädestiniert erscheinen.

2. Der Weltstaat

Die Erfahrung einer gerechten Ordnung menschlicher Gesellschaften endet bis jetzt beim Staat, sei er National- oder Vielvölkerstaat. Selbst in der Technik baut das Neue zuerst auf dem Alten auf. Die ersten Autos waren Kutschen mit Motor, die ersten elektrischen Lampen Petroleumlampen mit Glühbirnen. Die neue, dem neuen Zweck angemessene Form findet sich

erst in einem langen Evolutionsprozeß. Bei der viel komplexeren Entwicklung neuer menschlicher Organisationsformen ist das erst recht so. Die spezifische Form für eine neue und gerechte Weltordnung können wir uns deshalb heute noch nicht richtig vorstellen, wir müssen sie vielmehr langsam aus den uns bekannten innerstaatlichen Ordnungsformen entwickeln. Oft wird deshalb eine solche »Weltordnung« – etwas irreführend und nicht nur deshalb utopisch anmutend – als Weltstaat bezeichnet.
Drei Prototypen staatlicher Organisation stehen uns hierfür als Ausgangsmodell zur Verfügung:
- die Demokratie mit Beteiligung aller und rechtlicher Gleichberechtigung;
- die Plutokratie, die Herrschaft einer oder mehrerer Klassen (Nomenklatura-Herrschaft);
- der Bonapartismus, das Cäsarentum, die Herrschaft eines Mannes oder einer kleinen Gruppe mit all ihren Varianten.

Erste Variante: Die demokratische Ordnung

Bis in den Anfang dieses Jahrhunderts beruhte die Ordnung Europas und der von ihm beherrschten Welt auf einem Konzert der fünf Weltmächte: England, Frankreich, Rußland, Österreich-Ungarn und (Preußen-) Deutschland. Das Mißlingen dieses Konzertes führte in den Weltkrieg.
Der erste konkrete Ansatz für eine demokratische Weltordnung war die Satzung des Völkerbundes, der 1919 auf der Basis der 25 Punkte des damaligen amerikanischen Präsidenten Wilson entstand. Dieser Völkerbund war als Bund von Staaten gedacht, der durch das Prinzip der kollektiven Sicherheit den Weltfrieden erhalten und die Rechte seiner Mitglieder wahren sollte. Das Grundprinzip der kollektiven Sicherheit lautet: Treten stets alle Staaten gemeinsam gegen *jeden* Störer an, haben egoistische Störungen (Rechtsbrüche) keine Aussicht auf Erfolg; durch diese Übermacht des »Rechts« gegenüber jedem Störer erhält das System der kollektiven Sicherheit den Frieden.
Die Bildung von zwei gleich starken Blöcken macht die Aktivierung einer erdrückenden Übermacht gegen den Störer unmöglich. Ost gegen West, Warschauer Pakt gegen NATO war ein solches Block-System. Es ist daher kein Zufall, daß der erste erfolgversprechende Versuch *kollektiver* Sicherheit, der Aufmarsch gegen den Irak, erst nach dem Abbau der Ost-Westkonfrontation möglich wurde.
Das Grundprinzip der demokratischen Ordnung ist die Gleichheit vor dem Gesetz. In einer gerechten und demokratischen Weltordnung muß sich deshalb *jeder* (Staat) auf das Funktionieren der kollektiven Sicherheit ver-

lassen können – und zwar gegen *jeden denkbaren* Angreifer. Nur unter dieser Grundvoraussetzung, daß hinreichend viele Mächtegruppen frei gegen den Störer auftreten, ist deshalb kollektive Sicherheit prinzipiell möglich. Um diese freie Beweglichkeit sicherzustellen, verbot der 25. Punkt der Wilsonschen Vorschläge ausdrücklich jedes Militärbündnis, mit dessen Hilfe sich ja eine Gruppe von Staaten gegen die Zwangsgewalt der übrigen Völkerbundsmitglieder hätte wehren und so das Prinzip der kollektiven Sicherheit zu Fall bringen können. Erste Voraussetzung für eine solche gerechte und demokratische Weltordnung, wie sie der Völkerbund vorsah, wäre also die Auflösung der NATO.

Damit das System demokratischen Regeln folgen kann, muß es auch gegen die USA wirksam sein, falls eine neue amerikanische Militäraktion in irgendeiner Region der Welt von der überwältigenden Mehrheit der Staaten als inakzeptabel betrachtet wird. Voraussetzung für kollektive Sicherheit und demokratische Weltordnungen ist deshalb, daß ein neues Konzert gleichberechtigter Mächte an die Stelle der bipolaren Konfrontation tritt, nicht aber ein amerikanisches militärisches Machtmonopol. Doch wenn der Golfkrieg irgend etwas gezeigt hat, dann die derzeitige militärische Überlegenheit der USA gegenüber allen anderen Staaten.

Somit stößt sich die aus amerikanischem Denken hervorgegangene neue gerechte Weltordnung durch kollektive Sicherheit heute unwiderruflich an den USA. Nach dem Golfkrieg deutlicher als vorher. Wie dieses Hindernis beseitigt werden kann, ist zur Zeit nicht zu sehen.

Doch die amerikanische Überlegenheit ist nicht das einzige Hindernis für eine gerechte Weltordnung. Herrschaft und Ordnung haben immer einen Status quo zur Grundlage, bevorzugen automatisch den Status quo vor Veränderungen, stabilisieren damit die Besitzverhältnisse. Und so, wie innenpolitisch der Sozialstaat entweder zum Kriminalstaat oder zum Polizeistaat entarten muß, wenn die ungleiche Verteilung der Güter für große Bevölkerungsteile das Maß des Tolerablen übersteigt, ist auch ein »Weltstaat« mit quasidemokratischen Strukturen (Wilsons Modell) nicht aufbaubar und erst recht nicht haltbar, solange im Weltmaßstab die derzeitige ungerechte Verteilung des Reichtums dieser Erde besteht. Damit aber wird das unlösbar erscheinende Problem der gleichmäßigeren wirtschaftlichen Entwicklung der Welt Voraussetzung für das Funktionieren des Systems der kollektiven Sicherheit. Eine demokratisch strukturierte Weltgesellschaft, eingebettet in ein Rechts- und Ordnungssystem kollektiver Sicherheit, bleibt daher so lange eine Illusion, wie das Problem des Zusammenpralls von Armut und Reichtum und der Verteilung der neuen Menschenmassen auf unserem Globus noch keine Lösung gefunden hat, die

auch von der Mehrzahl der armen Völker als hinreichend hoffnungsvoll angesehen wird.

Zweite Variante: Die Nomenklatura

Gleiches Recht für alle ist also schon aus ökonomischen Gründen zur Zeit eine fromme Illusion. Anarchie, Ungleichheit und bedenkenlose Machtpolitik zwischen Staaten mit immer schneller wachsenden Zerstörungsarsenalen sind als Dauerlösung genau so unrealistisch. Also müssen Zwischenwege gesucht werden. Offensichtlich ist, daß auch die UNO-Charta realistischerweise nicht von der Gleichheit der Staaten ausgeht, sondern einige, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, privilegiert. Unabhängig davon, ob die derzeitigen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates noch hinlänglich »die Weltelite« darstellen, ergibt sich aus der Kraft des Faktischen eine Führungsrolle für die Industrienationen. Nomenklatura-Herrschaft ist kein schönes Wort. Von Gerechtigkeit für alle ist eine solche Ordnung weit entfernt. Es ist eine Ordnung, in der eine Klasse von Privilegierten von ihren Privilegien gerade soviel an die »unteren Klassen« abzugeben pflegt, wie sie für unvermeidlich hält. Und doch liegt diese Ordnung – auch historisch – auf dem Weg von der Alleinherrschaft zur gleichberechtigenden Demokratie.

Natürlich hat jede Führungsrolle wesentliche Vorteile. Aber sie bringt auch Verpflichtungen mit sich, die, wenn sie verletzt werden, das zarte neue System sofort zerstören müssen. Die wichtigste Verpflichtung für den Aufbau einer neuen Weltordnung liegt darin, soweit wie möglich Gerechtigkeit walten zu lassen. Wenn sich schon kein absolut gleiches Recht für alle herstellen läßt, so ist doch schon der Schein zu meiden, daß das System zu egoistischen Zwecken ausgenutzt wird. Denn ein System, das von einer Führungsmacht zum eigenen Vorteil benutzt wird, ein Nomenklatura-System also, kann nur das Schicksal der Nomenklatura-Systeme im Osten teilen. Daß ausgerechnet der Überfall des Irak auf das Ölscheichtum Kuwait zum Anlaß der Etablierung der neuen Ordnung dienen soll, ist deshalb eine Katastrophe. Hätte es sich um den Überfall des Irak auf den Iran gehandelt, die Chancen der Akzeptanz wären gegeben gewesen. Aber daß es sich um den Ölstaat Kuwait handelt, daß die USA immer wieder offen erklärt haben, es gehe um billiges Öl und Arbeitsplätze in den USA – dies ist ein geradezu klassischer Fall von Mißbrauch eines solchen internationalen Systems kollektiver Sicherheit.

Auch Vetternwirtschaft ist für die Legitimität einer Gesellschaft tödlich. Niemals darf der Eindruck entstehen, die Patriarchen des Systems behan-

delten die einzelnen Staaten aus Eigeninteressen unterschiedlich. Das aber ist in frappanter Weise geschehen. Sind UNO-Truppen aufmarschiert, als der NATO-Partner Türkei in Zypern einfiel? Ist jemals der geringste Versuch gemacht worden, auch nur eine einzige UNO-Resolution gegen Israel durchzusetzen? Das alles hat mit Recht und Ordnung nichts zu tun, ist nackte Machtpolitik im UNO-Mantel.

Der Krieg, der den Irak in das vorindustrielle Zeitalter zurückbombte und zwischen 100 000 und 200 000 Araber tötete, war so von Anfang an ein untaugliches Mittel für die Einführung einer neuen und gerechten Ordnung. Im Gegenteil: Der reiche Westen, der sich als Zerstörer der armen Länder präsentiert, zeigt sich als das effizienteste Schreckgespenst, um den ärmeren Ländern jeden Gedanken daran, auch zu ihrem Wohl an dieser neuen Ordnung mitzuwirken, aus dem Kopf zu treiben. Es war der Fehler der europäischen Regierungen, dieser fatalen Entwicklung nicht rechtzeitig entgegengetreten zu sein.

Es ist nun die Aufgabe der europäischen Regierungen, diesen Fehler zu korrigieren. Denn wenn schon eine gerechte Ordnung für die gesamte Welt nicht möglich ist, so gilt es, sich dem Gerechtigkeitsideal wenigstens so weit wie möglich anzunähern. Auch Rom wurde nicht an einem Tage gebaut. Wenn man heute noch nicht im Weltmaßstab eine gerechte, dauerhafte und friedliche Ordnung zu schaffen vermag, die von den Bevölkerungen freiwillig akzeptiert wird, muß wenigstens der Versuch gemacht werden, Kerne für eine solche Ordnung zu entwickeln. Das setzt voraus, daß Räume entstehen, in denen Lebensbedingungen herrschen, die von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden. Dies wiederum setzt voraus, daß Mittel für den wirtschaftlichen Aufbau der ärmeren Länder freigestellt und diese Mittel zunächst auf wenige Länder konzentriert werden.

Es ist zu fragen, wo die Grenzen dieser »Wohlstandssphären« liegen könnten. Für Amerika zeichnet sich ab, daß eine Ausgliederung Mexikos schon wegen der unkontrollierbaren Grenzlinie nicht möglich ist. Westeuropa kann Osteuropa nicht im Chaos lassen. Nur eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung Osteuropas würde verhindern, daß die Menschen nach Westeuropa strömen. Das gleiche gilt für die Sowjetunion. Zumindest jeder Franzose weiß, daß der arabische Raum nicht mehr gegen Europa abgeschlossen werden kann – seit 1500 Jahren nicht. Wie den Deutschen im Falle des Chaos in der Sowjetunion ein alles überwältigender Zustrom aus Osteuropa droht, so droht Frankreich im Falle der Konfrontation christlicher Staaten mit dem moslemisch-arabischen Raum und der zwangsläufigen Folge des Sieges der moslemischen Fundamentalisten ein Millionenstrom europäisch-arabisch-moslemisch gebildeter und erzogener Menschen.

Europa scheint daher nur dann eine Chance zu haben, wenn es gelingt, neben Osteuropa auch den moslemisch-arabischen Raum politisch und wirtschaftlich zu konsolidieren und Araber und Europäer zusammenzuführen. De Gaulle: »Wenn wir um das Mittelmeer, die Mutter der großen Zivilisationen, eine Industriezivilisation schaffen wollen, die nicht dem amerikanischen Modell folgt und in der der Mensch ein Wert an sich (Ziel) und nicht ein Mittel ist, dann müssen sich auf beiden Seiten des Mittelmeeres unsere beiden Kulturen füreinander öffnen.«

Dritte Variante: Bonapartismus – die Weltherrschaft

Erste Voraussetzung einer Weltherrschaft ist die Macht eines einzelnen (Staates), seine Interessen gegen die Interessen aller anderen Staaten durchzusetzen. Nach Lage der Dinge kommt als »Weltherrscher« daher heute nur ein einziger Staat in Frage: die USA. Sie haben ihren Willen, die Welt nach ihren Vorstellungen zu gestalten, mehr als deutlich gemacht. Daß sie dazu auch ihre überwältigenden militärischen Mittel einzusetzen bereit sind, zeigt nicht zuletzt der Golfkrieg.
Offen bleibt, ob sie wirtschaftlich diese Rolle durchhalten können. Einerseits ist der Geldbedarf für die Weltrolle schon seit langem durch Auslandskredite gedeckt worden; die USA sind eines der höchstverschuldeten Länder. Zudem sind für die innere Stabilität erforderliche Aufwendungen im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen und für die Infrastruktur besonders in den Städten jahrelang unterblieben. Andererseits hat der Golfkrieg gezeigt, wie man als Führungsmacht Kontributionen eintreiben kann: Man läßt sich Milliarden »Kriegskosten« für einen Krieg bezahlen, der weder im Interesse der Tributzahlenden lag noch auch nur entfernt die eingeforderten Summen gekostet hat. Dieser Krieg jedenfalls bezahlte sich für die USA selbst. Prinzipiell steht einer Wiederholung so lange nichts entgegen, wie sich die »Schützlinge« der USA als unfähig erweisen, amerikanischen Forderungen zu widerstehen. Helmut Schmidt: »Die USA ... haben in den letzten zehn Jahren die schlechte Gewohnheit angenommen, mehr auszugeben, als sie verdienen. Das erinnert mich ein wenig an das Römische Imperium, das alle Reichtümer der Mittelmeerwelt zusammenraffte, um sie in seiner Hauptstadt Rom aufzuhäufen. (Doch) die USA sind nicht so mächtig, daß sie Spanien, Japan, Frankreich oder Deutschland zwingen könnten, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Für die Welt-Sheriff-Rolle der USA gibt es Grenzen.«
Wo die Grenzen der Macht der USA über die Welt liegen, entscheidet mit über die Chancen einer gerechteren Weltordnung. Gefordert ist deshalb die

Durchsetzungsfähigkeit der wirtschaftlichen Großmächte Europa und Japan: Sie müssen den USA jede wirtschaftliche Unterstützung für ihre Kriege verweigern. Will man die gerechtere Welt, muß die Kontributionszahlung nach dem Golfkrieg ein einmaliger Sündenfall bleiben. Ob Europäer und Japaner dazu die Macht haben werden, ist jedoch offen.

II Die Rolle des Militärischen: Nichts ist mehr so, wie es war

Durch abgestufte Abschreckung, langsame, der Lage angepaßte Eskalation der Androhung militärischer Mittel in der Krise, sollte jeder Krieg vermeidbar sein, verkündete man jahrelang. Schulmäßig wurde dann Druckmittel um Druckmittel gegen Saddam Hussein aufgefahren. Und schulmäßig eskalierte auch Saddam Hussein im Machtpoker. Gar nicht schulmäßig nahm so langsam die »Logik des Krieges« (Mitterrand) überhand. Trotz starker Überlegenheit der Interventionsstreitkräfte an konventionellen, chemischen und *nuklearen* Waffen versagte die Abschreckung. Ganz so, wie es die Abschreckungskritiker stets vorausgesagt hatten, wie es die intellektuellen Führer der Friedensbewegung den offiziellen Abschreckern entgegenhielten. Die Jubelstrategen-Literatur zur unfehlbaren nuklearen Abschreckung wurde über Nacht zur Makulatur. Und mit ihr versank die alte Traum-Rolle des Soldaten im Atomzeitalter.

1. Die Illusion von der unblutigen Abschreckung

Durch die Behauptung eines Arztes, Soldaten würden zu potentiellen Mördern ausgebildet, sah sich der Generalinspekteur der Bundeswehr beleidigt, da die Soldaten ja gerade und ausschließlich dazu ausgebildet würden, das Töten durch Krieg zu verhindern.

Einhundert- bis einhundertfünfzigtausendfach fanden irakische Menschen im nur wenige Wochen dauernden Krieg durch amerikanische, britische und französische Waffen den Tod. Durch Waffen, die von amerikanischen, britischen und französischen Soldaten auf diese Menschen gerichtet wurden. Teils kam der Tod aus großer Entfernung durch Cruise-Missiles, Fernraketen, Schiffsgeschütze oder »Abstandswaffen« von Flugzeugen. So hilflos die Opfer, so ahnungslos die Täter hinsichtlich der Folgen ihres Tuns. Der Tod war anonym. Doch nicht allen alliierten Soldaten blieb der Gewissenskonflikt erspart: Als die irakische Armee den Befehl bekam, der UNO-Resolution zu folgen und Kuwait zu räumen, griff die amerikanische Luftwaffe den Kopf der Kolonne an, zerstörte Panzer und Fahrzeuge und

blockierte so den Weg zurück. Dann folgte ein Massaker in der dichtgedrängten Kolonne.
Stellt sich wirklich nicht die Frage, ob Soldaten zum Töten ausgebildet werden? Bei alledem: die alliierten Verluste sind praktisch Null. Die Gefahrlosigkeit für die Täter scheint das Dilemma noch zu verdeutlichen. Aber wöge die Frage nach der Moral des Soldatenberufes denn leichter, wenn auch die alliierten Soldaten Tausende von Toten zu beklagen hätten? Wer zeigt mit dem Finger auf die Soldaten, die beim Ausbruch des Golfkrieges den Wehrdienst verweigerten, Soldaten, die bis dahin an die Beteuerungen ihrer höchsten Vorgesetzten geglaubt hatten, Abschreckung sei ihre einzige Aufgabe, der Friede der Ernstfall? Seit wann wirft man es einem Soldaten vor, wenn er an die Worte seiner Vorgesetzten glaubt?

2. Die Renaissance des Krieges oder: Krieg lohnt wieder?

»Nie wieder Sieg!« Krieg zerstöre mehr, als er an Nutzen bewirken könne, Krieg löse kein Problem, die aufgeklärten Demokratien führten deshalb keinen Krieg mehr, so tönte es jahrelang aus allen offiziellen Kanälen. Und es stimmt: Der Krieg gegen den Irak hat mehr zerstört, als er je gutmachen kann. Der Krieg hat kein Problem gelöst. Doch der Sieg wird mit den »größten Siegesparaden der Geschichte« gefeiert. Krieg und Sieg sind wieder »in«.
Dabei gibt es sicher einen Grund zum Feiern, doch der wird in den Hintergrund gedrängt: die Tatsache, daß die USA und ihre Alliierten nicht auch, wie der Irak, 100 000 oder 150 000 Menschen verloren haben. Aber es ist schwer, eine Armee als Helden zu feiern, die praktisch ohne eigene Verluste Abertausende von Arabern umbrachte.
Sicher, der Krieg gegen den Irak ist nicht die erste Bresche in den allgemeinen Widerstand gegen Krieg, der sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gebildet und nach dem Desaster von Vietnam (in den USA) und Afghanistan (in der UdSSR) erneuert hatte. Bleiben wir in der Region Nahost, so ist der Präventivkrieg, den die Israelis 1967 gegen ihre Nachbarn führten (Sieben-Tage-Krieg), das erste Beispiel für einen Krieg im Atomzeitalter, der sich »gelohnt« hat. Denn die damals eroberten Gebiete besitzt und besiedelt Israel zum größten Teil noch heute. Immerhin war dieser Krieg einer der vielen Kriege unter kleinen Nationen, war zudem ein Krieg in einer Situation, in der die Akteure wie in einer griechischen Tragödie gefangen waren. Heute aber feiert eine Supermacht, die einzige, die geblieben ist, ihren praktisch vom Baum gepflückten Krieg.

3. Bellizismus gegen Pazifismus

»Pazifist« ist zum Schimpfwort geworden. Ein weiter Weg zurück von der Position der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg: Dem soll die Hand verdorren, der noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt. Heute stehen wir wieder in der Mentalität der Augusttage von 1914, in der die Sozialdemokratie gar nicht anders konnte, als die Kriegskredite mitzubeschließen. »Kriegstreiber«, ja »Kriegsverbrecher« hießen dieselben Leute 1918, als die Realität des Krieges in das Bewußtsein der Menschen gedrungen war.
Heute wird der deutschen Regierung, der die deutschen Soldaten es zu verdanken haben, daß sie nicht in den Gewissenskonflikt gestoßen wurden, ob sie ihre Waffen auf mehr oder weniger wehrlose Araber richten dürfen, »Versagen vor der ersten politischen Herausforderung des wiedervereinigten Deutschland« vorgeworfen. Wenn mit der geforderten Beteiligung am Krieg ein Beweis für die Überwindung des Antisemitismus in Deutschland geliefert werden sollte: wahrlich ein geniales Programm, weil man so seinen neuen Anti-Antisemitismus hätte manifestieren und gleichzeitig aktiven Antisemitismus betreiben können. Denn die Araber, auf die deutsche Soldaten dann geschossen hätten, sind auch Semiten. War es für diese »günstige Gelegenheit« auch zu spät, so hat man jedenfalls erreicht, daß selbst der besonnene Außenminister dieser Regierung in »nacheilendem Bellizismus« sich ausgerechnet in dem Moment mit dem glänzenden Gedanken meldete, Saddam Hussein vor ein internationales Gericht zu stellen, als das Schicksal von Hunderttausenden von Kurden auf des Messers Schneide stand und von einem Minimum an Mitwirkung eben jenes Saddam Hussein abhing. Nun, Kurden hin, Kurden her, Pazifismus ist out, Bellizismus ist in. Bis sich nach der nächsten Katastrophe, die bei diesem Geist kaum auf sich warten lassen wird, der Wind wieder dreht.

III Gewalt als Mittel der »neuen Weltordnung«

Die Blockkonfrontation hat uns ihre militärischen Mittel hinterlassen. Die Frage ist: Wie dienen oder wie schaden diese geerbten Mittel den neuen politischen Zielen? Doch auf diese Frage zu antworten ist unmöglich, denn die neuen Ziele liegen in dichtem Nebel. Ist es die neue, gerechte und demokratische Weltordnung? Ist es die herrschende Klasse der Mächtigen, das Welt-Nomenklatura-Modell? Oder die Monopolherrschaft Amerikas? Oder ist das Ziel sehr viel bescheidener, liegt es nur in der besseren Durchsetzung der Regeln des Völkerrechts mit Hilfe der UNO? Aber welches

Völkerrechts? Dessen, das auf dem Respekt vor der vollen Souveränität der Staaten aufbaut, womit der Irak-Krieg begründet wurde und die Unterstützung für die Zentralregierung in Belgrad? Oder dessen, das den Schutz der Menschenrechte von Minderheiten auch innerhalb von Staaten und gegen den Willen des »souveränen« Staates erlaubt oder gar fordert, womit man die Intervention in den Irak zur Rettung der Kurden ebenso begründet wie die Forderung nach Hilfe für Slowenien und Kroatien gegen die Panzer der jugoslawischen Volksarmee?
Es ist evident, daß die Rolle des militärischen Instruments in all diesen politischen Alternativen sehr unterschiedlich ist. Notwendigerweise wechselt mit der Rolle aber auch die zu fordernde Struktur der Streitkräfte.

1. Gewalt und kollektive Sicherheit

Das entscheidende militärische Problem der »Weltdemokratie«, die sich auf kollektive Sicherheit gründet, liegt bereits in ihren politischen Voraussetzungen: einem Konzert mehr oder weniger gleichberechtigter Mitglieder. Angesichts der weltweiten militärischen Überlegenheit der USA ist heute kein Weg zu sehen, wie die anderen Staaten dieses Ziel gegen die USA erreichen könnten. Und daß die USA ihre Suprematie freiwillig abbauen, kann wohl niemand erwarten. Abbau durch wirtschaftliche Selbstschädigung infolge fortgesetzter Hochrüstung aber dauert lange, vor allem dann, wenn die USA ihre Machtposition wie im Golfkrieg dazu ausnutzen können, Kriegskosten-Kontributionen einzutreiben. Auch die Erwartung, die USA würden durch ihre wirtschaftlichen Probleme schon von alleine vom Sockel der Herrschaft stürzen, ergibt deshalb heute (noch?) keine realistische Alternative für politisches Handeln. Über militärische Wege nachzudenken, die dahin führen, daß Europa als Mitglied einer Gruppe privilegierter Staaten gleichberechtigt mitbestimmen kann, bedeutet, ein europäisch-amerikanisches Wettrüsten anzusteuern, und das ist mit Sicherheit ein gefährlicher Irrweg.
Dennoch lohnt es, sich klarzumachen, wie das demokratische Weltprinzip machtpolitisch-militärisch organisiert werden *müßte*, wenn man es ernsthaft anstreben wollte und könnte. Dabei wird man schnell sehen, daß die Schalmeientöne von der neuen und gerechten Weltordnung zu einem Marsch ertönen, der nun keineswegs in Richtung auf dieses gepriesene Ziel geht.
Krieg ist Krieg. Ob unter UNO-Flagge oder unter amerikanischer, russischer, deutscher Flagge. Der ehemalige französische Staatspräsident Giscard d'Estaing hatte deshalb recht, als er im November 1990 sagte, das neue

System sei keinen Pfifferling besser als das alte, wenn die internationale Rechtsordnung nur durch einen Krieg z. B. gegen den Irak wiederhergestellt werden könne. Leider hat er diese Position im Januar nicht mehr aufrechterhalten.

Mittel des neuen Systems, potentielle Störer von aggressivem Verhalten abzuschrecken, müßte in erster Linie der zivile Boykott sein, verbunden mit der Blockade. Militärisch ist Blockade eine Belagerung, und Belagerungen wirken nie in kurzer Zeit. Entgegen der üblichen Ungeduld gerade auch demokratischer Regierungen ist deshalb das Einüben in Ausdauer bei Vergeltungs- und Zwangsmaßnahmen unerläßliche Voraussetzung für das Funktionieren des Systems. Wer weiß, daß er eine Blockade aus politischen Gründen nicht lange genug durchhalten kann, darf sie nicht verkünden. Tut er es dennoch, gefährdet er jede neue Ordnung, die auf weniger Gewalt beruhen soll.

Dies kann nicht die ganze Antwort auf die Gewaltfrage im kollektiven Sicherheitssystem sein. Denn es sind Fälle denkbar, in denen kein ökonomischer Druck hinreicht, die gestörte Ordnung wieder herzustellen. Bleiben aber Übergriffe wie die Besetzung Kuwaits oder eines Teiles von Zypern oder die israelische Besetzung auf die Dauer folgenlos, so wird egoistisches Verletzen der Regeln belohnt, systemtreues Verhalten benachteiligt. Auch damit wird die kollektive Weltordnung gefährdet, die mit dem Interesse der überwältigenden Mehrheit ihrer Mitglieder am Erhalt der Ordnung lebt und stirbt.

Das Ende des Völkerbundes zeigt dies: Die beim italienischen Überfall auf Abessinien vom Völkerbund beschlossenen Sanktionen erwiesen sich als wirkungslos. Andere Sanktionen wurden nicht beschlossen, weil man Mussolini nicht noch mehr in Hitlers Arme treiben wollte. Der Zerfall der Völkergemeinschaft in zwei Blöcke, hier die »gesättigten« Status-quo-Staaten, dort die Staaten, die sich durch die Versailler Ordnung benachteiligt fühlten, war die Grundlage der Schwäche des Völkerbundes, die Wirkungslosigkeit der Sanktionen das Signal seines Scheiterns.

Gewalt, militärische Gewalt als letztes Mittel ist daher nicht auszuschließen, soll das System funktionieren. Dabei muß angestrebt und erreicht werden, daß nicht erst die vollzogene, sondern schon die drohende Anwendung von Gewalt die Mitglieder der Staatengemeinschaft zur Kooperation bringt. Abschreckung vom systemfeindlichen Verhalten, nicht Krieg also soll das Mittel der Völkergemeinschaft sein. Doch die Glaubhaftigkeit dieser Abschreckung mag in bestimmten Fällen den Einsatz der Zwangsmittel zur Voraussetzung haben. Der Zweck eines solchen Einsatzes militärischer Mittel im System kollektiver Sicherheit ist es, mit möglichst wenig Gewalt

den Störer in die Gemeinschaft zurückzuzwingen (»Reintegration in die Weltgesellschaft«) und zukünftige Störer abzuschrecken (Generalprävention). Totaler Sieg, schneller Einsatz aller Mittel, Vernichtung der gesamten zivilen Infrastruktur, Zurückbomben in die vorindustrielle Zeit sind Ziele aus der Epoche der Konfrontation des »Guten« mit dem »Bösen«. Im System kollektiver Sicherheit, das die Kooperation aller Mitglieder zur Voraussetzung hat, haben sie nichts zu suchen.

Wie müßten nach alledem Streitkräfte für ein System der kollektiven Sicherheit aussehen? Militärische Zwangsmaßnahmen gegen einen Staat, die über eine Blockade hinausgehen, erfordern einen Angriff. Das System der kollektiven Sicherheit, das auf der Wirksamkeit von militärischen Zwangsmaßnahmen beruht, benötigt daher angriffsfähige Streitkräfte.

Die Frage bleibt, wie diese offensiven Streitkräfte mit defensivorientierten gemischt werden müßten, um das Funktionieren der kollektiven Sicherheit optimal zu gewährleisten. Natürlich wäre diese Frage in jedem zukünftigen Falle aus den dann gegebenen spezifischen Bedingungen zu entscheiden. Doch dürften einige wenige Prinzipien relativ konstant sein. Das erste Prinzip lautet, daß bei totaler Überlegenheit einer Seite Angriff grundsätzlich fast immer möglich bleibt, auch wenn beide Seiten auf Verteidigung optimiert haben sollten. Interventionen von Großmächten bei sehr viel kleineren Staaten bleiben daher selbst bei Defensivoptimierung ebenso möglich wie Interventionen von großen Koalitionen gegen den Störer, also Interventionen im Idealfall der kollektiven Verteidigung. Andererseits dürften Interventionen kleinerer Mächte bei ihren Nachbarn von ähnlicher Größe hoffnungslos erscheinen, falls die Militärstrukturen aller Staaten aus verteidigungsspezifischen Einheiten bestehen. Für Interventionen einzelner Großmächte bei einzelnen Großmächten gilt das gleiche. Insofern hat Defensivüberlegenheit in diesem System eine stabilisierende Funktion, weil sie die Zahl der Gewaltfälle reduziert. Sie sollte deshalb sorgfältig ausgebaut und durch Rüstungskontrollverträge festgeschrieben werden.

2. Gewalt in der Herrschaft der Nomenklatura

Weltbestimmung durch eine Klasse von privilegierten Staaten (Nomenklatura) setzt dem Militär zwei sehr verschiedene Aufgaben. Einmal müssen die Mitglieder der Nomenklatura ihre Herrschaft über den Rest der Welt sichern. Zum anderen aber müssen sie auch um ihre Stellung kämpfen, sich gegen die Konkurrenten in der Nomenklatura behaupten. Vor allem aber wird ihre Nomenklatura-Herrschaft durch die Diktatur eines besonders Mächtigen über alle Konkurrenten bedroht. Stalins Gesicht schreckt.

Wer wird Mitglied der Welt-Nomenklatura, wenn denn eine solche Herrschaft in der nächsten Generation das heutige faktische Monopol der USA ablösen sollte? Fest stehen vor allem zwei Teilnehmer: die USA und Japan. China als dritter Teilnehmer ist möglich, aber angesichts der enormen Schwierigkeiten dieses Landes keinesfalls sicher. Ob und wie Europa oder Teile Europas als Mitspieler auftreten werden, ist ebenfalls sehr schwer vorauszusagen. Denn niemand weiß heute, wie das Mächtespiel in Europa sich entwickeln wird. Die theoretisch denkbaren Möglichkeiten werden am deutlichsten durch die in den verschiedenen Ländern geisternden Schreckbilder:

Schreckbild Nr. 1, anzutreffen vor allem in Westeuropa und den USA: Ein deutsches Europa
Das vereinigte Deutschland löst seine Wirtschaftsprobleme und beteiligt sich entscheidend am Wiederaufbau Zentral- und Osteuropas. Der EG-Raum wird bis zur russischen Grenze erweitert. Mit seiner Klientel in Osteuropa dominiert Deutschland die Entscheidungen der europäischen Föderation. – Bleibt die Sowjetunion ausgeschlossen, markiert dieses Europa auch das russische Schreckbild. Entsprechendes gilt für die USA.

Schreckbild Nr. 2, zuwenig beachtet in der Bundesrepublik: Eine neue Entente
Das Aufsteigen des deutschen Europa bringt Frankreich wieder in die alte Allianz mit England, den USA und Italien. Deutschland dagegen engagiert sich sehr entschieden in den Aufbau Osteuropas und der Sowjetunion. Die Trennungslinie zwischen beiden Sphären liegt dann am Rhein. 40 Jahre Westpolitik sind letztlich gescheitert. Wer im »neuen Ostblock« führt, Deutschland oder Rußland, ist offen und könnte zum Hauptproblem dieses Blockes werden.

Schreckbild Nr. 3, anzutreffen in den USA und Großbritannien: Der Kontinentalblock vom Atlantik bis Wladiwostok
Wenn sich die Sowjetunion in das kontinental-europäische Konzept integriert, die USA aber draußen bleiben, dann wird dies von den USA aus als »renversement des alliances« angesehen werden, als antiamerikanische Allianz. Die USA werden diese Entwicklung deshalb zu verhindern suchen. Mit allen Mitteln?

Schreckbild Nr. 4, lebt in der Dritten Welt: Die Herrschaft der Reichen
Die USA, Europa von Gibraltar bis Wladiwostok und Japan bilden einen

Raum, dessen Herrschaft sich über die ganze Welt erstreckt. Führend in diesem Block sind die USA. Die Hoffnungen der armen Staaten auf eine neue Weltordnung, die gerecht ist und in der sie auch ihre Interessen gewahrt sehen, sind auf den St. Nimmerleinstag verschoben.

Jedes dieser Bilder – Europa kontinental ohne die Sowjetunion; Europa mit oder ohne Sowjetunion, gespalten am Rhein; Europa vom Pazifik bis zum Pazifik unter der Herrschaft der USA – fixiert ganz unterschiedliche Interessen, Bedrohungen und Bedrohungsträger. Mal erscheint Deutschland bedrohlich, mal die Sowjetunion, mal die USA. Es ist evident, daß die Anforderungen an die militärischen Mittel entsprechend unterschiedlich ausfallen müssen. Geht die Bedrohung von der Macht 1. Klasse aus, die den Weltraum beherrscht und, wie im Krieg gegen den Irak, aus sicherer Entfernung alles zerstören kann, was sie will? Oder ist die Bedrohung vor allem wirtschaftlicher Art, weil der Bedrohungsträger Deutschland sich militärisch starken Beschränkungen unterworfen hat?
Einheitlich ist in diesen verschiedenen Varianten des Nomenklatura-Konzeptes nur: Interventionsstreitkräfte, um die Macht der Nomenklatura in die armen Länder zu erstrecken, werden in jedem Fall gebraucht. Dementsprechend hat die NATO bereits den Aufbau einer internationalen »Schnellen Eingreiftruppe« beschlossen, die diese Aufgaben erledigen soll. Interessanterweise wollte Frankreich diese Truppe zwar auch (als französische »Force d'action rapide« existiert sie ja bereits), aber unter der Flagge der WEU, also als rein europäische Streitkraft, ohne den dominierenden Einfluß der USA.
Für alle denkbaren Kombinationen der möglicherweise in Europa entstehenden Gebilde militärische Varianten zu entwickeln, wäre so lange Spielerei, wie die politischen Aufgaben und Probleme im Nebel bleiben. Dabei ist neben der Sicherung gegen Nebenbuhler außerhalb der eigenen Zone auch die Frage zu klären, wie innerhalb der eigenen Zone gegen die Unterdrükkung von Minderheiten oder gegen Sezessionsbestrebungen vorgegangen werden soll. Mehr als die oben skizzierten Alternativen für Verteidigung kann deshalb nicht sinnvoll dargestellt werden.

3. Militärische Gewalt und amerikanische Vorherrschaft

Dieser Abschnitt ist der einfachste und kürzeste: Weltweite Herrschaft erfordert weltweite Informationsnetze und weltweit operierende Interventionsstreitkräfte. Also weltweite Angriffsfähigkeit. Die amerikanischen Streitkräfte besitzen diese Informations- und Aktionsfähigkeiten in fast

vollkommenem Maße. Sie müssen sie nur erhalten und stetig modernisieren.
Amerikanische weltweite Fähigkeit, amerikanische Interessen durchzusetzen, also amerikanische weltweite Herrschaft und die dazugehörigen Streitkräfte sind die Realität von heute. Eines hat das andere bedingt und mit hervorgebracht.

4. Gewalt in der Konfrontation Reich gegen Arm

Quer zu der Organisation der Welt durch die Staaten liegt der Gegensatz Arm gegen Reich. Und der verschärft sich von Tag zu Tag. Der Kalte Krieg bis zum Sieg ist *eine* Ursache dieser Malaise. Denn der aus dem Gegensatz der relativ reichen Länder der NATO und des Warschauer Pakts entstandene Konflikt wurde auf die armen Länder übertragen und ohne Rücksicht auf Land und Leute mit größten Verwüstungen ausgekämpft. So hat der gnadenlose Wettstreit der ehemalig rivalisierenden Supermächte gerade in den armen Regionen eine Zerstörungsspur hinterlassen, die zur hoffnungslosen Armut entscheidend beitrug. Wo sich auch nur der geringste Erfolg einer »ungenehmen« Regierung abzeichnete, wurde mit militärischem Eingreifen oder Guerilla-Gruppen »sozialistische Bruderhilfe geleistet« oder »das Recht wiederhergestellt« und das Land zerstört. So geschah es in Vietnam und Kambodscha, in Afghanistan, Panama, Grenada oder Korea, Angola, Äthiopien und Nikaragua – um nur einige Opfer zu nennen. Wie gleichgültig die zitierten hehren Prinzipien dabei in Wirklichkeit beiden Parteien waren, wie sehr es Ihnen nur darauf ankam, dem Gegner in der Konfrontation zu schaden, zeigt z. B. die Unterstützung der Mörderbanden Pol Pots durch die USA.
Es kann keinen Zweifel geben: Hätte man auf diese fürchterlichen Verwüstungen der armen Länder verzichtet (an die sich die systematische Zerstörung der gesamten industriellen Struktur des Irak im Golfkrieg würdig anschließt), hätte man darüber hinaus gar auch nur die Hälfte der Tausende von Milliarden Dollar, die beide Seiten in die Rüstung gesteckt haben, in die notwendigen sozialen Leistungen im eigenen Lande und in den Aufbau der sogenannten Entwicklungsländer gesteckt, die Welt sähe heute anders aus: im ehemaligen Ostblock, in den Entwicklungsländern, aber auch in den Slums der USA.
Fazit: Im Kalten Krieg um den Sieg der eigenen Weltanschauung hat man den Frieden nach dem erstrebten Sieg ebenso aus den Augen verloren wie in den zwei Welt-Kriegen dieses Jahrhunderts. Ein Sieg ist aber nur so viel wert wie der Friede, dem er dient.

Wie schwer es ist, Armut zu beseitigen und Freiheit und Wohlstand herzustellen, lernen die (West)Deutschen gerade in der ehemaligen DDR. Dabei leben dort nur etwa ein Viertel der Bewohner der alten Bundesrepublik. Von den mindestens 8,5 Millarden Menschen, die in einer Generation auf der Welt leben werden, werden jedoch mindestens 5 Milliarden in tödlicher Armut leben. Der Druck dieser Armen wird wachsen, und kein Mittel ist sichtbar, sie zurückzuhalten. Was man gegen Panzer machen konnte, war bekannt und wurde von Millionen »Staatsbürgern in Uniform« geübt. Aber was macht man gegen Koffer, Säcke und Plastiktüten in der Hand leidender Menschen? Fest steht zunächst nur eines: Alle Milliarden Menschen der stetig nachwachsenden Menschenmassen aufzunehmen, ist praktisch unmöglich. Also wird man Milliarden dem Elend überlassen. So wie man schon heute jeden Tag 40 000 Kinder in der Welt sterben läßt.

Das Recht auf freien Verkehr von Menschen und Gütern, das Recht auf Ausreise und Einreise in ein gewünschtes Land – jahrelang haben wir dieses »Menschenrecht« der Sowjetunion wie einen Morgenstern um den Kopf gehauen. Und mit großem politischen Erfolg. Doch kaum ist der Erfolg erreicht, müssen wir uns und denen, die daran glaubten, eingestehen: welch schöne Illusion. Heute macht die italienische Regierung zur Bedingung für ihre Wirtschaftshilfe für Albanien, daß die albanische Regierung ihre Leute *nicht* ausreisen läßt, weil Italien mit dem Flüchtlingsstrom nicht fertig wird. Und zur selben Zeit, wo der amerikanische Senat noch die Ausreisefreiheit für Sowjetrussen – und vor allem für sowjetische Juden – zur Bedingung für Wirtschaftshilfe macht, werden die Einreisekontingente für Sowjetbürger von den USA minimal gehalten und sorgen sich Polen und Schweden, Finnen, Ostdeutsche und Palästinenser wegen der zu erwartenden Millionen russischer Flüchtlinge.

So geraten unsere Menschenrechtsvorstellungen unter die Lawine der Armut, die wir um uns herum entstehen ließen, indem wir uns zur Verteidigung eben dieser Menschenrechte auf das Wettrüsten (Nachrüsten, Nach-Nachrüsten, Gegenrüsten ...) als das uns einzig wichtige Weltproblem konzentrierten.

Die neue Konfrontation heißt deshalb: Konfrontation mit der Armut in der Welt. Diese Konfrontation ist eine wirtschaftliche Konfrontation und ebenso eine moralische. Sie stellt den Wert des Konkurrenzdenkens in Frage und bedroht auf vielfältige Weise unsere Menschenrechtsvorstellungen. Sie bedroht also eben das, wofür wir den Kalten Krieg geführt haben. Und Patentlösungen sind hier nicht in Sicht. Steht fest, daß, was immer man auch tut, die Armut für mindestens eine Generation in der Welt bleibt und wahrscheinlich sogar noch wächst, so folgt daraus als Alternative:

Wie wird die Armut in dieser Zeit verteilt? Wird man in erster Linie reiche Nationen von armen Nationen trennen – wie EG-Europa bis zu den siebziger Jahren von den Armen Afrikas –, oder wird die Armut die Ländergrenzen überwinden und sich in die Städte der Reichen begeben – wie bei den Favellas der Großstädte Südamerikas, den Slums der USA, aber eben auch schon der »banlieue«, den Vorstädten von Paris?
Die erste Lösung fordert den Mauerstaat der reichen Nationen. Allein ihre Voraussetzung ist somit schon eine Kapitulation unserer im Kalten Krieg durchgefochtenen Wertvorstellungen. Wobei dahingestellt bleibt, ob und mit welchen Mitteln ein solcher Mauerbau für Europa oder die USA überhaupt möglich ist. In der Diskussion dieser Frage wird früher oder später unvermeidlich das Wort »Schießbefehl« wieder auftauchen. Der Mauerstaat der Reichen läßt die Armen mit ihren Problemen allein.
Die zweite Lösung, der Import der Armut in die reichen Staaten, bedroht den sozialen und freiheitlichen Staat in den reichen Ländern, denn deren innere Ordnung gerät unter mehrfachen Druck:
1. Der andauernde Zuzug von neuer Armut aus Osteuropa und den Entwicklungsländern macht das Absichern des Lebensniveaus der untersten Schichten durch Sozialleistungen immer schwieriger, weil die Mittel für solche Sozialleistungen nicht beliebig erhöht werden können, ohne daß die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft im internationalen Konkurrenzkampf gefährdet wird. So sind es vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten, die bedroht sind. Reiche leben selbst in Südamerika gut, verdienen oft sogar am Zustrom der Armut, wie die Großgrundbesitzer in Süditalien an den illegalen Billigst-Arbeitern aus Schwarzafrika.
2. Aus der Hoffnungslosigkeit der bei ungebremstem Zuzug von Armut schnell wachsenden Gruppe, die durch Armut, Sprach- und Ausbildungsmängel von der Teilhabe am Wohlstand ausgeschlossen bleibt, entsteht Gewaltkriminalität. Breitet sie sich aus, beherrschen schließlich kriminelle Banden die Szene. Stadtteile werden für die Polizei praktisch unzugänglich. Das Resultat ist in den Slums der großen Städte der USA für jedermann sichtbar. Süditalien, aber auch schon einzelne Vororte von Paris, in denen sich die vom wirtschaftlichen Fortschritt ausgeschlossen schwarzen und arabischen Zuwanderer konzentrieren, sind von diesem Zustand kaum noch weit entfernt.
Die Reaktion der Gesellschaft auf diesen Zerfall der sozialen Ordnung ist vorhersehbar: Rechtsradikalismus, Rassismus, Forderung nach dem Polizeistaat (»Hitler hätte mit der Bande schon aufgeräumt!«). Wer glaubt, daß die Menschen in Europa, die den Polizeistaat Hitlers, Stalins, Ulbrichts oder Ceaucescus hinter sich haben, dies nicht zulassen würden, irrt. Kein

Satz zeichnet die Schrecken der Gestapo-Herrschaft im Dritten Reich plastischer als der 1945 viel zitierte: »Ich möchte, wenn es morgens früh an der Tür klingelt, wissen, daß es der Milchmann ist und nicht die Polizei!« Der Milchmann kommt nicht mehr. Doch statt der Polizei kann es mancherorts auch schon eine Killerbande oder eine mordende Einbrecherbande sein. Ist es so weit, wen erstaunt es noch, daß die Polizei diesem Besuch vorgezogen wird?

Bleibt bei zunehmender Kriminalität der Polizeistaat aus, tritt Selbstjustiz an seine Stelle, zunächst von einzelnen Betroffenen, die sich bewaffnen, schließlich organisiert als Bürgerwehr. Privatarmeen für die Reichen wie in Amazonasstaaten oder »Todesschwadronen«, die nach brasilianischem Vorbild »kriminelle« Straßenkinder wahllos töten, veranschaulichen den Beginn einer möglichen weltweiten Entwicklung.

Nur ein Staat, in dem ein Konsens zwischen den Bürgern herrscht, kommt ohne Unterdrückung aus. Konsens setzt aber heute einen sozialen Staat voraus. Nur ein sozialer Staat kann deshalb ein liberaler Staat sein. Ein Staat, der kein Sozialstaat ist, dessen soziale Ordnung nicht akzeptiert ist, wird bald entweder ein Polizeistaat oder ein Kriminalstaat – oder überhaupt kein Staat mehr sein.

Wie man sich auch dreht und wendet: Soll nicht die Herrschaft des organisierten Verbrechens, der Mafia, der Drogenkartelle und neuer Verbrechensformen am Ende des Prozesses der dringend notwendigen gerechteren Verteilung der Güter Gerechtigkeit erneut zum Hohn werden lassen, ist organisierte Gegengewalt nötig. Gehe sie nun von den Staaten, neuen Großräumen wie der EG oder der UNO aus.

Doch für diese Aufgaben sind die Armeen, die die Blockkonfrontation hinterließ, denkbar ungeeignet. Um sie zu legitimieren, mag man Schreckbilder von bewaffneten Hungermärschen in die reichen Länder an die Wand malen. Doch das sind Hirngespinste. Denn die Armut hat eine andere Strategie, sie kommt nicht mit Armeen, sondern unbewaffnet und in kleinen Gruppen. Für den Versuch, die Grenzen der reichen Staaten gegen ein solches Einsickern der Armut mehr oder weniger dicht zu schließen, gibt es bislang nur ein »bewährtes Modell«: die Grenzsicherungstruppen der damaligen DDR. Doch mit ihren Mauern, Stacheldrahtzäunen, Hundesperren, Minengürteln und Selbstschußanlagen zeigten sie gleichzeitig die scheußliche Realität eines solchen Mittels.

Ähnlich »erfolgreiche« Mittel zur »Pazifizierung« bei der Konfrontation von Arm und Reich in geographisch nicht abgegrenzter, enger Nachbarschaft in einer Stadt, einer Straße oder gar einem Wohnblick, gibt es bisher nicht. Wie völlig ungeeignet die ererbten Militärorganisationen sind, bewei-

sen die Folgen des Einsatzes der jugoslawischen Armee zum Schutze der serbischen Minderheiten im kroatischen Gebiet. Die Hilflosigkeit der klassischen Polizei zeigt sich deutlich in amerikanischen Großstädten, aber auch in den Vororten von Paris.
Ganz neue Formen staatlich oder überstaatlich organisierter Gewalt zur Sicherung des dringend notwendigen Überganges in eine gerechtere Welt wären daher notwendig. Doch wie auch immer diese »Nationalgarden« organisiert, geführt und bewaffnet werden, ihre Ordnungsaufgabe, der Kampf gegen die mit kriminellen Mitteln angestrebte »Neuverteilung von Reichtum«, ist immer auch Erhaltung eines Status quo, ist Unterdrückung der Armen, die daran verzweifeln, auf dem »legalen« Wege jemals einen gerechten Anteil am Wohlstand erringen zu können, und sich deshalb eigene Gesetze geben.
Und selbst wenn diese Garden wirklich nur zur zeitlich begrenzten Sicherung des Überganges konzipiert und geschaffen werden, Grenzsicherung und »Nationalgarden« können sich schnell in einen Garanten der ungleichen Verteilung der Güter verwandeln, können sich so perpetuieren, wie dies der nuklearen Rüstung mit ihren Abschreckungslehren über 40 Jahre gelang.

Dietz Taschenbuch

Uri Avnery

Wir tragen das Nessos-Gewand

Israel und der Frieden im Nahen Osten

Dietz Taschenbuch 40
128 Seiten · DM 14,80

Der bekannte israelische Publizist und Friedenspolitiker über die Aussichten, nach dem Ende des Golfkriegs zu einem dauerhaften Frieden in der Region zu kommen.

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Christoph Bertram
Pax Americana Akt II

Hat es je eine Pax Americana Akt I gegeben? Allzuoft in der Politik sind die Begriffe präziser als die Wirklichkeit, die sie verdeutlichen wollen. Gewiß hätte sich Westeuropa nach dem Ende des Hitler-Krieges wohl kaum so rasch berappelt, wäre da nicht der militärische Schutz und der wirtschaftliche Beistand Amerikas gewesen. Ohne den Schirm der Vereinigten Staaten hätten die eifersüchtigen Nationen der freien Hälfte des alten Kontinents den Weg in die supranationale Europäische Gemeinschaft womöglich verpaßt. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren es, die Kraft ihres militärischen Status Inhalt und Strategie der Westbündnisse bestimmten, die den Rahmen der Entspannungspolitik mit dem Osten absteckten. Für Westeuropa hätte es eine Pax sine America nicht gegeben.

In anderen Teilen der Welt jedoch, selbst in Asien, wo die Vereinigten Staaten für die Sicherheit Japans einstanden und die Invasion des Nordens gegen den Süden Koreas zurückwarfen, wurden sie nur selten zu Garanten und Geschäftsführern regionaler Sicherheit, lediglich ein Schwergewicht auf der Waagschale des politischen und militärischen Kräftegleichgewichts. In China mußten sie das Feld den siegreichen Kommunisten Maos überlassen, in Indien konnten sie den Einfluß Großbritanniens nicht erben, in Vietnam mußten sie eine demütigende Niederlage einstecken. In Lateinamerika demonstrierten selbst Zwerge der Macht Eigenständigkeit gegenüber dem großen Nachbarn im Norden. Im Nahen Osten trotzten Nasser und Begin der westlichen Weltmacht, verjagten Khomeinis Anhänger Amerikas Schützling, den Schah. Und sogar im verbündeten Westeuropa tanzten Griechen und Türken, Franzosen und zunehmend sogar der einstige Musterknabe Bundesrepublik nicht mehr ausschließlich nach amerikanischen Noten. Die Pax Americana Akt I war deshalb allenfalls ein westeuropäisches, löchriges Phänomen, und selbst in dieser verbündeten Region konnten die Vereinigten Staaten selten befehlen. Sie mußten immer wieder werben, überzeugen, verhandeln, um ihre Interessen durchzusetzen.

Und nun der zweite Akt – im Strukturmodell klassischer Dramen der Höhepunkt vor dem *dénouement* im dritten? Auf den ersten, naiven Blick

könnte es so scheinen. Der Widersacher des langen Kalten Krieges, die einstige Weltmacht Sowjetunion, ist wie durch eine Falltür von der internationalen Bühne verschwunden und in einer Staatskrise befangen. Am Golf errangen amerikanische Soldaten und Waffen einen Blitzsieg. Amerikas Grundwerte – Demokratie und Markt – sind zu universellen Bekenntnissen von Nowosibirsk bis Nikaragua geworden. Es gibt, singt der Chor, nur eine Supermacht, und die heißt USA. Und mancher prophezeit schon das »Ende der Geschichte«, weil die richtige Idee gesiegt hat, die alten Gegner gescheitert und bekehrt sind.

Aber merkwürdig: Ausgerechnet die Amerikaner selbst sind sich sehr viel weniger sicher als viele ihrer ausländischen Kritiker oder Bewunderer, ob dies nun eine neue, richtige Pax Americana bedeute. Anstatt die neuen Machtpositionen auszunutzen, ziehen sie ihre Truppen aus Übersee zurück. Zwar bereiten amerikanische Bürger dem heimkehrenden Golf-Truppen die größte Konfetti-Parade aller Zeiten, aber vornehmlich aus Freude, daß sie so unversehrt wieder daheim sind, nicht aus Übermut, sie bald wieder in neue Abenteuer zu entsenden. Anstatt, wie manche im Ausland fürchten und andere wünschen, den Weltpolizisten zu spielen, zeigt sich Amerika zögerlich. Den Golfkonflikt wollte sein Präsident Bush nicht etwa allein ausfechten, sondern nur mit dem Segen des UNO-Sicherheitsrates. Zwar sahen viele seiner Kritiker, gerade auch in der Bundesrepublik, dahinter nicht mehr als eine Finte: Bush, hieß es, wolle gar nicht Kuwait befreien, sondern Saddam Hussein stürzen – und waren dann furchtbar böse, weil er sich mit der Befreiung Kuwaits beschied, seinen Truppen den Marsch auf Bagdad untersagte und auf dem kollektiven UNO-Mandat beharrte. Erst der Druck der Fernsehbilder vom Leiden der Kurden und das Drängen europäischer Regierungen bewegten ihn, dann doch noch auf begrenzte Zeit amerikanische Soldaten zum Schutz der Kurden in den nördlichen Irak zu entsenden.

Anstatt sich wie der Sheriff zu verhalten, der allein in einer verlotterten Wild-West-Stadt für law and order sorgt, ziehen die Vereinigten Staaten es vor, in einer gemeinsamen Posse zu reiten. Erst als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit den Stimmen nicht nur der alten Verbündeten Frankreich und England, sondern auch der einstigen Gegner Sowjetunion und China die Ermächtigung zum militärischen Vorgehen gegen den Irak erteilt hatte, ersuchte der amerikanische Präsident den eigenen Kongreß um seine Zustimmung.

Ein Einzelfall, der noch keine Regel schafft? Vielleicht. Aber die Indizien verstärken sich, daß Amerika eben gerade nicht die alleinige Stütze der internationalen Ordnung sein möchte. Für die diplomatische Kraftanstren-

gung einer arabisch-israelischen Friedenskonferenz versicherte sich Präsident Bush der Mitwirkung der Sowjetunion. Und in der jugoslawischen Krise 1991 koordinierte die EG, nicht Washington die westliche Strategie. Die automatische Weltpolizisten-Rolle, das ist offensichtlich, wollen und werden die Vereinigten Staaten nicht übernehmen – allem vermeintlichen Machtzuwachs zum Trotz.

Wie vernünftig dies ist, wie sehr es auch recht verstandenem amerikanischen Interesse und der Einsicht in die Grenzen der eigenen Macht entspricht, erweist sich, wenn man genauer prüft, was es mit dem Machtzuwachs auf sich hat, den die Vereinigten Staaten durch die weltpolitische Abdankung der Sowjetunion erfahren haben. In Wahrheit nämlich hat die Entsowjetisierung Osteuropas und die Entkommunistizierung der Sowjetunion Amerikas Einflußpotential in der Welt allenthalben und selbst in Europa vermindert statt vermehrt.

Dieses Einflußpotential war am stärksten, solange andere Staaten aus Furcht vor der sowjetischen Macht den Schutz Amerikas suchten. Und es war am leichtesten in konkreten Einfluß umzusetzen, solange das entscheidende Kriterium der internationalen Politik militärische Stärke war, in der keine andere westliche Macht Amerika gleichkam. Beides bedingte einander: Aus der Furcht vieler Staaten vor sowjetischem Druck folgte die Militarisierung der internationalen Politik, aus dieser wiederum die Vormachtstellung Amerikas.

Die Grundlage für die erste, unvollkommene Pax Americana war damit eine strategische Konstellation, die inzwischen Geschichte ist. Heute hat selbst bei den mißtrauischen Nachbarn der auseinanderstrebenden Sowjetunion die Furcht vor sowjetischen Expansionsgelüsten drastisch nachgelassen, bei allen anderen ist sie praktisch verschwunden. Amerika wird als Gegengewicht, als Sicherheitsgarant gegen eine akute Gefährdung nicht mehr gebraucht, so nützlich auch aus vielerlei Gründen die atlantische Verknüpfung für Europa bleibt. Und wenngleich mit dem Fortfall der ost-westlichen Dichotomie keineswegs ein neuer Völkerfrieden ausgebrochen ist, als *allgemein gültiges* Einflußmittel reicht militärische Stärke nicht mehr aus (so unentbehrlich sie auch in sicherheitsbedrohenden Krisen bleibt). Die Welt ist unabhängiger geworden von dem, was Amerika zu bieten hat. Ein Präsident, der auf diese Veränderungen dadurch reagiert, daß er statt unilateraler Aktionen die multilaterale Einbettung sucht, beweist damit nur, daß er Realist genug ist, aus der Not eine Tugend zu machen.

Die großen Gefährdungen haben nachgelassen, die Welt braucht Amerika nicht mehr im alten Maße, und die Macht der Vereinigten Staaten wird dadurch relativiert. Zugleich zeigt sich, wie recht manche Warner hatten,

die schon seit Jahren darauf hinwiesen, daß das Land sich mit seiner Weltrolle übernehme. Jetzt, wo Amerika sich Entwarnung leisten kann, wird nicht nur offenbar, wie sehr seine inneren und wirtschaftlichen Probleme vernachlässigt wurden, sondern auch, welche internationalen Konsequenzen diese Versäumnisse haben: Auf nicht-militärischem Felde sind Amerikas Einflußmöglichkeiten beschränkt – Beispiel: Wirtschaftshilfe für die neuen Demokratien Osteuropas –, und die Bürger des Landes sind immer weniger bereit, internationalem Engagement auf Kosten innerer Sanierung zuzustimmen.

Dieser wachsende Anti-Internationalismus ist zum einen in allen hochindustrialisierten Staaten zu beobachten. In den Vereinigten Staaten hat er zudem lange Tradition – vor allem nach großen Siegen. Nach 1945 bedurfte es des geduldigen Einsatzes herausragender Männer und Frauen, um die Amerikaner von ihrer neuen internationalen Verantwortung zu überzeugen, und ohne das damalige sowjetische Expansionsgebaren in Osteuropa und Asien wäre ihnen dies wohl kaum gelungen. Auf den Sieg am Golf reagierte Amerikas öffentliche Meinung weniger mit Triumphgeschrei als mit dem Ruf, die Boys und Girls so rasch wie möglich nach Hause zurückzuholen. Und nach dem Sieg amerikanischer Prinzipien in ganz Europa fürchten die Verantwortlichen in Washington eine ähnliche Stimmung im Lande: Wenn sie zur Zeit ebenso hartnäckig wie kurzsichtig jedem noch so bescheidenen Ansatz einer eigenen EG-Verteidigungspolitik mit dem Verdacht entgegentreten, dadurch würde die NATO aufs gefährlichste untergraben, dann liegt der Grund weniger in dem amerikanischen Streben nach fortgesetzter atlantischer Vormundschaft, vielmehr in der Sorge, die eigenen Bürger würden den völligen Abzug der US-Truppen aus Europa fordern, wenn die NATO auch nur im geringsten verändert werde. Denn für die öffentliche Meinung Amerikas ist die Entsendung von Truppen nach Übersee nicht der Regel-, sondern der Ausnahmefall, trotz der viereinhalb Jahrzehnte, in denen die Ausnahme fast zur Regel zu werden schien. Jetzt jedoch sind die Amerikaner der Weltmachtrolle überdrüssig, sie wollen keine neue Pax Americana errichten, sondern sich um sich selber kümmern.

Deshalb wird die Multilateralisierung der amerikanischen Weltpolitik unter George Bush diesen Präsidenten überdauern. Sie ist die einzige Art internationalen Engagements außerhalb der eigenen Hemisphäre, die Amerika wohl noch zu übernehmen bereit ist. Hier liegt denn auch die eigentliche Substanz der von Bush so vollmundig verkündeten »neuen Weltordnung«: daß Amerika, wie groß die Unordnung in der Welt immer sein mag, sich nur noch im Verbund mit anderen um ihre Beseitigung bemühen wird –

keine Ordnung für die Welt also, sondern eine Richtschnur für Amerikas Rolle darin.

Das ist alles andere als eine neue Pax Americana. Es bedeutet gewiß nicht den völligen Abschied der Vereinigten Staaten aus dem internationalen politischen Geschäft; auch in multilateralen Unternehmungen – siehe Golf-Konflikt – wird Washington oft die Führung übernehmen. Wer aber meint – und an derartigen Analysen fehlte es ja während der Golf-Krise nicht –, die Vereinigten Staaten seien der eigentliche Drahtzieher und benutzten internationale Gremien wie den UNO-Sicherheitsrat nur als Strohmann, der sollte noch einmal genauer hinsehen. So eigenwillige Staaten wie Frankreich, China oder die Sowjetunion, die zusammen mit Großbritannien und den USA die ständigen, Veto-berechtigten Mitglieder des Sicherheitsrates sind, oder so selbstbewußte Nationen wie Syrien und Ägypten, die zu den Alliierten am Golf zählten, lassen sich nicht einfach zu Handlangern Amerikas machen. Der Umstand, daß die Vereinigten Staaten die treibende Kraft hinter der gemeinsamen diplomatischen und militärischen Anstrengung während der Krise waren, beweist nur, daß jede multilaterale Aktion einen Koordinator braucht.

Amerika wird somit in künftigen Krisen, die seine Sicherheit nicht unmittelbar in Frage stellen, entweder zusammen mit anderen Staaten oder überhaupt nicht handeln. Hierin, und nicht in einer neuen Pax Americana, besteht der zweite Akt. Die Folgen werden erheblich sein.

Die unbedeutendste und angenehmste liegt darin, daß es nun deutschen Intellektuellen immer schwerer fallen wird, durch Kritik an Amerika die eigene Fortschrittlichkeit unter Beweis zu stellen. Amerika als allgegenwärtige, überall engagierte Übermacht lud geradezu dazu ein. Hier liegt eine Erklärung für die verbreitete, zumeist nicht einmal gründlicher Information für notwendig erachtete Amerika-Kritik in deutschen Intellektuellen- und Medienzirkeln: Es war ja so bequem, hinter jedem unerfreulichen Ereignis die Hand der Weltmacht zu sehen – was immer sie tat. Das wird den ehrlicheren unter Amerikas Pauschal-Kritikern nun fehlen; die anderen werden noch möglichst lange so tun, als wäre noch alles beim alten.

Die anderen Folgen der künftigen internationalen Zurückhaltung Amerikas sind gewichtiger und unangenehmer. Denn einmal ist für die Ordnungsmacht Amerika in den vorhandenen multilateralen Institutionen noch kein Ersatz erwachsen. Zum anderen stellt multilaterales Krisenmanagement auch an die Bundesrepublik Forderungen, die vielen im Lande unerwünscht sind und auf die die politischen Strukturen der Republik kaum vorbereitet sind. Und schließlich liegt in der Distanzierung Amerikas vom gleichsam selbstverständlichen Engagement in internationalen Krisen jenseits der

westlichen Hemisphäre auch die Gefahr einer völligen Abkehr von Europa – zum Schaden vor allem von Europa.

Unter der Pax Americana Akt I waren die Vereinigten Staaten zwar nicht immer die entscheidende, kontrollierende Macht, fühlten sich jedoch in der Regel bei Krisensituationen in aller Welt – ob in Südafrika oder im Nahen Osten, in Korea oder am Checkpoint Charly – in besonderer Verantwortung. Die oft künstliche, dennoch instinktiv als notwendig empfundene Unterordnung lokaler und regionaler Konflikte unter die Matrix des großen Ost-West-Gegensatzes verlieh den Vereinigten Staaten eine natürliche, allgemein erwartete Initiativ-Position.

Damit ist es nun vorbei. In mancher Hinsicht mag dies durchaus von Vorteil sein; das Überstülpen der Ost-West-Rivalität auf Dritte-Welt-Konflikte führte ja häufig genug zu deren unnötiger Aufbauschung und erschwerte regionale Konfliktlösungen. Aber wie notwendig, ja unerläßlich in anderen Fällen äußerer Druck auf regionale Widersacher sein kann, zeigen Beispiele wie Namibia oder der arabisch-israelische Konflikt. Wenn die Weltmacht Amerika darauf verzichtet, künftig ihr Gewicht zugunsten derartiger Friedenslösungen einzusetzen, werden diese eben ausbleiben. Ohne das Eingreifen einer respektierten Ordnungsmacht mag manche Krise lokalisiert bleiben, andere dagegen können umso schädlichere internationale Auswirkungen haben.

Wer wird nun, wenn die Vereinigten Staaten es allenfalls noch sporadisch zu tun bereit sind, an ihrer Stelle oder ihrer Seite die Auswirkungen eindämmen? Da könnte mancher, der in der Vergangenheit amerikanische Einmischungsbereitschaft als das Grundübel internationaler Politik empfand, wieder nach der alten Ordnungsmacht rufen – so wie jene es taten, die Amerikas militärisches Vorgehen zur Befreiung Kuwaits heftig kritisierten, anschließend Washington jedoch vorhielten, den irakischen Diktator nicht aus Bagdad verjagt zu haben. So erleichtert sich also Amerika seiner Bürde, bevor ausreichender Ersatz zur Stelle ist. Und dieses Vakuum könnte gefährlich werden.

Nun müssen die vorhandenen Ordnungsstrukturen einspringen: UNO, KSZE, EG – die Abkürzungsorganisationen der internationalen Politik. Und dabei wird sich zeigen, wie weit sie alle noch von effektiver Konfliktverhinderung und Krisenbeilegung entfernt sind. Die UNO hat zwar durch ihren Sicherheitsrat im Golf-Konflikt unerwartete Handlungsfähigkeit demonstriert; aber um dies zu ermöglichen, mußten besondere Umstände zusammenkommen, die sich so kaum wiederholen werden. Die EG strebt zwar eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik an; aber im ersten Test der Ernsthaftigkeit dieser Absicht, in der jugoslawischen Krise 1991,

wurde deutlich, wie viele Taten diesen Absichtserklärungen noch folgen müssen, bevor sie nach innen und nach außen glaubwürdig sind. Und die KSZE verfügt zwar über ein Konfliktverhütungszentrum und eine Prozedur für Krisenfälle – nur hat jeder der 35 Mitgliedstaaten ein Vetorecht, mit dem alle ernsthaften Aktionen unterbunden werden können.

Unvollkommen ist das alles, aber es gibt nichts Besseres. Den größeren, gewichtigeren Staaten fällt nun, zusammen mit Amerika, die Verantwortung zu, diese Ordnungsstrukturen so gut es geht zu nutzen und weiterzuentwickeln. Die Mittelmächte werden eine stärkere, exponiertere Rolle spielen müssen als in all den Jahren, in denen sie sich hinter dem breiten Rücken der Vereinigten Staaten verstecken, der westlichen Weltmacht die Haupt'ast überlassen und alle Fehlschläge ihr zurechnen konnten.

Es ist eine Herausforderung, vor die sich vor allem auch die Bundesrepublik Deutschland gestellt sieht. Dank seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts kann Deutschland in den europäischen Gremien sinnvolle Ansätze zum Krisenmanagement sowohl entscheidend fördern wie blockieren; es wird dabei, ab gewollt oder nicht, Erwartungen auf sich lenken, wenn irgendwo in und um Europa Konfliktsituationen entstehen. Aber Deutschland ist weder subjektiv noch objektiv auf diese Rolle vorbereitet. Subjektiv fühlen sich die Deutschen noch immer mehr als Gegenstand denn als Handelnde der internationalen Politik, und die Riesenanstrengung der nationalen Einigung wird ihnen zusätzlich als Rechtfertigung dienen, sich international zurückzuhalten. Objektiv sind die deutschen Fähigkeiten, das wirtschaftliche, auch das militärische Potential des Landes in kollektiver Krisenbekämpfung einzusetzen, unterentwickelt. So tut sich eine Kluft auf zwischen deutscher Handlungsbereitschaft und ausländischen Erwartungen. Die Bundesrepublik wird, gleichgültig ob sie handelt oder nicht, in das Fadenkreuz internationaler Kritik geraten, die auch vor dem simplen Rückgriff in die Geschichte deutscher Großmannssucht und deutscher Kriegsverbrechen nicht zurückschrecken wird. Serbische Verdächtigungen in der Jugoslawienkrise, die Deutschen wollten den Balkan zerstückeln, um so das »Vierte Reich« zu schaffen, geben einen Vorgeschmack davon.

Wer aber glaubt, die Bundesrepublik führe besser, wenn sie sich allenthalben aus der Aufgabe internationaler Konfliktbewältigung heraushielte, der verkennt, daß ein so wichtiger Staat wie Deutschland auch durch Nichtstun beteiligt ist. Wir sind nun einmal unübersehbar. Deshalb bleibt der Bundesrepublik keine andere sinnvolle Wahl, als die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen tatkräftig auszubauen, dazu auch die Initiative zu ergreifen, dafür auch Opfer zu bringen. Und deshalb wird die Bundesrepublik von dem juristisch ohnehin sehr fragwürdigen Standpunkt abrücken

müssen, das Grundgesetz erlaube den Einsatz deutscher Soldaten außerhalb der Landesgrenzen nur auf NATO-Gebiet. Denn sosehr militärische Mittel in vielen künftigen Krisen ungeeignet sein mögen: eine Bundesrepublik, die zwar lauthals beklagt, die einseitige Veränderung der jugoslawischen Republikgrenzen durch serbische Übergriffe sei unannehmbar, aber für eine etwaige Friedenstruppe keine eigenen Kontingente bereitstellen will, manövriert sich selbst ins unglaubwürdige Abseits und schadet damit der Aufgabe, die es als Folge der Pax Americana Akt II zu bewältigen gilt, wenn internationale Ordnung nicht zu einem Zufallsprodukt werden soll.

Vielleicht sogar wird Amerikas selektive Enthaltsamkeit nach Beendigung des Kalten Krieges eine Folge haben, die weitsichtige Europäer und Amerikaner seit fünf Jahrzehnten stets zu verhindern suchten: die Abkapselung Amerikas von Europa. Es wäre eine schlimme Folge. Nicht so sehr aus den alten Gründen militärischer Sicherheit, so nützlich auch angesichts der Unvorhersehbarkeit des sowjetischen Wandlungsprozesses der strategische Rückhalt Amerikas für Europa bleibt, sondern weil eine Auflösung der atlantischen Partnerschaft eine doppelte Gefahr in sich birgt: daß beide sich dann in Isolationismus ergehen und die Welt vergessen, und daß das einzige Team auseinanderfiele, das den Organisationen internationaler Ordnung noch Autorität und Durchschlagskraft verleihen kann. Das wäre dann der dritte, tragische Akt des Dramas Pax Americana.

Dazu muß es jedoch nicht kommen. Wenn es den Vereinigten Staaten gelingt, durch die Einbettung ihrer Außenpolitik in multilaterale Strukturen die Unterstützung im Lande für ein aktives internationales Engagement zu bewahren, und wenn die Europäer, nicht zuletzt die Bundesrepublik, durch eigene Bemühungen diese Bereitschaft und damit diese Strukturen verstärken, dann könnte das Drama mit einem Happy-End, vielleicht sogar mit einer Art neuer Weltordnung schließen: ein Amerika, das sich nicht auf sich selbst zurückzieht,sondern Ressourcen und Erfahrung zur Stärkung internationaler Kollektivität einbringt, und ein Europa, das durch internationale Verantwortung in seine eigene politische Identität hineinwächst.

Christiane Grefe
Nach dem Krieg die Katastrophe

Die ökologischen Kosten

»Beten hilft da nichts mehr« – die weißen Lettern heben sich hart ab vom lodernden Untergrund. Eine spektakuläre Doppelseite im populärwissenschaftlichen Magazin *P.M.* Darunter, fetter gedruckt, zwischen Flammen und Rauchwolken in Gelb-, Gold- und Orangetönen, das Zitat eines tollkühnen, in leuchtendes Rot gekleideten »Fire Fighters«: »Nur die Hölle können wir nicht löschen – das brennende Kuwait schon.«
Das also ist übriggeblieben vom Golfkrieg: Spannende Abenteuerberichte für die Freunde und Gläubigen der Technik. Neue Helden, nachdem unsere Jungs, die tapferen Wüsten-GIs, vom Bildschirm abgetreten sind.
Längst haben im Fernsehen, dem Guckloch zur Welt, die Aufnahmen vom gewaltig tobenden philippinischen Pinatubo und dem japanischen Un Se den brennenden Ölfeldern die Show gestohlen. Die globalen Folgen eines Vulkanausbruchs seien gravierender für das Weltklima als die des doch »nur« regionalen Wüsten-Harmagedon in Kuwait, so werden einige Wissenschaftler zitiert. Wir betrachten dies als Entwarnung für das, was Menschen angerichtet haben: Vulkanausbrüche hat die Erde schließlich schon immer verkraftet. Das zur Urlaubssaison ausgelaufene Öl vor der Riviera-Küste ist uns allemal näher als das Abu Ali-Atoll – und der nächste Krieg in Jugoslawien ist auch sehr spannend. Verglichen mit den apokalyptischen Prognosen vor dem alliierten Angriff auf den Irak (»Worst Case Szenario: Bhophal, Tschernobyl, Exxon Valdez, Hiroshima – und das alles gleichzeitig«) ist doch eigentlich alles noch ganz gut gelaufen! Wir jedenfalls, Hauptsache, blieben verschont. Fazit des Kuwait-Berichtes von *P.M.*: »Gott sei Dank hat das Feuer keinen Weltbrand entfacht.« Die *Süddeutsche Zeitung*: »Die Welt scheint noch einmal davongekommen zu sein.«
Wie also soll man, wo nur noch ein Weltenbrand erschüttert, die ökologischen Folgen des Golfkriegs schildern? Vielfaches Ausmaß, nie dagewesen, nur vergleichbar mit, giftiger als – die Lyrik der Naturzerstörung, alltäglich schon in den Frühnachrichten gegenwärtig, klingt so gewohnt wie jeden Morgen das Geräusch der elektrischen Munddusche. Das Thema, gähnen die Kollegen, ist doch wohl durch. Aber die Ölquellen brennen weiter.

Auch der Bundestagsabgeordnete Michael Müller, gewöhnlich alles andere als auf den Mund gefallen, ringt nach Worten. Mitte Mai ist er als erster Politiker aus Deutschland offiziell nach Kuwait gereist. Was er dort sah, fühlte, inhalierte, »das kann keine Beschreibung ersetzen. Das muß man erleben. Alles ist unheimlich viel schlimmer, als man es sich aus der Ferne vorstellt.« Aus dem Hubschrauber sah Müller, aufgestiegen durch vier Kilometer pechschwarzen Rauch, auch ein Vierteljahr nach den Kämpfen einen immer noch 250 Kilometer langen Ölteppich – »wie ein Trauerrand um das brennende Inferno«, schilderte entsetzt der sozialdemokratische Abgeordnete. Mindestens 580 Ölquellen standen zu diesem Zeitpunkt noch in Brand, von ursprünglich zwischen 650 und 900 – keiner kennt die genaue Zahl. Zwischen den Flammensäulen riesige, für die Brandbekämpfer undurchdringliche Ölseen. Der größte, auf dem Burghan-Ölfeld im Süden Kuwaits, füllt sich einen Kilometer lang und auf 500 Metern Breite viele Meter tief immer weiter. Überall verstreut irakische Minen. Im Sommer, wenn die heftigen Stürme kleine Sandhügel darauf wehen, können sie plötzlich hochgehen. Auch amerikanische Streubomben, die im Sand nicht explodiert sind, gefährden die Löscharbeiten. Sie haben ihren Schuldanteil an den gewaltigen Feuern. »Unabsichtlich«, wie die *Süddeutsche Zeitung* meint; gemessen an Saddam Husseins brutaler Zielstrebigkeit vielleicht doch eine korrekte Relativierung – aber auch die Bestätigung der Zweifler an einem planbaren Krieg. Immerhin zeigten schon vor den irakischen Angriffen auf die Ölfelder Satellitenbilder Rauchwolken im südlichen Kuwait.

Tagsüber herrscht dort in vielen Orten Nacht. Die aufwärts quellenden Qualmeruptionen verdunkeln den Himmel. Dafür wird die Nacht zum Tage: Hell leuchten die bedrohlichen, angstmachenden Flammenschläge. »Soweit das Auge reicht, türmen sich Rauchgebirge auf«, erinnert sich Michael Müller an seine Geisterfahrt, »die Wüste ist im Umkreis von 300 Kilometern grau-schwarz. Überdimensionale Schneidbrenner fräsen große Löcher in die Troposphäre. Der Krach der mit rund 150 Atü aufschießenden, 30 bis 40 Meter hohen Feuersäulen entspricht dem startender Düsenflugzeuge. Die Hitze schmilzt den Asphaltbeton zu einer schlüpfrigen Piste und verwandelt Sandkörner in Glas. Schon nach kurzer Zeit sind Haut und Kleidung mit einer dünnen Ölschicht überzogen. ›Schwarzer Regen‹ und beißender Qualm machen das Atmen in dieser vergifteten Luft schwer.« Selbst die Autoren des sonst eher nüchternen *Spiegel* sahen sich zu einem Bibel-Zitat hingerissen, das wie eine Prophezeiung wirkt:

»Und er tat den Brunnen des Abgrunds auf,
und es ging auf ein Rauch aus dem Brunnen

wie der Rauch eines großen Ofens,
und es ward verfinstert die Sonne und die Luft
von dem Rauch des Brunnens.«
Der pechschwarze Ruß reduziert die Sonneneinstrahlung um 35 Prozent. Die Temperaturen in Kuwait sind im Vergleich zum Vorjahr um zehn bis zwölf Grad niedriger, das Wasser ist fünf Grad kälter. Die Luftfeuchtigkeit hat sich so deutlich erhöht, daß ein grüner Schimmer die Wüste überzieht. Bäume verlieren ihre Blätter. Lebensmittel müssen aus Dubai in Saudi-Arabien importiert werden. Bis in den westlichen Iran, von wo sonst die Händler kamen, ist das Gemüse verseucht. Das Fell der Tiere ist geschwärzt, nicht mehr eßbar ist ihr verpestetes Fleisch. In den Lungen frisch geschlachteter Schafe fand man schwer ölverschmierte Gewebe-Irritationen. Kohlenwasserstoffe dringen also bei Mensch und Tier bis in die kleinsten Körperzellen vor. Längst werden Kuwaits Bewohner krank: Ärzte berichten von täglich bis zu 40 neuen Fällen von Asthma, Bronchitis, Augen-, Nasen- und Hautreizungen und Ekzemen.»Ein Fall von Luftverschmutzung wie dieser dürfte die tägliche Todesrate verdoppeln bis verdreifachen«, erklärte Douglas Dockery von der Harvard School of Public Health. Der Schwermetallspiegel im Blut der Araber ist stark erhöht. Die konzentrierten Giftmengen in der Luft werden die Krebs- und Leukämierate in die Höhe treiben und Erbgutveränderungen hervorrufen.
Denn das Bombardement mit Schadstoffen im dicken Ruß ist keine vorübergehende, sondern eine Dauerbelastung – für die nächsten Wochen, Monate, vielleicht Jahre. Besonders bedroht sind Tausende von Palästinensern und Beduinen, die als Öl-Kulis der Kuwaitis direkt neben den Bränden in Al Ahmadi leben müssen, in innen wie außen tiefschwarzen Häusern. Der Alarmplan für besonders gefährdete Gruppen – Alte, Kinder, Kranke – lädt die Entscheidung über Evakuierungen nur ab auf den einzelnen Arzt. Dafür lockt die Regierung mit Hilfen für die Rückkehr nach Sodom und Gomorrha.
Die Ölscheichs begegnen der Katastrophe mit unvergleichlicher Ignoranz. Die Bevölkerung klagt, nicht genügend über die Gesundheitsgefahren aufgeklärt zu sein – das altbekannte Muster von Seveso bis Tschernobyl. Selbst wissenschaftliche Daten werden zurückgehalten, um die vor dem Krieg geflohenen Rückkehrer nicht zu verschrecken. Da befinden sich die Kuwaitis im Einklang mit der US-Regierung: Obgleich die Ölbrände primär auf das Konto des Umweltterroristen Saddam Hussein gehen, will die Regierung Bush die Folgen des umstrittenen Krieges insgesamt herunterspielen. Der zensierte Medienkrieg wird auf diese zynische Weise fortgesetzt. Wissenschaftler aller staatlichen Forschungsinstitutionen einschließlich der

Umweltagentur EPA erhielten die schriftliche Maulkorb-Order: Forschungsergebnisse seien nicht mit Reportern zu diskutieren. Satellitenaufnahmen wurden zurückgehalten.
So sind auch noch im Juli, fast ein halbes Jahr nach der »Schlacht aller Schlachten«, viele Daten umstritten. Beispielsweise ist noch nicht festzustellen, ob die Sommerhitze dazu führt, daß die Rußwolken in größere Höhen gelangen und damit womöglich doch überregional Einfluß auf das Klima haben. Wissenschaftler des Hamburger Max-Planck-Instituts unter der Leitung des Physikers und Meteorologen Hartmut Graßl hatten in einem Computersimulations-Szenario zwar errechnet, daß die Ruß- und Schadstoffpartikel nicht in die Stratosphäre gelangen und daher global keine klimatischen Veränderungen zu befürchten seien. Auch einen Einfluß auf die Monsunregen des indischen Subkontinents halten die Hamburger für eher unwahrscheinlich. Denn in Wüstenregionen zirkuliert die Luft von oben nach unten. Es entsteht eine Inversionswetterlage; wie ein Deckel legt sie sich über den aufsteigenden Ruß. Der renommierte Luftchemiker Paul Crutzen vom Max-Planck-Institut in Mainz jedoch weist auf die Sommerhitze hin, die im Gegensatz zu den überdurchschnittlich kühlen Frühjahrsmonaten den Ruß doch noch in höhere Luftregionen aufsteigen lassen könnte. Ganz will er nicht ausschließen, daß sich die nördliche Hemisphäre um ein Grad abkühlt, wenn auch nur ein Prozent des Öl-Qualms die Stratosphäre erreicht. Immerhin hat die US National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) Anfang Mai berichtet, daß in Hawaii zwanzigfach erhöhte Rußwerte in der Luft gemessen wurden – wahrscheinlich als Folge der kuwaitischen Brände. Crutzen hält auch weiterhin eine fatale Verringerung der Monsunregenfälle für möglich.
Doch es fehlen eindeutige Berechnungsgrundlagen – »Zahlen, die wir eigentlich schon haben sollten«, klagt Crutzen. Beispielsweise über die genauen Anteile von toxisch wirksamem Kohlenwasserstoff, Schwefel, Stickstoff, Aliphaten, Olefinen, Aldehyden und polyzyklischen Aromaten und ihren chemischen Reaktionen; darüber, in welcher Dichte und Höhe sie enthalten sind und »wie sie sich in der Luft benehmen« (Crutzen). Bei einem Bundestags-Experten-Hearing im April waren denn auch Sätze wie »Dazu können wir keine Angaben machen«, »wenn diese Frage überhaupt jemand beantworten kann«, »quantitative Angaben sind zur Zeit unmöglich« und »gegenwärtig kaum zu beantworten« die häufigsten. »Wir Wissenschaftler«, sagt mit bitterer Ironie der »concerned scientist« Crutzen, der schon vor dem Golfkrieg vor der Möglichkeit eines leichten globalen Kühleffektes gewarnt hatte, »sind ja die einzigen, die von diesem gigantischen, tragischen großen Experiment am Golf profitieren können.«

Michael Müller erfuhr immerhin aus kuwaitischen und saudi-arabischen Quellen, daß die Dioxin-Konzentration das Zwanzig- bis Dreißigfache der in der Bundesrepublik erlaubten ausmache. Messungen der britischen Royal Air Force ergaben ähnliche Faktoren für Schwefeldioxid. 50 000 Tonnen davon sollen die Ölfeuer nach Schätzungen des britischen Klimatologen Frederick Warner in den Himmel speien, in 100 000 Tonnen Ruß. Amerikanische Wissenschaftler fanden hingegen nur sehr geringe Schwefeldioxid- und Kohlendioxid-Konzentrationen in Kuwait. Ein nur scheinbarer Widerspruch: Eine Theorie besagt, daß sich die Schadstoffe in großen Höhen konzentrieren und dann vor allem in einem Umkreis von 300 Kilometern, aber auch noch über 1000 Kilometer entfernt abregnen.
Das heißt: auch über Rumänien, Griechenland und die Türkei, über den Iran und Afghanistan und Ostafrika ergießt sich die schwarze Brühe. Sie verfärbt den Schnee des Himalaya und vergiftet indische Reisfelder. Regenproben aus dem Südwesten des Iran ergaben sechsmal soviel Blei, wie im Trinkwasser erlaubt ist. Der Irak hat auch sein eigenes Land geschädigt: Verpestet werden die ohnehin mageren Weizen- und Gersteerträge der Gebirgsbauern, in den feuchten Niederungen leiden die Mais-, Sesam-, Hülsenfrüchte- und Dattelernten. Wie ein Bumerang kehrt der Fluch über das Öl zurück. Der Niederschlag bleibt an den Pflanzen kleben, verschließt die Poren der Blätter, blockiert die Atmung und Photosynthese – niemand weiß heute, welche toxischen Substanzen dabei gebildet werden, wie stark die Erträge schrumpfen, wie gesundheitsgefährdend die Lebensmittel sein werden. Ist das kein Weltenbrand?
In auffälligem Kontrast zu dem im Wortsinn bombastischen Aufwand und zu der gruselerregenden technischen Perfektion des »chirurgisch« geführten Krieges steht die unverantwortlich tapsige Art, mit der seine Folgen beseitigt werden – soweit das überhaupt möglich ist. Keine Lust mehr zum Aufräumen nach der Party!
Keineswegs sind, entgegen dem in *P.M.* verbreiteten Optimismus, die roten Feuerteufel Herr der Lage. In den ersten Erfolgsmeldungen von 140 gelöschten Quellen bis Juli waren vorwiegend solche enthalten, bei denen das Öl nicht brannte, sondern nur auslief – oder die vergleichsweise einfach nur per Hahn geschlossen werden mußten. Vor den von Saddam Husseins Truppen zu tiefen Trichtern gebombten Quellen aber, die bis an den Rand mit Öl vollgelaufen sind, soll der einschlägige Held der Westlichen Welt, Red Adair, nach vierzehntägigem Kampf erst einmal kapituliert haben. Fünf Jahre lang müßten die Rettungsmannschaften arbeiten, wenn sie nicht stärker unterstützt würden, klagte er vor dem amerikanischen Kongreß. Die anfangs nur vier, mittlerweile acht amerikanischen und kanadischen

Löschfirmen schuften in der unbeschreiblichen Hitze mit miserabler Ausrüstung: viel zu kurzen Kranauslegern, zu wenig geländegängigen Fahrzeugen, unzureichenden Wasser-Pipelines – und, vor allem, ohne jede Unterstützung des Militärs. Weitere Hilfe hat die kuwaitische Regierung verzögert.

So sind Unternehmen, die angesichts einer nie dagewesenen Herausforderung neue Lösch-Methoden ausprobieren wollen, gezwungen, die Erprobungsphasen selbst vorzufinanzieren. Die gesamte Ausrüstung müssen sie in dem Chaos des völlig zerstörten Landes eigenhändig organisieren. Umweltminister Klaus Töpfer wurde, peinlich für seinen PR-trächtigen Enthusiasmus, gar nicht erst ins Land gelassen: Nur kriegsführende Mächte sollten sich am einträglichen Löschgeschäft beteiligen dürfen. Ein offizielles Hilfsangebot aus dem Bundesforschungsministerium blieb sechs Wochen lang ohne Antwort. Dabei sei doch mit dem Einsatz bundesdeutscher Löschtechnologie, so frohlockte die Bundesregierung quasi im Feuerschein, »eine Verbesserung des deutschen Images zu erhoffen; ein Qualitätsbeweis deutscher Technik würde der deutschen Industrie möglicherweise ein neues Entree verschaffen«.

Erst Mitte Juni wurde dann doch ein deutsches Firmenkonsortium in Kuwait vorgelassen, um die Großbrände zu erkunden. Eine Initiative der EG zur Rettung der Umwelt am Golf verläuft voraussichtlich im Sande: Die zehn Millionen Ecu wurden zumindest bis Juli kaum abgefragt. Schuld daran war nicht nur die unverantwortliche Trägheit und Unfähigkeit der Kuwaitis, die vor dem Krieg alle Kompetenz mit ägyptischen und palästinensischen »Gastarbeitern« ins Land geholt hatten und nun, mit allen Entscheidungen total überfordert, das Umwelt-Desaster nur als eines von vielen erlebten; schuld war auch der Konkurrenzkampf der Kriegsgewinnler: »Die kuwaitische Regierung stand unter starkem Druck der Amerikaner«, erklärt Wolfram Schött aus dem BMFT, »die US-Unternehmen haben wohl versucht, das Geschäft nach außen abzuschotten. Wahrscheinlich haben die bei allen Hilfsanfragen den Lösch-Koordinator Larry Flak gefragt: Was halten Sie von dieser Methode? Und der hat dann natürlich gesagt: Gar nichts. Ist nicht seriös.«

Und der Darmstädter Professor und ehemalige Frankfurter Feuerwehrchef Ernst Achilles, Mitreisender in Töpfers Delegation, sieht noch einen weiteren Grund für die Verschleppung der Löscharbeiten und damit Mißachtung der dramatischen Umweltkrise: »Man mußte vor Ort unterschwellig den Eindruck gewinnen«, erklärt der von der Boulevardpresse gern als »deutscher Red Adair« gepriesene Brandschutzexperte nach Gesprächen mit amerikanischen Erdöl-Managern, »daß auch deshalb nicht mit dem not-

wendigen Eifer gelöscht wird, weil einige US-Erdölunternehmen kein allzu großes Interesse daran haben, daß die Feuer sehr schnell ausgehen. Solange Kuwait kein Öl verkaufen kann, ist ihre Stellung auf dem Markt natürlich wesentlich besser.«

Nur noch zynisch wirkt da die Versicherung von US-Präsident George Bush, er mache sich große Sorgen um die kuwaitische Umwelt – hat er doch bewußt in Kauf genommen, daß sie in eine Mondlandschaft verwandelt wurde. Die Brandschutzfirmen jedenfalls, erklärte Larry Flak, wurden bereits im August 1990 mit den Löscharbeiten beauftragt – also noch bevor der wahnsinnige Hussein Ende September drohte, er werde »den Himmel über Kuwait verdunkeln«. Niemand kann sagen, er hätte von den ökologischen Zusammenhängen nichts gewußt: viele Wissenschaftler haben den Umwelttod von Kuwait und die Vergiftung mehrerer anderer Länder – und damit ungezählter Menschen – genau vorhergesagt. Doch schon in ihrer Forschergemeinschaft wurden die Skeptiker in den USA der »Antikriegspropaganda« bezichtigt. Und auch hierzulande fiel der Dame und dem Herrn Bellizisten ausschließlich Polemik gegen die Ökopaxe ein – wenn sie den Umweltaspekt überhaupt zur Kenntnis nahmen.

Kann man das Desaster wirklich riskieren, weil es sonst möglicherweise der Gegner entfacht? Hat er das nicht jetzt erst recht getan? Kann man die Bedrohung Israels durch den wahnwitzigen Diktator aufrechnen gegen die jetzt eingetretene allmähliche Zerstörung von Leben – bei Menschen, Tieren, Pflanzen? Im nachhinein ist es leicht zu sagen: Seht her, das habt ihr getan ... Ihr habt mit eurer Entscheidung für den Angriff auf den Irak auch den riesigen Ölteppich zu verantworten, der jetzt im Persischen Golf einen »Ökozid« anrichtet, wie der World Wildlife Fund for Nature (WWF) beklagt. Annähernd ein Drittel der Leckage geht auf das Konto der alliierten Bombardements. Die *Welt* berichtete: »Das erste Erdöl, das nach Beginn des Golfkrieges die Küste Saudi-Arabiens verseuchte, ist aus irakischen Tankern ausgelaufen, die von Flugzeugen der multinationalen Streitkräfte attackiert worden waren.« Was die Grausamkeit der irakischen Streitkräfte nicht schmälert, die erst danach die Ventile der Ölverladeplattform »Sea Island« öffneten, vor allem mit dem taktischen Ziel, die Landung der alliierten Marineeinheiten zu erschweren.

Wieviel Öl tatsächlich austrat, ist ebenso ungewiß wie die genaue Zahl der brennenden Bohrlöcher. Die Angaben schwanken zwischen 500 000 und über einer Million Tonnen. Das wäre die zwölf- bis zwanzigfache Menge des aus der Exxon Valdez ausgelaufenen Öls. Im April stellten Bekämpfer des Ölteppichs fest, daß von Kuwait her immer noch frisches Öl nachlief – etwa eine halbe Tonne täglich. Und dies in ein Gewässer, das durch zahlrei-

che Tankerunglücke und -bombardements ohnehin schon besonders belastet ist. Dreiundvierzigmal mehr als andere Meere ist der Persische Golf verseucht, errechnete der Präsident der UN-Umweltorganisation UNEP, Mustafa Tolba, lange vor dem Golfkrieg: geschwächte Abwehr.
95 Prozent der saudi-arabischen Küste sind vom Öl geschädigt. Die Garnelenindustrie liegt darnieder. Fischer trauen sich nicht mehr aufs Meer. Die Mangrovensümpfe, schreibt der *Spiegel*, sehen aus »wie gerade neu geteerte Großparkplätze«. Tausende von Kormoranen, Flamingos, Pelikanen, Seevögeln, Reihern, Seeschlangen, Riesenschildkröten starben. Ohnehin schon vom Artentod bedroht waren die walähnlichen, mächtigen Dugong-Seekühe; gerade sollten Schutzzonen für ihr Überleben eingerichtet werden. Statt dessen verkleistert jetzt die schwarze Flut ihnen Augen und Haut.
An den Küsten wird das Öl als schlammige, Blasen schlagende Masse angeschwemmt, die die Experten humorig »mousse au chocolat« nennen; es trocknet zu dicken Teer-Klumpen. Auf der Meeresoberfläche löst sich der Teppich in der großen Hitze zwar vergleichsweise schnell auf, doch toxische Substanzen wie Benzole und Phenole sinken in die Tiefe. Dort vergiften sie allmählich Seegras, Schwämme, Muscheln, Plankton und andere Lebewesen – und damit die Ernährungsgrundlage für größere Meerestiere. Irreparable Schäden verursacht das Öl an Korallenriffen. Dort wird nur noch Leben von unvergleichlich geringerer Vielfalt entstehen. »Die Folgen werden wesentlich massiver sein als nach dem Unglück der Amoco Cadiz im Jahre 1978«, erklärt Bernd Scheffel von der Sonderstelle des Bundes Ölunfälle/See, »erst seit etwa zwei Jahren blühen dort wieder Austernkulturen.« Wer die Trauer um das Leben im Meer so wie Hendryk M. Broder ausschließlich als deutsche Rührseligkeit diffamiert, der hat die labile Abhängigkeit dieses Globus von der Vielfalt der Arten noch immer nicht kapiert.
»Couldn't care less«, scheinen auch die Anrainerstaaten am Persischen Golf gedacht zu haben. Denn sie erklärten die Küste zur »Opferzone« und schützten nur die für das Trinkwasser lebensnotwendigen Meerwasser-Entsalzungsanlagen. Über ein rettendes Ölauffangschiff verfügt keiner der Golfstaaten – Petrodollars hin oder her. Als zwei Monate nach dem Ende der Kriegshandlungen die bundesdeutsche, mit modernster Technologie ausgestattete »Mellum« eintraf, war das Öl längst vergast, abgesunken oder in viel zu flache Küstengewässer getrieben. Unverrichteter Dinge mußte die Mellum nach Deutschland zurück. Bernd Scheffel: »Schiffe können leider nicht fliegen.«
Zu den Ölkatastrophen kommt noch die Wüsten-Verwüstung: Mehr als eine Million Soldaten mit schweren Fahrzeugen und Panzern, wochenlang

aufmarschiert, haben die besonders empfindliche Wüsten-Vegetation zerstört. Zudem ist die dünne Kieseldecke eingedrückt und damit unterbrochen, die den Sand festhielt. Sie verhinderte, daß Staubstürme und Wanderdünen Dörfer und Städte bedrohten. Laut World Watch Institute hat sich die nordafrikanische Wüste bis heute nicht von den schweren Gefechten des Zweiten Weltkriegs erholt.

»Die Verantwortung für die Umweltzerstörung liegt bei Saddam Husseins Regime«, schreibt Michael Renner, »aber die Verwüstung ist von den alliierten Regierungen entweder unterschätzt oder als akzeptabler Preis für den Sieg bewußt in Kauf genommen worden.« Das gilt vor allem für die Folgen des »modernen Blitzkriegs« (Renner) im Feindesland Irak, die ein Arzt der »Cap Anamur« folgendermaßen beschreibt: »Es ist die Chirurgie eines modernen Krieges, der auf den ersten Blick seine Unmenschlichkeit zu verlieren scheint, weil er kaum Menschenopfer kostet, der aber Folgeerscheinungen hinterläßt, die zu einem schleichenden Ausbluten der Bevölkerung werden können. Eine Kriegsart, die zum Verhungern führt, die Krankentransporte unmöglich macht, die medizinische Behandlungen und Hilfe verhindert ... Der Irak steht am Rand einer Hungerkrise, am Rand eines Kollapses durch seine zerstörte Infrastruktur und am Rand von Epidemien.«

18 von 20 irakischen Kraftwerken wurden niedergebombt. Ohne Strom brach die Trinkwasserversorgung zusammen. Agrarflächen konnten nicht bewässert werden, weil die Pumpen stillstanden. Die Menschen trinken aus Tümpeln und aus Flüssen, die gleichzeitig als Kläranlagen dienen. Cholera- und Typhusepidemien breiten sich aus. Ein Mediziner der Harvard Universität fürchtet laut *Spiegel*-Interview, daß allein in diesem Jahr mindestens 170 000 irakische Kinder unter fünf Jahren sterben müssen. Die Amerikaner haben darüber hinaus sogar versucht, das Wasser *direkt* als Öko-Waffe zu benutzen: die türkischen Verbündeten sollten die Dämme schließen, die Euphrat und Tigris speisen. In der zweiten Kriegswoche ist das für einige Tage geschehen. So viel immerhin drang aus dem Irak nach außen.

Nach wie vor völlig im dunkeln liegt jedoch, ob die alliierten Bombardements auch zu Giftgasemissionen und damit zu einer Kontamination von Menschen und Landschaft geführt haben. Hier zeigt sich eine perfekt funktionierende, groteske »Koalition zwischen Siegern und Besiegten«, so der Frankfurter Mediziner und Sprecher der Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW), Gottstein: Der Irak will Informationen darüber verhindern, wieviele Gift- und Biowaffen er tatsächlich gelagert hat – oder hatte. Und die Alliierten zeigen nicht das geringste Aufklärungsinteresse, weil das Ausmaß der Zerstörung verdeckt bleiben soll, das sie zu verantworten haben. Laut

General Schwarzkopf sind 14 Anlagen zur Herstellung chemischer oder biologischer Waffen zerstört worden – darunter beispielsweise auch Fabriken für Landwirtschaftschemikalien. Daß dabei Menschen oder Landschaften zu Schaden gekommen sein sollen, streiten die Militärs ab.
Dagegen sprechen »Giftgaswolken«, die die französische Armee in der Atmosphäre registrierte. Dagegen sprechen die Berichte tschechischer C-Waffen-Experten, die laut einer ägyptischen Zeitung Giftgaskomponenten noch im nördlichen Saudi-Arabien nachgewiesen haben wollen. Dagegen sprechen auch französische Meldungen über erhöhte Schadstoffkonzentrationen im Euphrat. Dagegen spricht auch, daß eine UNO-Sonderkommission, die im Juni nur einen kleinen Teil der von den Alliierten zerstörten gigantischen Giftgas-Produktionsstätte Samarra besichtigen konnte, an einigen der Chemiebehälter mit Senfgas und Nervengasen große Lecks feststellte.
Doch nur Indizien verweisen auf mögliche Epidemien und Kontaminationen: Ein Sprecher der Patriotischen Kurdischen Union, einer oppositionellen Gruppe im Irak, behauptete im Februar, daß alliierte Angriffe das Trinkwasser einer großen Region vergiftet hätten. Der Kurde Jaba Kadir, Übersetzer in einer ärztlichen Nothilfestation des Ärztekomitees »Cap Anamur«, berichtet von Hunderten von Irakern, die seit Monaten unter schmerzhaftem Schleimhusten, Atembeschwerden und Augentränen litten. Sie alle hätten ihre Beschwerden auf eine Explosion zwischen den irakischen Städten Erbil und Mosel zurückgeführt: »Weil das Giftgas aus Deutschland kommt, dachten wir, daß die Deutschen auch die richtigen Medikamente haben ...« Das sind jedoch nicht mehr als Gerüchte aus dem Global Village, das zwar live auf jeder Rakete mitreiten, deren zerstörerische Wirkung aber nach dem Krieg sofort vergessen sollte. Heute sind mögliche Kontaminationen kaum mehr nachprüfbar, da ein Großteil der Nervengase verfliegt; nur Senfgas und Pestizide wären auch nach Monaten noch nachzuweisen.
Die explosive Naturzerstörung am Golf gemahnt jedoch nicht allein an die Unführbarkeit des Krieges, der, so Michael Müller, »selbst schon der worst case ist, der die menschliche Vorstellungskraft und erst recht die planerischen Fähigkeiten weit übersteigt und angesichts der Vernichtungskraft der Waffen den Hang zum Totalen hat«. Sie führt gleichzeitig auch die Unführbarkeit des westlichen Wegwerflebens vor Augen, des »American way«, den abzusichern George Bushs Haupt-Ziel war. Erst vergangenes Jahr verkündete er die »Neue-Energie-Strategie« – auf hartem Atom- und vor allem Öl-Kurs. Damit setzt die Bush-Administration die Verschwendungspolitik Ronald Reagans fort: dessen Energieminister hatten den persischen Golf stets als »Achillesferse des Westens« bezeichnet. Immerhin lagern dort 65

Prozent der Welt-Erdölvorkommen – gegenüber ganzen vier Prozent in Nordamerika, dessen Importabhängigkeit in Zukunft noch drastischer steigen wird als schon in den vergangenen Jahren. Einen irakischen Zugang zum kuwaitischen Öl und damit verstärkten Einfluß auf die OPEC-Preispolitik wollten die Amerikaner nicht riskieren. Reagan und Bush haben zusammen die Forschungsmittel für Solar- und andere Alternativ-Energien um 85 Prozent gekürzt. Im Durchschnitt verbraucht jeder Amerikaner elf Liter Öl am Tag – mehr als dreimal soviel wie beispielsweise ein auch schon prassender Bundesbürger. Allein die USA mit nur fünf Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen ein Viertel der gesamten Primärenergie; die westlichen Industrieländer zusammen schlucken drei Viertel. Die Basis dafür: billiges Öl – die größte ökologische Bedrohung für die Welt. Die Klimakatastrophe ist für George Bush kein Thema. Die *New York Times* im August 1990: »Einer der Gründe dafür, daß die Bush-Regierung 100 000 Soldaten nach Saudi-Arabien schickt, ist ganz schlicht der, daß eine Gallone Benzin fünf Cents weniger kosten soll.« Dem Treibhauseffekt ist es schließlich egal, ob das Öl am Golf in Flammen aufgeht oder in deutschen, japanischen und amerikanischen Autos verpufft. Das Problem ist: Es verpufft insgesamt zuviel Öl, es wird insgesamt zuviel Gift produziert.

Michael Müller schreibt: »Immerhin riskieren die Alliierten ein Ozonloch über den Köpfen Indiens – sie fordern von diesem aber FCKW-Verzicht; sie verursachen gigantische CO_2-Emissionen – verlangen aber von China und Indien (deren Ernten sie gerade gedankenlos gefährdet haben) den Verzicht auf zuviel Kohlenutzung ... Die dringend notwendige Vertrauensbasis für eine globale Kooperation zum Schutz des Ökosystems ist durch den Golfkrieg neu belastet worden.«

Dabei ist – so schließt sich der Kreis – gerade das Militär zumindest in den USA der verschwenderischste einzelne Energie-Verbraucher. Ein Viertel des gesamten in Amerika verbrannten Flugbenzins dient militärischen Zwecken. Ein sich selbst aufrechterhaltendes System: Die Kampfbomber am Golf flogen für ihre Existenz ...

So herrscht der Krieg gegen die Natur schon lange, bevor der Kampf ausgebrochen ist: »Die Armeen der Welt sind mit hoher Wahrscheinlichkeit die größten Umweltverschmutzer auf der Erde«, schreibt Michael Renner vom World Watch Institute. Das Militär verbraucht und zerstört weltweit immer mehr Raum: Im Zweiten Weltkrieg manövrierte ein Kampfflugzeug noch in ungefähr acht Quadratkilometern Luftraum – heute sind es 75 Quadratkilometer, in Zukunft wird es das Doppelte sein. 100 000 Soldaten beanspruchten im Ersten Weltkrieg 248 Quadratkilometer, im Zweiten Weltkrieg 3000, bei NATO-Manövern in Westdeutschland gar über 55 000

Quadratkilometer – mit der Folge gigantischer Wald- und Flurschäden. Zwischen einem und drei Prozent der Fläche Westeuropas dienen ausschließlich Panzern, Kasernen, Giftgruben, Waffenlagern, Raketen-Depots und Soldatenaufmärschen. Der Naturschutz muß sich mit der Hälfte begnügen. Dabei sind die Bombenabwurfgelände, Truppenübungsplätze und Schießbahnen »in Wirklichkeit schwermetallbefrachtete Sondermülldeponien«, so Rainer Klingholz in *GEO*. Die amerikanischen Besatzer haben allein in Westdeutschland über 350 Standorte vergiftet – keiner weiß, wer die Sanierung in Milliardenhöhe bezahlen soll. Wilde Müllkippen und verseuchtes Grundwasser hinterlassen die Russen in der ehemaligen DDR. Hundert Millionen Tonnen Abfall verbrennt alljährlich die Bundeswehr, 500 Tonnen giftige Chemikalien setzt sie im gleichen Zeitraum ein. Allein unter der Verwaltung des Pentagon werden jedes Jahr eine halbe Million Tonnen Giftmüll produziert – mehr als in den fünf größten Chemieunternehmen der USA zusammen. Riesige Flächen im Pazifischen Ozean, in Nevada, Sibirien und Kasachstan sind durch Militärtests atomar verseucht. Dort wurde »Krieg gegen die eigene Bevölkerung« geführt, wie ein radioaktiv verstrahltes Opfer in der sowjetischen Stadt Semipalatinsk verbittert formuliert. Mehr als fünfzig Bomben von der Zerstörungskraft der Nagasaki-Explosion könnten allein aus dem unfreiwillig freigewordenen Atomabfall der Plutoniumfabrik im amerikanischen Hanford hergestellt werden. Aus der Dritten Welt existieren so gut wie keine Daten über die gewiß nicht geringere militärische Umweltgefräßigkeit. Der Berliner Friedens- und Umweltforscher Knut Krusewitz: »Alles Männerkacke.« Es wirkt beklemmend und banal zugleich, wenn Michael Renner tatsächlich daran erinnert: »Kriege und Umweltschutz sind inkompatibel.« Denn das war natürlich immer schon so.

In Vietnam seien »viele Schäden an der Natur vielleicht nie wieder gut zu machen«, urteilte in den achtziger Jahren die Internationale Naturschutz-Union. Verbrannte Erde hinterließen die Amerikaner in El Salvador, die Contras in Nicaragua, die Sowjetunion in Afghanistan. Hunderttausende von Toten und Flüchtlingen verursachte der Krieg zwischen Iran und Irak – aber auch mörderische Naturzerstörung. Husseins zynische Senfgas-Attacken auf die Kurden an der türkischen Grenze vergifteten diesen Landstrich wahrscheinlich für Jahrzehnte. Und Hunderttausende Tonnen Öl flossen schon 1983 nach irakischen Luftattacken auf die Ölplattform von Nawruz in den Persischen Golf. Sie bildeten einen 25 000 Quadratkilometer großen Teppich in einem internationalen Fischfanggebiet.

Krieg ist ein Synonym auch für Umweltzerstörung. Doch schon sind die ersten Vorschläge für eine umweltgerechte Kriegsgestaltung auf der Tages-

ordnung. Die Friedensfreunde legen dabei offenbar die gleiche Begeisterung für chirurgisches Vorgehen an den Tag wie die Schwarzkopfs. Noch gezielter schießen – an der Natur vorbei? So diskutiert die SPD ein internationales Abkommen, das wertvolle Biotope als Naturdenkmäler ausweisen und ihnen damit den Status von Lazaretten oder Kulturdenkmälern, also »neutralen Territorien« verleihen soll. Das World Watch Institute und Greenpeace plädieren für eine fünfte Genfer Konvention zum Schutz natürlicher Ressourcen im Krieg und gegen ökologische Kriegsführung. Doch das ist so, als wollte man dem Feuer verbieten, Flammen zu werfen. Tatsächlich gibt es schon seit 1977 einen »Umweltkriegsverbots-Vertrag« und ein »Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen«, beide verabschiedet auf Antrag der Sowjetunion nach dem amerikanischen Wüten in Vietnams Wäldern. Die Ballermänner von Nicaragua über Äthiopien bis in den Irak haben sich einen Teufel darum geschert.

Doch auch Bundesumweltminister Klaus Töpfers Lektion aus dem Golfkrieg ist – im paramilitärischen Jargon – eine »Öko-Eingreiftruppe«. Und Frankreichs Premierminister schlägt »Umwelt-Grünhelme«, Moskaus Vize-Außenminister eine »Umwelt-Task-Force« vor.

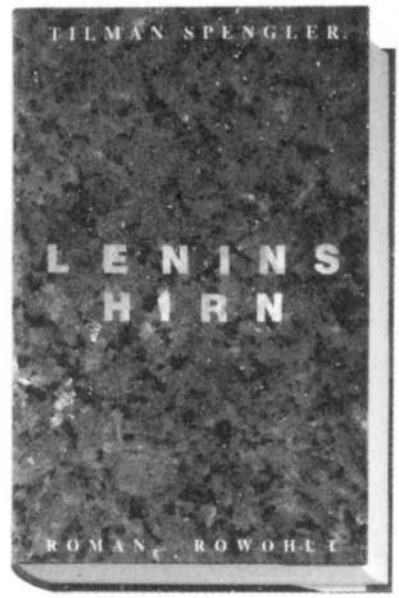
Beim nächsten Krieg haben wir alles im Griff.

Tilman Spengler

Auf der Suche nach der Genialität

Das Geniale ist immer ein Rätsel. Wo steckt es, wer benennt es zuerst, und wem ist es vergönnt, Genie zu sein? Zwischen Realität und Dichtung oszillierend, erzählt Tilman Spenglers Roman virtuos und höchst unterhaltsam die Geschichte des besessenen Wissenschaftlers Vogt.

Oskar Vogt ist auf der Suche nach empirischen Beweisen von Genie im menschlichen Gehirn. Seine Untersuchungen werden von dem Rüstungsmagnaten Friedrich Alfred Krupp finanziell unterstützt, wofür ihm der Arzt einige Gefälligkeiten erweist. Im Herbst 1925 wird Vogt die ehrenvolle Aufgabe übertragen, das Gehirn des unverhofft verstorbenen Revolutionärs Lenin auf Genialitätsmerkmale zu untersuchen...



Tilman Spengler
Lenins Hirn
Roman.
320 Seiten.
Gebunden.
DM 39,80

«Die Geschichte selber hat stattgefunden, hätte in dieser Form stattfinden können, und hat in Wirklichkeit sicherlich auf eine noch absonderlichere Weise stattgefunden, als ich sie erzählt habe. Für mich verkörpert dieser Oskar Vogt das Wilhelminische ebenso wie das Erotomane oder das Besessene schlechthin. Was mich an ihm am meisten fasziniert hat, war die Diskrepanz zwischen der Grandiosität des Entwurfs und dem tatsächlichen wissenschaftlichen Scheitern seiner Geniehypothese.» *Tilman Spengler*

Foto: Isolde Ohlbaum

Rowohlt

Asmus Petersen
Fire and forget

Dürftige Kriege Frieden ist langweilig. Wenn keine Schlachten mehr geschlagen werden, wo spielt sich dann überhaupt noch etwas ab, wo sind die Spektakel, die der Mensch doch braucht? Die Kriege sind aber leider Gottes auch nicht mehr das, was sie mal waren. Nach offiziellen Angaben sollen gerade jetzt 31 Kriege laufen, aber man muß sich Mühe geben, wenigstens eine Handvoll davon zusammenzukriegen, Kriege noch dazu, die ihren Namen nicht verdienen. Das war früher besser. Es war überhaupt mehr los.

Der Golfkrieg hat's auch nicht gebracht, diese beiderseits mißglückte Veranstaltung. Der Böse gab mit seinem immensen Kriegsgerät eine kümmerliche Vorstellung, und wir, die Guten, haben ihn am Ende laufen lassen. Wozu dann das ganze Theater? Sowas gibt nur den Leuten recht, die immer sagen, Kriege sind keine Lösung für politische Probleme. Solche Menschen haben nichts aus der Geschichte gelernt, die eine Menge anderer Beispiele bereithält, Kriege, nach denen keiner mehr Fragen stellte, weil tabula rasa war, weg das Problem.

Der Golf war also nicht nach unserem Geschmack. Wie aber ein richtiger Krieg aussehen sollte, wie wir ihn das nächste Mal haben wollen, darüber müssen wir alle nachdenken. Und der Blick darf dabei nicht getrübt sein. Legen wir nämlich die Teufelsperspektive einmal zur Seite, erscheint Saddam nur noch als ganz gewöhnlicher Krachmacher, als einer von Tausenden mieser Usurpatoren der Geschichte. Und dazu paßte auch die Reaktion der aufgescheuchten Welt, ganz normal wie je: Auf ihn mit Gebrüll.

Kriege müssen sein, alle Sorten, und selbst dann ist Krieg schon sinnvoll, gleich ob gewonnen oder verloren, wenn nur der Machthaber am Leben bleibt: Welch schöne Gelegenheit bietet sich ihm, im Inneren endlich reinen Tisch zu machen, soviel wie möglich von der Opposition gleich mit umzubringen, zügig, in einem Aufwaschen! Nur die Zahlen scheinen sich zu ändern, etwa: Franco bringt am Ende des Bürgerkrieges 100 000 besiegte Republikaner um, im Irak warten Schiiten im Sumpf und Kurden im Gebirge zu Millionen darauf, vergiftet oder von Bomben zerrissen zu werden.

Aber was für eine Gattung Krieg hat man uns denn diesmal verkauft? Es passierte nichts, jedenfalls kamen keine richtigen Kriegsbilder mit Blut, Geschrei und Grausen, lediglich öde Videoclips und ein bißchen Feuerzauber über Bagdad. Jeder von uns hat ja nun mindestens zwei Fernseher, einen davon vor dem Bett: es konnte uns also wirklich nichts entgehen. Morgens um 6.00 schon drückten wir im Halbschlaf auf die Fernbedienung, und was war? Immer die gleiche Enttäuschung. Nichts Neues, nur eine extrem unattraktive Tante als Moderatorin guckte einem zu – so eine ist sowieso schädlich und gerade bei kriegerischen Sendungen ganz fehl am Platz. Rein gefühlsmäßig wartet man doch, schon um in Stimmung zu kommen, auf Amazonenhaftes, Leder, Leggings, und auch nicht auf müde gewordene Altkorrespondenten und triste Professoren, die es schon wieder in klassischer Ausführung gibt. Während wir ja nur wissen wollten, ob Saddam endlich seine Giftfässer aufgemacht hatte, klärten sie uns über die Kriegsschuldfrage auf, aha: nicht die Juden seien unser Unglück, aber das hatte ich schon 1945 gelernt, sondern die Araber.

Überflüssige Schuldfrage Wer kürzlich Schuld am Krieg hatte, keiner will's natürlich gewesen sein, ist so einfach nicht zu klären. Oder sollten etwa die Amerikaner angefangen haben? Mit ihrem großartigen außenpolitischen Talent? Vielleicht hat die seinerzeitige US-Botschafterin nicht kapiert, was Saddam meinte, als er sie in dem denkwürdigen Gespräch kurz vor dem Krieg dahingehend abtastete, ob er mit dem Eingreifen der Amerikaner zu rechnen hätte, wenn er loslegte ... Von ihr konnte man bestimmt nicht erwarten, irgendeinen und schon lange nicht diesen Araber zu durchschauen, der so nebenher bemerkte, beim Mokka auf der Terrasse mit Blick auf die Scheichtümer: »Nice country, Kuweit there.« Sie bezog das – auf was sonst – aufs Geldverdienen: »Yeah, money makes the world go round!« Beide konnten nicht anders denken, als sie immer denken. Der Iraker nicht in seiner im Alttestamentarischen wurzelnden, aus Hauen und Stechen zusammengesetzten Welt, in der fremde Heere und Herrscher verhinderten, daß etwas wie Renaissance und Aufklärung geschah. Da bleibt eben Allah groß und Mohammed sein Prophet, und in diesem Mittelalter und seiner bildhaft-blumigen Sprache, das nebenher, läßt sich, was das Leben vereinfacht, ein Begriff wie Menschenrechte nicht unterbringen. Wir sollten es schlicht genießen, einem unaufgeklärten, erbarmungslosen Potentaten zuzusehen. Das gibt es sonst nur im Kino. Ja, und sie, Ihre Exzellenz, die Botschafterin aus Washington, nordamerikanisch in geistiger splendid isolation – wie sollte sie sich vorstellen können, daß Nichtamerikaner nicht amerikanisch denken?

ALLES SCHON DAGEWESEN Weiter, liebe Nachkriegskinder. Die Amis haben seit 1945 nichts dazugelernt. Dieses Urteil darf ich mir als Weltkrieg-II-Beobachter erlauben, auch in meiner immer noch dankbaren Eigenschaft als ehemaliger Carepaketempfänger und EUROPEAN RECOVERY PROGRAM-Kreditnehmer. Schon in den damaligen Waffengängen mußte beim geringsten Widerstand die große Feuerwalze her. Ganz ähnlich, wenn er konnte, arbeitete »Monty«, der spätere Lord Montgomery of El Alamein. Aber das haben wir doch besser gekonnt. Denken wir nur an das schöne Wort unseres Panzergenerals Guderian: Klotzen, nicht kleckern! Überhaupt, wir wollen uns ja nicht loben, aber wir hätten wahrhaftig das Zeug dazu, Weltpolizisten zu sein, und wären auch aufgrund unserer Vergangenheit prädestiniert.

Jedenfalls: erst nach gewaltigem Materialeinsatz also gingen die Kriegsamis jeweils vorsichtig weiter. Auch diesmal haben sie des Guten zuviel getan, was man den armen Kerlen ansehen konnte, die zuletzt aus den irakischen Bunkern krochen. Allerdings machten sie keine andere Figur als ihre Kollegen in Tausenden ähnlicher Situationen: »Aus ihren Trümmern eilen die Reste der Besatzung mit erhobenen Händen und angstverzerrten Gesichtern uns entgegen.« So Generalfeldmarschall Rommel in seinem Buch *Infanterie greift an* aus dem Ersten Weltkrieg, als er noch Oberleutnant war. Solche Aufträge gründlich besorgen – ist es das, was jetzt in den USA als »schwarzkopfen« bezeichnet wird?

Die ganze Sache am Golf hatte keine Form und kein Format. An Schwarzkopf fand ich nachträglich nur seine dunkle Uniform mit den goldenen Achselstücken gut, die er beim Besuch der englischen Königin in Washington anhatte. Viel eingefallen ist ihm im Felde nicht. Er ist auf Nummer Sicher gegangen, von überraschender Taktik keine Spur. Darauf kam es nun zum Glück nicht an, weil die Irakis nicht mit ihren Waffen umgehen konnten. Es ist dem General auch zugutezuhalten, daß ihm dazwischengeredet wurde, wie das amerikanische Präsidenten zu tun pflegen. Schon der unvergeßliche MacArthur wurde im Koreakrieg fristlos entlassen, weil sein Chef Truman ihm das Siegen verbot, als er Mao so gern eins auf die blaue Mütze gegeben hätte. Diesmal verpatzte der Präsident wieder das Finale – die Idee kam ihm wohl bei einem Gebetsfrühstück: Die Hauptstadt des besiegten Landes durfte nicht erobert werden – wo gibt's denn sowas? Kein glorreicher Einzug in die Kalifenstadt, kein Triumphzug nach alter Sitte mit dem gedemütigten Gewaltherrscher gefesselt im Jeep! Das hätten alle Araber verstanden, und die Kurden, die Schiiten, die Juden hätten erst mal Ruhe gehabt.

Dann das Öl im Golf! Warum haben wir das nur laufenlassen, wie konnte

sowas überhaupt passieren? Daß die Irakis auf solche Ideen kommen würden, war doch von der ersten Minute des Krieges an klar. Vor dem Einmarsch nach Kuwait gab es so viele US-Kommandounternehmen, warum nicht zur Sicherung der Ölquellen eins? Zehn Hubschrauber, Kameraden, rechtzeitig auf das Inselterminal Mina Al Ahmadi eingesetzt, zweitens auf den Ölverteiler und zugleich auf die vier Tanker, die Bewacher erledigt und die Ventile zugedreht – fertig. Dann hätte nicht immer derselbe fassungslose Kormoran mit seinem Ölgefieder auf der Scheibe in meinem Zimmer herumzuflattern versucht. Das kann man wirklich schwer aushalten. Und es wäre weniger Öl ins Wasser geflossen als beim regelmäßigen Spülen der Tanks sämtlicher Schiffe auf allen Weltmeeren.

Wir wollen gerecht sein: auf andere, unpersönlichere Weise haben sie das Öl dann doch gestoppt: mit Präzisionswaffen, nämlich mit Gleitbomben des Typs GBU-15. Nur war auch das nichts Besonderes. Kurz ist der Menschen Gedächtnis, sonst hätten sich die Videooffiziere des Golfkriegs nicht so dreist mit ihren intelligenten Bomben brüsten dürfen. Wir können nämlich nicht umhin, uns des sonnigen Herbstes 1943 und der deutschen Gleitbomben im Golf von Salerno zu erinnern. Verfügte doch die Luftwaffe bei den Gegenangriffen auf den alliierten Landekopf daselbst über diese neue Waffe und hatte sogar schon genügend Erfahrung von Einsätzen aus Sizilien. Die Lenkflugzeuge waren in 8000 Meter Höhe in der Regel nicht zu sehen, also gab es auf den Zielen keinen Fliegeralarm. Zu den außer Gefecht gesetzten Schiffen, immerhin, gehörten das alte Schlachtroß »Warspite« und der US-Kreuzer »Savannah«. Auch damals hatte man keine Gegenwehr. Es gab nur den kuriosen Befehl, alle elektrischen Rasierapparate der Besatzungen bei der Vermutung eines bevorstehenden Gleitbombenangriffs einzuschalten, in der Hoffnung, die Leitimpulse der anfliegenden Bombe zu stören. Am Golf hätte das diesmal keinen Sinn gehabt, weil sich der Iraker, das weiß man ja, nicht regelmäßig rasiert.

Auch als nach den öden Wochen vorher der sogenannte Bodenkrieg endlich losging, mußte man außer einem uralten, abgeguckten Trick – Umgehung und Stoß in die offene Flanke des Gegners – kluge Schachzüge vermissen. Und wie hätte man die Präsidentengarde packen können! Herr General von Schwarzkopf hatten seinen Clausewitz nicht gelesen und nur flüchtig offenbar eine der 500 Rommelbiographien. Da hatte ja schon einmal jemand in der Wüste gekämpft, mit erheblich mehr Phantasie und erheblich weniger Material. Nun, Sir Norman sollte man nicht an ihm messen. Zum einen hat er keinen Pour le Mérite oder nur entfernt gleichwertigen schönen blauen Orden (obwohl Rommel ihn, gerechterweise muß es gesagt werden, auch erst auf wiederholtes, beleidigtes Drängen am Hals befestigen konnte). Zum

anderen hat Stormin' Norman auch kein Buch über die Kunst geschrieben, aussichtslose Infanterieangriffe erfolgreich zu führen. Kaum zu Haus, sitzt er jetzt für fünf Millionen Dollar an seinen Memoiren – ich würde keine fünf Mark dafür geben. Aber unser Rommel war eben ein Könner. Zwar hat er immer mal wieder ein paar tausend Mann verheizt, aber das sollte man ihm nicht anrechnen. Ohne Opfer geht es nun mal nicht, das Kriegshandwerk. Schwarzkopf, zur Sache, bot eine zweitklassige Kopie von Rommels Gazalaschlacht – ja, 1942 sprach man in Fachkreisen von exzellenter Taktik, »es war ein Vergnügen, die unerhörte Praxis Romms in der Wüstenbefehlstechnik zu sehen«.

Das ließ sich von Mr. Schwarzkopfs Zangenbewegung im Golfkrieg nicht sagen, eher müßte man von einem alten Hut sprechen. Aber er brauchte gar nicht genial zu sein. Jede andere Maßnahme hätte ihre Wirkung getan, weil die irakische Führung von Strategie und Taktik noch weniger, nämlich keine Ahnung hatte. Als Feldherr trat niemand in Erscheinung. Warum nicht? Nahezu alles an Militärtechnologie, die aber auch kapiert werden muß, hatten die vielen Freunde, zu denen wir uns zählen durften, dem Kalifen überbracht, selbst die Chinesen waren mit einigen Raketenbatterien zur Luftabwehr vertreten (die alle im ersten Anflug zerstört wurden). Nur hat ihn keiner strategisch beraten. Das war längst vor dem Beginn des alliierten Angriffs mit einem Blick auf die Karte erkennbar: Statt nur Kuwait zu besetzen, sich mit Foltern und Vergewaltigen aufzuhalten und mit Geiseln versuchsweise Politik zu machen, hätte der Vormarsch, wenn schon, über die saudische Grenze hinausgetragen werden müssen, bis Dhahran, zu den Flugplätzen, ohne deren Besitz die Amerikaner auf Basen im Roten Meer beschränkt gewesen wären. Von da aus hätten sie 1000 km quer über die arabische Halbinsel zu laufen gehabt, was man allenfalls dem alten Afrikakorps zugetraut haben würde. Im Aufmarsch des Irak lag schon das Fiasko beschlossen.

Frieden ist langweilig, muß sich auch Saddam Hussein seit zehn Jahren gedacht haben, während derer er zusammengerechnet 100 Milliarden Dollar für seine Rüstung ausgab. Absurder pazifistischer Gedanke: Welche Schweiz, ja welche Bundesrepublik gar hätte ein weiser Staatenlenker damit aufbauen können! In Saddams Kopf war nur ein Militärapparat, der dann, trotz der Verluste im Krieg mit Persien, von der Zahl her den unter der UNO vereinigten Kräften mit ihren 380 000 Mann und 3160 Panzern überlegen war, aber wenig wert, weil innerhalb von Stunden die Flugabwehr, die gesamte militärische Infrastruktur zerstört wurde; das Beste, was französische Elektroniker an Frühwarnsystemen und Befehlskommunikation hatten installieren können.

Womit wir zu den Waffen kommen. Freunde, Ihr könnt mich erschlagen, ich finde Waffen einfach schön. Und ich schäme mich nicht. Mit dem Fahrtenmesser der Hitlerjugend – »Blut und Ehre«, diese tiefsinnige Losung, war eingraviert – muß es wohl angefangen haben, und für mich bleibt es dabei: Wenn ein Flugzeugträger vor meine Augen tritt, leider stets nur auf dem Bildschirm, lasse ich die Gabel fallen und gebiete Schweigen, um erschauernd der Erscheinung zu folgen.

ÜBERLEBENSFÄHIGKEIT, PANZERMÄSSIG Um einigermaßen auf dem laufenden zu bleiben, hechle ich allerdings der technologischen Entwicklung hinterher. Und ich bange um so manches. Wird sich denn, grüble ich an langen Winterabenden, der Kampfpanzer gegen Ende der neunziger Jahre noch auf dem Gefechtsfeld behaupten können? Angesichts so vielfältiger Bedrohungen? Survivability, die Überlebensfähigkeit, ist leider Gottes zum schillernden Stichwort, panzerpsychologisch ausgedrückt zum Knackpunkt geworden. Übrigens haben wir auch kaum noch überlebensfähige Flugzeuge, einmal abgesehen von den aus Vietnam so ruhmreichen, immer noch verwendbaren, wie man nun sah, B 52-Bombern – wir kommen noch darauf. Jeder noch so kleine Treffer kann heute einen 30-Millionen-Dollar-Flieger zerstören, weil bei der Kompliziertheit der Systeme schon ein geringer Ausfall den Schaden maximiert, während eine Hurricane, eine Zero, ein Stuka vor fünfzig Jahren kaum etwas davon gemerkt hätten.
Ohne daß ich Sie, liebe hochinteressierte Leser, beunruhigen möchte, muß ich denn doch meiner Betroffenheit Ausdruck geben: Sind wir alle uns wirklich der vielfältigen Gefahren bewußt, die etwa unsere vier deutschen Verkehrsteilnehmer in einem Leopard-II-Panzer zu gewärtigen haben, wenn sie feindliches Land durchqueren?
Denn es können – und man sollte deswegen nicht nur den Panzerrückspiegel vorschriftsmäßig im Auge behalten, sondern von Zeit zu Zeit auch die Luke vorsichtig anheben und nach oben schauen – es können die gefährlichen Panzerabwehrhubschrauber gerade mit ihren Lenkraketen über einem stehen. Diese dunklen Fluggeräte parken gern auf Waldlichtungen oder halten hinterm Berge, um gleich wieder unangenehm lärmend zurückzufliegen, sobald sie bei unfair kurzem Hochschrauben ihre Munition verschossen haben. Als genauso lästig muß man bodengestützte Lenkflugkörper einschätzen, mit Vor- und Doppelhohlladungsgefechtsköpfen – diese (oder ist das schon klar?) sind als Antwort auf die neuen Schicht-, Reaktiv- und Aktivpanzerungen zu werten. Damit sieht es folgendermaßen aus: Bekanntlich ist alles nicht mehr wie früher, als normale Granaten die Panzerplatte eines Kampfwagens entweder durchschlugen oder nicht. Nun, die

danach erfundene Munition schweißte sich selbstbewußt durch die Panzerung, und um das zu verhindern, verwendet man nun, vereinfacht gesagt, zwei Panzerplatten statt einer, zwischen denen eine geheimnisvolle Füllung die auftreffenden Geschosse unschädlich macht.
Weitere Bedrohungen für unsere Fahrzeuge (die man deshalb doch nicht gleich als rollende Särge bezeichnen muß!) sind intelligente Minen – nur reaktionäre Betonköpfe trauern den gemütlichen alten Tretfallen nach –, seien es automatische Panzerabwehrrichtminen (eines der vielen gemeinschaftlichen europäischen Projekte), die mit Sensoren ausgestatteten Richt- und Kugelminen oder solche, die flink mit neuen Verlegesystemen – einer Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Rübenpflanzmaschinen – auszubringen sind und nach Wunsch auch durch Funksignale entsichert oder zur Explosion gebracht werden. Ob dies nicht zu tückisch sei, fragte ich treuherzig meinen Informanten, einen Obristen der Panzerwaffe. »Was soll's«, lachte er, »hinten festhalten geht nicht!« Es gebe noch viel mehr: rohrartilleristische Abwehr, speziell gegen Panzer entwickelt als Tochtergeschosse und Submunition. Das geht so, daß man grob in Richtung Feind feuert, über dessen Haupt sich dann das Geschoß zerlegt, um lauter kluge Sprengkörperchen zu entlassen, die ihrerseits losbrausen und hoffentlich auch zum Ziel kommen, wir wünschen es ihnen von Herzen – wenn es die unseren sind, versteht sich. Wozu sonst der ganze Aufwand?
Für diese Munition beginnt sich umgangssprachlich der treffende Ausdruck »Fire and forget« einzubürgern. Ganz ähnlich passiert das auch vom Flugzeug aus; eins meiner Lieblingsfotos aus der Militärliteratur zeigt ein schickes Fluggerät, unseren Tornado, sozusagen den Yuppie der NATO-Maschinen, wie er aus einem soeben geöffneten Korb oder auch einer Metallkiste, kann sein, unten am Rumpf eine Menge Teile in Längsrichtung verstreut – wohin, das sieht man leider nicht. Es wird sich um eine Art Spray gegen die Panzerplage handeln. Vielleicht über einer Autobahn? Oder müßte man sagen: Panzerbahn? Wenn die Tornados abheben, werden wir ja hier im Krieg sein, wofür wir große Strecken unserer Autobahnen schon präpariert sehen. Sind sie aber in Feindeshand, die Auto-, Panzer-, Landebahnen, holen sich die Piloten gern sogenannte Bomblets, die gerade für Flächen gut sind und mit Beton etwas anzufangen wissen. Und noch viel mehr hat man sich gegen das Panzergewimmel einfallen lassen: Raketen mit Endphasenlenkung. Darunter kann ich mir beinahe etwas vorstellen, aber man staunt eben trotzdem: »Die Luftwaffen, mein Lieber«, belehrt mich der Herr Oberst leichthin, »werden außer normalen Bomben und lasergelenkten Suchkörpern Kampfdrohnen einsetzen, die gelenkt oder automatisch Ziele anfliegen und sie selbststeuernd erreichen. Fire and forget!«

Drohnen, höre ich alsdann, hätten die Israelis zuerst im Libanonkrieg eingesetzt: das sind ziemlich genau Mischungen aus großem Kinderdrachen und Segelflugzeug mit kleinem Motor. Solche ferngesteuerten Apparate konnten billig zusammengeleimt werden und erfüllten, mit Kameras versehen, endlich den alten Traum aller Oberbefehlshaber nach Echtzeit-Gefechtsfeldaufklärung.
Liebe Freundinnen und Freunde alles Militärischen, sicher sind Sie inzwischen in der Lage, die klassische Frage zu beantworten: Wer ist und bleibt der stärkste Gegner des Panzers? Antwort: Der Panzer! Richtig. Heute ausgerüstet mit elektronischen Tag/Nacht-Feuerleitanlagen und Pfeilgeschossen mit hoher Erstschußtreffwahrscheinlichkeit, auf deutsch: nur rein sicherheitshalber muß man nochmal hinterhergucken, ob es auch geknallt hat.
Allen Unbilden zum Trotz: der Tank, dieser wunderbare Kriegswagen, muß uns erhalten bleiben. Wir sind uns einig. Gründen wir einen Verein der Freunde des Panzers! Alle Welt sorgt sich um aussterbendes Unkraut, Läuse und Käfer, doch wie arm wären Heide, Wald und Wüste ohne Kampfpanzer! Es gilt, seiner Verfemung zu steuern. Wie wahr ist das Wort eines amerikanischen Generals: »Eine Armee ohne Panzer ist wie ein Mensch ohne Zähne!«
Panzermäßig also alles klar.

U-Boote, Flugzeugträger Wie sagte doch kürzlich ein Admiral in Washington? »Ein Flugzeugträger hält zwei Wochen!« Nun kann man sich nicht gut vorstellen, daß ein Schiff von 100 000 Tonnen leck sein soll und in 14 Tagen mit seinen hundert Flugzeugen einfach untergeht – natürlich auch mitsamt seinen sechstausend Leuten. Also hat der Admiral wohl umschreiben wollen, daß sein großes, 300 Meter langes und 40 Meter breites Kunstwerk durch Feindeinwirkung seiner Schwimmfähigkeit beraubt wird. Hoffen wir, daß dann die affigen Schlauchboote von Greenpeace zur Stelle sind, um Heulbojen an den Ort des bejammernswerten Unfalls zu setzen, damit spätere Generationen herausfinden können, wo der Atomreaktor des einst so stolzen Schiffes, der Mutter vieler Flugzeuge, auf dem Meeresgrund weitertuckert. Wie ich mich überhaupt bei aller Begeisterung für das Waffenhandwerk hin und wieder gefragt habe, ob die Auswirkungen eines mittleren Konfliktes nicht doch unverhältnismäßig wären, wenn im kurzen Verlauf eines spannenden Seekrieges Schwärme nukleargetriebener U-Boote von den beiderseitigen U-Jägern getroffen würden: Nicht, wie wir früher dachten, vielleicht 100 amerikanische und 200 russische, sondern künftig frisch aufgerüstete arabische Tauchschiffe, saudische sunnitische,

persische schiitische, Iraker mittendrin, alle spinnefeind untereinander und sicherlich einige Boote davon auch mit allerlei Atomraketen an Bord. Man hätte zwar, so weit, so gut, in diesem Worst-case-Szenario auf einen Schlag eine Menge Plutonium verklappt, doch fielen auch rund 50000 U-Boot-Fahrer aus, fast soviele wie im letzten Krieg, den wir ja, beiseite gesprochen, leider verloren haben, weil der Chef kein Profi war, durchdrehte und mehrere Kriege auf einmal zu führen versuchte. Abgesehen vom vielen Uran im Wasser wäre es um die gewaltigen Unterseekreuzer selbst nicht weiter schade, häßlich wie sie geworden sind.

Lieblingswaffen Jeder hat seine Lieblingswaffe, und jede Frau die ihren ohnehin. Im Golfkrieg schwärmten die meisten gutaussehenden Damen für die 44 geheimnisvollen F-117A-Stealth-Bomber, die es fertigbrachten, bei einem Anteil von nur 3 Prozent der Einsätze 43 Prozent der Ziele zu treffen, und dies mit nur 7 Prozent aller Bomben – aber solchen, die »smart« heißen, also intelligent sind und nicht »dumb«, hier zu übersetzen als »doof«, nämlich wie die Eisenbomben der B 52-Omas. Von Senioren werden jedoch gerade diese Bomber, die immer noch beeindruckend aussehen, aber meistens älter sind als ihre Piloten, mit Photographien und Erlebnisberichten aus dem Vietnamkrieg als Wunderwaffe gehätschelt – verständlich. Und sie haben sich auch noch einmal bewähren können, weil die Luftabwehr ausgeschaltet war. Wenn man überlegt, daß zur Bekämpfung einer Scud-Rakete nur sieben Minuten zur Verfügung standen, während derer die von militärischen Satelliten und AWACS-Flugzeugen festgestellte Abschußposition an das strategische Oberkommando NORAD in die Cheyenneberge gemeldet und von dort Informationen an die Patriot-Abwehr im Nahen Osten gegeben werden mußten, mutet die ewiglange Bombenreise der schwarzen B 52 romantisch an: Vom Start in Schottland führte der Weg zum Mittelmeer, wo erst einmal in der Luft aufgetankt wurde. Dann löschte man im Irak über den Stellungen der Verteidiger in aller Gemütsruhe die Ladung, pro Maschine war sie gut für eine Fläche von fünf Fußballfeldern, und weiter ging's in den Indischen Ozean auf die Insel Diego Garcia – und rückwärts nach Schottland ganz entsprechend. Nach Aussagen von Gefangenen waren es diese Bombenteppiche, die das Rückgrat der Verteidigung brachen. Ich glaube das sofort, denn in meinen nächtlichen Angstträumen finden die Flächenbombardements von 1944/45 neuerdings wieder statt und, was dazugehört und ganz vergessen schien, jenes gleichmäßig dunkle Dröhnen von 500 zugleich anfliegenden Viermotorigen ist wieder da – obwohl uns das, während die Städte doch in Asche sanken, nicht umwarf. Sehr merkwürdig.

Unsere Lieblingswaffe sind diese Bomber daher begreiflicherweise nicht; am meisten kann man sich wirklich außer für die geheimnisvollen Flugzeugträger, antiken Kriegselefanten vergleichbar, für Marschflugkörper begeistern. Sie haben etwas von einem noblen Auto, das sich nicht jeder leisten kann, sie scheinen Träume des Mitfliegens zu realisieren. Raketen dagegen, zumal die ballistischen, entziehen sich weitgehend der Bewunderung, weil man sie nie in action sehen kann. Schon ein kurzer Blick aber auf einen durch die Luft eilenden Marschflugkörper, auf dieses wohlgestaltete Projektil, vermag den Wunsch nach Harmonie zu befriedigen. Zudem hat seine Form eine unbekümmerte Frische, die der Ernsthaftigkeit seiner Konstruktion nicht widerspricht. Raketen also, zumal die kleineren, die ein Schiff versenken können, haben eine ganz andere Persönlichkeit – auch sie verdienten eine ausführliche Würdigung –, sie verströmen eine direktere, eher ordinäre Schönheit, und es fehlt ihnen der Hauch von Art Deco des Marschflugkörpers, dieses postmodernen Botschafters. Heute in Bagdad, morgen irgendwo anders in der Dritten Welt, umfliegt er auf seinem verheißungsvollen Wege hier ein Minarett und weicht dort dem bunten Drachen eines der 2000 kleinen saudischen Prinzen aus – kurzum, diese Munition ist geeignet, allein schon beim Streichen durch die Lüfte die Stimmung des empfindsamen und verteidigungsbereiten Bürgers zu heben. Was mag sie wieder bergen, die moderne Kugel, sinnt er und reibt sich das Kinn, ja, wo mag sie ihr wackeres Werk verrichten? Und stolz gedenkt er der alten Zeiten, der glorreichen Anfänge mit der V1 selig, die er einst gegen England fliegen hörte.

RÜSTUNGSREKLAME Unser Engagement begegnet indessen der Unmöglichkeit, den Objekten unserer Obsession nahe zu sein. Wie gern gäben wir ein ganzes Wochenende für das Erlebnis, erschauen zu können, wie ein intelligenter Torpedo geschwinde und dennoch fast unhörbar seinem bei Krupp gefertigten Rohr entweicht und ein anderes U-Boot trifft – die Krupp-Werbung sagt zu Recht: »Geräuschlose Präzision aus der Tiefe« (überhaupt, Krupp: ich staune, die Jungs sind nicht totzukriegen). Gar auf einem Flugzeugträger-Kampfverbands-Begleitschiff mitgenommen zu werden – an das Besteigen der Königin, des Trägers selbst, wagt man nicht zu denken, denn ein Mensch kann in seinem Leben nicht alles erreichen –, würden wir nicht freudig unsere Seele für ein solches Geschenk verkaufen? Faust gab sie für Geringeres, für ein Mädchen.
Es bleibt einfach eine persönliche und gesellschaftliche Aufgabe für uns alle, den imponierenden Entwicklungen der Verteidigungsindustrie gedanklich zu folgen. Dabei helfen glücklicherweise die aufmunternden Werbeaus-

sagen der Firmen. Wie einleuchtend ist z. B. der Slogan »Durchschlagend!« für panzerbrechende Geschosse (Firma FFV Ordnance, Schweden), und unbestreitbar erfolgreiche Durchschläge sind auch in den Anzeigen abgebildet. Nur uninformierte, waffentechnisch abstinente Tiefenpsychologen würden diese gekonnten Treffer für obszöne Löcher halten. Zuzugeben ist sicher eine gewisse sinnliche Anmutung mancher aufregender Waffen, und die Inbrunst wird nachfühlbar, mit der Waffentechniker die Entwicklung von immer besseren Raketen und Torpedos vorantreiben.
An dieser Stelle muß eine Lanze für unsere Rüstungsindustrie gebrochen werden. Wer weiß, wie alles noch kommt. Der Russe als solcher zum Beispiel ist schwer einzuschätzen, neigt er doch zu Stimmungsschwankungen. Es heißt, wachsam zu bleiben und – gerüstet zu sein. Wir sind es. Auch eine oberflächliche Lektüre mancher kostbar aufgemachter Militärzeitschriften beruhigt den ängstlichen Mitbürger allein schon durch die Werbung der waffenproduzierenden Unternehmen:
»Einfach vernichtend!« ist eine leichte Abwehrwaffe (Hunting Engineering Ltd., England). »Unterm Zaun durch bei jedem Wetter!« fliegt das Tornadoflugzeug (Panavia, München). »Wenn andere nicht mehr können«, versucht's der Wiesel, ein Leichtpanzer, immer nochmal (Krupp). »Die Kunst, das Ziel zu treffen« (NfT, Norwegen, Waffenkontrollsysteme), »Schießt aus geschlossenen Räumen!« (die neue Panzerfaust von Dynamit Nobel). »Wir sind die Zukunft der U-Boot-Technologie!« (Thyssen). »Aus Notwendigkeit geboren, im Feuer bewährt!« (Armscor, Pretoria).

Brutales relativ gesehen Was nun schließlich die Verluste im Krieg angeht, muß man wirklich aufpassen, sonst kriegt man noch ein schlechtes Gewissen, weil vermutet werden kann, erstens, daß doch eine erkleckliche Anzahl Iraker ums Leben gekommen ist. Eine höhere Quote jedenfalls, als man liegen sah. Aber wieviel denn nun? 300 000? Bloß 10 000? Zweitens müßte man sich eigentlich schämen, daß so wenig Amis gefallen sind. Im Verhältnis dazu, liebe Mütter. Aber was können wir dafür? Außerdem war das schon oft so. Nur weil wir nicht weiter zurückzudenken pflegen als maximal bis zu den unvergeßlichen Jahren vor der Wiedervereinigung, jedenfalls nicht bis zum Sieben-Tage-Krieg, vom siebenjährigen oder dreißigjährigen zu schweigen, regen wir uns über ganz geläufige Phänomene, Schlachten betreffend, künstlich auf. Caesar, als er seinen Rivalen Pompeius bei Pharsalos schlug, konnte sich über ein Verhältnis von 200 römischen eigenen zu 15 000 römischen feindlichen Toten und Schwerverwundeten freuen, Hannibal bei Cannae über die günstige Relation von 5700 zu 50 000, und bei seinem Überfall am schönen, damals noch nicht vergifteten Trasi-

menischen See über 2500 zu 40000. In dieser Hinsicht war er also auch nichts besonderes, der Golfkrieg. Sage ich doch.
Und warum wundern wir uns über die in Brand gesteckten 500 Ölquellen? Sogar die Dimension stimmt ja: Wenn die Qualmwolke rund um die Erde schlechtes Wetter macht und mein Kragen schneller schmutzig wird, weil der Teer diesmal von oben kommt statt durch meine gemütlichen 40 Zigaretten, muß ich das eben als Rache dafür auffassen, daß die ganze halbe Welt mit Truppenkontingenten gegen den Irak losgezogen ist; sogar Honduras mit 150 Machos in wirklich schicken taubenblauen Uniformen (die mußten sie gegen die unkleidsamen Tarnanzüge wechseln), Bangladesh mit 6000 anspruchsloseren Muselmanen, und tatsächlich liefen auch je 500 Mohren aus dem Senegal und Nigeria mit.
Fortschritte in der Kriegsführung? Wir waren ja nicht dabei und wollen daher nur sehr höflich sagen: In der Technik – schon. Ferner auch kann man den Golf guten Gewissens abhaken, was Brutalität und Grausamkeit anbelangt. Das war wie immer. Wer wen wie und warum foltert, bleibt sowieso rätselhaft, wenn man nicht annimmt, daß wir alle verhinderte Folterer sind. Wir wurden bedient mit Amnesty-Berichten aus Kuwait und mit den Gesichtern der gequälten Piloten auf dem Bildschirm. Nächstes Mal, denke ich, wird man uns auch zusehen lassen. Naja, liebe Kinder, so verwischt sich dann vollends der Unterschied zwischen Papas heimlich geguckten Brutalopornos und der Wirklichkeit.
Hatte vor Zeiten ein arabischer Stamm, aber auch jeder andere Haufe, den gegnerischen besiegt, die Männer und Kinder erschlagen, die Frauen geschändet und versklavt, wurden die feindlichen Palmen zwecks Zerstörung der Lebensgrundlage gefällt. Verbrannte Erde – man ging schon immer gründlich vor. Bevor Mailand 1162 vor dem Kanzler des Kaisers fiel, waren um die belagerte Stadt »die Ölbäume gefällt, die Weinstöcke ausgerissen, die Kanäle zerstört, die Wintersaat niedergetreten«; nach der Kapitulation »wurde die Stadt, eine der reichsten des Erdballs, bis auf die Kirchen der Plünderung freigegeben, nach der Plünderung angezündet, nach der Verbrennung eingeebnet, Stadtmauern und Häuserfundamente bis nach Como und Crema gekarrt. Das Eingeebnete pflügte man unter, auf das Untergepflügte säte man Salz.«
Wo ist Karthago? Bagdad ist noch da. Die Menschheit ist moralischer geworden.

Exil und Widerstand 1933-1945 und verwandte Themen

GEORG HERMANN

Unvorhanden und stumm, doch zu Menschen noch reden

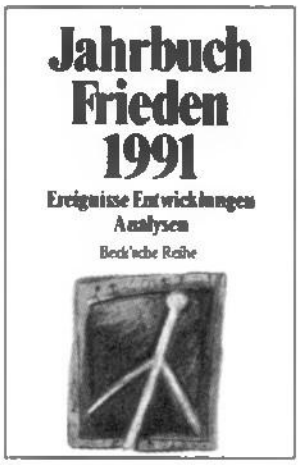
Briefe aus dem Exil 1933-1941
an seine Tochter Hilde
Weltabschied, ein Essay

Herausgegeben und mit einem Nachwort
versehen von Laureen Nussbaum
272 Seiten, engl. Broschur, DM 30,–
soeben erschienen

»Und ebenso sicher ist es, daß sich die gesamte Kulturwelt über den Irrsinn der Kriege einig ist und vor allem auch über die, die sich mit Uniformen und Phrasen als die Helden aufputzen... Wie sehr mir, liebe Kinder, die Institution der Heere das Leben verekelt hat, darüber brauche ich wohl nicht mehr zu reden. Uniformen schufen mir Brechreiz – und ich zitterte innerlich vor Wut, wenn ich so zwischen harmlosen Menschen, die friedlich spazierten, plötzlich auf Draht gezogene Puppen mit Mordinstrumenten am Gürtel und Bulldoggengesichtern herumstelzen sah. Die Welt wird sie nicht vermissen, wenn sie nicht mehr vorhanden sein werden.«

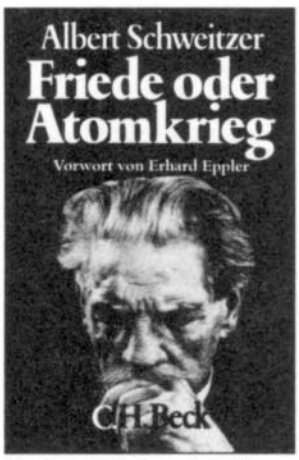
persona verlag · Augustaanlage 39 · 6800 Mannheim 1

Fordern Sie das kostenlose Gesamtverzeichnis an!



1990. 282 S.,
mit Karten u. Abb.,
Paperback
DM 19,80 (BsR 416)

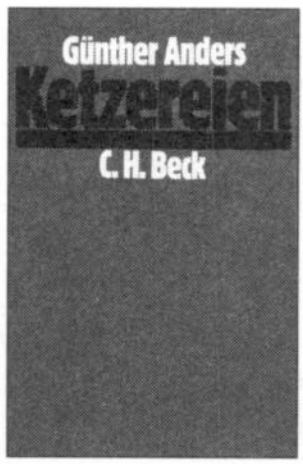
1987. 479 S.,
8 Abb., Paperback
DM 24,80 (BsR 322)



3. A. 1984. 100 S.,
Paperback
DM 9,80 (BsR 241)

C·H·BECK C·H·BECK C·H·BECK C·H·BECK

Krieg und Frieden

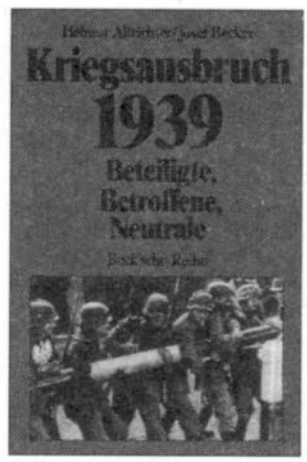


1982. 348 S.,
Broschiert
DM 28,00

Verlag
C. H. Beck

1991. 142 S.,
Paperback
DM 17,80 (BsR 444)

2., erw. Aufl. 1991.
278 S., Paperback
DM 22,00 (BsR 384)



1989. 290 S.,
Paperback
DM 19,80 (BsR 393)

Ulrike Heider
»Eine Nation vor Gott«

Die amerikanischen Intellektuellen im Golfkrieg

Zwei Jahre nach dem Ende des Vietnamkriegs ging der einflußreiche konservative Intellektuelle Norman Podhoretz mit seinen Landsleuten ins Gericht. Die Vorstellung, Krieg zu führen, schrieb er, sei den Amerikanern niemals so natürlich oder glorreich erschienen wie den Engländern, Deutschen und Franzosen. In den Vereinigten Staaten habe man Krieg seit jeher bestenfalls für ein notwendiges Übel gehalten, nicht etwa für die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln oder für eine Gelegenheit, zu Ruhm und Ehre zu kommen. Ein Unglück sei der Krieg für Amerikaner, wenn er ausbreche, ein schmutziges Geschäft, wenn er fortdauere, je schneller er vorbei sei, desto besser. All das, fährt Podhoretz fort, sei aber nichts gegen die »undifferenzierte Angst, den Ekel und den tiefen Widerwillen«[1], den die Aussicht auf Krieg den Amerikanern seit der Niederlage in Vietnam einflöße.

Das zuletzt beschriebene Phänomen wird der damaligen Friedensbewegung angelastet und oft »Vietnam-Syndrom« genannt. Während des Golfkriegs war diese der Pathologie entnommene Bezeichnung für amerikanische Kriegsmüdigkeit bzw. deren »Überwindung« in aller Munde. Und das Establishment bemühte sich wild entschlossen, die neue Friedensbewegung zu unterdrücken und totzuschweigen. Im ganzen Land gab es unzählige Aktionen, über die niemals auch nur eine Zeile in der Zeitung stand. Demonstrationen von 250 000 Teilnehmern, die man nicht ganz unter den Teppich kehren konnte, sollen schamlos auf 50 000 heruntergelogen worden sein. Gleichzeitig diffamierten die regierungstreuen Medien mit großem Fleiß Absichten und Inhalte der Bewegung, deren Existenz sie beharrlich leugneten. Der Oberteufel in Bagdad verblaßte bisweilen angesichts der Gefahr des Antimilitarismus im eigenen Land. Und die bis ins Lächerliche gehende militärische Protzerei, vor allem im Fernsehen, schien der Überkompensation des von Podhoretz beklagten historischen Mangels an Kriegsbegeisterung zu dienen.

Der Golfkrieg enthüllte in den USA andere politische Konstellationen als in Europa. Linke Intellektuelle z. B. waren mit ganz wenigen, kaum über-

raschenden Ausnahmen Kriegsgegner. In Pro- und Contra-Kriegsfraktion gespalten, fand sich hingegen die Intelligenz aus dem Lager der Konservativen, unter denen auch ein Antisemitismusstreit tobte. Es begann im Herbst 1990, als der beliebte Fernsehkommentator Patrick Buchanan sich gegen einen Krieg am Golf aussprach. Sonst alles andere als Pazifist, polemisierte er gezielt gegen jüdische Kriegsbefürworter, warf der *New York Times* vor, sich mehr um Israel als um Amerika zu sorgen, und sprach von einer »Israel-Lobby«. In einer Fernsehshow sagte er, es gebe nur zwei Gruppen, die die Kriegstrommel rührten, »das israelische Verteidigungsministerium und seine Jasagerclique in den USA«.[1] Der prominente Leitartikler der *New York Times* A. M. Rosenthal beschuldigte Buchanan daraufhin des Antisemitismus und der Rassenhetze. Mehrere konservative Magazine, darunter das von Podhoretz herausgegebene *Commentary*, zogen nach.

Buchanan, einstiger Redenschreiber und Berater von Richard Nixon, ist einer der beliebtesten Journalisten des Landes. Für seine polternde Direktheit bekannt, fällt er seit vielen Jahren mit rechtsradikalen und nazismusverdächtigen Positionen und Bemerkungen auf. Er verteidigte den wegen seiner Ku-Klux-Klan- und Nazi-Vergangenheit berüchtigten republikanischen Politiker von Louisiana, David Duke. Er rechtfertigte das Rassistenregime in Südafrika, zeigte großes Verständnis, als Helmut Kohl die polnische Grenze nicht anerkennen wollte, und begrüßte Ronald Reagans Bitburgbesuch. Er kritisierte die Beteiligung der USA am Zweiten Weltkrieg, bezweifelte das Ausmaß der Judenvernichtung und sprach sich gegen die Verfolgung von Naziverbrechern wie Klaus Barbie und John Demjanjuk aus.

Als Antwort auf Rosenthal und andere blökte Buchanan, die Kritik sei hysterisch, versuche die Kriegsgegner mundtot zu machen und beschränke sich auf New York. Dabei muß man wissen, daß ›New York‹ in solchem Zusammenhang ›jüdisch‹ heißt. Als die Meinungsbarometer später auf Krieg standen, beeilte sich der Angegriffene, seine Rolle als Publikumsliebling der Reaktionären durch einen jähen Positionswechsel zum Militarismus zu sichern. Inzwischen aber war er zum Helden prinzipientreuer rechter Kriegsgegner geworden, die ihn wohlwollend zitierten und verteidigten.

Da waren einmal die Libertarians bzw. Anarchokapitalisten, parteimäßig organisierte Verkünder einer Gesellschaft des ganz freien Marktes ohne soziale Einrichtungen und ohne Staat. Sie verstehen sich als die letzten konsequenten Vertreter des Isolationismus, des auf die Monroedoktrin von 1823 zurückgehenden Grundsatzes der Nichteinmischung der USA in überseeische Kriege. Der linke Flügel der Libertarians hatte sich für eine friedliche Beendigung des Kalten Krieges ausgesprochen und den paranoi-

den Antikommunismus der amerikanischen Rechten kritisiert. Das, ihr aktives Eintreten gegen den Vietnamkrieg, ihre Toleranz in Fragen wie Abtreibung und Sittengesetzgebung und ihre Koalitionsfreudigkeit der Neuen Linken gegenüber trug den Freimarktextremisten in den sechziger und siebziger Jahren den Ruf ein, eher links als rechts zu stehen. Theoretischer Kopf der Libertarians ist der Ökonomieprofessor Murray Rothbard. Von ihm stammt die Idee privater, miteinander konkurrierender Gerichtshöfe und eines Strafrechts der Vergeltung, das nicht nur Todes-, sondern auch Prügelstrafe vorsieht. Rothbard begrüßte Buchanan als isolationistischen Konservativen. Sei es, fragte er, nicht tatsächlich Israels »Jasagerclique« gewesen, »die glühenden Zionisten«, die »fast hysterisch zum Krieg gegen den Irak aufriefen«?[3] Rothbard ist nicht der einzige jüdische Intellektuelle, der Zionismus und israelische Politik kritisiert; erstaunlich aber ist seine Toleranz gegenüber Buchanans offensichtlichen Nazisympathien, und noch verwunderlicher, was er zum Hussein-Hitler-Vergleich zu sagen hatte: »Daraus, daß Hitler ein Land nach dem anderen angriff, um das Territorium zurückzuerobern, das Deutschland in Versailles abgenommen worden war, folgt, daß Saddam auch weiter angreift, bis er daran gehindert wird. Gehindert natürlich von dem von Gott erwählten internationalen Polizisten für die schlechten Kerle überall auf der Welt, Onkel Sam.«[4]

Ein Blick auf die Geschichte, auf Rothbards ideologische Großväter bringt Logik in diese Mischung von Naziverharmlosung und Imperialismuskritik. Den Isolationisten ging es ursprünglich um ein auf sich selbst konzentriertes, möglichst autarkes Amerika. Wie dem Siedler, der sein Claim abgesteckt hat, der Rest der Welt gestohlen bleiben kann, so dem Isolationisten das Ausland. Bis zum Ersten Weltkrieg war diese Idee parteiübergreifend. Später entwickelte sich die Bewegung nach rechts. Und in den dreißiger und vierziger Jahren diente der Nichteinmischungsgrundsatz vielen seiner Verfechter, z. B. dem Autokönig Henry Ford und dem von Göring mit einem Orden dekorierten Starflieger Charles Lindbergh, als Ausdruck der praktischen Solidarität mit Nazideutschland. Zum Steckenpferd deutsch-amerikanischer Isolationisten wurde die »Revisionist History«, das Bemühen um die Freisprechung ihres Vaterlandes von der Schuld am Ersten Weltkrieg und um eine entsprechende Revision der Geschichtsbücher. Die Erben dieser Reinwäscher engagieren sich heute für die Revision der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Nazizeit, von der Verharmlosung der Hitlerschen Eroberungswut bis zur Leugnung der Opfer der Massenvernichtung.

Die zweite Fraktion, deren Sympathie Buchanan mit seiner Friedensliebe von rechts gewann, war die der Alten Rechten, deren Vertreter sich allen

Ernstes »Paleoconservatives« nennen. Sie träumen von der Wiederkehr der rechtschaffenen Tage eines von Liberalismus und New Deal unangekränkelten Amerika vor dem Bürgerkrieg. Seit dem Ende des Kalten Krieges, der alle Konservativen im gemeinsamen Boot des Antikommunismus versöhnt hatte, kehren die Altrechten zum Isolationismus zurück. Wie die Libertarians wenden sie sich gegen den innen- und außenpolitischen Staatsinterventionismus der Neuen Rechten à la Reagan und Bush. Libertarians und Paleoconservatives trafen sich in letzter Zeit auf Konferenzen, gründeten eine gemeinsame Friedensinitiative und kündigten ihre Einheitsfront gegen die Neue Rechte an. Zur Propagierung dieses Bündnisses bemühen sie sich um prominente Identifikationsfiguren. Noch besser als der wendehalsige Buchanan eignet sich dafür ein anderer publizistisch gestandener Konservativer mit ähnlich gewagten Ansichten.

Das ist Joseph Sobran, landesweit gedruckter Kolumnist und Redakteur der *National Review*, des auflagenstarken Magazins anspruchsvoller Konservativer. In den fünfziger Jahren von dem prominenten altrechten Republikaner William Buckley gegründet, stand die *National Review* für die »Fusion« der alten mit der Neuen Rechten. Die Zeitschrift unterstützte alle amerikanischen Militärinterventionen bis hin zum Golfkrieg. Während letzterer von allen ihren Autoren in hurrapatriotischster Manier begrüßt wurde, exponierte sich Sobran als Kriegsgegner. Er wurde so zum lebenden Beispiel für die Wiederkehr der isolationistischen Rechten. Wie Buchanan glänzt auch er mit einem oft zitierten Sündenregister antisemitischer und rechtsradikaler Statements. Es reicht von der Rechtfertigung jenes patriotischen Selbstverteidigers, der in der Subway vier schwarze Jugendliche erschoß, bis zur warmen Empfehlung eines kleinen Rassistenblättchens als »offenen und unerbittlichen Feind von Schwarzen, Juden, Mexikanern und asiatischen Immigranten«[5]. Als ich Sobran im Interview nach dem Antisemitismusstreit fragte, verteidigte er Buchanans Bemerkungen »zum öffentlichen Verhalten der jüdischen Lobby und der Israel-Lobby«; er habe doch bloß auf die »Kriegstreiberei proisraelischer Kommentatoren« hingewiesen.[6]

»Wenn es zum Krieg kommt«, schrieb Sobran unlängst in einer Kolumne, »erweist sich mancher Konservative als Sozialist.«[7] Spät im Leben habe er erkannt, wie schrecklich Krieg sei, erklärte mir der Publizist. Gerechte Kriege seien sehr selten. Sogar der Zweite Weltkrieg, »der heilige Krieg des Liberalismus«[8], habe seinen Gegnern nachträglich recht gegeben. Hitler sei ein Lokaltyrann gewesen, meint Sobran, nur auf den Osten fixiert und ohne Interesse an einer Westfront. Hätte man ihn in Ruhe gelassen, wäre weniger Schaden entstanden als mit der amerikanischen Einmischung, von der bloß

die Sowjetunion profitiert habe. Auf seiner ersten Berlinreise im Jahr 1981, sagte Sobran, hätten ihn die Trümmer entsetzt, die da noch lägen. Nein, das sei nicht gerechtfertigt, »Zivilisten so zu treffen, niemals, nie«.[9]
Auch der Vietnamkrieg sei verhängnisvoll gewesen, fuhr Sobran fort. Er bereue es, dessen Gegner damals des »Antiamerikanismus« bezichtigt zu haben. Und der Versuch, nach dem Motto »Schnell handeln, schnell gewinnen, alles niederschlagen und die Presse zensieren« mit dem Vietnam-Syndrom fertig zu werden, sei die falsche Konsequenz aus diesem Krieg. Die richtige: »Sich nicht in ausländische Angelegenheiten einmischen«.[10] Im Golfkrieg schließlich habe er sich wie im 19. Jahrhundert gefühlt, als der weiße Mann mit Gewehren und Artillerie auf wehrlose Eingeborene losging. Nicht Krieg, erklärte er mir, sondern die Beschränkung der Regierung sei das Kernstück konservativer Politik. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus habe er seine konservativen Kameraden, die immer neue Interventionen unterstützten, nicht mehr verstanden. »Wann«, habe er sich gefragt, »kehren wir endlich zum Normalzustand zurück und machen unsere Schwerter zu Pflugscharen?«[11]
Gebildete Paläokonservative lesen *Chronicles*. Ein »Magazin amerikanischer Kultur«. Dessen Herausgeber, Thomas Fleming, liest gern Platon und Aristoteles und beklagt den Verfall von Sprache und Bildung im heutigen Amerika. Buchanan und Sobran, die Friedensengel, zählen zu seinen Lieblingen. Die Lektüre von *Chronicles* erschließt uns rasch die Gesinnung der Zielgruppe. Hauptfeinde sind die zentralistische, steuererhebende Regierung mit ihrem Sozialstaat und ihrer weltweit verflochtenen Ökonomie, die Gewerkschaften, die Kriminellen, die dem Verbrechen Vorschub leistenden liberalen Richter, die Bürgerrechtler, die Schwarzen, die Immigranten und die Demokratie, von Fleming als Tyrannei der Mehrheit definiert.
Buckleys »Fusionismus«, das Bündnis von Alt- und Neurechts, wird in den *Chronicles* als Anpassung an die neue, angeblich von links infiltrierte Rechte abgetan. Durch ihren Sitz in Manhattan und die »exkommunistische, katholische und ethnische [lies: farbige oder jüdische] Zusammensetzung ihrer Redaktion«[12], schreibt der Sozialphilosoph Samuel Francis, habe sich die *National Review* von ihrer Basis isoliert. Wahre Amerikaner nämlich seien Protestanten angelsächsischer oder zumindest anglokeltischer Herkunft, Bauern, Arbeiter und kleine Geschäftsleute, die ihre soziale, kulturelle und nationale Identität durch die herrschenden bürokratischen Eliten bedroht sähen. Die Paläokonservativen glauben an eine Art Verschwörung zwischen diesen Regierungseliten und dem städtischen Lumpenproletariat zwecks Ausbeutung der Mittelklasse. Die Immigration aus

der Dritten Welt, gern »Invasion« genannt, wird demnach bewußt als »Import neuer Unterschichten« betrieben, welcher wiederum »soziale Manipulation« über Bürgerrechte und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen erlaubt. »Der Internationalisierung unserer Wirtschaft und Regierung entspricht die Internationalisierung unserer Bevölkerung.«[13] So steht es in einem der vielen ausländerfeindlichen Artikel, die von Schimpfwörtern wie »Afrika-Lobby« (für schwarze Emanzipationsbewegungen), »unzivilisierbare Horden« (für städtische Immigranten) und »Tiere« (für kriminelle Schwarze und Lateinamerikaner) strotzen. Murray Rothbard, der im Zuge des paläo-libertären Bündnisses in *Chronicles* schreibt, sehnt sich in die zwanziger und dreißiger Jahre zurück, als Polizisten auf frischer Tat ertappte Missetäter zu verprügeln pflegten. Damals hätten Weiße nachts noch unbesorgt im Park oder sogar in Harlem herumspazieren können. Ein paläokonservativer Chefideologe preist jenen Professor, der sich mit der Entdeckung des angeblich niedrigeren Intelligenzquotienten von Schwarzen einen fragwürdigen Namen gemacht hat. Und der Herausgeber selbst nennt die irakische Armee Saddam Husseins einen »Arabermob«.

Den Golfkrieg hält Fleming für ein internationalistisches Komplott der UNO und der Sowjetunion, in dessen Rahmen die amerikanische Regierung ihr nationales Selbstinteresse einem sentimentalen Idealismus opferte. Er malt den Teufel einer entsprechenden neuen Weltordnung an die Wand, in der man sich vor der Schnüffelei von UNO-Delegationen zur Sicherung der Menschenrechte in schwarzen Slums und Indianergettos kaum mehr retten kann. Wie wenig es ihm um den Frieden oder auch nur das Prinzip der Nichtintervention geht, beweist Flemings zynische Bemerkung zur »imperialistischen Aggression«, bei der doch »etwas mehr herausspringen müßte als niedrigere Flugpreise«. Sich auf faschistoide Autoren wie Georges Sorel und Gaetano Mosca berufend, bricht er schließlich eine Lanze für »den alten Adam von Kampf und Blut« im Sinne des »sozialen und politischen Konflikts«, wie ihn die freie Konkurrenz gebiete. Dessen Unterdrükkung lasse die amerikanische Kultur mehr und mehr verfallen. Deshalb sei ihm auch »eine von Gaddafis und Saddams in Stücke gerissene Welt, ein Kampf aufs Messer zwischen der PLO und der Likud-Partei, den Afrikaanern und den Zulus« lieber als eine sichere Welt der Demokratie.[14]

Das paläo-libertäre Bündnis gehört zur Formierung jener reputierlich daherkommenden amerikanischen Rechtsradikalen, deren verschiedene Fraktionen zur Zeit im Schatten des offiziellen Konservatismus salonfähig werden. David Duke und seine Anhänger gehören ebenso dazu wie das internationale Netzwerk des einst linken, heute kryptofaschistischen Lyndon Larouche. Von Stechschritt und Nazieemblemen haben sich diese Fin-

sterlinge längst emanzipiert. Ihre Führer sind nicht gröhlende Brutalos, sondern telegene Intellektuelle.

Den neuen Leitfiguren der Alten Rechten stehen die Neokonservativen gegenüber. Das sind Ostküstenintellektuelle oft jüdischer Herkunft, die sich, einst links oder liberal gesinnt, in den siebziger und achtziger Jahren nach rechts wandten. In der Reagan-Regierung brachten sie es zu großem Einfluß. Von den Paläokonservativen werden sie nicht nur als Kriegstreiber bezichtigt, sondern auch als Sozialdemokraten, Anhänger des New Deal, internationalistische Menschenrechtler, global-messianische Idealisten, pluralistische Bürgerrechtler und Sympathisanten des Feminismus. Tatsächlich ist die Herkunft dieser Politiker in manchen ihrer Publikationsorgane noch zu erkennen. *New Republic*, ein Magazin mit langer New-Deal-Tradition, das erst in den achtziger Jahren neokonservativ wurde, gibt sich in innenpolitischer Hinsicht oft sozial. Während des Golfkriegs kritisierte es die Pressezensur, rügte mangelndes Interesse der Medien an den Opfern auf irakischer Seite und benutzte eher antifaschistische als nationalistische Argumente für den Krieg.

Arch Puddington begann seine politische Karriere als Mitglied der »League for Industrial Democracy«, einer sozialdemokratischen Stiftung, und als Mitarbeiter von Byard Rustin, dem bekannten Bürgerrechtler und Assistenten von Martin Luther King. Heute ist er ein hohes Tier bei Radio Free Europe, dem vom kulturellen Sektor des CIA finanzierten antikommunistischen Sender, und versteht sich als neokonservativ. Puddington beschrieb mir seine Gesinnungsgenossen als Liberale in der Kennedy-Tradition. Sie seien Antikommunisten, glaubten an die Notwendigkeit amerikanischer Interventionskriege sowie an eine im sozialen Sinne interventionistische Innenpolitik und setzten sich für Rassengleichheit ein. Die Radikalisierung der Neuen Linken und die übertriebene »sozialmanipulative« Politik der demokratischen Partei zur Durchsetzung der Rassengleichheit habe sie nach rechts getrieben.

Puddington glaubt an eine »besondere Mission« seines Vaterlandes, der Welt die Demokratie zu bringen. Aufgrund ihrer Geschichte als Zuflucht gewährendes Einwandererland und wegen ihres »vergleichsweise erfolgreichen Umgangs mit Rassenproblemen«, erklärte er mir, genössen die USA bei anderen Völkern ein einzigartiges Vertrauen. Als ich fragte, ob er die Idee vom Weltpolizisten meine, distanzierte er sich vom negativen Unterton dieses Begriffs, bekannte sich aber zum Inhalt. »Es ginge auf der Welt gefährlicher zu, wenn wir diese Rolle nicht spielten«[15], fügte er hinzu und begann dann den Golfkrieg in vorbehaltloser Identifikation mit dem Präsidenten und dessen Militärs zu feiern. Die Gefährdung der nationalen Inter-

essen der Amerikaner, die Stabilität der Weltökonomie und die Sicherheit des Mittleren Ostens hätten eine militärische Lösung geboten. Deren perfektes Gelingen werde allen künftigen Frevlern wider das Völkerrecht zur Warnung gereichen. Tief beeindruckt habe ihn auch die »Humanität« der aus den Erfahrungen des Vietnamkriegs stammenden Kampfstrategie. Trotz massiver Bombardements habe es kaum zivile Opfer gegeben.[16]

Gefragt nach der Friedensbewegung, kam Puddington zuerst auf die Bewegung gegen den Vietnamkrieg zu sprechen, mit der er seinerzeit sympathisiert hatte. Natürlich, sagte er, sei es schändlich gewesen, Fahnen zu verbrennen, traditionelle Einrichtungen durch den Kakao zu ziehen und den Lehrbetrieb amerikanischer Universitäten zu stören. Aber man müsse diesen Leuten zugute halten, daß sie naiv waren, nicht wußten, daß all das nur der Etablierung einer kommunistischen Tyrannei statt berechtigten nationalen Interessen diente. Die Bewegung gegen den Golfkrieg dagegen sei mit ihrem einzigen Ziel, Amerika aus dem Weltgeschehen herauszuhalten, jämmerlich gewesen. Sie habe einmal mehr die Korruption der Linken bewiesen, die nach ihrer Desillusionierung hinsichtlich der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt jegliche gesellschaftliche Zukunftsperspektive eingebüßt habe.

Der einstige Bürgerrechtler, in dessen Büro ein tarnfarbener Spielzeugpanzer im Regal steht, äußerte sich nach Kriegsende in *Commentary* zur Frage der Rassenintegration. Er kritisiert die schwarzen Kongreßmitglieder und die Sprecher der schwarzen Befreiungsbewegungen von Martin Luther Kings Sohn bis zur »Nation of Islam«. Sie alle seien gegen den Golfkrieg gewesen und hätten nichts als Hohn und Spott für Amerikas Vormacht, Mission und Ziele. Puddingtons Mann ist der General Powell, Symbol des superamerikanischen schwarzen Erfolgsmenschen, der gezeigt habe, wie man die in der Armee besonders gut verwirklichte Chancengleichheit nutzen könne. Nicht der zivile Kampf für gleiche Rechte, sondern Krieg und Militär als große Gleichmacher sind also, glaubt man Puddington, die besten Mittel zur Lösung von Rassenproblemen.

Tatsächlich ist es der Krieg, von dem sich die Neokonservativen die Erfüllung ihrer nationalen Zukunftsvisionen erhoffen. Anders als die traditionellen konservativen Eliten der USA, repräsentiert von Männern wie Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski, die nach dem Vietnamkrieg an dem Wert militärischer Lösungen zweifelten, reagierten sie mit verstärkter Risikofreudigkeit. Von den Kräften des »right wing«, jenes internationalen Konglomerats aus Militärs, Industriellen, CIA-Agenten, antikommunistischen Ideologen und Organisatoren von Dritte-Welt-Todesschwadronen, übernahmen sie das Prinzip des »global roll back«. Das ist die Strategie des

Endsieges über den Kommunismus, die den Sturz aller Regierungen rechtfertigt, die sich politisch, ökonomisch und militärisch von den USA unabhängig machen.
Reagan aber enttäuschte seine Berater. Irving Kristol, der einstige Trotzkist, der in den siebziger Jahren neokonservativer Chefideologe wurde und dem seither »die Hoffnung auf Zukunft und Größe der Nation«[17] über alles geht, beklagte sich schon ein Jahr nach seines Präsidenten Amtsantritt. In seinem berühmten »Brief an das Pentagon« warnte er vor dem Verfall militärischer Disziplin in der amerikanischen Armee und vor dem Schwund militärischen Stolzes der Amerikaner. Ein paar Monate später wurde er noch deutlicher. Die Regierung Reagan, schrieb er unter dem Titel »Wem gehört die Zukunft«, habe sich noch durch keine einzige »kühne außenpolitische Aktion« hervorgetan. Die meisten amerikanischen Konservativen und republikanischen Politiker seien hoffnungslos »risikoscheu«.[18] So wurde der Golfkrieg zur großen Hoffnung der Neokonservativen. Dieser Krieg, schrieb Norman Podhoretz, werde zeigen, ob die USA seit dem Vietnamkrieg wirklich »nur noch zu Fliegenklatschoperationen wie in Grenada und Panama« fähig seien. Andernfalls habe sie »der Verlust des Glaubens an Ziele, die es wert sind, dafür zu kämpfen – für Nietzsche das Merkmal des Sklaven – auf immer kriegsunfähig gemacht und entmannt«.[19] Der Kolumnist George Will meint, »das mächtige Schwert der USA« werde »die Vorherrschaft der amerikanischen Feder garantieren«.[20] Und Arch Puddington erhofft sich vom Golfkrieg die Aufwertung des Militärs durch Presse und Öffentlichkeit.
Ihrem Liberalitäts- und Gleichheitsanspruch Hohn sprechend, haben Neokonservative durch unzählige intolerante und semirassistische Stellungnahmen den Zorn von Minderheiten, Feministinnen und Linken auf sich gezogen. Irving Kristol warnte schon 1971 vor radikalem Feminismus und betonte die biologisch bedingten Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die spätere Kollaboration seiner Gesinnungsgenossen bei den Bemühungen, die Abtreibung wieder strafbar zu machen, ist nur folgerichtig. Norman Podhoretz, seine Frau Midge Decter und der Kollege Joseph Epstein machten sich mit notorischer Homosexuellenfeindlichkeit unbeliebt. Und George Will äußerte kürzlich Bedenken gegen die liberale Politik des Gouverneurs Mario Cuomo, die New York City in eine Bestie verwandeln würde wie Willie Horton, den berüchtigten (schwarzen) Mörder und Vergewaltiger. Daß es auch mit dem sozialen Engagement der einstigen Anhänger des New Deal nicht weit her sein kann, versteht sich bei ihren enormen militärischen Ambitionen von selbst. Ein Blick auf die Kürzungen im sozialen Bereich seit der Reagan-Ära beweist jedem Kind, daß der Wohlfahrts-

staat dieser Politiker und ihrer Präsidenten Alibifunktion hat, d. h. auf die Reichen zugeschnitten ist.

Das ist der Punkt, an dem die Militarismuskritik der amerikanischen Linksintellektuellen sich von der der Isolationisten unterscheidet. Ob Sozialdemokraten, Kommunisten, Trotzkisten, Linksradikale, soziale Ökologen oder Libertärsozialisten: alle waren sich darüber einig, daß der Golfkrieg wie schon die Abenteuer in Grenada und Panama der Ablenkung von den enormen sozialen Problemen im Inland diente. Die Publizistin Barbara Ehrenreich, die dem DSA, einer sozialdemokratischen Organisation mit bescheidenen 7000 Mitgliedern angehört, ist mehr als wütend. Endlich seit langem, sagte sie im Gespräch mit mir, habe man in den USA wieder über Klassenverhältnisse und die ungerechte Verteilung des Reichtums gesprochen, darüber, daß die Arbeiterklasse verarmt und die Mittelschicht schrumpft. Endlich habe man über Steuerpolitik und Arbeitslosigkeit diskutiert. Seit dem Golfkrieg sei das nun alles wie weggefegt.

Die bekannteste linke Zeitschrift der USA heißt *Nation*. Kurz nach dem Bürgerkrieg von Abolitionisten gegründet, entwickelte sie sich zum unabhängigen Meinungsforum für Sozialisten und rühmt sich einer langen antimilitaristischen und antiimperialistischen Tradition. Die Autoren des Blattes, erzählte mir der Herausgeber Victor Navasky, seien internationalistisch *und* antiinterventionistisch eingestellt und suchten noch immer nach der Form eines demokratischen Sozialismus, der funktioniert. Die *Nation*, erfuhr ich weiter, hielt den Ersten Weltkrieg für verhängnisvoll, befürwortete den Zweiten im Sinne des Antifaschismus und stand im Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Republikaner. Der Zweite Weltkrieg, sagte Navasky, hätte der Krieg zur Abschaffung des Krieges überhaupt sein sollen. Leider habe die UNO, die dafür sorgen sollte, versagt. Einer der schlimmsten Verluste im Golfkrieg sei die Korruption und Unterminierung des in dieser Organisation aufgehobenen Versprechens gewesen. Die USA hätten andere Länder bestochen, bedroht und eingeschüchtert, um Stimmen für den Krieg zu sammeln. Auf meine Frage nach dem amerikanischen Weltpolizisten antwortete Navasky, der entspringe der Hobbesschen Idee, daß die Macht das Recht schaffe. Die USA, aus dem Zweiten Weltkrieg als stärkstes Land hervorgegangen, hätten sich angemaßt, zu machen, was sie wollten. »Die Deutschen und Japaner«, fügte er hinzu, »werden jetzt unsere Rechnungen bezahlen müssen. Wir sind pleite. Wir können es uns nicht mehr leisten, Weltpolizist zu spielen, auch wenn wir wollten.«[21] Die ganze Idee sei politisch verheerend, unmoralisch und ökonomisch unmöglich. Wenn die UNO nicht dazu tauge, den Weltfrieden zu garantieren, dann müßten andere internationale Gremien dafür geschaffen werden.

Barbara Ehrenreich schließt von der Idee des Weltpolizisten auf die Rolle der USA in der neuen Weltordnung. Die individuelle Verteufelung von Figuren wie Noriega oder Hussein rechtfertige den Krieg als Strafe für einen Einbrecher oder Räuber, so daß Außenpolitik zur Operation eines lokalen Polizeipräsidiums verkomme. Die persönliche Rache, die Bush an Saddam zu nehmen schien, habe 19 Millionen Einwohner des Irak, die weder für dessen Diktatur noch für die Invasion in Kuwait gestimmt hätten, in Vergessenheit geraten lassen. Als inhaltliches Merkmal der neuen Weltordnung nannte Ehrenreich die Nord-Süd-Polarisierung der Welt. Die ersetze seit dem Auseinanderfallen des Ostblocks die Konfrontation von Ost und West, die allerdings mehr oder weniger vorgeschoben gewesen sei. Hätten die USA doch seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ausschließlich die Dritte Welt bekämpft. Das entspricht dem, was der Ökonomieprofessor Robert Engler auf einer Konferenz linker Wissenschaftler in New York sagte. Als Ergebnis einer 500 Jahre alten Suche nach unterentwickelten Rohstoffquellen und Märkten, die das Interesse an Menschen und ihrem Wohlergehen ausschließe, sei die neue Weltordnung der Versuch, das amerikanische Jahrhundert noch etwas länger aufrechtzuerhalten. Darüber, daß dieser Versuch nicht nur der militärischen Gewalt im Ausland, sondern auch der militaristischen Ideologie im Inland bedarf, sind sich Rechte wie Linke im klaren. Empört beschrieb Ehrenreich die chauvinistische Stimmung während des Golfkriegs. Leute, die friedliche Gebetsrituale praktizierten, seien belästigt, manchmal zusammengeschlagen worden. Ein Fenster, das Reste einer Weihnachtsdekoration mit der Friedensbotschaft trug, sei zu Bruch gegangen. »Die Intoleranz war erschreckend. Wir kamen dem Faschismus sehr nahe.«[22]

Wie alle Amerikaner benutzt Ehrenreich die Wir-Form, wenn sie von den Vereinigten Staaten spricht, auch wenn sie sich nicht im mindesten mit dem identifizieren kann, wovon sie berichtet. Es mag mit der Größe des Landes, mit seiner ökonomischen und militärischen Macht zusammenhängen, daß es seinem Bewohner, auch wenn er kein Isolationist ist, die Welt zu repräsentieren scheint. Auf jeden Fall neigen amerikanische Linke weniger zur Kritik des Nationalismus als zu dessen Transformation in leidenschaftliche Selbstanklage. In einem Antikriegsartikel in *Nation* hieß es: »Seit Jahrzehnten fliehen wir nun schon vor dem uneingelösten Versprechen, eine Nation vor Gott mit Freiheit und Gerechtigkeit für alle zu sein ... Dabei sind wir zur kriegerischsten aller Supermächte geworden.« Der Autor endet mit der Hoffnung, daß »wir unsere Quelle der Einheit der Nation« in geduldiger Arbeit an sozialen statt kriegerischen Projekten »wiederfinden«.[23] Laut Navasky besteht der Patriotismus der Linken in einer von der konventio-

nellen abweichenden Weise, die eigene Geschichte zu interpretieren. Und Ehrenreich bekannte eine »tiefe Loyalität und Liebe« zu ihrem Land.[24]
Weiter geht darin Paul Berman, ein Linker der 68er Generation und Autor der linksradikalen New Yorker *Village Voice*. Er hält patriotische Gefühle für gesund und meint, in Amerika falle es auch einem Linken leicht, so zu empfinden. Seien in der amerikanischen Identität doch die Ideale von Demokratie und Gleichheit aufgehoben. Gefragt nach der Möglichkeit eines gerechten Krieges, berief er sich auf die amerikanische Revolution, auf den Bürgerkrieg und den Zweiten Weltkrieg. Diese drei Kriege, meint er, legten es den Amerikanern nahe, für eine gerechte Sache zu kämpfen. Den Vietnamkrieg bezeichnete Berman als eine der größten Katastrophen der amerikanischen Geschichte. Ähnlich wie Puddington aber distanzierte er sich vom vietnamesischen Kommunismus zugunsten der nationalen Ziele des Viet Kong. Die militärische Intervention am Golf schließlich hält Berman für einen antifaschistischen Krieg, für »das Korn, das selbst ein blindes Huhn wie der Präsident Bush einmal findet«.[25] Bermans Begründung für diese Haltung, die ihm prompt die Spalten der *New York Times* öffnete, bezieht sich auf bestimmte Merkmale des Baath-Regimes, die er für faschistisch hält. Ähnlich wie gemäßigte amerikanische Neokonservative oder deutsche Bellizisten nennt er innenpolitischen Totalitarismus, emotionale Massenpropaganda sowie Militarismus und Führerkult, ohne sich dabei um historische und soziale Zusammenhänge zu kümmern. Auch seine These aus der *Village Voice*, daß der um Kuwait bereicherte Irak außerordentlich stark und reich sein werde, »weil wir, die wir den Extra-Groschen dafür zahlen, ärmer sein werden«[26], ist konservativ. Die Distanzierung des Autors vom Militarismus der amerikanischen Regierung und sein Plädoyer für eine Wiederbelebung des New Deal können darüber nicht hinwegtäuschen.
So scheint vom Patriotismus der amerikanischen Linken ein direkter Weg zu den Positionen der Neokonservativen zu führen. Dabei muß man Berman und den wenigen anderen, meist jüdischen Linksintellektuellen, die den Golfkrieg befürwortet haben, zugute halten, daß sie mit den Neokonservativen eine mehr denn berechtigte Sensibilität für den Antisemitismus der neu erstehenden Alten Rechten und anderer nazismusverdächtiger Gruppierungen teilen. Auf meine Frage nach Antisemitismus in der Friedensbewegung sprach Berman deren linksintellektuelle Wortführer von diesem Vorwurf frei. Er wies aber auf typische Ideologien wie die einer jüdisch-israelischen Verschwörung hin, die aufgetaucht seien.
Ehrenreich und Navasky – letzterer selbst Jude – hatten meine Frage nach antisemitischen Einflüssen auf die Bewegung gegen den Golfkrieg verneint. Beim weiteren Recherchieren aber fiel mir ein Bericht in die Hände, aus

dem hervorgeht, daß sich Anhänger des erwähnten Lyndon Larouche Zugang zur Friedensbewegung zu verschaffen wußten. Auch die indirekte Einladung des Zeitungsmachers Thomas Fleming an »Sozialisten und Radikale, deren ethische und kulturelle Prinzipien ein gutes Stück rechts von dem Konservatismus in Washington stehen«, sich der paläo-libertären Koalition anzuschließen[27], weist in diese Richtung. Wenn man bedenkt, daß ein Teil der radikalen Ökologiebewegung der USA schon seit längerer Zeit zum Tummelplatz ausländerfeindlicher Nationalisten und anderer *red necks* geworden ist, wird das Abdriften von Linken und Alternativen ins Lager der Rechtsradikalen vorstellbar.

Zwischen dem pseudofriedlichen Isolationismus der Ideologen der alten Rechten und dem pseudohumanistischen Militarismus der Neokonservativen fristen die amerikanischen Linksintellektuellen eine schwierige Existenz. Zu den Medien, in denen ihre konservativen Kollegen schreiben und auftreten, haben sie keinen Zugang. Und da sich die Wankelmütigen unter ihnen schon in den siebziger Jahren aus dem Staub gemacht haben, ist das verbliebene Häuflein der Aufrechten klein. Umso effektiver verkörpert es den Schrecken des militaristischen Establishments und das Gespenst von dessen kryptofaschistischen Konkurrenten zugleich: die Friedensliebe der Amerikaner gepaart mit dem sozialen Altruismus der Linken.

Anmerkungen

1 Norman Podhoretz, »The Culture Of Appeasement«, *Harper's*, Okt. 1977, S. 25.
2 Patrick Buchanan, zit. n. Jack Newfield, »Will, Sobran and Buchanan Spread a Virus of Hate«, *The New York Observer*, April 1991, S. 16.
3 Murray Rothbard, »The Buchanan Smear«, *Rothbard-Rockwell-Report*, Feb. 1991, S. 9.
4 Murray Rothbard, »Mr. Bush's War«, a. a. O., S. 1.
5 Joseph Sobran, zit. n. Jack Newfield, a. a. O.
6 Joseph Sobran, Interview 1991.
7 Joseph Sobran, From universal Press Syndicate for immediate release, 7. Aug. 1990.
8 Joseph Sobran, Interview 1991.
9 A. a. O.
10 A. a. O.
11 A. a. O.
12 Samuel Francis, »Beautiful Losers«, *Chronicles*, Mai 1991, S. 16.
13 Samuel Francis, »Principalities and Powers«, *Chronicles*, März 1990, S. 8.
14 Thomas Fleming, *Chronicles*, Nov. 1991, S. 15.
15 Arch Puddington, Interview 1991.
16 A. a. O.
17 Irving Kristol, *Reflections Of A Neoconservative*, N. Y. C. 1983, S. xiii.
18 A. a. O., S. 256.
19 Norman Podhoretz, »Enter the Peace Party«, *Commentary*, Jan. 1991, S. 21.
20 George Will, zit. n. Alexander Cockburn, *The Nation 1*, 8. Feb. 1991, S. 186.
21 Victor Navasky, Interview 1991.
22 Barbara Ehrenreich, Interview 1991.
23 Steve Tesich, »Breaking Away From Ourselves«, *The Nation*, 18. März 1991, S. 334-336.
24 Barbara Ehrenreich, Interview 1991.
25 Paul Berman, Interview 1991.
26 Paul Berman, »Pro-War-Peacenikism«, *Village Voice*, 19. Feb. 1991, S. 39.
27 Thomas Fleming, *Chronicles*, Nov. 1991, S. 15.

Miłosz, Canetti, García Marquez, Golding, Seifert, Simon, Soyinka, Brodsky, Mahfuz, Cela, Paz.

Die Literatur-Nobelpreisträger der 80er Jahre mit ihren Werken in KINDLERS NEUEM LITERATUR LEXIKON.

Informieren Sie sich über die Protagonisten des internationalen literarischen Gesprächs von heute - und über alle anderen Aspekte der Weltliteratur aller Zeiten und Regionen.

KINDLERS NEUES LITERATUR LEXIKON in 20 Bänden ist mit rund 19.000 Beiträgen zu Werken der Schönen Literatur, der Geistesgeschichte und der Naturwissenschaften aus mehr als 130 Nationalliteraturen die größte literatur- und geisteswissenschaftliche Enzyklopädie im deutschsprachigen Raum.

Jeder Einzelbeitrag enthält in kompetenter und anschaulicher Darstellung: Inhaltsanalyse, Entstehungsgeschichte, Interpretationshinweise, aktuelle Bibliographie.

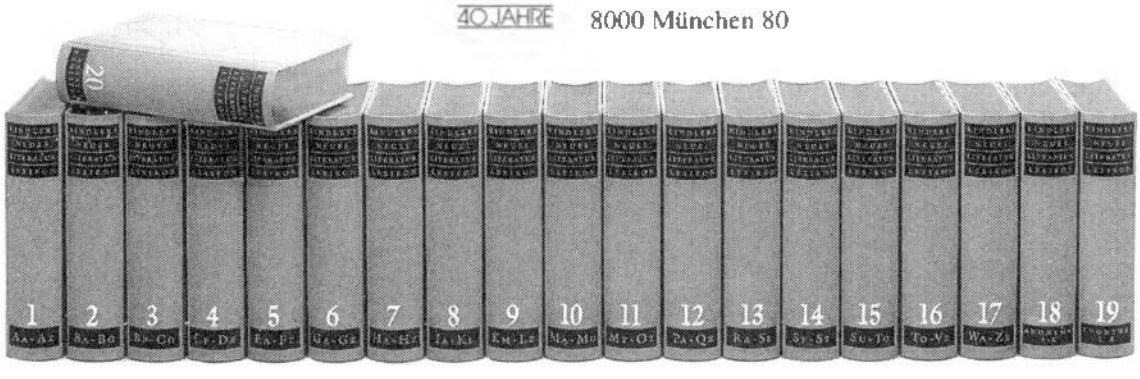
Leicht zugänglich durch die Anordnung im Alphabet der Autoren. Jeder Band mit Autoren und Titelregister.

Die Literaturen der Welt von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart in der monumentalen 20-bändigen Enzyklopädie KINDLERS NEUES LITERATUR LEXIKON.

KINDLERS NEUES LITERATUR LEXIKON: das enzyklopädische Jahrhundertwerk. Herausgegeben von Prof. Dr. Walter Jens.

KINDLER
40 JAHRE

Kindler Verlag, Rauchstr. 9-11
8000 München 80



Senden Sie mir die kostenlose 30-seitige Informationbroschüre KINDLERS NEUES LITERATUR LEXIKON

_____

_____ Ku

Bibliophile limitierte Erstausgaben
mit Originalgrafiken von
Sascha Juritz und Gedichten von
Georg Friedrich Herbolzheimer

Georg Friedrich Herbolzheimer
Spiegel des Lebens
kartoniert, 64 Seiten **DM 39,80**
vom Künstler numeriert und
signiert **DM 49,80**
ISBN 3-9802503-0-X

»In dieser Edition gehen Sprache und Bild eine innige Verbindung ein, ergänzen sich Text und Illustration auf kongeniale Weise...«
(Tulaszewski)

Georg Friedrich Herbolzheimer
Temenos der Liebe
kartoniert, 80 Seiten **DM 39,80**
vom Künstler numeriert und
signiert **DM 49,80**
ISBN 3-9802503-1-8

TEMENOS-VERLAG
Sandgasse 54, 8750 Aschaffenburg,
Telefon (0 60 21) 1 58 54

Ruth Fischer
Stalin und der deutsche Kommunismus
2 Bände
zusammen 830 Seiten
Pappband/
Schutzumschlag
DM 78,00
ISBN 3-320-01635-0

Das umstrittene Hauptwerk einer umstrittenen Persönlichkeit aus der kommunistischen Bewegung in Deutschland besticht durch die ungeheure Fülle von Details zur Geschichte der KPD und der Komintern, insbesondere für den Zeitraum von 1919 bis 1926, in dem Ruth Fischer (1895–1961) längere Zeit Führungsgremien der KPD und der KI angehörte.

Harald Wessel
Münzenbergs Ende
Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin
Die Jahre 1933 bis 1940
418 Seiten
17 Faksimiles
Leinen/
Schutzumschlag
DM 34,00
ISBN 3-320-01743-8

Auch nach über einem halben Jahrhundert ist der Tod des legendären Linken, des deutschen Kommunisten Willi Münzenberg (1889–1940), nicht geklärt. Harald Wessel zieht alle bisher erreichbaren Dokumente heran, um Licht in das Dunkel zu bringen.

Irene Dölling
Der Mensch und sein Weib
Frauen- und Männerbilder/Geschichtliche Ursprünge und Perspektiven
252 Seiten
161 Abbildungen
Leinen/
Schutzumschlag
DM 48,00
ISBN 3-320-01579-6

Warum die stereotypen Vorstellungen von „Weiblichkeit" und „Männlichkeit" entstanden sind, welche Veränderungen sie seit „Adam und Evas Zeiten" erfahren haben und warum sie heute noch wirksam sind, ist Gegenstand des anregenden, anspruchsvollen und vergnüglichen Buches.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an Ihre Buchhandlung oder direkt an den Verlag

Dietz Verlag Berlin GmbH
Postfach 273 · O-1020 Berlin

dietz berlin

Hans-Georg Behr
An der deutschen Friedensfront

Flensburg, Ende Juni. Nun, wo wenigstens einige Schwerter zu Pflugscharen werden sollen, ist Panik ausgebrochen. »Allein im KZ-Betrieb gehen Hunderte Arbeitsplätze verloren«, ächzt der Stadtdirektor. Wie bitte? Natürlich meint er KFZ, aber die ZDF-Kameras machen ihn nervös. Und Brötchen sollen für eine Million Mark weniger gebacken werden! Am meisten aber barmen die Kneipiers.
»So hawich mir den Friedn nich vorgestellt«, sagt einer, der sich früher Wolle nannte und jetzt auch Angst hat, am Zapfhahn zu verhungern. Wolle ist ein Veteran der Friedensbewegung, wurde schon als Kind zu den Ostermärschen mitgenommen, und nun will er das Militär nicht ziehen lassen. »Da hängt ja meine Existenz mit dran. Das hawich früher nie so richtich bedacht.«
Für einen Augenblick vergißt er seine Nöte. »Also weißte, das hat mich heute echt umgehauen: Da haben die Amis Orders für dreißig Milliarden Kriegszeug im Nahen Osten heute eingesackt. Stand im Wirtschaftsteil. Stand auch, daß damit der Golfkrieg ihr bislang erfolgreichster war. Nichmal der Zweite Weltkrieg hätte die Wirtschaft so saniert. Na bitte. Nuja, sie haben ja den Bedarf ooch schaffen müssen, mit ihren Patrioten undemjanzn Zeuchs –« Er blickt etwas wirr über seinen sechsten Korn, kriegt aber dann doch ein Fadenkreuz in seine Augen: »Also, dethawichmirniedengnkönne: Friede is eenfach keen Geschäft.«

Hamburg, am nächsten Tag. Sie hat eine Weile ganz gut vom Frieden gelebt, bzw. von seinen Aufwandsentschädigungen. Irmgard S. organisierte in den frühen Achtzigern, als einfach alle für den Frieden waren, die Heerscharen des Kulturbetriebs. »Es war ein harter Kampf für den Frieden«, sagt sie noch heute, und daß ich über die Verbalmartialismen schmunzle, findet sie lächerlich. »Das war schließlich harte Logistik und Strategie, Dortmund '81, Bochum '82 und dann noch Hamburg '83.« Dann wurden die Mikros zu Pflugscharen: »Irgendwann haben wir uns gesagt: Nun haben wir genug geschafft. Und das hatte sich ja auch irgendwie totgelaufen.«

Einige Fotos sind geblieben: Die Zwei mit den Hüten, der unverwüstliche Udo und der gute Installateur für alles Gute, der »Sonne statt Reagan« sang. Natürlich auch der unvermeidliche André Heller, gesäumt von Harry Belafonte, Bibi Anderson und Mikis Theodorakis. Peggy Parnass ließ sich selbstverständlich nicht vermissen, und selbst Curt Bois trat auf. Er sagte nur einen einzigen Satz. So kurz und würdevoll schaffte es Hamburgs Bühnenfossil Ida Ehre nicht. Sie brauchte wie Axel Eggebrecht gleich ein Dutzend. Auftraten unter anderen Tänzer des Bolschoi-Balletts, Evelyn Hamann, der Hamburger Friedenschor – ja, den gab's auch einmal –, Konstantin Wecker, klaro, ein internationaler Kinderchor, Gisela May und »die Nationalmannschaft des Deutschen Turnerbundes in der rhythmischen Sportgymnastik mit Syrinx *auf der Panflöte*«.
Wofür? Natürlich für den Frieden, mehr oder minder honorarfrei, nur für Spesen. Für Aufwandsentschädigungen der Organisatoren, großzügig bemessen, reichte es auch, denn der Friedenskampf brachte eine Menge ein. »Nun ja, die vielen Inserate und Plakate kosteten viel Geld, und ein paar Rücklagen brauchten wir auch. Aber ich finde es unfair, immer nur von Friedensgeschäft zu reden. Das geht ja am Wesentlichen vorbei: Daß sich die Bewegung bestätigt fand, durch die moralische Stärkung für den Kampf ... Jaaa, wer zynisch ist, kann es Truppenbetreuung nennen. Aber unsere Friedenstruppen haben das auch gebraucht.«

Rup zweifelt daran ein bißchen, obwohl auch er einst für den Frieden »aktiv kämpfte«, wie das damals so hieß. In Heidelberg fand sich Anfang achtzig ein buntes Reservistenhäufchen friedlich zusammen. In der Erinnerung scheint Rup das wichtigste, daß es »eine Art klassenlose Gesellschaft war, Handwerker, Akademiker, Arbeitslose, Lehrer, Kirchenleute, Kommunisten, verbunden nur durch ihre Wehrpässe und sehr viel Rastlosigkeit. Wir taten also, was alle taten: Wir saßen zusammen und überlegten alle möglichen Aktionen. Der Höhepunkt war das gemeinsame Verbrennen unserer Wehrpässe. Bochum '82 war dann das Ende. Das erinnerte uns zu sehr an Reichsparteitag.«
Ein Jahr später zerbröselte auch die Friedenstruppe, die in einem kleinen Stadtteil in Hamburgs Norden lange Zeit kirchlichen Unterschlupf gefunden hatte. »Wir fühlten uns einfach nach einiger Zeit so unterlegen«, sagt Renate. »Wir hatten Mahnwachen gemacht, immer wieder Info-Stände, und dann waren wir frustriert. Dann kamen so Parolen wie: Der Frieden im eigenen Haus, Frieden fängt bei uns selbst an, wir diskutierten über Gewaltlosigkeit, und dann hielten wir das ganze Gelaber nicht mehr aus.«
Peter, ein Mitkämpfer: »Das war schließlich nur noch eine Art Selbstfin-

dungsgruppe mit Therapieversuchen. Es hat uns auch an Phantasie gefehlt, Formen unserer Darstellung zu entwickeln. Es blieb lange bei den Mahnwachen mit weißgeschminkten Gesichtern. Dann Wachen für den Frieden, Singen für den Frieden, Fasten für den Frieden ... Als dann ein paar Freaks auch noch Kiffen für den Frieden vorschlugen, weil Hasch ja wirklich die Aggressionen dämpfen soll, da war ich so geladen, daß ich denen fast die Fresse poliert hätte ...«
»Einmal in der Woche hockten wir zusammen«, seufzt Renate, »und quatschten darüber, was wir für den Frieden tun könnten. Wir haben uns einfach eines Tages nicht mehr ausgehalten. Sobald einer den Mund aufmachte, wußten schon alle, was er in der nächsten Viertelstunde quatschen würde. Das hat dann unserem Frieden nicht gutgetan.«
»Ab Sommer '83 lief Frieden überhaupt nicht mehr. Da haben wir die Abteilung remittiert«, sagt Rainer, der Buchhändler. »Im Herbst kam dann noch eine Lawine Friedensbücher auf den Markt. Die haben wir gar nicht mehr geordert. Und das lief bei allen Kollegen so. Die räumten ihre Friedensregale und stellten auf Esoterik um.«

»Mir ist vom Frieden immerhin was Dauerhaftes geblieben«, lacht Werner G., der Richter. Mit etlichen Kollegen war er nach Mutlangen gereist, um sich dort pflichtschuldigst abräumen zu lassen. Das brachte ein Verfahren samt Urteil und eine Art Warteschleife in der weiteren Karriere. »Man muß sich Sentimentalitäten leisten können, und Frieden ist so eine. Hier bitte.«
Er fischt ein Buch aus seinem Regal, *Die Waffen nieder!* von Bertha von Suttner. Zwischen 1889 und 1917 vierzig Auflagen und Übersetzungen in nahezu alle Sprachen.
»Man darf es nicht lesen, und daraus zu zitieren wäre die reinste Denunziation. Ein purer Kolportageroman, aber das Sentimentale, Melodramatische, Moralisierende traf die Leser. Dazu kam, daß die Dame von Adel war und in den Wiener Hofkreisen verkehrte. Und der Dame stieg ihr Bucherfolg zu Kopf. 1891 gründete sie die österreichische ›Gesellschaft der Friedensfreunde‹, ein Jahr später eine ›Monatszeitschrift zur Förderung der Friedensidee‹, und da gründete ein Buchhändler namens Fried in Berlin auch einen deutschen Ableger.«
Natürlich hieß auch das Monatsblatt »Die Waffen nieder!«, und in seiner ersten Ausgabe von 1892 lese ich: »Mitten unter dem Säbelgerassel der bewaffneten Großmächte, mitten in dem Erfindungstrubel der scharfsinnig erdachten Mordinstrumente, mitten in dem Bestreben, jener falschen Humanität, welche dem verwundeten Krieger Hilfe und Schonung vorbereiten

will, jener Humanität, die als grausame Prämisse ihres Daseins es dennoch als berechtigt anerkennt, daß Millionen gesunder Menschenkinder erst zerfleischt werden müssen, ehe sie den Anspruch auf Barmherzigkeit haben, mitten darin wächst und blüht, hebt sich und gedeiht der schönste Gedanke unseres sterbenden Jahrhunderts, der Friedensgedanke.«
Er wuchs zunächst zu einem kleinen Bücherwald. 1894 gab der unermüdliche Alfred Fried auch einen *Friedenskatechismus* heraus, von dem mir ein sehr zerfleddertes Exemplar in die Hand fällt: »*94. Ist die Idee eines allgemeinen Weltfriedens neueren Datums?* Nein! Die Anfänge dieser Idee gehen bis um das Jahr 1600 zurück, wo der kriegerischste Fürst Frankreichs, Heinrich IV., zuerst die Idee eines europäischen Friedenstribunals erfaßte. (...) In Deutschland war es zuerst Herder, der in seinen Briefen ›zur Beförderung der Humanität‹ der Friedensidee das Wort redete. Er war damit in gewissem Sinne der Vorläufer des Königsberger Weltweisen Immanuel Kant, dessen berühmtes Werk ›zum ewigen Frieden‹ 1795 erschien. (...) Die ersten Friedensgesellschaften entstanden in Amerika schon 1815, in England 1816, in der Schweiz 1830, zu Paris 1841. (...) *95. Was wollen die Friedensfreunde aller Länder zunächst erreichen?* 1. Daß die Staaten dem Grundsatze huldigen lernen ›si vis pacem para pacem‹. 2. Daß dieselben internationale Verträge schließen, einen zwischenstaatlichen Rechtszustand schaffen, was eine Abrüstung, das heißt Verminderung der stehenden Heere und Verkürzung der Dienstzeit zur Folge hätte. (...) Daß ein ständiger internationaler Völkergerichtshof in der Hauptstadt eines neutralen Staates für ständig zusammentritt. (...) *96. Wie können die Friedensfreunde ihre Ziele erreichen?* Durch unentwegtes Festhalten an ihren Absichten, durch fortwährende Propaganda in allen Kreisen, durch Belehrung der Jugend, Aufklärung derselben, Fernhalten aller auf Rohheit basierenden Jugendschriften, Einfluß auf die Lehrerschaft, Einfluß auf die Presse. Besonders in letzter Hinsicht kann viel und segensreich gewirkt werden.«
»Na bitte«, lacht mein Richter. »Das reichte immerhin bis zum Golfkrieg. Da haben die Medien ja wieder gewirkt.«
Ach ja. Wir fühlten mit unserem ARD-Blitzmädel Christiansen, das den Bodenkrieg kaum mehr erwarten konnte, und sorgten mit ZDFs Voß um »unseren Wehrwillen in einem gerechten Krieg, den keiner, der für Frieden ist, ablehnen kann«. Gerührt waren wir geradezu, als er sich »an die sogenannten Friedensfreunde« wandte und ihnen erzählte, daß er mit seinem Sohn gesprochen habe und der »sich selbstverständlich an dem Kampf für die Freiheit beteiligen« würde. Dabei war der Junge da erst elf, was uns Voß zu sagen vergaß. Die Guten standen nicht allein: Alle Medien widmeten sich mit lodernder Begeisterung der psychologischen Aufrüstung, und ehe

noch die Stellen für Wehrdienstverweigerung »wegen Geschäftsüberlastung« dicht machten, schnürte selbst Enzensberger seinen Intellekt in Springerstiefel. Endlich, so der multimediale Marschbefehl, hätten wir Gelegenheit, dem Hitler eins draufzugeben, wenn auch nur seinem Wiedergänger, und wenn wir da nicht schnell mitmarschierten, würde man uns im Siegfrieden vielleicht, wie schon zweimal in diesem Jahrhundert, unseren Platz an der (diesmal) Wüstensonne streitig machen. Wer sich da in den neuen Ländern der alten Gleichschaltung erinnerte, irrte natürlich: Unsere war selbstverständlich freiwillig, und erste Meinungsumfragen bestätigten den Erfolg: Die Kriegsunwilligkeit sei »schon um fast ein Drittel zurückgegangen«, auf nur noch 53 Prozent. Da unterschätze nun niemand die Macht der Medien. Mehr als vierzig Jahre lang wurde unsere Jugend in den Lesebüchern mit Borchert bombardiert und »zu einem falschen Friedensverständnis indoktriniert« (natürlich: *Die Welt*). Nun mußten unsere öffentlichen Organe in Windeseile Herkulesarbeit leisten, vierzig Jahre Indoktrination hüben wie drüben aus dem nun wieder großdeutschen Stall spülen und die alte schimmernde Wehr freilegen.

Die Friedenskämpfer in Hamburgs Norden erwischte es nicht unversehens, aber trotzdem kalt. Schon im Dezember hatten sie auf dem wochenendlichen Markt unter dem ehrwürdigen Slogan »Kein Blut für Öl« demonstriert, und Renate hatte nebstbei etliche Einweg-Plastikeimer gesammelt. Man traf sich wieder öfter, in der vertrauten Kirche, an deren Turm auch wieder die blaue Fahne gehißt wurde, »die militante, wo die Taube den Flügel zur Faust ballt«. Uli bastelte aus Gerüstlatten Kreuze. Die wurden weiß gestrichen und mit Zement in die Eimer gegossen. »Dadurch waren sie schwer zu tragen, aber sie standen umso besser. Damit sind wir zu den Firmen gezogen, die wir noch aus der alten Friedensbewegung kannten.«
Natürlich gab es auch Debatten darüber, ob nicht ein Kriegsgräberkreuz ein etwas koloniales Gedenken an tote Muslims sei. »Aber da haben wir uns damit getröstet, daß so ein Kreuz ja international verständlich sei. Ursprünglich wollten wir mit unseren Kreuzen noch zum Friedenscamp vor das US-Konsulat, um sie dort zu entsorgen. Dann war aber der Krieg ganz schnell vorbei, und weil's dann mit den Kurden losging, haben wir sie an den Straßenkreuzungen abgestellt, zum Gedenken an die Kurden.«
Dazwischen hätte Jan fast etwas Kleinkrieg in das Friedenslager gebracht. Jan mit dem Kugelbauch und der ledernen Proletariermütze ist Lehrer und alter DKPist. Daß beides auch in der Zeit der Berufsverbote zusammenging, schreibt er seiner geschickten Tarnung zu, und außerdem hat er die Partei mit seiner ganzen Clique ja schon im Herbst '89 verlassen. »Aber die

Friedensbewegung war doch schließlich sowas wie unsere Sache«, und deshalb schwirrte er als schwarzlederne Taube zum Stand des Friedensgrüppchens: »Das muß ja endlich alles einmal koordiniert und organisiert werden. Wir treffen uns jetzt also jeden Dienstagabend in der Bücherhalle.«
»Das hat dann bei uns eine Weile ganz harten Streit gegeben, weil wir uns doch in der Kirche daheimgefühlt haben«, so Renate. »Und da waren ja auch noch alte Erinnerungen. Die wollten ja schon in der ersten Friedenszeit dominieren und haben uns mit ihrem Logistikgerede ganz schön eingeschüchtert. Aber dann sind wir doch einmal hingegangen. Nun ja, da saßen dann drei Stück Menschen und haben auf die Massen gewartet, die von ihnen organisiert werden wollten. Da war dann bei uns wieder Frieden.«

Hellmuth hat für derlei nur sein böses Altmännerlachen. Er hortet noch die *Leipziger Volkszeitung* vom 19. Juni 1915, in der Bernstein, Haase und Kautsky »Das Gebot der Stunde« formulierten und die Partei an ihre ursprüngliche pazifistische Linie erinnerten. Eine Woche später schoß dann die Parteispitze im *Vorwärts* zurück: »Die Sozialdemokratie hat unablässig für eine Verständigung der Völker zu gemeinsamer Kulturarbeit im Dienste der Menschheit gewirkt. Zehntausende von Versammlungen, Millionen von Flugschriften (...) legen davon Zeugnis ab. Als sich im vorigen Jahre die drohenden Kriegswolken am politischen Horizont zusammenballten, hat die deutsche Sozialdemokratie bis zur letzten Stunde ihre ganze Kraft eingesetzt für die Erhaltung des Friedens. Sie war zum Unglück der Völker in allen Ländern noch nicht stark genug. (...) Als dann die Kosaken des Zaren plündernd und brennend die Landesgrenzen überschritten, da löste die Sozialdemokratie das Wort ein, das die Besten ihrer Führer dem Volk gegeben: sie stellte sich in den Dienst des Vaterlandes und bewilligte die Mittel zu seiner Verteidigung.«
»Vom Frieden reden und, wenn's ernst wird, kneifen. Nun gut, daß dies sozialdemokratische Tradition ist, daran haben wir uns gewöhnt. Mich hat's auch nicht gewundert, daß Schmidt seine Partei mit klingendem Spiel ins Aus nahm. Der Kotau vor dem Militär liegt uns im Blut. Nun gut, ich bin nach dem Ersten Weltkrieg zu den Kommunisten gegangen. Daß sich die russische Revolution gegen die Weißen wehren mußte, sahen wir ja alle ein. Aber dann fingen die auch an mit dem Gefasel vom gerechten Krieg. In den Dreißigern gab's noch ein paar Pazifisten. Die traf ich wieder in meinen diversen Strafbataillonen. Dann, nach dem Krieg, die Ostermärsche, da hatte ich Hoffnung. Nach all dem Elend, damals noch in Trümmern – allein in Hamburg 300 000 auf dem Rathausmarkt. Dann das Gezerre um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Da haben wir mit mindestens

einer halben Million gerechnet. Und was geschah? Nicht einmal mehr zwanzigtausend gingen auf die Straßen! Alle sind sie wieder eingeknickt. Wenn du mich fragst: Alle reden vom Frieden, aber sie trauen ihm nicht. Und sich erst recht nicht, wenn's drauf ankommt. Keine subversiven Aktionen. Keine Sabotage in Rüstungsbetrieben, nicht einmal ein flambiertes Firmenportal. Von wegen Gewaltlosigkeit! Das war immer die schönste Voraussetzung für Gewalt.«
Nach einer Pause: »Das Wort von Geißler über die Friedensbewegung war natürlich eine absolute Sauerei. Aber *verhindern* wollten diese lieben Menschen bislang auch nichts, zumindest nicht ernsthaft. Sie reden von Frieden und denken nicht einmal drüber nach, was sie sagen. Allein der schöne Spruch: Stell' dir vor, *es gibt* Krieg ..., als würde es den geben wie das Wetter!«
Auf dem Bildschirm drängen sich gerade die jugoslawischen Frauen, die ihre Leibesfrüchtchen von den Kampfplätzen und aus den Kasernen holen wollen. Einen solchen Vorschlag hat schon Astrid Lindgren gemacht, aber es ist kaum anzunehmen, daß man sie deshalb gelesen hat.
»Das ist doch das Allernatürlichste, was Frauen tun können«, sagt eine. »Sollen doch diese bunten Affen, diese Generäle, ihren Krieg selbst ausfechten und unsere Söhne da rauslassen!«
»Das ist pragmatisch«, brummelt Hellmuth. »Keine großen Selbstfindungsdebatten, eine direkte, spontane Aktion, die ihre eigene Propaganda ist. Aber glaubst du, daß sowas Deutschen einfallen könnte?«

Der Sommer hat nun auch den Norden Hamburgs überfallen und belebt den kleinen Platz. Einige aus der Friedensgruppe genießen den kühlen Abendhauch auf der Bank unter der Eiche. Wein ist genügend vorhanden, und alle ärgern sich, daß ihnen zu Jugoslawien nichts eingefallen ist. Die Friedensfahne wurde vor etlichen Wochen, vom Regen arg mitgenommen, vom Kirchturm geholt, und nun weiß niemand, wo sie liegt.
Fritz hat sich mit dem Schicksal von Pazifisten im Zweiten Weltkrieg beschäftigt. »Denen ist Fürchterliches geschehen. Aber es ist schwierig, damit umzugehen. Man macht allzuleicht Märtyrer aus ihnen, und das wollten sie wohl am wenigsten sein. Sie waren Einzelkämpfer für ihre Ideale.«
Natürlicherweise wird nun über die Gruppe gesprochen. »Es ist seltsam«, meint Renate. »Wir sind uns sofort einig gegen den Krieg. Aber wenn es um den Frieden geht, vor allem darum, ihn positiv zu definieren, geht die Streiterei los. Giraudoux' ›Frieden nennt man die Zeit zwischen zwei Kriegen‹ kann's doch nicht sein.«
Auch von der Wissenschaft ist wenig zu erfahren. Seit Robert Jungk von

Zukunfts- zu Friedensforschung gewechselt hat, ist »Friedensforscher« ein beliebter Fernseh-Untertitel, vor allem für Militärs a. D., doch es scheint sich um ein sehr geheimes Forschungsgebiet zu handeln. Konfliktforschung, ein Tochterunternehmen, gibt da schon mehr her – aber was ist Frieden? Zu später Stunde wird man sich einig, daß es sich wohl doch um eine Art Paradies handeln dürfte, wenn schon nicht um das Schlaraffenland.
»Und nun streiten wir über den Weg dahin«, sinniert Fritz. »Und schon das Wort Streiten zeigt, daß unsere Sprache reichlich unfriedlich ist. Wir haben nicht einmal präzise Worte für das, was wir wollen.«
Wie immer bei Sprachlosigkeit, darf man sich bei den Alternativen bedienen, die ja schon im Namen der Gleichberechtigung die Alltagssprache umformten. Doch was so hoffnungsvoll mit man/frau begann, wurde schnell problematisch, spätestens mit dem grünen Schild in einem Bundestagsbüro »hier frauscht ...«, was ja nicht das Gegenteil von Herrschen war. Die Gruppe hat ähnliches mit Frieden versucht, beispielsweise, ob man miteinander frieden statt streiten oder ringen solle, ob es besser Friedfried heiße oder ob Siegfried nicht doch eine positive, wenn auch teilmartialische Bedeutung habe ... »Als wir dann bei Friedlinde angelangt waren, haben wir gemerkt, daß das Ganze Pipifax ist. Davor aber haben wir uns ganz schön in die Wolle gekriegt. Es fehlt uns noch an Friedenskultur.«
Für den Zwischenzustand haben allerdings die Grünen, bevor sie sich von der Bundesbühne verabschiedeten, noch ein schönes Wort geliefert, natürlich auch eines mit -kultur, da uns ja in den letzten Jahren alles zu solcher werden mußte.

Eine Aussendung: »Seit 1979 fördert die Kulturbehörde Hamburg (...) jährlich eine gemeinsame Aktion, an der sich Gruppen aus allen Hamburger Stadtteilen unter einem wechselnden Motto beteiligen können. (...) Der Krieg am Golf, die Verfolgung der Kurden und die Nationalitätenkonflikte in Osteuropa lösen in unterschiedlicher Intensität Entsetzen und Wut aus. Viele Menschen setzen dieses in sehr phantasievollen Aktionen gegen den Krieg um, die eindrucksvoll den Friedenswillen in der Bevölkerung belegen. Mit der Kulturaktion *Streitkultur* wird bezweckt, Initiativen, Vereinen, Gruppen etc. Gelegenheit zu geben, auf Fragen wie z. B.: Sind wir überhaupt friedensfähig?, Kann Krieg unter bestimmten Umständen akzeptabel sein?, Wie gehen wir mit dem täglichen Kleinkrieg um? mit künstlerischen Mitteln Antwort zu finden. Staaten, Gesellschaften, soziale Gruppen und Individuen müssen erst Möglichkeiten für einen Frieden erfinden und verwirklichen. Diesem Frieden Formen zu geben ist eine konstruktive und

kreative Herausforderung. Diese Utopien gilt es zu verwirklichen – insbesondere auch vor der eigenen Haustür! Den künstlerischen Stilmitteln aus den Bereichen (...) sind bei der Umsetzung der einzureichenden Projekte keine Grenzen gesetzt.«
Eine Antwort: »Schon eine oberflächliche Betrachtung unserer Zeitläufte zeigt: a) Wir sind nicht friedensfähig; b) Die Akzeptabilität des Krieges ist die jedes gemeingefährlichen Wahnsinns; c) Wir gehen nicht mit unserem täglichen Kleinkrieg um, wir tragen ihn spontan aus oder rüsten auf. Einige historische Aspekte der sog. Streitkultur sollten jedoch wiederbelebt werden, z. B. das Turnier oder das sich gegenseitige Abohrfeigen verfeindeter Heerführer. Zu zeigen, daß auch derlei kultivierbar ist, und dies anhand gesellschaftlich relevanter Themen, wäre der Sinn unserer Aktion. Nun kennen wir den zweifelhaften Wert von Diskussionsargumenten: irgendwann erstarren sie im Prinzipiellen. Um dennoch alle Fragen einer Lösung zuzuführen, wird ab einem bestimmten Punkt (Wiederholung der Argumentation, Ermüdung des Publikums) zu den klassischen Mitteln des Zweikampfs gegriffen, auf jeweils passendem Niveau. Die Entscheidungen sind endgültig, über die Themen wird nicht weiter diskutiert. 1. Runde: Können Kriege menschlich sein? Teilnehmer: ein Offizier der Bundeswehr-Hochschule und ein Vertreter der Friedensbewegung. Duell: Beide Streiter sitzen auf je einem Pferd (Turngerät) und müssen versuchen, einen mit Hilfe von Sofakissen zum Absitzen zu bringen. 2. Runde: Gewaltmonopol oder -demokratisierung? Je ein Vertreter des mobilen Einsatzkommandos und ein Mensch aus dem Sympathisantenkreis der Hafenstraße. Duell: Negerkußwerfen, wobei jeder Kontrahent eine Packung Dickmanns erhält – zehn Schritt Distanz, acht Barriere. 3. Runde: Im täglichen Verkehrskrieg: der Pressesprecher des ADAC und der Pressesprecher des HVV üben Sackhüpfen. (...) Es ist uns bewußt, daß dieses Projekt den Phantasieansprüchen der Behörde in Sachen Streitkultur nicht ganz entsprechen könnte; wir haben uns jedoch bemüht, das dem Thema und unserer politischen Kultur Angemessene zu finden. Mit freundlichen Grüßen *Revolution AO eV.*«
Die Kulturbehörde förderte dieses Projekt mit 2950,– DM.

Ein bißchen Frieden, oder mehr?

Tondokument

Thomas Mann, S. Delmer und andere traten im 2. Weltkrieg mit Aufklärungs- und Desinformationssendungen über BBC, Voice of America u. a. gegen die von Goebbels dirigierte Nazi-Propaganda an. Faszinierende Tondokumente (6 Tonkassetten, über 400 Min. Spieldauer) mit Begleitbuch in Archivalbum. **148,—** (05025)

Gerhard Czermaks Buch wendet sich an den engagierten Christen, der in der Geschichte der Kirchen nicht nur Erbauung und Rechtfertigung seines christlichen Daseins sucht, an jeden historisch interessierten Leser, der besser verstehen lernen möchte, welche Kräfte den Grund und die Anstöße für die zweitausendjährige Verfolgung der Juden gelegt und gegeben haben. In der Fülle der Literatur zu Antisemitismus und Judenverfolgung ist Czermaks Buch das erste, das die ganze, für die Judenheit so leidvolle Geschichte des jüdisch-christlichen Verhältnisses von den Lehren des Neuen Testaments bis hin zur »Vergangenheitsbewältigung« der Kirchen nach dem Holocaust ausbreitet.

Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung von der Antike bis zum Holocaust, von 1945 bis heute. –
450 Seiten. Fester Einband. **48,—** (01133)

Fromme Lügen

Der sensationelle Buch-Erfolg.
»In jeder Hinsicht spektakulär.«
NDR
»Eine einzige Irritation.«
Zeit-Magazin
Fester Einband. **36,—** (04401)

Enzensberger

Erfolgsausgabe der Anderen Bibliothek, herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger. Fester Einband. **32,—** (04409)

Nie wieder Krieg

Walter Widmer schrieb über Dalton Trumbos Buch: »Es ist der erschütterndste, entsetzlichste Protest, der je gegen Krieg erhoben wurde.«
Fester Einband. **24,80** (00165)

Frieden machen mit der Natur

Jörg Weber, Biologe und Jurist, hat ein mitreißendes Sachbuch geschrieben. Er verfolgt das Verhältnis zwischen Mensch und Natur von der Antike bis heute. Er erinnert daran, daß bis zur Sklavenbefreiung Menschen als Sachen (!) ge- und behandelt wurden. Andererseits hatten Tiere im Mittelalter Klagerecht.
Weber arbeitet in farbig erzählten Beispielen heraus, wie unterschiedlich die Rechte der Natur zu unterschiedlichen Zeiten gesehen wurden. Sein Buch mündet in Vorschlägen für eine *Rechtsgemeinschaft mit der Natur*, in der *das Recht auf Pelzmäntel* nicht vorkommt, Batteriehühner aber als Kläger vor Gericht gehen können, und wo es eine einklagbare *Ökologiepflichtigkeit des Eigentums* gibt. – Ein *Muß* für Naturschützer und Juristen.
18,— (01113)

Unsere Bücher **EICHBORN** *Überall im Handel*
Hanauer Landstrasse 175 · D-6000 Frankfurt am Main 1
Telefon (0 69) 4 05 87 80 · Fax (0 69) 40 58 78 30

Joachim Fritz-Vannahme
Mitterrands Machtträume

Bagdad liegt auf Höhe von Berlin, Kuweit City bei Prag, Riad ungefähr in der Gegend von Lyon. Der Irak paßt sich genau in die Grenzen des wiedervereinten Deutschland ein, das annektierte Kuwait gleicht der Tschechoslowakei, und das bedrohte Saudi-Arabien deckt sich schier mit Frankreich. Wir stießen auf diesen bemerkenswerten Kartenvergleich in der Mainummer der französischen Zeitschrift *Armées d'aujourd'hui*, in der dieses Hausblatt der französischen Soldaten eine Bilanz des Golfkrieges zog. Psychoanalytisch dürfen wir darin ruhig ein Traumbild sehen, das die Zensur – die Freudsche, natürlich – fast unbeschadet passierte. Politisch erinnerte uns diese Metamorphose des kriegerischen Mittleren Ostens in das friedliche Mitteleuropa an Bismarcks barschen Hinweis gegenüber afrikabegeisterten Kolonialisten: »Meine Karte von Afrika liegt hier, in Europa.«
Auch François Mitterrands Karte liegt mitten in Europa. Blenden wir zurück: Welcher Franzose spürte Anfang August 1990 schon, daß Frankreich plötzlich Frontstaat wurde? Wer machte sich, die Füße eben am Strand ausgestreckt, schon groß Gedanken um den aufziehenden Krieg im Wüstensand? Dies war von Beginn an nicht der Krieg der Franzosen, es war der Krieg ihres Präsidenten. Mitterrand war der erste Politiker, der unverhohlen, unverschreckt von der »Logik des Krieges« sprach. In der Folge ließ der Präsident, wie hier gezeigt werden soll, gewiß nichts unversucht, die erste Salve diplomatisch hinauszuzögern und aus der Logik des Krieges kein Diktat des Militärischen werden zu lassen. Aber auf ihn selbst wirkte der Waffengang im Wüstensand befreiend: Vorbei die Verstörung über die deutsche Wiedervereinigung, verflogen die Lähmung angesichts der osteuropäischen Revolutionen, vergessen die Angst, vom jähen Tempowechsel der Geschichte an den Rand getrieben zu werden. Das erste Halbjahr 1990 hindurch hatte ihn noch der Schrecken über das »Ende von Jalta« gelähmt, das er doch in Sonntagsreden seit Jahren herbeigesehnt hatte und das nun für Frankreich einen Statusverlust brachte. Die Geschichte machten die anderen. Vor allem Deutschland war plötzlich wieder souverän, der politische Zwerg gewachsen und der europäische Schwerpunkt womöglich von

Brüssel nach Berlin oder noch weiter gen Osten verschoben worden. Mitterrand erlebte das Ende von Jalta als Ende französischer Illusionen. Blieb eine letzte, die vielleicht nur noch einen Augenblick währen würde: Frankreichs Sitz im Sicherheitsrat. Die irakische Invasion in Kuwait machte aus ihm unversehens einen Chefsessel im Weltdirektorium ...

In seiner Neujahrsansprache, noch war zwischen Saddams Soldaten und den alliierten Truppen kein Schuß gefallen, erinnerte Mitterrand seine »teuren Landsleute« an die Rolle der eigenen Soldaten am Golf: »Sie bezeugen den Rang, den unser Land in der Welt einnimmt. Vergessen Sie nicht, daß wir tatsächlich mit den Vereinigten Staaten, mit der Sowjetunion, China und Großbritannien eines der fünf Sicherheitsratsmitglieder sind ...«[1] Am 3. März 1991 erklärt Mitterrand die Mission Frankreichs mit ähnlichen Worten für beendet: »Ich sage mit Stolz, daß Frankreich seine Rolle und seinen Rang gewahrt hat.«[2] Eine Rolle hatte Frankreich in dieser Weltgegend freilich selten gespielt, sieht man vom längst historischen Zwist mit den Briten in Syrien und im späteren Libanon ab. Sein Rang stand in der Schlacht um Kuweit City nicht auf dem Spiel, nicht einmal seine Interessen. Aber hatte nicht gerade Frankreich über ein Jahrzehnt lang das Regime Saddam Husseins hofiert, angezogen vom angeblich weltlichen, irgendwie jakobinisch getönten Sozialismus der Baath-Partei (und ermuntert von der amerikanischen Regierung, die sich von französischer Assistenz für Bagdad ein Gegengewicht zur sowjetischen Präsenz zwischen Euphrat und Tigris erhoffte)? Hatte nicht der gaullistische Premierminister Jacques Chirac den Diktator von Bagdad einst zum Freund erklärt – und der sozialistische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement erst vor Jahr und Tag die Ehrenpräsidentschaft der französisch-irakischen Gesellschaft angenommen? Hatten nicht die Liberalkonservativen unter Präsident Valéry Giscard d'Estaing Mitte der siebziger Jahre den Atomreaktor von Tammus (den die Israelis im Juni 1981 als Brutstätte der irakischen Atombombe zerstörten) frei Haus geliefert – und hatten nicht die Sozialisten im ersten Golfkrieg Bagdad mit fünf »geliehenen« Super-Etendard-Maschinen willkommene Militärhilfe geleistet?

Das alles war in Paris natürlich bekannt. Nur wurde die Beteiligung am Feldzug gegen Saddam von keinem Politiker je mit diesem Hinweis auf vergangene Fehler und Sünden gerechtfertigt. Die Interessen lagen ganz woanders. Nach dem Waffenstillstand vertraute Mitterrand zwei Journalistinnen an: »Wissen Sie, unsere Militärpräsenz war technisch nicht unbedingt nötig. Aber wenn ich mich nicht zur ›Operation Daguet‹ entschlossen hätte, hätten die Amerikaner das ohne uns gemacht.«[3]

Mitterrand drängte in entscheidenden Momenten von Krise und Krieg stets

wieder auf UNO-Beschlüsse, auf die George Bush und Margaret Thatcher nicht immer Wert legten. Wie Serge July, Chefredakteur der linken *Libération* und einer der wenigen Journalisten, die Mitterrand während dieser Monate regelmäßig empfing, früh bemerkte[4], ging es ihm darum, »dem Frieden zu dienen und vom Krieg zu profitieren« – wobei Frankreich am Ende als Friedensmittler zu unbedeutend war (was eher am Unwillen Saddams lag als an der französischen Diplomatie) und von Beginn an als kriegsentscheidende Größe zu klein war (schließlich hätten, wie der Präsident eingestand, die Amerikaner mit über 400 000 Mann auch ohne die 12 000 Soldaten unter der Trikolore gesiegt). Als Friedensstifter allerdings rechnete sich Mitterrand nur eine Chance aus, wenn er zu den 29 Verbündeten der Amerikaner gehörte und wenn es ihm gelang, diesem Bündnis die höheren Weihen einer UNO-Mission zu verleihen, um bloß nicht als Vasall Washingtons aufzutreten. Schon am 9. August verweigerte sich Mitterrand darum dem amerikanischen Vorschlag einer multinationalen Eingreiftruppe und schickte zugleich den Flugzeugträger Clemenceau in den Golf – mit halber Kraft und Hubschrauberbestückung, um allen Seiten deutlich zu machen, daß Frankreich seine Seite zwar gewählt hatte, aber auch seine Bedingungen stellte. Kriegsziel waren zwei Stühle: der alte im Sicherheitsrat und der imaginäre auf einer künftigen Nahostkonferenz. Die Hauptrolle in Mitterrands Machtträumen von Krieg und Frieden spielte nicht der Weltgendarm, sondern der Weltdiplomat. Sehr kriegerisch war das nicht gedacht, eher ein wenig paternalistisch – die fünf Weisen im New Yorker Glaspalast ... – und im übrigen ganz und gar nicht cartesianisch.

Denn diesen Kampf ums Prestige bestimmte ein Paradox. Für Mitterrand war dieser Golfkrieg von Anfang an der erste Konflikt nach dem Kalten Krieg, ein Krieg neuen Typs. Führbar aber wurde er für Frankreich nur unter Berufung auf ein Erbe aus Weltkrieg und Kaltem Krieg. Ruppig reagierten der Präsident und seine Diplomaten bislang auf alle lauten japanischen und halblauten deutschen Forderungen, nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes endlich das letzte Überbleibsel des Zweiten Weltkriegs, die Zusammensetzung des Sicherheitsrates zu überdenken. In der neuen Weltordnung sollte zumindest das eine beim alten bleiben. Darum mußte Frankreich diesen Krieg führen.

Falsch: Darum mußte Mitterrand diesen Krieg gewinnen. Josette Alia und Christine Clerc nennen ihre kluge Chronik des Konfliktes treffend »Der Krieg Mitterrands – Die letzte große Illusion«. Am Ende stand tiefe Genugtuung, aber keine Begeisterung: Gefeiert wurde der französische Sieg still im Hof des Hôtel des Invalides, ohne Konfettiparade und Tschingdarassa. Am Anfang stand tiefer Zweifel, ja erschreckte Abwehr – und das gerade

bei denen, von denen man Kriegslust noch am ehesten erwarten würde, bei den Militärs. Sie wußten genau, daß Frankreichs nukleare Force de frappe für diesen Krieg nicht taugte. In der gaullistischen Nuklearstheologie diente sie der Abschreckung der Sowjetunion und als »Streichholz«, um notfalls das amerikanische Gegenfeuer in Europa herbeizwingen zu können. Die konventionelle Force d'action rapide, insgesamt 63 000 Mann stark, war 1983 für das europäische oder afrikanische Kriegstheater geschaffen worden. Im Golfkrieg erwies sie sich zwar als beweglich genug, war aber für einen derart mächtigen Gegner nur schlecht gerüstet.

Generalstabschef Maurice Schmitt rechnete bereits im August 1990 für diesen Krieg mit hunderttausend Toten. Die erschreckende Zahl mag angesichts der Zivilopfer im Irak heute der Wirklichkeit nahekommen. Doch damals hörten die französischen Kommentatoren aus dieser Angabe ganz richtig das Sich-Sträuben hoher Militärs heraus. Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement übernahm Schmitts Angabe wenig später. Dieser linke Jakobiner und stolze Nationalist blieb bis zu seinem Rücktritt am 29. Januar der mächtigste Kritiker der Golfpolitik Mitterrands. Schon im August sah er beim Auslaufen der Clemenceau sein Land »am Rande des Abgrunds«. Im Krisenkabinett des Präsidenten war er bald Außenseiter. Und wirklich im Bilde war dort nicht so sehr Generalstabschef Schmitt als vielmehr Mitterrands Stabschef im Elysée und Verbindungsmann zum amerikanischen Stab, Admiral Jacques Lanxade.

Nicht siegestrunken, eher selbstversunken feierten die Militärs diesen Sieg: Er hatte nicht die Größe, sondern die Grenzen ihrer Armee gezeigt. Die Begeisterung nach ihrem enorm schnellen Vorstoß in die westliche Flanke des irakischen Heeres ließ sie nicht vergessen, daß dies allenfalls ein Husarenstück aus fernen Zeiten war. »The French did a marvellous job«, rühmte anschließend General Norman Schwarzkopf. Ein französischer Rüstungskonzern machte daraus sehr zur Empörung der französischen Öffentlichkeit einen Werbeslogan. Das war es dann aber auch schon. Denn die Entscheidung brachte die Satelliten- und Lasertechnik der Amerikaner.

»Wir brauchen solch ein technologisches Arsenal nicht. Richtig, die Bedrohung kommt heute vielleicht nicht mehr aus derselben Ecke. Aber die Geschichte hat noch nicht gesagt, was davon zu halten ist. Um unser nationales Territorium zu verteidigen, haben wir die Nuklearwaffe. Für unsere Eingriffe in Afrika bedarf es keiner ausgeklügelten Waffen. Darum ist es ganz unnütz, wenn wir uns auf Kriege eines anderen Typs vorbereiten, die wir nicht führen können, es sei denn innerhalb einer Koalition«, sinnierte der Präsident nach Kriegsende.[5] François Heisbourg, der Direktor des Londoner Institute for Strategic Studies, meint schonungslos: »Mit den 12 000

Mann der Operation Daguet, hervorgegangen aus den 280 000 Mann des Heeres, erreichte Frankreich praktisch die Grenze des Möglichen. Dieses schlechte Verhältnis begrenzt in einem Regionalkonflikt jedes Engagement.«[6] Stoff für Großmachtträume bot der Golfkrieg kaum, eher schon in seiner Folge Gelegenheit für Eigensinn und resignierten Trotz, wie er in Mitterrands Worten anklingt.

Genutzt hat der Golfkrieg hingegen der französischen Rüstungsindustrie. Chevènements Nachfolger Pierre Joxe legte am 2. Juli 1991 der Verteidigungskommission der Nationalversammlung seine Erfolgszahlen vor: Die Auftragseingänge, in den letzten Jahren rückläufig, nahmen während des Krieges um 67 Prozent zu und stiegen von 20 auf 33,4 Milliarden Francs. Die Auftragsbücher konnten vor allem durch Bestellungen aus Saudi-Arabien und Kuwait gefüllt werden. Einerseits gelobte der Minister, sein Land wolle sich in der UNO für strengere Exportkontrollen einsetzen; andererseits will er verhindern, daß Frankreich daraus Wettbewerbsnachteile entstehen. Nach Ende des Krieges hatte die Regierung im übrigen – von der Öffentlichkeit fast unbemerkt – die hauseigenen Regeln für Waffenhandel gelockert: Mußten die (meist staatlichen) Unternehmen, die rund 260 000 Arbeitskräfte beschäftigen, bislang schon bei Aufnahme von Verhandlungen mit ausländischen Partnern Meldung erstatten, so begnügt sich die Regierung künftig damit, bei Abschluß unterrichtet zu werden. Ein Exportverbot behält sie sich weiter vor, nur sind die Argumente der Rüstungslobby künftig gewichtiger: Wer wird schon nachträglich ein gutes Geschäft verbieten, an dem Industrielle, Militärs, Ministerialbürokratie und mancher Politiker mitgewirkt haben?

Militärisch zehrte Frankreich zu lange von seinen Illusionen. Der berühmte Konsens um die Force de frappe und die Grande muette, die Große Stumme, wie die republikanische Armee genannt wird, kaschierte Schwächen im konventionellen Bereich, über die sich ausländische Beobachter, besonders in London oder Washington, zunehmend lustig machten. Schieben, strecken, streichen war in den letzten Jahren die Regel der mittelfristigen Militärplanung (Frankreich wendet bei fallender Tendenz derzeit 3,7 Prozent seines Bruttosozialprodukts für Verteidigung und Rüstung auf). Das gaullistische System stieß an budgetäre Grenzen des Wachstums. In seinem Sinn für »Unabhängigkeit« zwischen den Blöcken schuf der General einst einen nationalen militärisch-industriellen Komplex, der Frankreichs Armeen mit ausschließlich französischen Waffen ausrüsten sollte. Bei den enormen Entwicklungskosten zwang das zum Waffenexport und trieb die Preise nach oben. Daß dabei die französischen Waffenschmiede im Nuklear- und Elektronikbereich auf amerikanische Assistenz angewiesen wa-

ren, blieb ein Staatsgeheimnis. Es traf die Staatslüge von der souveränen, nur dem nationalen Genie zu verdankenden Force de frappe im Innersten, als im März 1989 der amerikanische Historiker Richard Ullmann von einem Geheimabkommen aus dem Jahre 1973 zwischen Henry Kissinger und Michel Jobert berichtete, bei dem amerikanisches Know-how gegen französische Kooperation in der NATO »getauscht« wurde. Erst im Golfkrieg rangen sich die siegreichen, aber technisch angeschlagenen Militärs zu dem Eingeständnis durch, daß sie halt doch sehr von amerikanischer Technologie abhängen ...

Diplomatisch wollten anfangs Gegner wie Befürworter des französischen Engagements die *politique arabe* Frankreichs für ihre Zwecke bemühen: Am Ende des Krieges verblüffte und empörte Außenminister Roland Dumas die politische Klasse, als er gegenüber *Le Monde* erklärte, es gebe weder »die« arabische Welt, noch sei diese *politique arabe* des modernen Frankreich, durch Bonapartes Expedition nach Ägypten begründet und von de Gaulle nach Ende des Algerienkrieges neu eingefädelt, mehr gewesen als ein Mythos. Nun hat sein Dienstherr Mitterrand mit einer eigenen Politik im Nahen und Mittleren Osten wenig Fortune gehabt. Nach seiner Israelreise im März 1982, der ersten eines französischen Präsidenten der Fünften Republik, galt er den Arabern erst recht als proisraelisch. Im Golfkrieg freilich überzogen israelische Medien und Politiker kein Land, von der Bundesrepublik vielleicht abgesehen, mit so harter Kritik. Zur selben Zeit verlor Frankreich einen privilegierten Gesprächspartner: Die PLO und ihr Führer Jassir Arafat standen in diesem Konflikt auf der anderen Seite und gehörten am Ende zu den großen Verlierern. Mitterrand hatte erst im Frühjahr 1989 als erster westlicher Regierungschef Arafat empfangen.

Vor dem Golfkrieg stützte sich Frankreichs arabische Politik auf den Libanon, doch dort verlor es mit seinem einseitigen Engagement für die Christen allen Einfluß, sodann auf den Irak, was das Verhältnis zum Iran bis heute kompliziert, und schließlich auf die PLO und die Regime des Maghreb. Nach dem Golfkrieg fand Frankreich sich an der Seite Syriens – im Libanon jahrelang Gegner und bei den Pariser Terroranschlägen Mitte der achtziger Jahre vermutlich Drahtzieher – und der Golfstaaten wieder. Die Beziehungen zu Algerien, das sich eher an der Seite Saddams fühlte, waren plötzlich gespannt. Der damalige Außenminister Sid Ahmed Ghozali erklärte am 4. März dem *Figaro*: »Algerien hat das Gefühl, daß in der Entscheidung Frankreichs in dieser Krise die Nordafrikaner nicht weiter zählten. Das ist eine Hypothek mehr, die unsere künftigen Gespräche belasten wird.«

In diesen Gesprächen geht es um weit mehr als um Außenpolitik. Denn als einziger westlicher Alliierter berührt Frankreich »Arabien« direkt. Für die

drei Millionen Araber zwischen Pau und Paris, besonders für die Beurs, die in Frankreich geborenen Kinder der *immigrés*, fand der Golfkrieg nicht nur via Fernsehen im Wohnzimmer statt. Er wütete in ihrer Seele. Die meisten Sozialarbeiter fürchteten deshalb, daß er mit Beginn der alliierten Offensive am 17. Januar bald nicht mehr nur in der Seele, sondern auch auf der Straße stattfinden werde. Fühlten die Beurs bisher allenfalls angesichts der Bilder der Intifada arabisch, entdeckten jetzt nicht wenige im Bombenfeuer von Bagdad ihre Wurzeln. Dabei waren, entgegen manchen Berichten aufgebrachter Reporter, die Sympathien für Saddam Hussein eher gering. Nur empörte sich mancher Araber über Frankreichs Feldzug für Recht und Freiheit, weil dieselbe Regierung noch 1988 Solidaritätsmärsche der Beurs über die Boulevards für die in Algier um Demokratie kämpfenden Vettern untersagt hatte. Mitterrand mußte schwere Verluste an der Front auch darum fürchten: Sie hätten nicht nur der stets spürbaren Kriegsskepsis der Franzosen Auftrieb verschafft, sondern wahrscheinlich auch zu schweren Rassenspannungen in den Vorstädten, zu einer zweiten Front in Frankreich selbst geführt. Frankreichs Präsident setzte mit seinem Engagement eine einmalige Chance aufs Spiel: Wo sonst leben die Kinder Abrahams trotz aller Probleme noch friedfertig zusammen?

Durch diesen Krieg suchte jeder noch mehr Zuflucht in seiner Richtung, die Juden Frankreichs im Schicksal Israels, die Araber im verletzten Stolz ihrer Brüder, die europäischen Franzosen in der »patriotischen« Abwehr und Angst vor dem Fremden. Die multikulturelle Jugendbewegung SOS Racisme, bis dahin von den Sozialisten unterstützt und mitfinanziert, drohte am Krieg zu zerbrechen: Die meisten »Paten« der Bewegung, Intellektuelle wie Bernard-Henri Lévy oder Marek Halter, unterstützten das französische Engagement ebenso wie viele jüdische Jugendliche sich mit Israel identifizierten. Beide Gruppen stritten sich mit ihren arabischen Freunden, die empört darüber waren, daß die Fernsehberichterstattung zwar die Angst in Tel Aviv ins Bild brachte, aber nicht den Tod in Bagdad.

Der Andere ist in der französischen Imagination der Araber. Der Durchschnittsamerikaner kennt »den Araber« allenfalls aus dem Kino, wo er in den Rambo-Filmen den Bösen verkörpert. Der Durchschnittsfranzose dagegen kennt ihn vom Korridor, wohnt in den unwirtlichen Vorstädten mit ihm Tür an Tür. Mitterrand schien sich, glaubt man seinen Beratern, von Anfang an sicher gewesen zu sein, daß es zwischen Franzosen und *immigrés* oder zwischen *beurs* und *feujs*, wie sich die jungen, engagierten Juden nennen, über Dispute hinaus zu keinen Spannungen kommen würde. Er hat recht behalten, weil er einfach Glück gehabt hat, mehr nicht: Die Verluste überschritten nur auf Saddams Seite die Schmerzschwelle.

Auf französischer Seite liegen die Verluste auf anderem Terrain: beim Umgang der Macht mit den Medien etwa oder bei der Stärkung der Exekutive gegenüber einem Parlament, das mehr denn je zur Registratur verkam.
Die Amerikaner wollten in der Kriegsberichterstattung kein zweites Vietnam erleben: Die Franzosen hatten diese Erfahrung nie gemacht. Amerikanische Pool-Journalisten schimpften über die Manndeckung, der sie im Kriegsgebiet kaum entkamen: Die französischen Journalisten gelangten meist gar nicht erst in dieses Gebiet. »Aus Sicherheitsvorschriften, die auch für uns heilig waren, wurde peu à peu eine politische Zensur«, beschwerte sich ein Fernsehreporter.[7] So durfte etwa über die – oft miserable – Stimmung bei der Truppe nicht berichtet werden. Wenn die Regierung mit einer Reportage unzufrieden war, wurden die verantwortlichen Redakteure in Paris wie unbotmäßige Untertanen vorgeladen.
»Der Krieg enthüllte den Zustand unseres politischen Systems«, schreibt der Verfassungsrechtler und Staatsrat Raphaël Hadas-Lebel.[8] »Es war Mitterrand allein, der von Anfang an die Richtung bestimmte. Wo er seine Funktion als Chef der Armee extensiv wahrnahm, legte er bis in die kleinsten Details die Operation fest. Gegenüber der Macht des Präsidenten wurden Premierminister und Regierung auf die Rolle von Ausführenden reduziert. (...) Diese Krisenperiode bestätigte eine der größten Fehlfunktionen unserer Demokratie – das Verschwinden des Parlaments. Nachdem es in den letzten Stunden vor Beginn der Feindseligkeiten die Regierungspolitik abgesegnet hatte, war es für den Rest der Zeit abwesend, anders als das britische Parlament, das während der ganzen Krise tagte, oder der amerikanische Kongreß, der auf die War Powers Act zurückgreifen konnte und dessen Kommissionen die Lage aufmerksam verfolgten. Bemerkenswert, daß der Präsident regelmäßig den Journalisten und Fernsehzuschauern und nicht den Parlamentariern die Politik Frankreichs erläuterte.«
Aber erläuterte er sie der versammelten Presse während der zahlreichen Konferenzen – in neun Monaten zählten wir siebenundzwanzig Kameraauftritte Mitterrands, mehr als je zuvor – oder gegenüber den ausgesuchten Stichwortgebern in seinen Fernsehansprachen wirklich? Mitterrands Redefluß glich eher dem beschwörenden Sprechen eines Schamanen, der die bösen Antikriegsgeister bannen will. Denn Begeisterung über diesen Krieg war in Frankreich nie zu spüren, eher Skepsis und anfangs eine Ablehnung, die weit über das versprengte Häuflein der Pazifisten hinausreichte. Mitterrand benötigte darum seine Argumente für Krieg und Frieden gleich an zwei Fronten: Nach außen sollten sie dem Präsidenten im Rahmen der *Sainte alliance* Spielraum verschaffen, nach innen seiner *Union Sacreé* Sicherheit geben. Der Krieg durfte so gesehen nur das unleidige, aber not-

wendige Nachspiel zur Friedens- und Verhandlungspolitik sein, wie er sie in seiner UNO-Rede am 24. September umriß. Damals grollten amerikanische und britische Kommentatoren dem Verbündeten, weil er schon die bloße *Ankündigung* eines irakischen Abzugs neben der Freilassung der Geiseln als Bedingung für Verhandlungen erklärte, während die gemeinsame Linie bis dahin eine *bedingungslose vollständige* Räumung Kuwaits gewesen war. Von da an bestätigten alle französischen Umfragen dem Präsidenten seine »Mäßigung und Entschlossenheit«. Seine politische Pädagogik am Bildschirm schlug an. Die Franzosen haben diesen Krieg nie gewollt; doch am Ende nahmen sie ihn, besänftigt durch Mitterrands Meinungsmassage, einfach hin. Skeptisch gegenüber diesem Krieg verhielten sich anfangs die Militärs (aus den geschilderten Gründen) wie viele Diplomaten, die um Frankreichs Ansehen in der arabischen Welt fürchteten. Ihnen allen gegenüber pochte Mitterrand auf sein Entscheidungsmonopol. In jenem August '90 schlug die Stunde der Exekutive, lag über Frankreichs politischem System ein Hauch Bonapartismus. Doch im Sommer '91 schien derselbe Mitterrand aus der Zeit gefallen zu sein. Prestigegewinn bedeutete in seinem Fall noch keine Politik. Souverän entschied er allein über einen Ausnahmezustand. Doch anders als ein Carl Schmitt es sich vorstellte, erwies sich diese Souveränität als hohl.

Am 4. März veröffentlichte *Libération* eine Umfrage: 85 Prozent der Franzosen billigten Mitterrands Krisen- und Kriegsmanagement. Nie zuvor wurde einem Präsidenten ein solcher Beifall zuteil. Die Schlagzeilen an diesem Tag machte freilich nicht der Sieg, sondern der Tod des Chansonniers Serge Gainsbourg: Mit der Volkstrauer um diesen großen Zyniker, für deutsche Gemüter kaum verstehbar, schlossen die Franzosen eilig die Klammer um den Golfkrieg. Jean Baudrillard hatte mit Blick auf die Mediatisierung des Konfliktes behauptet, der Krieg habe gar nicht stattgefunden: »Weil dieser Krieg im voraus gewonnen war, wird man niemals wissen, wie er ausgesehen hätte, hätte es ihn wirklich gegeben.«[9] Was als intellektuelle Denkfigur angelegt war, beschrieb die frühe Nachkriegszeit im März sehr genau. Die Logik des Krieges fand nur in Klammern Platz. Bellizisten wie Pazifisten kleideten dabei ihren Krieg und ihren Frieden in historisches Gewand: Mitterrand wollte einem zweiten München '38 vorbeugen, seine Kritiker, etwa der junge sozialistische Abgeordnete Julien Dray, einem zweiten Suez '56 ausweichen. War dieser Krieg wirklich von heute?

Mitterrand hatte in diesem Konflikt viel gewagt und am Ende gewonnen. Der Krieg endete entgegen düsteren Prognosen – 100 000 Tote ... – rasch und ohne große Verluste der Alliierten. Bei dem dramatischen Nachspiel um das Schicksal der Kurden sah man Frankreich an der Spitze der Hilfs-

aktionen, zu denen Mitterrand seinen amerikanischen Kollegen George Bush drängte. Der Konsens der Parteien hielt, die Kritik im eigenen Land verstummte fast ganz, der Schuß Bonapartismus in Mitterrands Politik führte zu keiner öffentlichen Erregung. Die Friedensdividende hätte Gelegenheit zum Aggiornamento der französischen Diplomatie, zum Schlußstrich unter Illusionen und Mythen geben können. Frankreich hätte seine Welt neu ordnen, sein Verhältnis zu Amerika und Arabien neu bestimmen können. »Nie zuvor war Frankreich amerikafreundlicher. Sollte Mitterrand aus Frankreich den besten Alliierten Amerikas auf dem Kontinent machen wollen, als Gegengewicht zu einem Deutschland, das er mit Unverständnis und Sorge beobachtet?« fragte Mitte März Claude Imbert, der Chefredakteur des Nachrichtenmagazins *Le Point*. Der Krieg schien die französischen Komplexe zu verjagen. Doch der Eindruck täuschte. Heute stimmt weder das Verhältnis zu Amerika noch das zu Arabien. Mitterrand ließ sich von der britisch-amerikanischen »Reform« der NATO überrumpeln und zog sich schmollend und grollend in den gewohnten sicherheitspolitischen Gaullismus zurück. In Osteuropa geht der Präsident mit seiner Idee einer Konföderation hausieren, doch haben Václav Havel oder Lech Wałesa rasch erkannt, welcher Platz ihnen in diesem gemeinsamen Haus à la française zugewiesen werden soll: ein kleines Antichambre, um sie möglichst lange aus den ersehnten Brüsseler Salons fernzuhalten. Nach dem Fall der Mauer sehnte sich Mitterrand nach ein wenig Ordnung im Durcheinander: Nach dem Golfkrieg gleicht er in seiner Ordnungsliebe einem neuen Metternich.[10] Weder aus der Revolution in Euopas Osten noch aus dem Krieg im Mittleren Osten wußte dieser Mann wirklich Nutzen zu ziehen.

»Warum muß das einst revolutionäre Frankreich heute das Land des Status quo par excellence werden, Anhänger der Routine und der Metternichschen Diplomatie? Warum mußte es die Eigenständigkeit der DDR gerade in dem Moment rühmen, da die Mauer in Berlin fiel; warum nur an Hilfe für Gorbatschow denken, als die Balten sich emanzipierten; warum den späteren Präsidenten Rußlands, Boris Jelzin, auf eine Art empfangen, wie es niemals einen stalinistischen oder faschistischen Diktator empfing [Mitterrand ließ Jelzin wenige Tage vor der Rußlandwahl im Elysée von einem Mitarbeiter begrüßen und gesellte sich nur aus »Zufall« für wenige Minuten hinzu]; und warum muß es sich heute an ein völlig umgewälztes Jugoslawien klammern, wo es doch darum geht, diesem eine Zukunft bauen zu helfen? Ja, warum nur?« Verzweifelt fragte dies Anfang Juli der linke Intellektuelle und Kommentator Jacques Julliard im *Nouvel Observateur*.[11] Die Antwort liegt beim Mann im Elysée. François Mitterrand lebt seit dem Völkerfrühling in Osteuropa im Herbst des Patriarchen.

Anmerkungen

1 Josette Alia/Christine Clerc: *La Guerre de Mitterrand – la dernière grande illusion*, Editions Olivier Orban, Paris 1991, S. 190.
2 A. a. O., S. 372 f.
3 A. a. O., S. 382.
4 Serge July: *La Diagonale du Golfe*, Editions Grasset, Paris 1991, S. 102.
5 Josette Alia/Christine Clerc, a. a. O., S. 385.
6 François Heisbourg: »Quelles leçons strategiques«, *Revue Politique Etrangère* 2/91, S. 420.
7 Josette Alia/Christine Clerc, a. a. O., S. 303.
8 Raphael Hadas-Lebel: »La Vème République et la guerre du Golfe«, *Pouvoirs* 58/91, S. 23 f.
9 In *Libération*, 29. 3. 91, S. 6. Baudrillard führte seine Thesen weiter aus in dem Büchlein *La Guerre du Golfe n'a pas eu lieu*, Ed. Galilée, Paris 1991.
10 In *Le Monde*, 3. 7. 91, S. 1 f.
11 In *Nouvel Observateur*, 4.-11. 7. 91, S. 62.

Veränderungen

Frauen im Trend
Beruf – Bildung – Bewußtsein
Hrsg.: Doris Happ / Ulrich Wiegand
1991, 199 S., kt., DM 36,–,
ISBN 3-89293-108-9

Arbeitslehre + Polytechnik: Annäherung und Wandel
Beiträge zur technisch- ökonomischen Allgemeinbildung im vereinten Deutschland
Hrsg.: J. Lackmann / U. Wascher
1991, 257 S., kt., ca. DM 32,–,
ISBN 3-89293-146-1

Als Au-Pair in die USA
Zwischen Abenteuer, „American Way of Life" und Babysitting – Programme, Erfahrungen, Informationen. Hrsg.: Informationsbüro für Deutsch-amerik. Austausch
1991, 167 S., DM 24,80,
ISBN 3-89293-147-X

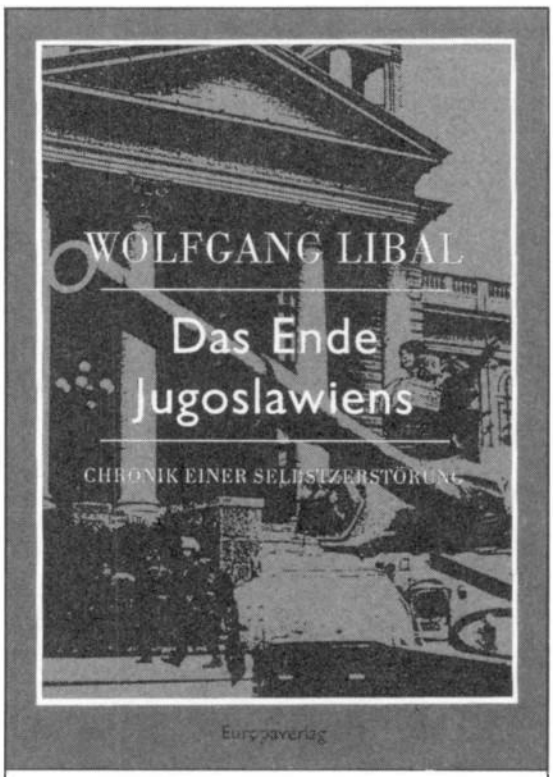
LernKultur 2006
Erwachsenenbildung und Weiterbildung in der Zukunftsgesellschaft.
Herausgegeben von Peter Faulstich
1990, 202 S., kt., DM 44,–,
ISBN 3-89293-105-4

S. Krämer / K. D. Walter
Konzentration + Gedächtnis
Ein Programm für 30 Tage Training
1991, 166 S., kt., ca. DM 32,–
ISBN 3-89293-107-0

Unternehmen pro Umwelt
Ansätze ganzheitlichen Denkens in Politik und Wirtschaft, Architektur, Produktentwicklung und Design
von Evelin Möller
245 S., kt., DM 48,–
ISBN 3-89293-089-9

Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis '91 an!

Lexika Lexika Verlag Barbara Rumpf
Hofangerstraße 27a · 8000 München 83
Telefon (089) 491772 · Telefax (089) 407655



176 Seiten, mit zahlreichen Abb.
DM 29,–
ISBN 3-203-51135-5

Tag für Tag steht der Zerfall Jugoslawiens international im Brennpunkt der Berichterstattung.
Das Buch des langjährigen Südosteuropa-Korrespondenten der Deutschen Presse-Agentur in Wien und Belgrad über die aktuellen Ereignisse 1990/91 und die historischen Hintergründe der Selbstzerstörung des Vielvölkerstaates.

EUROPAVERLAG
Wien · Zürich

Das Verblassen der Roten Armee

Ein Gespräch mit General Dmitri Antonowitsch Wolkogonow

In einem Artikel über General Denikin haben Sie kürzlich geschrieben: »Große historische Erschütterungen erschüttern immer auch die moralische Haltung des Volkes.« Wenn man an die Erschütterungen denkt, die die Sowjetunion in den letzten Jahren als Großmacht erfahren hat, den Zusammenbruch des Warschauer Paktes und zuletzt die Schlappe der sowjetischen Waffentechnik im Golfkrieg, wie hat sich dies auf die moralische Haltung der Armee ausgewirkt?

Unsere Geschichte ist in Wirklichkeit eine kompakte Kette großer Erschütterungen, allerdings sind auch dem deutschen Volk zur Genüge historische Erschütterungen widerfahren. Wie nun diese Erschütterungen bei uns auf die moralische Haltung des Landes und der Armee gewirkt haben? Ich möchte mit der Hauptsache beginnen: über 70 Jahre hat uns unsere Entwicklung auf dem sogenannten »sozialistischen Weg« in eine gewaltige historische Sackgasse geführt. Das halte ich für die Grunderschütterung, nicht den Angriff Hitlers auf uns und auch nicht den falschen und verbrecherischen Krieg in Afghanistan, sondern diesen großen historischen Fehlschlag, der unser Volk auf einem Irrweg einholte, der ihm 1917 vorgezeichnet worden war. Daran ist das Volk nicht schuld, und ich glaube auch, daß die Armee daran keine Schuld trägt. Schuldig ist die Ideologie, schuldig ist die KPdSU, und schuldig sind die bekannten Führer.

Um mich nicht mit der Aureole der Unschuld zu umgeben, muß ich hinzufügen, daß ich selbst als junger Leutnant Stalinist war, obwohl man meinen Vater erschossen hatte, meine Mutter in der Verbannung ums Leben kam. Später war ich viele, viele Jahre orthodoxer Marxist und habe nicht wenig Kraft darauf verwandt, dieses bürokratische System zu stärken. Das Umdenken begann bei mir vor 15 Jahren, als ich Material für ein Buch über die drei kommunistischen Führer Lenin, Stalin und Trotzki sammelte. Ich bekam damals Zugang zu vielen sonst verschlossenen Archiven, darunter zu den einzigartigen persönlichen Archiven Stalins, Berijas, Molotows und Trotzkis. Da begann ich umzudenken und begriff, daß wir einen falschen Gott angebetet und an eine verkehrte Utopie geglaubt hatten. Schon lange

verkünde ich nun meine Überzeugungen öffentlich, und natürlich ist das für mich nicht ohne Folgen geblieben. Schließlich war ich einer der Führer der Armee, Dreisterne-General und Stellvertreter des Chefs der politischen Hauptverwaltung. Ich wurde um mehrere Stufen degradiert. Jetzt bin ich auch noch von dem Posten als Chef eines Forschungsinstitutes entfernt worden, wegen – wie ich es nennen würde – Freigeisterei. Denn ich habe die Kraft in mir gefunden, meine Fehler einzugestehen. Und auf dem letzten Parteitag der KPdSU habe ich gefordert, daß sich die Partei von der marxistischen Utopie lossagen und sich umbenennen möge, vielleicht sogar auf sozialdemokratische Gleise einschwenken müsse. Man hat mich dort nicht zu Ende sprechen lassen, sondern niedergetrampelt. Am 22. Juli 1991 soll nun das neue Programm der KPdSU veröffentlicht werden. Ich erwarte, daß es außer einigen kosmetischen Korrekturen keine wesentlichen Änderungen aufweisen wird. Und wenn darin wieder die »kommunistische Perspektive« und das alte utopistische Gerümpel auftauchen, dann kann ich in dieser Partei nicht mehr länger bleiben. Im letzten Jahr hatte man mich als Kandidat für die Kommission vorgeschlagen, die dieses Programm ausarbeitete. Aber die Militärs in der Parteispitze empörten sich sofort, bezeichneten mich als Opportunisten, Revisionisten und nicht vertrauenswürdig. Schließlich schafften sie es mit langen Abstimmungsprozeduren, mich auszuschalten. Und daran haben sie eigentlich recht getan. Ich bin nämlich wirklich bis zu einem gewissen Grade »Revisionist«, und ich glaube, daß dieses Wort für die Lebendigkeit eines Geistes steht, der auf Dogmen nicht hereinfällt.

Ist Ihr eigener Weg nun in der heutigen Roten Armee eine totale Ausnahme oder ein Indikator dafür, daß etwas in Bewegung gerät?

Ich bin sicher, und ich irre mich selten in meinen politischen Prognosen, daß wir am Beginn einer sehr langen Übergangsperiode stehen, die mindestens zehn bis fünfzehn Jahre dauern wird, daß wir es aber in den nächsten zwei Jahren schaffen könnten, die Weichen für unseren Weg ein wenig zu stabilisieren – wenn nicht etwas Unvorhersehbares geschieht und es zu keinen Katastrophen kommt. Und in dieser Hinsicht erscheint es mir sehr wichtig, daß der Prozeß der Umbewertung auch im Bewußtsein der Soldaten schon begonnen hat. Ein Beispiel: vor zwei Jahren trat ich auf der Parteikonferenz des Verteidigungsministeriums auf. Dort bemühte man sich mit aller Kraft, meine Wahl zum Delegierten des Parteitages zu verhindern, wonach es mich selbst gar nicht besonders drängte. Es waren siebzehn Kandidaten für drei Deputate aufgestellt worden, und ich wurde auf der betreffenden Versammlung gründlich als »Revisionist«, »Wendehals« und nahezu als Verräter charakterisiert. Man hatte fleißig vorgearbeitet. Aber als

es zur Abstimmung kam, gewann ich im ersten Wahlgang mit gewaltigem Vorsprung. Alle Generäle hatten gegen mich gestimmt, aber die meisten Offiziere der mittleren und unteren Ränge für mich. Sie hatten ihre Unterstützung nur nicht öffentlich zum Ausdruck bringen können. Manche waren an mich herangetreten und hatten mir heimlich die Hand gedrückt, andere riefen mich danach zu Hause an und sagten: »Wir sind für Sie. Uns gefällt Ihr Programm.« Das hat mich stark inspiriert.

Ich erhalte sehr viele Briefe von jungen Offizieren der mittleren und unteren Ränge, und für mich zeichnet sich da eine »Neue Welle« in der Armee ab, der die Zukunft gehört. Diese Leute teilen meine strategischen Ziele: sich von der kommunistischen Utopie lossagen, konsequente Reformen – keine Revolutionen – und an die Stelle der totalitär-bürokratischen eine zivilisierte demokratische Gesellschaft setzen. Dafür sind allerdings viele verschiedene kleine Schritte notwendig. Natürlich hat die demokratische Bewegung die Armee erreicht, wenn auch mit einer eigentümlichen Verzerrung: fast die gesamte Generalität bleibt den alten KPdSU-Idealen treu, während das demokratische Engagement in den unteren Schichten schnell wächst. Ich denke daran, wie gründlich die Soldaten vor den russischen Präsidentenwahlen propagandistisch bearbeitet und unter Druck gesetzt wurden. Ich bin sicher, daß die Stimmabgabe vielerorts sogar überwacht wurde, daß dem einzelnen aus seiner Wahl ganz konkrete Vorteile oder Nachteile erwuchsen. Und man machte deutlich, daß eine mehrheitliche Stimmabgabe für Jelzin als Anzeichen von Illoyalität der betreffenden Unterabteilung gewertet würde. Trotzdem haben 47 Prozent der Armeeangehörigen in Rußland für Jelzin gestimmt. Fast die Hälfte! Das hatte niemand erwartet. Und ich glaube jetzt, daß dieser Prozentsatz noch steigen wird. Deshalb noch einmal: die größte Erschütterung ist heute mit dem Orientierungswechsel und der Ablösung der alten Ideale verbunden. Die Leute fragen sich, wie man es denn schaffen kann, sich von der Lüge loszusagen, ohne die Liebe zum Vaterland und die alten russischen Traditionen zu verlieren. Und deshalb ist dieser Weltanschauungswechsel in der Armee auch ein langsamer und quälender Vorgang.

Wie reagiert die Armeeführung auf diesen Prozeß?

Sie kann sich absolut nicht damit abfinden. Die alten Parteiorgane wurden zwar zum Teil aufgelöst, aber an ihre Stelle setzte man spezielle militärpolitische Organe, und außerdem stellte man viele Personen vom Dienst frei, um eine neue, mächtige Parteiorganisation parallel zur Armee zu schaffen. Es gibt heute mehr militärpolitische Funktionäre als früher. Ich bin der Ansicht, daß es weit klüger gewesen wäre, statt dessen Informationsorgane und Institutionen zur Verteidigung der sozialen Interessen der Soldaten zu

schaffen. Die Armee ist verelendet. Es gibt bei uns mehrere zehntausend wohnungslose Offiziere. Die Schutzlosigkeit auf diesem Gebiet ist umfassend. Die Bezüge sind minimal. Es ist kaum zu glauben, aber ein Militärpilot erster Klasse bekommt im Monat weniger als ein Trolleybusfahrer. Alle rechnen damit, daß die Armee reduziert wird, und jeder einzelne sorgt sich um sein künftiges Schicksal. Man müßte Maßnahmen ergreifen, um allen heutigen Armeeangehörigen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. Der soziale Abstieg macht der Armee und der gesamten Gesellschaft mehr zu schaffen als alle außenpolitischen Aspekte.

Aber stand nicht zum Beispiel der Krieg in Afghanistan am Beginn des sozialen Abstiegs vieler Soldaten?

Unser Engagement in Afghanistan, das immer als eine höchst gerechte Sache gerühmt wurde, war in Wirklichkeit die Einmischung in den Bürgerkrieg eines fremden Volkes. Die einzelnen Soldaten, die dort waren, haben ihre Pflicht getan, und man kann ihnen keinen Vorwurf daraus machen, aber seitens der militärischen Führung war es ein grober Fehler, sich in dieses Abenteuer zu stürzen. Das hat uns mehr als fünfzig Milliarden Rubel, fast vierzehntausend Menschenleben und fast fünfzigtausend Verwundete gekostet.

Wie sollte für Sie die sowjetische Armee der Zukunft aussehen?

Ich habe sehr viel gelesen, große Teile der Welt bereist und mir überall Archive angesehen, bis ich hinter die Technologie der Macht kam. Ich kann sagen, daß ich die Keller der Macht in unserem Land kenne und deshalb weiß: sie ist lasterhaft. Natürlich ist jede beliebige Macht lasterhaft, aber in den demokratischen Ländern wird sie durch Legislaturperioden und »Checks and balances« wenigstens gezügelt. Das hat bei uns gefehlt, und deshalb ist unsere Gesellschaft jetzt so krank. In einer kranken Gesellschaft aber kann es keine gesunde Armee geben. Ich achte unsere Armee noch immer und glaube, daß ihr Personal im Grunde sehr qualifiziert ist. Gerade deshalb wünsche ich mir so sehr, daß sie keiner Partei unterstellt wäre, sondern allein dem Staate diente. Ich glaube allerdings, daß schon jetzt die Zeiten vorbei sind, in denen sich die Armee noch vor den Karren einer einzigen Partei spannen ließe. Natürlich sind Reformen nötig, vor allem eine quantitative Reduktion, ich möchte mich da nicht festlegen, ob fünfzehn, zwanzig oder dreißig Prozent des Personals eingespart werden müssen, aber es steht fest, daß diese Kürzungen beträchtlich sein müssen. Im übrigen hoffe ich, daß uns die Unterzeichnung eines Unionsvertrages gelingt und daß die Armee auch in Zukunft eine Armee der Union sein wird.

Und was halten Sie von einer eigenen Armee für Rußland?

Meine vielen Diskussionen mit russischen Parlamentariern und mit Boris Nikolajewitsch Jelzin über diesen Punkt haben zu dem gemeinsamen Resultat geführt, daß eine eigene Armee für uns nicht wünschenswert ist. Weil nämlich die Unionsarmee zu 75 Prozent aus russischen Jungen besteht und zu 80 Prozent aus russischen Finanzen und materiellen Ressourcen gespeist wird. Deshalb wäre es für uns vorteilhafter, wenn wir auf einem unserem Beitrag entsprechenden Einfluß auf die Armee der ganzen Union bestünden: Einfluß auf die Personalpolitik, die Strategie, die Reformen usw. Wozu brauchen wir noch eine eigene russische Armee, wenn die Unionsarmee ohnehin zu zwei Dritteln russisch ist?

Was wird dann aus der Forderung, daß die russischen Rekruten nicht allzuweit von ihrem Heimatort dienen sollten?

Die entsprechenden Gesetze werden bei uns schon vorbereitet. Ich bin überhaupt nicht der Ansicht, daß jeder um jeden Preis in der Armee dienen muß. Wer ernsthafte religiöse oder andere Gründe hat, sollte, bitteschön, auch die Möglichkeit eines Alternativdienstes haben, und dies könnte unsere Gesellschaft um einige Initiativen bereichern. Bei dem Prinzip des Heimateinsatzes gibt es aber logische Beschränkungen, denn wir haben ja große Gebiete, in denen überhaupt niemand lebt oder je leben wird, zum Beispiel in der Tundra oder in Nord-Kamtschatka.

Könnte man diese Territorien nicht den Berufssoldaten vorbehalten?

Ja, ich glaube überhaupt, daß sich unsere Armee allmählich zu einem Heer von Berufssoldaten umbilden sollte. Jetzt können wir das noch nicht, weil wir dazu zu arm sind. Aber die Mittel, die durch Verringerung des Umfangs der Armee und durch Abrüstungsmaßnahmen frei werden, sollten unbedingt dazu verwendet werden, den Sozialstatus der Wehrdienstleistenden zu erhöhen. Die Soldaten, die eine Familie haben, sollten die Möglichkeit erhalten, mit dieser auch zusammenzuleben. Heeresteile sollten die Möglichkeit zu Vertragsabschlüssen erhalten, wie es die amerikanische Rheinarmee jetzt praktiziert. Das ist dort ein ganz anderes Leben. Die Armee besteht hauptsächlich aus jungen Männern von Mitte zwanzig, und nicht aus achtzehnjährigen Jüngelchen wie bei uns. Diese Leute qualifizieren sich und absolvieren ihre Arbeit fern von allen Alltagssorgen. Ich denke, daß wir schrittweise zu einem Berufsheer übergehen sollten. Jetzt sind erst einmal Mischformen zwischen Wehrdienstpflicht und Berufssoldatentum angesagt, aber die Zukunft gehört unbedingt einer Armee von Professionellen – auch bei uns.

Eine Anmerkung zur Wehrdienstpflicht: Früher wurde die Rote Armee in öffentlichen Verlautbarungen immer als »Kindchen des Volkes« apostrophiert, doch das Volk mag ihr offenbar seine Kinder nicht mehr anver-

trauen. Es fürchtet, daß sie dort mangelhaft ernährt und maltraitiert werden, daß sie zu den unbeteiligten Opfern von Nationalitätenkonflikten werden. Wie sehen Sie diese Beziehung zwischen Armee und Volk heute?
Wir beschäftigen weder Holländer noch Nicaraguaner als Söldner in unserer Armee. In dieser Hinsicht bestand die Armee der Sowjetunion wirklich aus den Kindern ihrer Völker. Daß aber Tausende von jungen Menschen in Friedenszeiten jährlich in unserer Armee umkommen, durch Unfälle, Schläge oder infolge innerer Konflikte in den verschiedenen Einheiten, dies bezeugt, daß in unserer Armee – milde gesagt – nicht alles stimmt. Kräfte wie die Vereinigung der Soldatenmütter [der in der Armee umgekommenen Söhne] haben sehr viel dafür getan, daß es heute in der Armee mehr »Glasnost« gibt. Die Armee sollte ihrer Bestimmung entsprechend eingesetzt werden. Es ist immer noch so, daß die Soldaten als billige Arbeitskräfte bei der Ernte oder beim Bau von Eisenbahnlinien usw. dienen müssen. Und die zum Wehrdienst Einberufenen sollten auf keinen Fall in Nationalitätenkonflikten eingesetzt werden. Natürlich sind hier überhaupt politische Lösungen vorzuziehen. Wenn aber schon einmal Menschenleben geschützt werden müssen, dann sollte dies ausschließlich die Aufgabe von Berufssoldaten sein, die sich freiwillig für solche Aufgaben zur Verfügung gestellt haben. Wir bereiten im russischen Parlament im Moment ein Gesetz vor, das den Einsatz junger Leute aus der russischen Föderation in solchen Konfliktherden verbietet. In den Truppen des Innenministeriums der UdSSR sind jetzt übrigens die ersten professionellen Einheiten zu solchen Zwecken gegründet worden. Dieser Prozeß hat also schon begonnen, ist aber noch in einem embryonalen Stadium. Außerdem müssen natürlich alle Vorgänge innerhalb der Armee viel stärker der gesellschaftlichen Kontrolle unterliegen.
Stimmt es, daß die sogenannte »Dedowschtschina«, vor der sich die Eltern der Rekruten besonders fürchten, früher in der Roten Armee nicht vorkam?*
Die »Dedowschtschina« existiert höchstens seit einem Vierteljahrhundert.
Wie kann sich eine solche Erscheinung plötzlich verbreiten?
Dafür gibt es verschiedene Ursachen. Vor allem: früher war es untersagt, ehemalige Häftlinge in die Armee aufzunehmen. Dann hieß es plötzlich, dies sei eine soziale Ungerechtigkeit, und mit einem Schlag kam ein ganzer Schwall von Leuten, die gesessen hatten, in die Armee. Da wurde vieles übertragen. Sie wissen ja, daß die Erniedrigung der Schwachen durch die Starken in den Lagern und Gefängnissen immer üblich war. Anfangs hat man es auch zu sehr auf die leichte Schulter genommen, wenn ein Längergedienter einen Jüngeren veranlaßte, für sich selbst persönliche Dienste zu verrichten, ihm die besseren Happen beim Essen wegnahm usw. Man hielt

das für Einzelfälle, und so kam es zu einer gewissen Verwilderung der Sitten. Ich bin davon überzeugt, daß diese Erscheinung sich nicht so lawinenartig hätte ausbreiten können, wenn wir gleich den Anfängen gewehrt hätten. Heute ist es schon schwer, etwas dagegen zu tun, weil eine Tradition daraus geworden ist. Sogar die Soldaten selbst unternehmen kaum etwas dagegen, wenn sie nicht gerade zu Krüppeln geschlagen worden sind. Sie ertragen das alles irgendwie im ersten Jahr, weil sie ja wissen, daß sie im zweiten Jahr selbst die Überlegenen sein werden und sich von den Jüngeren bedienen lassen können. Das ist ein Teufelskreis. Und auch dieser Mißstand wird wohl erst ganz beseitigt sein, wenn wir die Armee in ein Berufsheer verwandelt haben. Denn so etwas würde kein erwachsener Mann mitmachen, der nach Dienstende die Kasernentüren hinter sich schließt und zu seiner Familie nach Hause geht.

Wie wird sich die Konversion auf die Zukunft der Armee auswirken?

Bei uns wird sehr viel von Konversion geredet, aber in Wirklichkeit geht es sehr schlecht mit ihr voran. Es kann ja nicht der Sinn der Sache sein, dort, wo bisher Raketen hergestellt wurden, plötzlich Bratpfannen, Strumpfhosen oder Fernsehgeräte vom Fließband laufen zu lassen. Die Militärindustrie ist bei uns der einzige hochtechnisierte Industriezweig. Hier hätte man die Chance, Produkte herzustellen, z. B. elektronische Geräte, die mit denen des Westens konkurrieren könnten, und dafür könnte man veraltete Fabriken einfach schließen. Aber bisher herrscht auf diesem Gebiet ein einziger Wirrwarr, und keinerlei klare Konzeption zeichnet sich ab. Die Militärindustrie verschlingt noch immer Milliarden, dafür sind wir nun wirklich zu arm.

Sehen Sie überhaupt die Möglichkeit, daß auf diesem Sektor in der Sowjetunion auch freie Produzenten auftauchen?

Zu einer einfachen Privatisierung dieses Sektors wird es wohl kaum kommen, zumal hier auch eine Chance für den Staat liegt, auf dem Wege der Konversion die Produktion gewisser Waren zu gewährleisten, ohne die das Volk nicht weiterexistieren kann. Aber eine Umwandlung in Unternehmen der öffentlichen Hand oder bestimmte Formen des kollektiven Eigentums wie z. B. Aktiengesellschaften könnte ich mir schon vorstellen. Es ist noch nicht einmal so, daß diese Prozesse bei uns heute sabotiert würden, wir sitzen da einfach noch in der Vorschule. Ich glaube aber, daß der von Rußland eingeschlagene Weg zur Marktwirtschaft sich auch hier positiv auswirken wird und daß wir schon in zwei bis drei Jahren viel klarer sehen werden.

Wäre es für die Militärs nicht wünschenswert, auch auf dem eigentlichen Waffenmarkt unter konkurrierenden Produkten wählen zu können?

Natürlich ist »das Nationalflugzeug« eine genauso unerfreuliche Sache wie »der Volksempfänger« oder »die Staatswaschmaschine«. Leider wird in der Armeeführung noch immer die sture Planideologie hochgehalten. Heute muß unsere Armee alles nehmen, was ihr geboten wird, ohne Ansehen der Qualität; deshalb halte ich die Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen auch in der Kriegsindustrie für wünschenswert.

Früher hat man sich in der Armee vieles bieten lassen und vieles ertragen, weil man sich am Nimbus der eigenen Großmacht berauschen konnte. Jetzt bröckelt dieser Mythos. Womit können die Menschen in der Armee der UdSSR diesen psychologischen Verlust kompensieren?

Gewiß herrscht unter den Armee-Angehörigen große Unruhe angesichts des Zerfalls unseres Staates, obwohl man nüchtern betrachtet damit rechnen muß, daß alle Imperien sich irgendwann einmal auflösen. Ich persönlich setze meine Hoffnung darauf, daß eine Union freier (wenn auch nicht aller) Republiken bei uns immer noch möglich ist. Gerade in der Armee baut man darauf, denn die Mehrheit wünscht sich eine Unionsarmee. Gegen wen sollte denn die ehemalige Sowjetrepublik X eine Armee für sich ganz allein unterhalten? Wohl kaum gegen die USA. Es ist doch klar, daß sich solche Bestrebungen gegen die eigenen Nachbarn richten, und dies weckt natürlich Ängste. Gerade in Rußland geht es gar nicht so sehr um den Verlust des internationalen Gewichtes. Als Land von gewaltiger Ausdehnung mit 150 Millionen Einwohnern können wir immer noch hoffen, auf diesem Gebiet in der Zukunft wieder aufzuholen. Aber der Verlust der historisch gewachsenen Bande zu den Nachbarn, der bewährten Kooperation, diese Spaltung, die dann auch durch dreißig Millionen gemischtnationale Familien ginge, wäre für alle ein äußerst schmerzhafter Vorgang. Und vieles, was bei uns an Progressivem mit den nationalen Befreiungsbewegungen verbunden war, droht heute wieder in einen überlebten Nationalismus umzuschlagen, der eigentlich dem vorigen Jahrhundert angehören sollte.

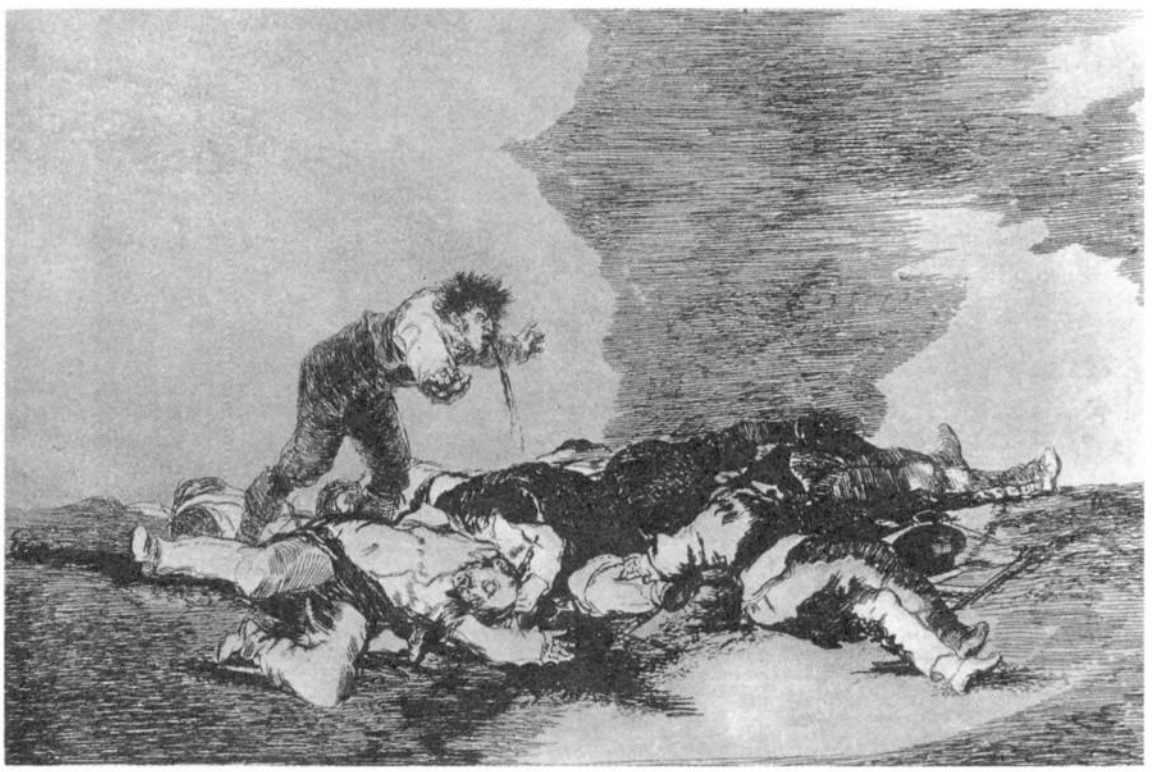
Die Hauptfunktion der künftigen Sowjetarmee wäre also eine innenpolitische?

Ja. Aber nicht als Drohung gegen die eigenen Bürger. Eine gemeinsame Armee könnte ein etwas ausgeglicheneres Gefühl für die nationale Würde der einzelnen Völker fördern, und viele hoffen heute auch, daß sie als eigentümlicher Garant dient. Ich halte den Anspruch, daß wir mit den USA konkurrieren sollten, für unsinnig. Das internationale Kräftegleichgewicht kann heute mit einem Minimum von Einsatz aufrechterhalten werden. Übrigens würde ich es begrüßen, wenn auch England, Frankreich und China künftig dem atomaren Klub beiträten und die Abrüstung nicht auf die UdSSR und die USA beschränkt bliebe. Ich habe schon gesagt, daß ich für

eine krasse Verkleinerung unserer Armee bin. Vorerst aber ist ein so großer Staat ganz ohne militärische Muskeln unvorstellbar, deshalb wird unsere Armee gewiß noch bis zum Ende dieses Jahrhunderts existieren. Irgendwann aber wird die Menschheit zu dem Schluß kommen, daß Gewalt als Mittel der Konfliktlösung völlig ausgeschlossen werden muß. Manchmal hänge ich der utopischen Vorstellung an, daß die Vereinten Nationen einen Plan zur Herausbildung eines planetaren »Bewußtseins der Gewaltlosigkeit« verabschieden könnten. Dem müßten die Lehrpläne aller Schulen dienen, egal, ob nun auf Suaheli, Englisch, Deutsch oder Chinesisch unterrichtet wird. Ich glaube, daß das so entwickelte planetare Bewußtsein in einigen Jahrzehnten hübsch solide werden könnte.

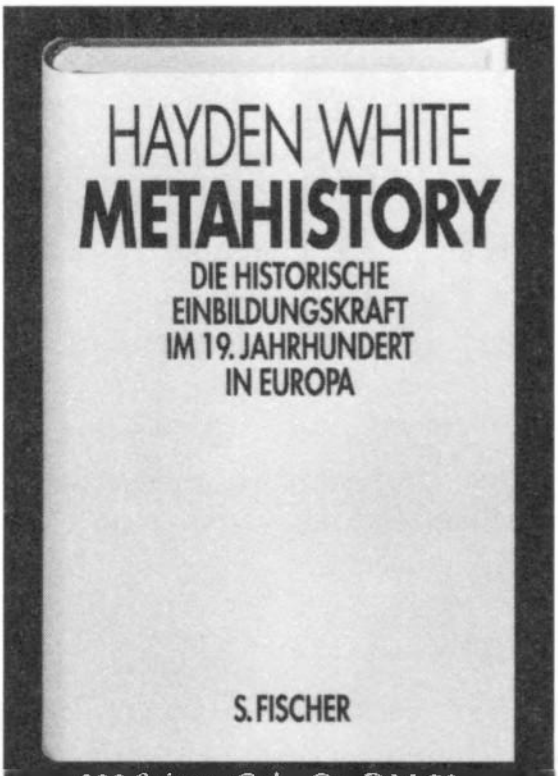
Interview und Übersetzung aus dem Russischen: Barbara Kerneck, Moskau

* Zur »Dedowschtschina« siehe den Artikel »Kasernenterror. Zur Soziologie der ›Dedowschtschina‹«, in: *Kursbuch* 103, »Rußland verstehen«, März 1991.



Geschichte des europäischen Geschichtsdenkens

Wir kennen keine andere als *gedeutete* Geschichte. An den Werken der großen Historiographen und Geschichtstheoretiker des 19. Jahrhunderts (Michelet, Ranke, Tocqueville, Burckhardt einerseits, Marx, Nietzsche, Croce andererseits) entwickelt Hayden White ein neuartiges, ebenso scharfsinniges wie einleuchtendes Verfahren, ihre Texte als Geheimschrift der historischen Einbildungskraft zu entschlüsseln. Er deckt die Bewegungsformen des Denkens und Schreibens über die Geschichte an ihrem Entstehungsort auf: im interpretierenden Bewußtsein der Historiographen.



592 Seiten. Geb. Ca. DM 78,–

»Dies Buch ist eine *Geschichte* des europäischen Geschichtsdenkens im 19. Jahrhundert, doch zugleich ist es ein Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion über das *Problem der historischen Erkenntnis.* Einerseits erkundet es die Entwicklung des Geschichtsdenkens während einer bestimmten Periode seines Entstehens, andererseits entwirft es eine allgemeine Theorie der Struktur dieser Denkweise, die man die ›historische‹ nennt.« *Hayden White*

In allen Buchhandlungen

S. Fischer

Hans-Henning Schröder
Die Sowjetunion – ein hochgerüsteter Verlierer?

»The Soviet knight is dying inside his armour.« John le Carré[1]

Der Kalte Krieg ist vorbei. Die UdSSR hat ihn verloren. Die T-72 und T-80, die MiG-29, die Salvenwerfer und die BTR's stehen allerdings noch ohne Schramme in ihren Hangars und auf ihren Abstellplätzen. Die gerade abgeschlossene Vernichtung der Mittelstreckenraketen hat kaum 2 oder 3 Prozent des nuklearen Arsenals beseitigt. Schaden genommen hat jedoch das Selbstgefühl der sowjetischen Generäle, die die Geltung ihres Staates allein am Ausmaß seiner Rüstung messen. Zur gleichen Zeit, da sich im Herbst 1990 in Paris die Außenminister von 22 Staaten anschickten, ihren Namenszug unter das Abkommen über die konventionellen Streitkräfte in Europa zu setzen, beklagte das Organ der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Armee und Flotte den Bedeutungsverlust, den die UdSSR erlitt: »Heute rechnet man noch mit uns«, hieß es dort, »behandelt uns als gleiche, bemüht sich, keinen gebieterischen Ton anzuschlagen (sonst reißt sich doch der Fisch vom Haken los!), aber damit kann es morgen schon vorbei sein.«[2]

Über fünfundvierzig Jahre hatte die Sowjetunion im Rüstungswettlauf mitgehalten – in der großen Zeit der Dinosaurier. Was Klauen, Gehörn und Reißzähne anging, war die sowjetische Riesenechse den überrüsteten Sauriern westlicher Militärkomplexe gewiß ebenbürtig, doch standen ihr nach Jahren des Wettrüstens die Rippen heraus, ihre Sinne waren abgestumpft. Über Jahre hatten sich im Innern Probleme aufgestaut, weil eine fossile Bürokratie bis 1982 jeden Versuch wirklicher Veränderungen schon im Keim erstickte. Die Reformen, die eine neue Administration seit 1985 initiiert hatte, die Öffnung der Gesellschaft, die Parlamentarisierung des politischen Systems, die Auflösung der bürokratischen Wirtschaftslenkungsstrukturen, der Verzicht auf das Instrument der Gewalt in der Außenpolitik brachten dann rasch zutage, wie brüchig der sowjetische Staat selbst und wie rissig der »Block der Bruderländer« war. Nach der Auflösung des Warschauer Vertrages und des Rats für Gemeinsame Wirtschaftshilfe steht die Sowjetunion heute international isoliert da – ohne Partner, ohne Aussicht auf eine neue Koalition. Angesichts der Unabhängigkeitsbestrebungen

der Einzelrepubliken, angesichts sozialer Unruhen und ethnischer Konflikte ist die Fortexistenz der Sowjetunion selbst in der bisherigen Form zweifelhaft. So stellt sich jetzt die Frage, wie dieser Staat in Zukunft aussehen und welchen Platz er in der Welt einnehmen wird.
Das eine läßt sich kaum vom anderen trennen. Ob es gelingt, wenigstens einen Kern von Republiken in einem Bund souveräner Staaten zusammenzufassen, ob es gelingt, die unsinnig hohe Rüstungslast zu beschneiden und die materiellen und geistigen Ressourcen für den Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft nutzbar zu machen, ob es gelingt, die Gesellschaft zu befrieden und die Volkswirtschaft ohne allzu großen Verzug auf die neuen Bedingungen umzustellen, davon hängt es ab, welche Rolle die »Russische Föderation« oder die »Union der Souveränen Sowjetrepubliken« künftig in Europa und in der Welt spielen wird. Den Kalten Krieg hat die fossile Bürokratie, die auf Hochrüstung setzte und eine Fortentwicklung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems verhinderte, verloren. Jetzt stellt sich die Frage, von welcher Richtung für die Überlebenden des Krieges die künftige Bedrohung ausgeht und welches die nationalen Interessen sind, die sie verfolgen werden.

Ein waffenstarrender Kadaver

Anfang 1990 – die einseitigen Reduzierungen waren schon ein Jahr im Gange – unterhielt die Sowjetunion nach eigenen Angaben immer noch Streitkräfte in der Höhe von 3,993 Millionen Mann – nicht gerechnet Bau- und Eisenbahntruppen und Zivilverteidigung (1,47 Millionen), Grenztruppen des KGB (230 000) und Innere Truppen des Unions-Innenministeriums (250 000 Mann). Allein das konventionelle Arsenal umfaßte 8207 Jagdbomber und Abfangjäger, 4014 Kampfhubschrauber, 63 900 Kampfpanzer, 76 520 Schützenpanzer und gepanzerte Mannschaftstransporter sowie 66 880 Geschütze, Granat- und Raketenwerfer. Dazu kamen noch 97 Langstreckenbomber mit Marschflugkörpern und 2322 Abschußgeräte für land- und seegestützte strategische Raketen. Für diese Trägersysteme verfügte die UdSSR über ca. 10 000 atomare Sprengköpfe.[3] Ein aberwitziges Waffenlager, das über Jahrzehnte aufgebaut und immer wieder modernisiert worden war. Die besten Köpfe des Landes und die wertvollsten Ressourcen waren für Rüstungsentwicklung und Rüstungsproduktion verschlissen worden. Die sowjetische Führung hatte über Jahre hinweg nach offiziellen Angaben etwa 9,4 Prozent, nach Gorbatschow um die 13 Prozent, nach westlichen Schätzungen ca. 15-16 Prozent, nach denen des Deputierten Ryschkow aber über 20 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Errich-

tung und Erhaltung der Militärmacht aufgewandt. In den USA betrug die entsprechende Belastung in der gleichen Phase etwa 6-7 Prozent, in der Bundesrepublik 3-4 Prozent.[4]

Eine Politik, die Sicherheit allein in übermäßiger Rüstung suchte, hatte aus der Sowjetunion ein Zeughaus voll teuren – und letztlich nutzlosen – Kriegsgeräts gemacht. Die Niederlage im Kalten Krieg war auch Folge einer hypertrophen Rüstung, die die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft erstickt hatte.

Mit blanker Wut schildern sowjetische Ökonomen heute, was Jahre der Vernachlässigung Volkswirtschaft und Sozialpolitik zugefügt haben. Nach ihren Berechnungen beträgt das sowjetische Bruttosozialprodukt pro Kopf 44 Prozent des US-amerikanischen, der Pro-Kopf-Verbrauch von Konsumgütern und Dienstleistungen 30 Prozent. 1984 kamen in der UdSSR auf 1000 Einwohner 69 PKW, in den USA 700, in der Bundesrepublik 446, in Venezuela 163, in Jugoslawien 150, in Mexiko 84 und in Brasilien 80. Hektarerträge für Getreide lagen 1983-85 in der Sowjetunion mit 15,6 Z/ha nicht nur weit unter denen der USA (42,3 Z/ha), Japans (55,8 Z/ha), der Bundesrepublik (50,5 Z/ha) und der Niederlande (65,5 Z/ha), sondern auch unter dem Durchschnitt der Entwicklungsländer (21,5 Z/ha). Für den Übergang zur Informationsgesellschaft – unabdingbar für einen Staat, der international konkurrenzfähig bleiben will – ist die Sowjetunion denkbar schlecht gerüstet. Die Computerproduktion – gemessen an der Speicherkapazität – schwankt zwischen 0,1 und 1 Prozent der US-amerikanischen. Das Fernmeldenetz ist unzureichend: 1984 kamen in Schweden auf 1000 Einwohner 890 Telephonanschlüsse, in Portugal 143, in Uruguay 113, in Argentinien 104; in der UdSSR waren es 98, womit sie knapp vor Mexiko (91), Brasilien (80) und Malaysia (75) lag. Selbst beim Papierverbrauch rangiert die militärische Supermacht Sowjetunion unter den Entwicklungsländern – 1984 wurden im Weltdurchschnitt 16,4 kg Papier pro Kopf verbraucht (USA 126, Schweden 116, Bundesrepublik Deutschland 88, Japan 60, Frankreich 56, Israel 31, Südkorea 16, Mexiko 13, Chile 11), in der UdSSR aber nur 9,7 kg.[5]

Die fehlende Sorge um die Bedürfnisse der Bevölkerung schlug sich auch demographisch nieder. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Sowjetbürgers lag 1985-86 bei 69 Jahren, während in den USA die Menschen im Mittel 71 Jahre alt wurden, in Frankreich, Japan und Australien 76 Jahre, in der Bundesrepublik 75 Jahre. Die Sowjetunion lag damit auf gleichem Niveau wie Mexiko (69 J.) und Argentinien (68 J.).[6] Nicht minder ungünstig sehen die Angaben über Kindersterblichkeit aus. Starben in den USA 1986 von 1000 Neugeborenen 10 innerhalb des ersten Lebensjahres, in

Großbritannien 9, in Frankreich 8, in Japan 5 und in Schweden 6, so waren es in der UdSSR 25,4.[7]
Die Konzentration der Ressourcen im Rüstungssektor hat für den Rest der Gesellschaft eine denkbar schwierige Lage geschaffen. Die Ausgangssituation für die Politik der Perestroika war auch ohne jene wirtschaftspolitischen Fehler, die die Gorbatschow-Administration seit 1985 gemacht hat, ungünstig. Noch heute wird der ungefüge, in neun Ministerien gegliederte Rüstungskomplex mitgeschleppt. Dieser Komplex hat das Monopol auf die wichtigsten modernen Technologien. Mikrochips etwa werden in der Sowjetunion nur dort erzeugt. Und bisher hat er sich allen Bemühungen der Reformer, ihn zu verkleinern oder wenigstens den Transfer seiner Technologien und seines Know-how in den Zivilsektor zu erleichtern, erfolgreich widersetzt.
Konversion hat in der Sowjetunion nicht nur deshalb eine solche Bedeutung, weil Rüstung große Teile der Ressourcen unproduktiv verbraucht, sondern auch darum, weil eine straff organisierte Rüstungsbürokratie über den modernsten Teil der Industrie verfügt – etwa zwei Drittel des Maschinenbaus unterstehen ihr – und weil ohne diese Kapazitäten ein Marktexperiment von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Bisher hat der Rüstungskomplex – an der Spitze die Militärisch-Industrielle Kommission – seine Machtposition wahren können. Wenn es den Reformkräften nicht gelingt, den Komplex aufzubrechen, dann wird die sowjetische Wirtschaft bald genug ein waffenstarrender Kadaver sein – ein Dinosaurier, noch in der Verwesung mit überdimensionalen Klauen und Reißzähnen bewehrt.

Obervoltas Weltmachttraum

Ein »Obervolta mit Raketen« hat ein unhöflicher westlicher Politiker die Sowjetunion genannt. Aber es war ein ›Obervolta‹, das sich seiner Rolle als Welt- und Supermacht gewiß war. Im Jahr 1970 hatte der langjährige sowjetische Außenminister Gromyko auf der Basis einer Nuklearrüstung, die nur mit der der USA vergleichbar war, den Anspruch klar formuliert. Ohne die Sowjetunion, erklärte er, könne kein einziges Weltproblem – gleichgültig wie umfangreich – gelöst werden.[8] Doch die UdSSR war eine ›eindimensionale Supermacht‹. Ihr Status gründete sich auf ihre militärischen Arsenale. Wirtschaftlich war sie im internationalen Maßstab trotz ihres Ressourcenreichtums ein Zwerg, das wissenschaftliche und technologische Potential, über das sie im Übermaß verfügte, setzte sie vorwiegend im Bereich der Rüstungsforschung ein und beraubte damit die eigene Volkswirtschaft der Innovationskraft. Der Kanon herrschaftssichernder Dogmen, zu denen die

revolutionäre Ideologie unter Obhut engstirniger Bürokraten verkommen war, hatte keine Ausstrahlung auf andere Gesellschaften mehr. So war es das militärische Instrument, dem sich die Weltmachtgeltung verdankte. Durch Militärhilfe und Einsatz von Truppen und Beratern, durch Schaffung einer Hochseeflotte hatte die Breschnewsche Führung seinerzeit versucht, der Weltmachtrolle Geltung zu verschaffen.

Eine realistischere Einschätzung der eigenen Möglichkeiten durch Gorbatschow, Schewardnadse und ihre Berater führte nach 1985 zu einer raschen Liquidierung der außenpolitischen Abenteuer, die in den siebziger Jahren eingeleitet worden waren. Der Rückzug aus Afghanistan, Zusammenarbeit bei den Friedensgesprächen im südlichen Afrika, Abbau der militärischen Hilfe für das Regime in Äthiopien, eine kooperative Haltung in der Nahostfrage waren Folgen der Reorientierung sowjetischer Außenpolitik. Der Verzicht auf militärische Interventionen in Ungarn, der DDR, Bulgarien und der ČSSR – eine Reihe von Militärs hatte ihnen das Wort geredet – ermöglichte die ›friedlichen Revolutionen‹ in diesen Ländern. Doch er führte auch zur Auflösung des bisherigen Bündnissystems. Die früheren RGW-Länder blicken nun nach Westen, da wirtschaftliche Hilfe nur von dort kommen kann – nicht aus der maroden Sowjetunion.

Der Verzicht auf das militärische Instrument in der Außenpolitik – auf das einzige Mittel, über das die Weltmacht Sowjetunion verfügte – brachte die Gorbatschow-Administration angesichts der fehlenden Bereitschaft der NATO-Staaten, ihrerseits die Konsequenzen aus dem Ende des Ost-West-Konflikts zu ziehen, in eine schwierige Situation. Aus dem konservativen Lager und insbesondere von seiten der militärischen Führung, die von Berufs wegen in Kategorien militärischer Stärke dachte, wurde die politische Führung heftig angegriffen. So heftig, daß der Architekt der neuen Außenpolitik, Eduard Schewardnadse, Ende 1990 den Bettel hinwarf.

Den außenpolitischen Analytikern im Umfeld der Gorbatschowschen Führung ist klar, daß der Sowjetunion mit ihren inneren Schwierigkeiten und ihrer desolaten Wirtschaft die Basis für eine Politik der Stärke fehlt. In den Moskauer ›think tanks‹ wird die Frage nach der künftigen Rolle der UdSSR und nach ihren eigentlichen ›nationalen Interessen‹ mit einer intellektuellen Unverfrorenheit gestellt, die im Dienst ergrauten Obristen und Generälen die Zornesröte ins Gesicht treibt. Man solle endlich den Anspruch aufgeben, eine Supermacht zu sein, schrieb eine Technologiezeitschrift. Die zerfallende sowjetische Wirtschaft sei keine Grundlage für die Aufrechterhaltung der militärstrategischen Parität. Und im übrigen bedrohe der Verzicht auf Weltmachtstellung nicht die Unabhängigkeit der Sowjetunion, vielmehr sei diese gefährdet, wenn man neuerlich eine konfrontative Außenpolitik

betreibe.[9] A. Kortunow aus dem Amerika-Institut plädierte dafür, bei der Diskussion der künftigen Rolle der Sowjetunion von den realen Gegebenheiten auszugehen. Gewiß sei die UdSSR weiter eine Großmacht – Territorium, Bevölkerung und Ressourcenreichtum verurteilten sie dazu – und müsse daher auch international Verantwortung übernehmen; eine ›not so splendid isolation‹ sei keine reale Option. Doch es gelte, die knappen Mittel möglichst sinnvoll einzusetzen. Und dabei müsse man bedenken, daß der Begriff der Stärke international im Wandel sei – militärische Faktoren verlören an Bedeutung. Staatliche Macht resultiere heute aus ökonomischer und technologischer Leistungskraft. Darauf müsse man die sowjetische Politik ausrichten.[10] Kortunow forderte also eine internationale Rolle der Sowjetunion, doch eine, die sich auf Entwicklung wirtschaftlicher und technologischer Kapazitäten stützt, nicht auf die Entfaltung militärischer Macht. Allerdings sind dazu einschneidende innere Reformen notwendig.

Ähnlich wie Kortunow analysierte ein anderer Außenpolitikexperte, Malaschenko, neuerdings »Konsultant des Präsidialapparats«, die zukünftige internationale Rolle der UdSSR. Diese sei abhängig von der inneren Entwicklung. Drei Varianten scheinen ihm möglich: erstens die Rückkehr des alten Regimes – ›Neototalitarismus‹ –, zweitens der Zerfall der Union in eine Reihe von Einzelstaaten und schließlich die ›Kohabitation‹, ein komplexer Verbund von Union und Republiken. In Entsprechung zur innenpolitischen Entwicklung prognostiziert Malaschenko die außenpolitische: ein ›Neototalitarismus‹ würde danach zu einer Neuauflage des ›Kalten Krieges‹ führen, jedoch bei erheblich schlechteren Ausgangsbedingungen für die völlig isolierte Sowjetunion. Ergebnis des neuen Konflikts wäre dann wohl der Sturz des neototalitären Systems. Das zweite Szenario, der Zerfall der Union in die Republiken, würde wohl rasch in heftigen inner- und zwischenrepublikanischen Konflikten münden. Es käme zur Errichtung ›halbtotalitärer‹ Regime in einer Reihe von Republiken, die Situation wäre in hohem Maße instabil und unvorhersehbar. Militärische Konflikte würden voraussichtlich die Grenzen der bisherigen Sowjetunion überschreiten, die Nachbarn würden hineingezogen werden. Das dritte Szenario schließlich, die ›Kohabitation‹ demokratisch legitimierter souveräner Staaten im Rahmen einer Föderation – Malaschenkos Ideal –, würde auf dem eurasischen Kontinent eine ganz neue Situation schaffen. Dieser Staat würde seine Ressourcen vor allem zur Entwicklung einer soliden wirtschaftlichen Basis nutzen. Für Rüstung und Militär stünden nur stark beschränkte Mittel zur Verfügung. Auf dieser Basis könne man dann eine vernünftige Friedensordnung für ›Eurasien‹ errichten.[11]

Vorläufig ist die Situation allerdings noch unklar – in welche Richtung sich

die UdSSR entwickeln wird, ist nicht absehbar. Doch die Lage ist brisant. Ein hochgerüsteter Staat, der über die Nukleararsenale einer Supermacht verfügt, ist international isoliert. Innenpolitisch ist die Situation instabil, eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation ist in nächster Zeit nicht zu erwarten. Wenigstens sechs der Republiken werden sich in den nächsten Monaten abspalten, während die restlichen neun nach Wegen suchen, die Union in nächster Zeit in eine Föderation souveräner Staaten zu verwandeln.

Die Stunde der ›war lords‹?

Die Konsolidierung einer Restföderation könnte wohl gelingen – auch mit Unterstützung der Industriestaaten des Westens –, wenn die ›Union der Neun‹ es vermag, die Verhältnisse zu den Nachbarstaaten in Ostmitteleuropa und zu den souverän gewordenen Republiken friedlich zu ordnen und im Innern die Konflikte zwischen den Ethnien zu demilitarisieren. Doch gerade hier droht eine ganz entgegengesetzte Entwicklung: die Republiken, die nationalen Bewegungen, die politischen Organisationen rüsten auf. Die Regierungen der Einzelrepubliken schaffen sich Nationalgarden oder kasernierte Polizeiverbände, die konkurrierenden politischen Bewegungen organisieren paramilitärische Kampfeinheiten. Die Ethnien, die sich als Minoritäten in einem von einer anderen Ethnie dominierten Staat wiederfinden, bilden Selbstschutzverbände.[12] Während in Rußland und Weißrußland das Gewaltmonopol noch bei der Armee und den Truppen des Innenministeriums liegt, wird die Situation in vielen anderen Republiken immer schwerer überschaubar. Zwar sind die sowjetischen Streitkräfte nach wie vor in allen Landesteilen stationiert (wenngleich die nuklear bewaffneten Verbände angeblich aus den Konfliktgebieten in das Innere Rußlands zurückverlegt wurden), zwar sind in allen Republiken Truppen des Unionsinnenministeriums verfügbar, doch existieren daneben bereits zahlreiche bewaffnete Organisationen, die mit diesen und untereinander im Konflikt liegen. Das nimmt in einigen Regionen des Transkaukasus die Form eines Partisanenkrieges an, während es im Baltikum eher um demonstrative Gewaltakte der Zentrale geht, die die ›Belastungsfähigkeit‹ der jeweiligen Republiksregierung und die Reaktionen im Ausland testen sollen – vorläufig noch ein blutiges Räuber-und-Gendarm-Spiel zwischen Spezialeinheiten des Innenministeriums und neuaufgestellten litauischen oder lettischen Zollwachen und Polizeieinheiten. Im Grenzgebiet zwischen Armenien und Aserbaidschan und um Berg-Karabach herum liefern sich armenische und aserbaidschanische Freischärler immer wieder Feuergefechte, während die

Truppen des Unionsinnenministeriums versuchen, der Situation einen Anschein von ›Ordnung‹ zu geben. Eine ähnliche Rolle spielen sie in Georgien, eingeklemmt zwischen den Selbstschutzverbänden der Abchasen und Südosseten auf der einen und der Georgischen Nationalgarde und den Parteimilizen »Tetri Giorgi« (Weißer Georg) und »Mchedrioni« (Reiter) auf der anderen Seite. In Moldawa hat sich die Moskauer Zentrale durchgesetzt und die Aufstellung eines Carabinieri-Verbandes unterbunden, gegen den sich ›Arbeiterverbände‹ des russischen Bevölkerungsteils und ›Selbstschutzabteilungen‹ der Gagausen gebildet hatten. In der Ukraine organisieren traditionell orientierte Kräfte Kosakeneinheiten und ›Setscher Strelitzen‹, in Litauen, Lettland und Estland entstehen neben republikeigenen Zollwachen und Bereitschaftspolizeien auch paramilitärische Organisationen, die an Traditionen der Vorkriegszeit anknüpfen – in Lettland die »Aizsargi« (Schützen), in Litauen der »Siauliu sajunga (Verband von Siauliai/Schaulen) und in Estland der »Kodukaitse« (Heimatschutz) und der »Kaitseliit« (Schutzbund). In Kasachstan und den Republiken Mittelasiens immerhin sind bewaffnete, militärisch organisierte Gruppen bisher nur in Einzelfällen aufgetreten.
Der Wildwuchs militärähnlicher Formationen signalisiert eine Militarisierung zwischennationaler und innenpolitischer Konflikte, die sich binnen kurzem zu einer realen Bedrohung für die Gesellschaft auswachsen könnte. Selbst wenn man darauf baut, daß die Unionsstreitkräfte die nuklearen Sprengsätze unter Kontrolle halten können, ist die Existenz von Millionen ausgebildeter Reservisten und von Haufen konventionellen Kriegsgeräts überall im Lande nicht gerade ein Unterpfand für friedliche Konfliktregelungen. Ein neuer Bürgerkrieg ist eine reale Möglichkeit, wenn es der Gorbatschowschen Regierung im Verein mit der Regierung der »Russischen Föderation« nicht gelingt, einen Akkord mit den neun Republiken zu finden, die in der Union verbleiben wollen, und den Austritt der Sechs, die sie verlassen wollen, vertraglich zu regeln. Dazu allerdings müssen sich Jelzin und Gorbatschow im Innern gegen die traditionsorientierten Kräfte durchsetzen, die sich in KGB, Armee, Parteiapparat und zentraler Wirtschaftsbürokratie finden. Deren politische Ausschaltung ist Voraussetzung für eine Verwirklichung weitergehender Reformen.

Auf dem Weg nach Südkorea? (20. 8. 1991)

Es sind jedoch die Militärs, die in der instabilen Situation des Sommers 1991 über die größte organisierte Kraft verfügen. Auch wenn von den Streitkräften mit ihren ca. 3,4 Millionen Soldaten (zwei Drittel davon Wehrpflichtige) nur ein Teil in bürgerkriegsähnlichen Konflikten einsetzbar ist – immerhin

stammen mehr als ein Drittel aus nichtslawischen Ethnien, und die russischen, ukrainischen und weißrussischen Rekruten hatten vor ihrem Wehrdienst durchweg Kontakt zu demokratischen Bewegungen –, so verfügen die Generäle mit Luftlandeverbänden, Grenztruppen des KGB und Truppen des Innenministeriums doch über schlagkräftige Einheiten, mit denen die Errichtung eines autoritären Regimes abgesichert werden könnte. Die Besetzung der Kommandostellen der Inneren Truppen mit renommierten Militärs – der letzte Oberbefehlshaber in Afghanistan, Gromow, koordiniert im Innenministerium den Einsatz im Innern, sein Vorgänger im Divisionskommando ist der Chef der Inneren Truppen – und die Aufwertung des Oberbefehlshabers der Luftlandetruppen, Atschalow, der stellvertretender Verteidigungsminister wurde, nähren den Verdacht, daß die Generäle sich bereithalten. Das Gesetz über den Ausnahmezustand bietet einen legalen Rahmen für die planerische Vorbereitung einer Machtübernahme durch das Militär. Und wurde für den Umsturz des 19. August auch genutzt.

Doch auch wenn ein Militärputsch technisch möglich ist, bleibt die Frage, ob er politisch erfolgreich sein kann. In den reformnahen Medien wurden im Herbst 1990 immer wieder Szenarien für einen Umsturz diskutiert. Dabei warnten die demokratischen Publizisten nicht so sehr vor einem konservativen Putsch gegen Gorbatschow und die Perestroika. Vielmehr unterstellten sie, daß der Präsident, der im Notfall den Ausnahmezustand erklären kann, unter Umständen selbst zum Mittel eines Militärregimes greifen könnte. Ein Artikel in der *Literaturnaja Gaseta* thematisierte ganz offen die Frage, ob es zur Durchführung einer Wirtschaftsreform nicht notwendig sei, zunächst Ruhe und Ordnung herzustellen – zur Not mit Hilfe der Armee.[13] Neben dem traditionellen Muster eines militärischen Umsturzes – Militärs im Bündnis mit Konservativen gegen Reformer – werden nun also auch andere Szenarios erörtert: die schleichende Machtübernahme der Militärs in halblegaler Manier unter Ausnutzung der Ausnahmegesetzgebung, oder aber ein Bündnis von Gorbatschow, Ryschkow und militärischer Führung, um unter dem Dach militärisch gesicherter Ordnung den Übergang vom Plan zum Markt zu bewerkstelligen.

Offenbar schwebt einigen Militärs, aber auch einigen russischen Intellektuellen das Beispiel Südkorea vor: ein autoritäres Regime, das mit starker Hand für Ordnung sorgt und das die sozialen Unruhen überstehen könnte, die mit der Einführung der Marktwirtschaft notwendig einhergehen. Eine solche stabile Ordnungsmacht würde auch die ausländischen Investoren ermutigen, sich in der Sowjetunion zu engagieren, da ihr Kapital dann nicht durch innere Auseinandersetzungen bedroht wäre.

Allerdings schien diese Variante, die im Herbst 1990 noch die Diskussionen

in Moskau beherrschte, im Frühjahr 1991 an Bedeutung verloren zu haben. Die starke Position Jelzins, der nun durch demokratische Wahlen legitimiert ist, und das Hervortreten neuer gesellschaftlicher Kräfte – z. B. in Form des Wissenschaftlich-Industriellen Bundes oder der Außenpolitischen Assoziation –, die politisch relevante Gruppen zusammenfassen, hatten die Option eines militärisch gestützten, autoritären Regimes vorläufig in den Hintergrund treten lassen. Solange jedoch keine politischen Lösungen für die sozialen, nationalen und ökonomischen Probleme gefunden sind, schwebt das Damoklesschwert einer ›südkoreanischen‹ Variante des Übergangs zum Markt über der Sowjetunion.

Der 19. August

Die ›Junta‹, die dann am 19. August 1991 den Umsturz probte, hatte allerdings nicht zum Ziel, die Sowjetunion ›autoritär zu modernisieren‹. Dies war eine Gruppe, die ganz dem alten Denken verhaftet war – die weder in der Wirtschaft noch in der Außenpolitik ein glaubwürdiges Programm vorweisen konnte. Jenes ominöse Manifest »Landsleute! Bürger der Sowjetunion!« atmete ganz den Geist alten Denkens, wenn es sich gegen »Profitstreben« wandte und »Stolz und Ehre des sowjetischen Volkes« hochhielt.
In welchem Maße die ›Junta‹, der neben Vizepräsident, Innenminister, KGB-Chef, Ministerpräsident und Verteidigungsminister auch Vertreter des ›Bauernbundes‹ und eines konservativen Industrieverbandes angehörten, traditionellen Vorstellungen verhaftet ist, wird auch an der Technik des Staatsstreichs deutlich. Die Verschwörer mußten nicht nur das Zusammengehen der konservativen Spitzenpolitiker konspirativ abstimmen, sie mußten den Einsatz von Truppen technisch vorbereiten – mit all dem Aufwand an Logistik und Transportbewegungen, der dazu notwendig ist –, sie mußten aber auch die Reaktion politischer Massenbewegungen und alternativer Strukturen wie Streikkomitees und Volksfronten bedenken und Gegenmaßnahmen einplanen. Während militärtechnische Vorbereitungen unter dem Mantel der Planungen für das Gesetz über den Ausnahmezustand seit dem Spätsommer 1990 liefen, entschied sich die Verschwörergruppe nach mehreren halbherzigen Attacken auf die Position Gorbatschows im März und Juni 1991 erst am Vorabend der Unterzeichnung des Unionsvertrages, der der Unionsregierung die Machtmittel weitgehend entzogen hätte, den Staatsstreich auszulösen. Flankierende Maßnahmen gegen die politischen Kräfte in den Republiken, gegen die vom Volk gewählten Sowjetparlamente wurden jedoch unterlassen. Offenbar hatte die ›Junta‹ den gesellschaftlichen Aufbruch der Jahre 1989-90, die Mobilisierung der Bevölkerung in den Republiken, zunächst

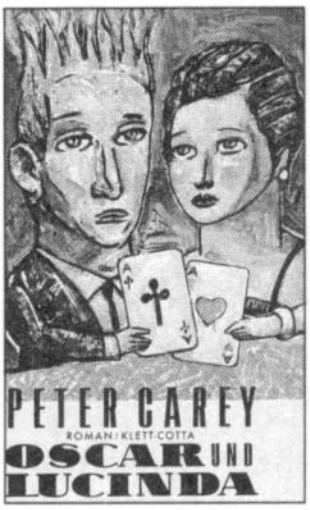
nicht ernst genug genommen. Das illustriert, wie sehr die Verschwörer von einem traditionellen Bild der Sowjetunion ausgingen.
Wie sich die Dinge in der Sowjetunion weiter entwickeln werden, ist heute – am 20. August 1991 – noch nicht abzusehen. Doch ist jetzt schon klar, daß die Politik der Abrüstung und Entspannung, der Versuch, die internationalen Beziehungen zu entmilitarisieren, durch den Putsch in der Sowjetunion schweren Schaden erlitten hat. Angesichts der Existenz eines autoritären Regimes in der UdSSR, das sich stark auf die Streitkräfte stützt, sind Versuche, die Rolle der NATO in Europa neu zu definieren, zum Scheitern verurteilt. Staaten Ostmitteleuropas wie Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei werden unter dem Druck eines Rechtsrutsches in der Sowjetunion ihre Sicherheit eher in Anlehnung an ein starkes westliches Bündnis sehen als in der Schaffung demilitarisierter europäischer Strukturen. Die friedliche Entwicklung in Europa, die durch Gorbatschows Abrüstungskurs und die ›sanften Revolutionen‹ in Ostmitteleuropa möglich erschien, ist durch den Staatsstreich vom 19. August 1991 aufgehalten worden. Ob und wann sie wieder in Gang gebracht werden kann, ist nicht abzusehen.

Anmerkungen

1 Le Carré, J.: The Russia House, New York 1990, S. 19.
2 Gams, E., Borisov, J.: Za čej ščet bezopasnost'? Polemičeskie zametki po povodu diskussii po voennym voprosam meždu akademikom G. A. Arbatovym i Maršalom Sovetskogo Sojuza S.F. Achromeevym, in: Kommunist Vooružennych Sil, 1990, Nr. 19, S. 42.
3 Soobščenie Ministerstva oborony SSSR, in: Pravda 16. 12. 1989, S. 5; vgl. die westliche Schätzung in: The Military Balance 1988-1989, London 1988, S. 33.
4 Vgl. Schröder, H.-H.: Versorgungskrise, Rüstungsabbau und Konversion in der UdSSR. Teil II: Kürzung der sowjetischen Militärausgaben und Ansätze zur Konversion (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien 57), Köln 1989, S. 12 f.
5 Illarionov, A. N.: Gde my nachodimsja?, in: Ėkonomika i organizacija promyšlennogo proizvodstva, 1988, Nr. 12, S. 48 f., 51 ff., 54.
6 Naselenie SSSR 1987. Statističeskij Sbornik, Moskva 1988, S. 426 f.; vgl. Malašenko, I.: Interesy strany: mnimye i realnye, in: Kommunist, 1989, Nr. 13, S. 116.
7 Naselenie SSSR 1987, S. 428.
8 Gromyko, A. A.: Leninskim kursom mira, Moskva 1984, S. 8.
9 Potapov, V.: Kak živetsja našemu VPK? Polemičeskie zametki, in: NTR Tribuna, 1990, Nr. 11-12, S. 7.
10 Kortunov, A.: Vnešnjaja politika. Prodolženie diskussii, in: Kommunist, 1990, Nr. 12, S. 112-120.
11 Malašenko, I. E.: SSSR i SŠA posle totalitarizma i »cholodnoj vojny«, in: Meždunarodnaja Žizn', 1991, Nr. 5, S. 5-18.
12 Vgl. Komsomol'skaja Pravda, 12. 3. 1991, S. 1-3.
13 Sokolov, V.: K rynku – pod prikrytiem armii? in: Literaturnaja Gazeta, 12. 9. 1990, S. 11 f.

Neuerscheinungen Herbst '91

Das literarische Programm von Klett-Cotta
Eine Auswahl.



Roman. 584 Seiten, Linson, 44,- DM / öS 343,-

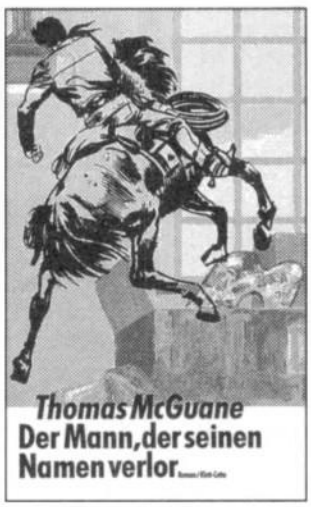
1866 lernen sich Oscar und Lucinda an Bord des Dampfers »Leviathan« kennen. Zwei Außenseiter der viktorianischen Gesellschaft, die so gar nicht den Vorstellungen von Wohlanständigkeit entsprechen.

Erzählungen. 132 Seiten, Linson, 24,- DM / öS 187,-

Silvia Ocampo wurde zu Beginn dieses Jahrhunderts in Buenos Aires geboren. Sie studierte zunächst bei Léger und de Chirico in Paris. Erst gegen Ende der 30er Jahre begann sie zu schreiben. Im Lauf der Jahrzehnte entstand ein Œuvre, teilweise in Zusammenarbeit mit L. Borges und A. B. Cesares, das sie als bedeutendste argentinische Gegenwartsautorin ausweist.

240 Seiten, Linson, 34,- DM / öS 265,-

Ein brillantes Stück Reiseliteratur, reich an Bildern und komischen Effekten, ein Buch über Moskau, dieser einstmals blühenden, reichen Metropole, die nach siebzig Jahren Kommunismus eine abgründige mit seltsamen Subkulturen ausstaffierte Stadt wurde - eine Stadt mit welcher Zukunft?

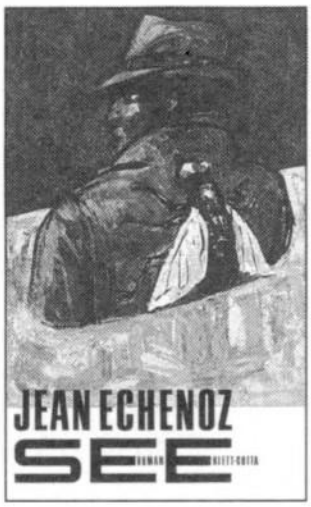


Roman. 220 Seiten, Linson, 32,- DM / öS 249,-

Cowboy-Romantik, der Wilde Westen und der Traum von Freiheit sind die Klischees, mit denen Thomas McGuane spielt. Er erzählt von Joe Starlings Suche nach der Welt seiner Kindheitserinnerungen damals in Montana.

Roman. 328 Seiten, Leinen, 38,- DM / öS 296,-

Ein Führer durch die wahren, die kostbaren Momente des Lebens. Zugleich ein systematischer Versuch über die Anmut des Weibes. Souverän geordnet in 54 pralle Kapitel.



Roman. 169 Seiten, Linson, 28,- DM / öS 218,-

Eine unauflöslich verzwirbelte Story aus dem Milieu der haupt- und nebenberuflichen Nachrichtenbeschaffer. Federleichter Humor, der das Lachen überspringt.

Klett-Cotta

Postfach 106016, 7000 Stuttgart 10

Elmar Schmähling
Gesucht: eine Aufgabe für die NATO

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sind auch die alten Bezugsgrößen und Rahmenbedingungen für die westliche Sicherheitsarchitektur zusammengebrochen. Der Wegfall des existenzsichernden »Feindbildes« Warschauer Vertragsorganisation hat die NATO in die tiefste Krise seit ihrer Gründung gestürzt. Diese Erkenntnis wird in den Regierungen und Führungsstäben der NATO-Länder noch verdrängt. Dort spricht man lieber von »notwendigen Anpassungen«. Diese scheinen indes nicht einfach zu sein. Hunderte von NATO-Offiziellen – mit und ohne Uniform – sind nun seit Monaten am Werk, um mit neuer Strategie und neuer Streitkräftestruktur dem West-Bündnis eine neue Existenzgrundlage zu schaffen. Unterdessen klingen die wortreichen Beschwörungsformeln von NATO-Politikern, daß dieses während des Kalten Kriegs so erfolgreiche Verteidigungsbündnis auf jeden Fall erhalten bleiben müsse, wie das berühmte Pfeifen im Wald.
Die stärksten Bemühungen um eine Existenzsicherung der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft NATO werden derzeit in den USA unternommen. Will man beurteilen, wohin die NATO-Reise geht, muß man sich daher mit den amerikanischen Positionen zur NATO der Zukunft auseinandersetzen. Zweifellos wird der dominierende Einfluß der USA auf die Entwicklung der NATO bestehen bleiben, jedenfalls so lange, wie die Bundesrepublik noch keinen eigenständigen Beitrag zu einer europäischen Sicherheitspolitik leistet und die europäischen Staaten insgesamt ihr Schicksal nicht in die eigenen Hände nehmen.

1. Die Zukunft der NATO im Urteil ihres Oberbefehlshabers

Der NATO-Oberbefehlshaber, General John Galvin, hat vor dem Streitkräftebewilligungsunterausschuß des amerikanischen Senats Anfang Mai 1991[1] den Fortbestand der nordatlantischen Allianz beschworen:
»Unsere Vorne-Anwesenheit in Europa dient nicht nur dem Schutz Amerikas und amerikanischer Interessen, sie schafft eine Beziehung mit Europa, die Solidarität pflegt – das atlantische Band – und uns Amerikanern die

Möglichkeit gibt, mit kompetenten, glaubwürdigen und operationell bedeutsamen Streitkräften, die für vielfältige militärische Aufgaben bereit stehen, Einfluß auf europäische Angelegenheiten auszuüben.«

Galvin erklärte, daß einige der Hauptelemente der neuen amerikanischen Verteidigungsstrategie – nämlich Abschreckung, kollektive Verteidigung, Vorne-Anwesenheit, »Reconstitution« (d.h. die Fähigkeit, Stützpunkte und Rüstungsbetriebe wieder in Betrieb zu nehmen), Machtprojektion, technische Überlegenheit, See- und Luftüberlegenheit und Rüstungskontrollvereinbarungen – in die künftige NATO-Strategie Eingang finden werden. Zu den einzelnen Elementen der neuen US-Strategie:

Abschreckung benötige noch immer glaubhafte nukleare und konventionelle Fähigkeiten, die keiner anderen Nation unterlegen sind.

Kollektive Sicherheit sei auf die Dauer wirtschaftlicher und effektiver. Die USA sollten die NATO als eine Organisation unterstützen, die Fähigkeit zur Führung und Krisenbewältigung demonstriert hat.

Vorne-Anwesenheit trage zur Abschreckung, Reaktionsfähigkeit bei Krisen, zu regionaler Stabilität und Einfluß bei. Neue Operationskonzepte setzten auf hoch mobile multinationale Streitkräfte.

»Reconstitution«-Fähigkeit hänge davon ab, daß die amerikanische Infrastruktur und industrielle Basis vor totalem Abbau geschützt würden.

Machtprojektion schließe das Entsenden von Streitkräften aus den USA und Europa in Krisengebiete ein, rasch und in ausreichender Stärke, zur Erfüllung der amerikanischen Ziele.

Technische Überlegenheit, wie sie in der Operation »Wüstensturm« bewiesen wurde, stütze sich auf Qualität, die jeden quantitativen Vorteil eines Gegners überwindet.

See- und Luftüberlegenheit garantierten die Kontrolle der erforderlichen See-, Luft- und Weltraumverbindungen über den Atlantik und in Europa.

Rüstungskontrollvereinbarungen reduzierten, wo sie möglich sind, militärische Bedrohungen und gewährten eine bessere Vorhersehbarkeit der Entwicklung in Sicherheitsbeziehungen.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Implementierung der zukünftigen NATO-Strategie liege aber in Flexibilität und Kooperation.

Aus der Sicht von General Galvin wird die NATO der Zukunft fortfahren, die folgenden Aufgaben zu erfüllen:

- Bewahrung des transatlantischen Sicherheitsverbunds,
- Krisenmanagement,
- Unterstützung von Änderungen,
- Ermöglichen einer integrierten, bezahlbaren Verteidigung,

– Sicherstellen von Stabilität,
– Absicherung gegenüber unvorhersehbaren Entwicklungen in der Sowjetunion,
– Verhinderung von Renationalisierung der Verteidigung.
Die NATO sei nun dabei, ihre Strategie, ihre Operationskonzepte und ihre Streitkräftestruktur der »Neuen Weltordnung« anzupassen. Die Londoner Erklärung von 1990 zeige die Anpassungsfähigkeit der NATO. Die wesentlichsten Elemente daraus sind:
– Unterstützung für ein vereintes Deutschland, eine weiter integrierte Europäische Gemeinschaft und einen stärkeren europäischen Pfeiler.
– Ausweitung der Initiativen gegenüber dem Osten in einem Geist der politischen Zusammenarbeit und der militärischen Offenheit einschließlich einer Verstärkung der Kontakte zwischen den Streitkräften.
– Bekräftigung der Unterstützung des Prozesses der konventionellen Abrüstung und Empfehlung einer Folgerunde.
– Verpflichtung für eine Strategie und Streitkräftestruktur, die positiv auf den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte und die Ausführung der Abrüstungsverpflichtungen reagiert. Dies schließt die Unterstützung eines Operationskonzepts neuer multinationaler, kleinerer, flexibler und mobiler Streitkräfte ein.
– Versicherung, daß Nuklearwaffen auch künftig eine wichtige Rolle in der Strategie der Allianz spielen werden, obwohl die NATO ihre Abstützung auf Atomwaffen mit dem Rückzug der Sowjettruppen abbauen könne. Die NATO betrachte Nuklearwaffen jetzt als Waffen des letzten Rückgriffs (last resort).
Galvin verwies darauf, daß die NATO in ihrer Londoner Erklärung auch die Notwendigkeit betont habe, künftig mit Frieden, Krise und Krieg fertig zu werden. Während des Golfkriegs, an dem die NATO als Verteidigungsbündnis nicht direkt beteiligt war, hatte sie plötzlich mit allen drei Zuständen auf einmal zu tun. Dabei seien die neuen Prinzipien der NATO bereits zum Tragen gekommen: Streitkräfteaufwuchs, Multinationalität der Koalition, moderne Waffen, logistische Infrastruktur und strategische Beweglichkeit.
Die künftige Militärstruktur der NATO, mit der die genannten Grundsätze verwirklicht werden sollen, sehe er in einer Dreiteilung:
Reaction Forces (RF) (Eingreiftruppen) sind multinational zusammengesetzte Streitkräfte, die in hoher Einsatzbereitschaft für eine frühzeitige militärische Reaktion auf eine Krise zur Verfügung stehen. Versagt das Krisenmanagement, so können die RF die allgemeinen Verteidigungskräfte verstärken.

Es soll zwischen zwei Kategorien von RF unterschieden werden: Immediate Reaction Forces (IRF) und Rapid Reaction Forces (RRF).
Immediate Reaction Forces (Eingreiftruppen in Sofortbereitschaft) sind multinationale, sehr gut ausgebildete, rasch verlegbare Truppen mit dem höchsten Bereitschaftszustand und der Fähigkeit, auf Krisen im gesamten europäischen NATO-Gebiet zu reagieren.
Rapid Reaction Forces (Rasche Eingreiftruppen) werden aus einem leistungsfähigen multinational besetzten Korps bestehen. Diese gut ausgebildeten und mit modernster Bewaffnung ausgerüsteten Streitkräfte sollen in der Lage sein, beträchtliche Kampfkraft zu jeder Zeit und an jedem Ort zu gewährleisten.
Main Defense Forces (Hauptverteidigungskräfte) werden präsente nationale und multinationale Streitkräfte sein, die regional gegliedert einen etwas niedrigeren Bereitschaftsstand haben werden. Sie setzen sich aus aktiven und Reserveeinheiten zusammen.
Augmentation Forces (Aufwuchskräfte) sind Streitkräfte, die hauptsächlich aus Nordamerika kommen, aus aktiven und Reserve-Einheiten zusammengesetzt sind und eine längere Warnzeit brauchen. Sie hängen von der Verfügbarkeit strategischen See- und Lufttransportraums ab.
General John Galvin pries vor den Senatoren die bedeutende Rolle, die die NATO und die Alliierten in Europa für die Unterstützung der »Operation Desert Storm« gespielt haben. Tausende von Transportflügen, mit denen Truppen, Ausrüstung und Versorgungsgüter in den Mittleren Osten gebracht wurden, sind über US-Stützpunkte in Europa abgewickelt worden. Die amerikanischen NATO-Truppen in Europa stellten für den Golfkrieg große Mengen an Munition, Nachschubgütern, Fahrzeugen sowie medizinische und Kampfunterstützung bereit. Ein Drittel der in Europa stationierten amerikanischen Kampftruppen wurde in den Persischen Golf, in die Türkei oder nach Israel verlegt.
Laut Galvin wurden während der Golfkrise zwei Lektionen bestätigt. Erstens: der hohe Bereitschaftszustand, verknüpft mit den vielen Unterstützungsleistungen der Alliierten, machte den Luft- und Bodentransport von mehr als 440000 Tonnen Versorgungsmaterial und 34000 Großgeräten zum Erfolg. Zweitens: leistungsfähige »vorn« stationierte Streitkräfte und in Europa eingerichtete Infrastruktur können kritische Elemente für die nationale amerikanische Strategie sein, mit Gefahrenlagen in und außerhalb Europas fertigzuwerden.
Gegen die Absicht der amerikanischen Politiker, Stützpunkte in Europa zu schließen, verteidigte Galvin deren Nützlichkeit vehement. Über die Jahre, sagte er, haben wir mehr aus dem Infrastrukturprogramm der NATO her-

ausgeholt, als unser Beitrag von 27,8 Prozent ausmacht. Etwa 30 Prozent der gegenwärtig finanzierten Projekte dienen unmittelbar der Unterstützung amerikanischer Streitkräfte. Zusammengenommen tragen mehr als 45 Prozent der gesamten NATO-Programme zu den nationalen US-Erfordernissen bei. Noch wichtiger sei, daß sich die Investitionen in die NATO allein bei der Unterstützung von »Desert Shield« und »Desert Storm« mehr als ausgezahlt haben.

Sein leidenschaftliches Pro-NATO-Plädoyer krönte Galvin mit einer freimütigen Passage, wie man sie wohl nur von einem Soldaten zu hören bekommt:

»Die Golfkrise hat eine alte Erfahrung bestätigt. Strategische Mobilität ist mehr als Flugzeuge und Schiffe. Sie hängt von Flugplätzen, Seehäfen, Eisenbahnen, Pipelines und voraus eingelagertem Gerät ab. Das wiederum bedarf guter Freunde. Ohne Freunde kann man nicht die Zahl der Flugzeuge in einem anderen Staat verdoppeln, bekommt man keine automatische Priorität bei der Benutzung des gesamten Schienennetzes oder ganzer Piers, die – zum Nachteil für deren Geschäfte – von Handelsschiffen freigemacht werden, oder die Bereitstellung von Flugplätzen.

Wir müssen darin fortfahren, diese wechselseitigen (!) unterstützenden Beziehungen zu pflegen.

Die beste Antwort auf die Unsicherheiten dieser Zeit ist, eine gesunde, kooperative und starke Nordatlantische Allianz zu erhalten.«

2. Die Empfehlungen der Experten

Wenige Monate vor der Anhörung General Galvins im Senat legte eine Gruppe namhafter amerikanischer Politiker, Sicherheitsexperten und hochrangiger ehemaliger Offiziere eine Analyse über die sich ändernden Rollen und die sich verlagernden Lasten innerhalb des Atlantischen Bündnisses vor.[2] Diese Studie demonstriert eine völlig neue Sichtweise gegenüber dem nur zwei Jahre zuvor gemachten Vorschlag für eine »discriminate deterrence« (abgestufte Abschreckung) als amerikanische Langzeitstrategie. Einige der damaligen Befürworter neuer, »realistischer« Kriegsführungsoptionen für Nuklearwaffen in Europa – sie wollten ihren Präsidenten aus der Alternative »kollektiver Selbstmord« oder »Kapitulation« im Falle eines Krieges zwischen NATO und Warschauer Pakt befreien – sind jetzt auch an den neuen Vorschlägen beteiligt. Sie kommen zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen. Auffällig ist allerdings, daß erfreulich neues Denken immer wieder von altem überlagert bzw. eingeholt wird.

Bedrohungseinschätzung. Der dramatische Verfall der sowjetischen Macht mit der fortschreitenden Auflösung der Wirtschaft und des politischen Systems machte eines klar: Es würde Jahre brauchen, bis die Sowjetunion wieder eine ernsthafte Bedrohung für Westeuropa darstellen könnte. Langfristig wäre, trotz der sehr günstigen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, eine Bedrohung der politischen Stabilität in Europa in zweierlei Hinsicht möglich:
Erstens besteht die Gefahr der Wiederkehr einer sowjetischen oder russischen Herausforderung. Wenn z. B. nach Überwindung der politischen Unruhen und des wirtschaftlichen Niedergangs eine Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft zum Aufschwung führt, könnte dies die Restauration einer kleineren, aber technisch besseren und damit schlagkräftigeren sowjetischen Militärmacht zur Folge haben. Ein derart wiedererstarkter Sowjetstaat könnte versucht sein, wieder eine Vormachtstellung gegenüber den mitteleuropäischen Staaten oder gar auf dem gesamten Kontinent einzunehmen. (Dieses Denken reflektiert das in den USA weitverbreitete Mißtrauen gegenüber den wahren Absichten von Glasnost und Perestroika, das »leaner but meaner«-Syndrom – schlanker, aber gefährlicher –, das insbesondere im Pentagon und in den Streitkräften grassiert.)
Die zweite mögliche Gefahr wird darin gesehen, daß sich die nationalistischen Konflikte, politischen Unsicherheiten und wirtschaftlichen Mißerfolge noch verstärken. Eine solche Entwicklung könnte eine expansionistische sowjetische oder russische Regierung an die Macht bringen.

Das Interesse der USA in Europa. Die US-Experten räumen ein, daß die Vereinigten Staaten während der vergangenen 40 Jahre niemals nur aus altruistischen Motiven in Europa agiert haben. Wegen der Zerstörungskraft moderner Waffen würde jeder neue Krieg in Europa unvorstellbare menschliche Kosten mit sich bringen. Selbst wenn Amerika in einen solchen Krieg militärisch nicht direkt verwickelt wäre: die wechselseitige Abhängigkeit der Wirtschaft, der Geldsysteme und der Finanzmärkte der USA und Europas bedeutet, daß jeder Konflikt in Europa für die USA gewaltige wirtschaftliche Kosten zur Folge hätte.
Die US-Experten mahnen zur Vorsicht, was einen raschen Abbau amerikanischer Truppenpräsenz in Europa betrifft. Das Wiedererstehen einer Bedrohung durch die Sowjetunion sei nicht völlig auszuschließen. Aber langfristig könne diese Vorsicht sehr wohl aufgegeben werden. Das werde dann zu einem weiteren Abbau und schließlich zur Beendigung militärischer Lasten zur Verteidigung amerikanischer Interessen in Europa führen. Schon Präsident Harry Truman habe 1949 gesagt, daß die europäischen

Alliierten die Fähigkeit zur »Selbsthilfe« zum frühest möglichen Zeitpunkt erreichen sollten.

Die »deutsche Gefahr«. Die Auswirkungen anhaltender Unruhen in Mittel- und Osteuropa auf Deutschland seien ungewiß. Solche langanhaltenden Probleme könnten eine deutsche Regierung dazu verleiten, eine interventionistische Politik zu verfolgen, zunächst mit politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Instrumenten. Schließlich aber werde in Deutschland das Verlangen nach größeren militärischen Fähigkeiten entstehen. Ein solcher Wechsel zu einer stärkeren Absicherungspolitik könnte im Gegenzug gerade eine aggressivere Sowjetpolitik ermutigen oder zu engeren Beziehungen osteuropäischer Nationen mit der Sowjetunion führen, mit dem Ziel, sich vor einer möglichen deutschen Vorherrschaft zu schützen.
Eine wesentliche Änderung deutscher Politik würde auch Besorgnis im Westen auslösen und beispielsweise den langfristigen Trend zu ökonomischer und politischer Integration in Westeuropa unterbrechen.
Wenn mit einem Rückzug amerikanischer Militärmacht aus Europa der westeuropäische Integrationsprozeß unterbrochen werde, könne dies Deutschland nach Osten schieben. Nach dem Wegfall der amerikanischen Nukleargarantie, die bisher mit der US-Präsenz unterstrichen wurde, könnte Deutschland sogar die Notwendigkeit sehen, eigene Nuklearwaffen zu entwickeln. Das würde sowohl die sowjetischen als auch die westeuropäischen Besorgnisse verstärken.
Die US-Militärpräsenz in Europa war eine Versicherung für Frankreich und Großbritannien, aber auch für die Sowjetunion, daß deutscher Militarismus nicht wiedererstehen werde. Gleichzeitig war sie Versicherung für die Deutschen, daß sie trotz der Nuklearwaffen und riesigen konventionellen Streitkräfte um sie herum eine friedliche Macht ohne Nuklearwaffen bleiben konnten.

Die künftige Rolle von Nuklearwaffen. Der Druck, Nuklearwaffen aus Europa zurückzuziehen, hat enorm zugenommen. Nach amerikanischer Einschätzung nehmen jetzt selbst konservative deutsche Politiker an, daß die meisten, wenn nicht alle Nuklearwaffen innerhalb weniger Jahre aus ihrem Land abgezogen werden.
Die starke Verringerung sowjetischer konventioneller Streitkräfte (nach Erfüllung des Vertrags über die konventionelle Abrüstung) sollte es der NATO jetzt möglich machen, die frühere Abstützung auf die Option des nuklearen Ersteinsatzes (»first-use-option«), um sich gegen einen sowjetischen konventionellen Angriff zu verteidigen, abzubauen.

Nuklearwaffen würden auch künftig eine Rolle in der Strategie der NATO spielen. Aber die Reduzierung der sowjetischen konventionellen Streitkräfte sollte es erlauben, daß die NATO ausreichend konventionelle Streitkräfte gegen einen Angriff mit konventionellen Waffen unterhält und somit die Stationierung von Nuklearwaffen wesentlich verringern kann.
Die NATO könne den nuklearen Anteil ihrer gegenwärtigen Strategie nicht völlig aufgeben – allein schon wegen der sowjetischen Fähigkeit, die NATO mit Nuklearwaffen anzugreifen. Die Sowjetunion setze ihr atomares Modernisierungsprogramm nicht nur unvermindert fort, sie unterhalte auch sehr substantielle Atomstreitkräfte für den Gefechtsfeldeinsatz genauso wie für das Mittel- und Langstreckenbombardement von Militär- und Industrieanlagen. Deshalb sollte die NATO eine kleine Anzahl taktischer A-Waffen behalten, und zwar für zwei Zwecke: zur Abschreckung gegen einen sowjetischen Nuklearwaffenangriff und zur Beendigung eines konventionellen Angriffs der Sowjets, bei dem die konventionelle Verteidigung der NATO überwältigt wird.
Die fortbestehende Androhung des Einsatzes nuklearer Waffen als letztes Mittel (last resort) für den Fall, daß konventionelle Verteidigung versagt hat, gebe der Allianz eine letzte militärische Option, die unter ungewöhnlichen Umständen wesentlich sei. (Der Versuch der NATO-Regierungen, die auf dem Londoner Gipfel kreierte Nuklearoption des »truly last resort« als etwas Neues erscheinen zu lassen, dürfte ein Vorgeschmack auf das »Verpackungskunstwerk« der »neuen« NATO-Strategie sein, das der staunenden Fachwelt auf dem NATO-Gipfel in Rom, November 1991, vorgeführt werden wird.)
Für die Glaubwürdigkeit der nuklearen Option genüge eine kleine Zahl von taktischen Luft-Boden-Flugkörpern, stationiert auf einer begrenzten Zahl von Luftstützpunkten in Deutschland und anderen europäischen Ländern.
Einerseits kommen die Experten zu dem Schluß, daß mit Erreichen einer Parität bei den konventionellen Streitkräften die NATO die Absicht aufgeben könne, A-Waffen zu einem anderen Zweck außer als Reaktion auf eine nukleare Aggression zu behalten. Andererseits aber fallen sie doch wieder auf die alte »first use«-Doktrin zurück. Für eine Stationierung von TASM (Tactical-Air-to-Surface-Missiles) in Europa gebe es allerdings wegen der großen strategischen Warnzeit keine militärische Begründung.

Weitere nukleare Abrüstung. In der Sowjetunion liefen die Programme für strategische Nuklearwaffen praktisch ungekürzt weiter, während in den USA die nukleare Modernisierung wegen Budget-Beschränkungen ins

Stocken geraten sei. Die laufende Modernisierung des sowjetischen SS 18-Arsenals ebenso wie das fortgesetzte SDI-Testprogramm stünden in einem scharfen Kontrast zu den in anderen Bereichen erzielten dramatischen Fortschritten. Nach dem Abschluß des START-1-Abkommens müßten neue Gespräche aufgenommen werden, um die strategischen Nuklearstreitkräfte beider Seiten unter die jetzt 6000 »anrechenbaren« Sprengköpfe zu bringen. Ein Folgeabkommen müsse ein Limit bei vielleicht 3000 bis 5000 Sprengköpfen festschreiben. Die A-Waffenpotentiale dritter Länder sollten ebenfalls in Verhandlungen eingebracht werden. Schließlich würden China und Frankreich gegen Ende des Jahrhunderts mehr als je 1000 nukleare Sprengköpfe besitzen.
Getrennte amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über Nuklearwaffen, die alle Typen von Flugkörpern und Flugzeug-gestützten Waffen mit Land- und Seestationierung kurzer bis mittlerer Reichweite umfassen, könnten in naher Zukunft beginnen. Für einige Systeme, wie atomare Artilleriemunition, mag sich eine wirksame Überwachung als unmöglich erweisen. In diesen Fällen sollten politisch bindende Absichtserklärungen abgegeben werden, denen einseitige Reduzierungen folgen.
Es wäre im Interesse der USA und der NATO, eine Übereinkunft zu erreichen, die landgestützte Systeme auf wenige hundert A-Waffen reduzierte und die meisten Schiffe völlig denuklearisierte.

Die künftige Rolle der NATO in Europa. Nach Meinung der Expertengruppe sollte das wesentlichste Vehikel für die amerikanische Militäreinbindung in Europa auch künftig die NATO sein. Die integrierte Militärstruktur der NATO sei aus zwei Gründen so bedeutsam: Effektivität im Falle eines Konflikts und Rückversicherung der europäischen Staaten hinsichtlich des gemeinsamen Zwecks der Militärmacht der NATO. Ohne diese integrierte Kommandostruktur könnten die Streitkräfte wegen ihrer Größe, ihrer Art oder ihrer Aktivitäten anderen Staaten Angst machen, selbst wenn solche Besorgnisse völlig unbegründet seien. (Dies ist ein weiteres Argument dafür, daß eine deutsche Nationalisierung von Teilen der Bundeswehr, wie sie mit dem Aufbau des Bundeswehrkommandos Ost bereits begonnen hat, sowie die Planung einer deutschen mobilen Eingreiftruppe, die nicht der NATO assigniert wäre, und die Errichtung eines deutschen Generalstabs solche Besorgnisse geradezu provozieren müssen.)
Die Studiengruppe plädiert für eine tiefgreifende Änderung der NATO, aber auf keinen Fall für die Aufgabe ihrer prinzipiellen Rolle und ihres Zwecks. Ausdrücklich wendet sie sich gegen drei Möglichkeiten der Ausweitung des NATO-Auftrags:

1. Expansion in Richtung Osten. Zwar könne die Allianz nicht indifferent gegenüber dem Schicksal der in Osteuropa entstehenden Demokratien sein. Eine Aufnahme dieser Staaten in das Bündnis komme aber nicht in Frage, da dies äußerst negative Auswirkungen auf die Sowjetunion haben müßte. Diese könnte sich bedroht und isoliert fühlen. Auch eine direkte Sicherheitsgarantie für die osteuropäischen Staaten seitens der NATO würde die Friedensaussichten in Europa eher verschlechtern als verbessern.
2. Friedenssichernde Missionen. Auch ohne die Mitgliedschaft und das Verantwortungsgebiet zu ändern, haben einige vorgeschlagen, könnte die NATO die Rolle des Friedenserhalters in Osteuropa spielen, indem sie Konflikte zwischen Nationalitäten in dieser Region eindämmt oder löst. Doch auch dies würde zu negativen Reaktionen der Sowjetunion führen, wie oben bereits erwähnt. Friedenserhaltung in Osteuropa wäre eher Sache der Vereinten Nationen oder einer vitalisierten KSZE.
3. »Out-of-area«-Operationen. Der schon in der Vergangenheit wiederholt gemachte Vorschlag, die NATO solle sich außerhalb des NATO-Gebiets stärker engagieren, wurde niemals richtig in die Tat umgesetzt. Zwar haben sich immer wieder NATO-Streitkräfte an Militäraktionen »out-of-area« – wie jüngst im Golfkrieg – beteiligt. Dies erfolgte aber stets auf bilateraler Basis.
Den Widerstand gegen die Absicht, der NATO eine »out-of-area«-Rolle zu übertragen, beurteilen die Experten als eine gesunde Politik. In Regionen der »Dritten Welt« hätten die USA und die europäischen Nationen substantiell unterschiedliche Perspektiven und Interessen. Außerdem bestehe die Gefahr, daß über die Dominanz der USA in der NATO Europäer in Aktionen hineingezogen werden, die sie nicht gutheißen können. Die USA sollten flexibel genug sein, um sich auf andere Weise mit den europäischen NATO-Staaten zu arrangieren und gemeinsame Aktionen zu koordinieren. Selbst in Fällen, wo amerikanische und europäische Interessen auseinanderliefen, sollten die USA das notwendige Verständnis der Verbündeten suchen, um die Möglichkeit zu eröffnen, daß US-Truppen – wie im Golfkrieg – NATO-Einrichtungen benutzen.

Vorschläge für eine Reorganisation der NATO. Zweierlei sollte geschehen: eine weitere Integration und eine »Verschlankung« der Bürokratie der NATO. Versuche mit der Schaffung und Unterhaltung von multinationalen Verbänden und Stäben sollten, beginnend auf der Korps-Ebene, erweitert werden.
Dies stelle natürlich noch höhere Anforderungen an die Interoperabilität der Streitkräfte. Größere Beachtung als in der Vergangenheit müsse der

Rationalisierung der Verteidigungsindustrie und der wissenschaftlichen Basis der Allianz geschenkt werden. Ein Grund dafür, daß in der Vergangenheit eine weitergehende militärische Integration in der NATO behindert wurde, war die vorherrschende Rolle der USA. Die Asymmetrie innerhalb der NATO hat in Amerika zu dem Gefühl geführt, daß die USA ein Übermaß an Belastung für die Verteidigung Europas zu tragen hatten. In Europa empfand man sie als übergroßen Einfluß der USA. Die politische Entwicklung der vergangenen Jahre könne dies nun auflösen.
Das sichtbarste Zeichen für eine gleichmäßige Verteilung der Verantwortlichkeiten innerhalb des Bündnisses wäre die Besetzung des höchsten NATO-Kommandos, des SACEUR (Supreme Allied Command Europe), mit einem europäischen Offizier.
Die Annahme einer sehr langen strategischen Warnzeit (Jahre) eröffne der NATO die Chance, auf eine billigere Strategie umzuschalten, die sich auf kleinere aktive Truppen abstützt. Diese könnten auf große Reserveverbände und Pläne für gesellschaftliche und industrielle Mobilisierung (hier taucht indirekt der Begriff des »Reconstitution« wieder auf) in einer Krise zurückgreifen.

Truppenreduzierungen. Als Folge dieser für die NATO günstigen Entwicklung könnten ihre Streitkräfte ganz erheblich abgebaut werden. Finanzierungsprobleme könnten in Deutschland schon bald weit tiefere Einschnitte in die Truppenstärke und die Modernisierungspläne erzwingen, als bislang vorgesehen. Eine aktive Bundeswehr von 200 000 Mann würde langfristig völlig ausreichen.
Die US-Streitkräfte in Europa sollten innerhalb der nächsten fünf Jahre von 300 000 (1990) auf unter 100 000 abgebaut werden. Diese US-Streitkräfte, besonders die Luftstreitkräfte, sollten nicht in Deutschland konzentriert, sondern – aus politischen Gründen – weiter verteilt sein. In diesem Zusammenhang wäre es günstig, wenn Frankreich wieder Stützpunkte auf seinem Staatsgebiet zuließe.

Der weitere KSZE-Prozeß. Wie auf dem KSZE-Gipfel in Paris vereinbart, werden alle künftigen Gespräche über den weiteren Abbau konventioneller Streitkräfte und über vertrauensbildende Maßnahmen im inzwischen wieder 35 Nationen umfassenden KSZE-Forum stattfinden. In diesen Gesprächen wird es u. a. um folgendes gehen:
1. Zusätzliche Maßnahmen der Vertrauensbildung über friedliche Absichten zwischen den europäischen Staaten.
2. Weiterer Abbau der Streitkräfteumfänge, besonders bei den gepanzerten

Truppen, der Artillerie und den Angriffsflugzeugen mittlerer und größerer Reichweite. Die Reduzierungen sollten auf der Basis einzelner Nationen definiert werden. Auch die Mannschaftsstärken sollten begrenzt werden.
3. Bei Typen von militärischer Ausrüstung, die wesentlich für Offensivoperationen sind, wie Brückengerät und mobile Luftabwehr, sollten zusätzliche Begrenzungen vereinbart werden.
4. Als weitere Maßnahmen zur Erhöhung militärischer Transparenz und Stabilität, einschließlich zusätzlicher Information über Militärgerät, das außerhalb des Gebiets vom Atlantik bis zum Ural stationiert ist, könnten Ankündigungen von Übungen, Einberufungen, Aktivitäten in Grenznähe und erweiterte Stützpunkts- und Gebietsinspektionen dienen.
Die Studiengruppe tritt nachdrücklich dafür ein, daß eine Organisation geschaffen wird, die alle europäischen und nordamerikanischen Staaten umfaßt und bald die erste und entscheidende Rolle für die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent spielt. Die NATO könne diese Rolle nicht ausfüllen, da sie in erster Linie geschaffen wurde, um die Militärmacht Sowjetunion auszubalancieren. Auch EG und WEU könnten diese Rolle nicht übernehmen, da beiden Organisationen die USA und die UdSSR nicht angehören.
Aus der KSZE müsse schließlich ein Kollektives Sicherheitssystem hervorgehen. Um die vielfältigen Aufgaben, die der KSZE jetzt schon übertragen sind, wahrnehmen zu können, müsse sie eine eigene rechtliche Grundlage in einem formalen Vertrag erhalten.

3. Das Dilemma der NATO

Mit dieser langfristigen Perspektive gehen die Autoren weiter, als die amerikanische Administration bisher bereit war zu folgen. Allerdings ist nach dem KSZE-Treffen in Berlin im Juni 1991 ein deutlicher Wandel in der amerikanischen Außenpolitik spürbar. Außenminister James Baker hat sogar den Begriff der »gemeinsamen Sicherheit« als Prinzip für eine künftige europäische Sicherheitsarchitektur übernommen.
Der Übergang von einer Politik der Konfrontation zur umfassenden Kooperation stößt an viele Grenzen. Ein ganz wesentliches Hemmnis ist das militärische Dilemma. Einerseits bleibt die sowjetische Militärmacht wegen ihrer Quantität und Qualität der einzige ernstzunehmende Gegenpart zur Militärallianz NATO. Andererseits stört das Festhalten an der Version des »Restrisikos Sowjetunion« und ihre ständige öffentliche Wiederholung den Prozeß der Überwindung der alten Konfrontation ganz erheblich. Die neuen »potentiellen Konflikte, Risiken und Instabilitäten« an der süd-östli-

chen und südlichen Flanke der NATO bieten absehbar keinen Ersatz für das alte »Feindbild«. Sie wären vom offiziellen NATO-Auftrag nur insoweit abgedeckt, als von ihnen eine militärische Bedrohung des NATO-Gebiets ausgeht. Eine solche glaubwürdige Bedrohung könnte aber selbst die kühnste Phantasie nicht konstruieren.
Das eigentliche Problem der NATO besteht nicht darin, daß die Militärorganisation keine neuen Aufgaben fände. Diese lägen aber »out-of-area« und wären darum mit den »Geschäftsgrundlagen« der Allianz nicht vereinbar. Eine Erweiterung des NATO-Auftrags als politische Konsensentscheidung aller Mitgliedstaaten ist absehbar völlig ausgeschlossen. Solange dieses Dilemma besteht, wird die Diskrepanz zwischen der Formulierung von Strategie, der Struktur und der Bewaffnung der künftigen NATO und der offiziellen Begründung nicht aufgelöst werden können.
Der US-Soldat Galvin machte bei seiner Anhörung keine politisch-diplomatischen Verrenkungen, um die NATO der Zukunft als das zu empfehlen, was sie auch in der Vergangenheit war: das entscheidende Sicherheitsinstrument der Vereinigten Staaten in einer wichtigen Weltregion. Den Unterschied zu früher spüren die Europäer: In der Vergangenheit deckte sich das nationale amerikanische Interesse weitgehend mit den Sicherheitsinteressen der europäischen NATO-Staaten. Die USA und Europa lebten in einer Art Sicherheits-Symbiose. Davon bleibt jetzt nur noch die Instrumentalisierung Europas als bloßes Element amerikanischer nationaler Sicherheitspolitik übrig. Vor- und Nachteile einer solchen einseitigen Konzeption wären in Zukunft ungleich verteilt. Soweit Kosten und Belastungen für die Menschen in Europa mit dieser neuen Funktion der NATO verbunden sind, werden sich die Europäer mit einer dauerhaften Zustimmung schwer tun. In Deutschland könnte die weitere Inanspruchnahme von Sonderrechten durch die alliierten Streitkräfte, die den Stationierungstruppen aufgrund des Zusatzabkommens zum Truppenstatut eingeräumt worden sind (Relikte aus dem alten Besatzungsrecht), zunehmend als ärgerlich empfunden werden.

4. Deutschland und die NATO

Nach Beginn des Golfkrieges stellte sich die Lage der NATO so dar: Souveräne Bündnisstaaten haben zur Vorbereitung ihres militärischen Engagements gegen den Irak an Mannschaften, Material und Munition von ihren NATO-Stationierungsorten abgezogen, was sie für nötig empfanden. Galvin hat dies noch einmal ausdrücklich bestätigt. Andere NATO-Staaten, die sich nicht mit Truppen am Golfkrieg beteiligten, entblößten sich bis an die Grenze der Einsatzbereitschaft. Die NATO hat sich im Golfkonflikt als

Stützpunkt- und Nachschuborganisation in einem Umfang eingesetzt, der weit jenseits der Vertragsbedingungen liegt.
Fazit: Die wichtigsten NATO-Mitglieder führten Krieg »out-of-area« – also außerhalb des NATO-Vertragsgebiets – ohne jede Rücksicht auf ihre NATO-Verpflichtungen. Die NATO erreichte dabei ihren niedrigsten Bereitschaftszustand seit ihrer Gründung. Deutlicher und demonstrativer hätte die westliche Verteidigungsallianz die Entbehrlichkeit ihrer militärischen Verteidigungsorganisation in Westeuropa nicht darstellen können. Nach dem Golfkrieg werden die NATO-Staaten nicht ohne weiteres am Vorkriegszustand anknüpfen können.
Das völlig überzogene Engagement der NATO im Golfkrieg zeigte auch, daß die Beamten und Soldaten, die an dieser Organisation wie am Tropf hängen, die Sowjetunion als Legitimationsgeber für das nordatlantische Bündnis insgeheim längst abgeschrieben haben. Sie suchen ihre Existenzsicherung in neuen Aufgaben. NATO-Generalsekretär Dr. Manfred Wörner hatte beim Treffen der Verteidigungsminister im Herbst 1990 in Brüssel bereits angedeutet, wohin die Reise gehen soll: Die NATO als Bündnis solle künftig die Mitgliedstaaten unterstützen, die in militärischen Konflikten außerhalb des NATO-Gebiets engagiert sind. Offenbar schwebt ihm das Engagement der NATO im Golfkrieg als ein durch die Bündnisstaaten zu legitimierender Dauerauftrag vor. Vom NATO-Oberbefehlshaber wissen wir jetzt, daß darin die Zukunft der NATO gesehen wird.
Die wiederholten Zusicherungen Wörners gegenüber der Türkei, die NATO werde im Falle eines irakischen Angriffes militärisch reagieren, die Entsendung von Teilen der ACE Mobile Force (Mobile NATO-Eingreiftruppe) in die südöstliche Türkei und die feierliche Bekräftigung der Bündnistreue durch den deutschen Bundeskanzler gingen aber weiter: NATO-Führung und Bundesregierung legten es darauf an, über das NATO-Mitglied Türkei doch noch mit NATO-Streitkräften in den Krieg gegen den Irak eingreifen zu dürfen.
Zweifellos hat der NATO-Generalsekretär mit solchen Aussagen seine Kompetenz eindeutig überschritten. Auch die Bundesregierung hatte mit ihren mißverständlichen Signalen in Richtung Türkei einen ungedeckten Scheck ausgestellt. Ob ein Angriff auf die Türkei den Bündnisfall ausgelöst hätte, wäre nämlich von einer einstimmigen Entscheidung der 16 in dieser Frage souveränen Mitgliedstaaten abhängig gewesen. Hätte ein Staat nein gesagt, hätte die NATO als Organisation nicht tätig werden dürfen. Für den militärischen Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland gibt es aber außerhalb des NATO- oder WEU-Bündnisfalles keine Rechtsbasis.
Die halbherzige Entsendung von ein paar Alpha-Jets und danach ein paar

hundert Soldaten zu deren Schutz in das türkisch-irakische Grenzgebiet war militärisch sinnlos – dieses Flugzeug wäre den Aufgaben nicht gewachsen gewesen – und politisch ein Vabanque-Spiel. Wären die deutschen Einheiten dort nämlich von irakischen Streitkräften angegriffen worden, ohne daß der Bündnisfall erklärt worden wäre, hätten sich die Deutschen im Rahmen der Notwehr zwar verteidigen dürfen, mehr aber auch nicht. Sie wären somit zu bloßen Zielscheiben geworden.

Von den Alliierten als Feiglinge und Drückeberger beschimpft und von Israel am deutschen Trauma der Dauerschuld gegenüber den Juden gepackt, reagierte die Bundesregierung während des Golfkrieges zunehmend emotional. In ihrer Angst, schließlich am Weltpranger zu enden, schreckte sie nicht einmal mehr vor einer Ankündigung des Verfassungsbruchs zurück. Gegen jede Verfassungslogik und gegen jede politische Vernunft beharrte die Regierung darauf, sie allein könne ohne Einschaltung des Parlaments bei Ausweitung des Golfkrieges auf das Staatsgebiet der Türkei dem Bündnisfall zustimmen und damit Deutschland in einen Krieg führen. Diese Behauptung, die bisher noch nicht korrigiert wurde, darf so nicht stehenbleiben. Wenn nämlich wirklich ernsthafte juristische Zweifel daran zulässig wären, daß bei der schwerwiegendsten Entscheidung für ein Volk überhaupt, nämlich Krieg oder Frieden, das Parlament ausgeschaltet werden darf, müßte dringend eine Klarstellung erfolgen.

Während des Golfkonflikts wurde die NATO als Folge einer politischen Gratwanderung einiger NATO-Offiziellen und einiger Regierungen von NATO-Staaten – die deutsche eingeschlossen – in die Nähe einer Zerreißprobe geführt.

Die von der deutschen Regierung jetzt geplante Verfassungsänderung mit dem Ziel, die Beschränkung der deutschen Streitkräfte auf Verteidigung des NATO-Territoriums im Sinne der Selbstverteidigung aufzuheben, steht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Niedergang der NATO. Die Bundeswehr gründet nämlich ihre Existenz allein auf den Ost-West-Konflikt und den Wunsch der westlichen Demokratien, die Wirtschaftskraft der Westdeutschen für die gemeinsame Verteidigung einzuspannen. Die Bundeswehr ist – anders als alle anderen NATO-Streitkräfte – nur in diesem Zusammenhang entstanden und seither allein durch den NATO-Auftrag legitimiert. Deshalb müßte die mit der NATO verzahnte Bundeswehr ohne eine neue glaubhafte Begründung ihrer Existenz gemeinsam mit der NATO untergehen. Gewiß liegt darin einer der Gründe, warum die deutschen Militärspitzen – quasi im Vorgriff auf eine Verfassungsänderung – eine nationale Führungsstruktur und nationale Verbände für den »out-of-area«-Einsatz planen. Begründet wird die angestrebte deutsche Befreiung vom

NATO-Korsett mit der Notwendigkeit, künftig mehr Verantwortung in der Weltpolitik zu übernehmen. Die neue deutsche Rolle schließe ein militärisches Engagement bei regionalen Konflikten außerhalb des NATO-Gebiets, z. B. im Rahmen multinationaler europäischer Streitkräfte (Volker Rühe) oder zur Beteiligung an VN-Militäraktionen, ein.
Noch verläuft die innerdeutsche Auseinandersetzung um die künftige Rolle deutscher Streitkräfte diffus. Erkennbar ist jedoch, daß vom rechts-konservativen Lager eine völlige Befreiung der Bundeswehr von den Fesseln des Artikels 87a Grundgesetz gewollt wird. (Der Abgeordnete Lowak, früher CSU, jetzt parteilos, bestreitet gar die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung; das Grundgesetz lasse heute schon jeden denkbaren Bundeswehreinsatz zu. Es besteht die Gefahr, daß nun immer mehr Staatsrechtler und Politiker auf diese Linie einschwenken, weil die erforderliche parlamentarische Mehrheit für eine Verfassungsänderung nicht erreichbar erscheint.) Um die Ausweitung des Bundeswehrauftrags gegenüber der Öffentlichkeit durchsetzen zu können, wird im Regierungslager versucht, eine Art Etikettenschwindel zu betreiben. Gesagt wird »Verfassungsänderung für VN-Einsatz«, gemeint aber ist in Wahrheit »Verfassungsänderung für eine ›normale‹ Militärmacht Deutschland«.
Die militärische Führung der Bundeswehr macht dieses Manöver gern mit, da die Bundeswehr dringend eine neue Legitimation braucht. Nachdem nun auch unsere östlichen Nachbarn als Freunde gelten, reichen deutsche Waffen, auch die relativ weit fliegenden Tornados, nur noch in befreundete Staaten. Wie soll den Steuerzahlern die Aufrechterhaltung (Erneuerung/Verbesserung) eines Militärapparates, wie die Wiederaufnahme des Tiefflugs erklärt werden, für die es keinen glaubwürdigen Auftrag mehr gibt?
Mit dem Plan einer Verfassungsänderung, einer neuen Bundeswehrstruktur und einem neuen Bundeswehrauftrag (z. B. Einsatz zur Beilegung von außereuropäischen Konflikten) entsteht innen- und außenpolitischer Sprengstoff. Die Neuauflage einer unbeschränkten Militärmacht Deutschland bedeutete tatsächlich die Anknüpfung an die Wehrmacht, die im Mai 1945 untergegangen schien. Die Bundesrepublik würde eine völlig neue Ära deutscher Militärpolitik beginnen, deren Bedeutung weit über die Entscheidung zur deutschen Wiederbewaffnung Mitte der fünfziger Jahre hinausreicht. Massive innenpolitische Auseinandersetzungen sind zu erwarten.
Die Nachbarn der Deutschen, die das wiedervereinigte Deutschland mit seiner bedrohlichen Machtfülle unter der Kuratel der NATO sehen wollen, und die großen Allianzpartner, die deutsches Militär jetzt um jeden Preis in ein weltweites Militärengagement zwingen möchten, werden bald erkennen, welche Geister die Grundgesetzänderer rufen. Die Argumentation der

amerikanischen Expertengruppe offenbart, wie tief das Mißtrauen gegen die Deutschen verwurzelt ist. Sie zeigt besser als alle offiziellen Reden, daß eine Rückkehr zu deutscher nationaler Verfügungsgewalt über Militär, d. h. die Möglichkeit des Einsatzes deutscher Soldaten unter deutschem Oberbefehl, in der ganzen Welt, besonders aber bei den europäischen Nachbarnationen größte Besorgnis auslösen muß. Die jüngsten Unterstellungen aus Jugoslawien, Deutschland wolle den politischen Zerfall des Vielvölkerstaats für seine eigenen Großmachtträume ausnutzen (Reizwort: Viertes Reich), dürften nur der Anfang neuen Argwohns gegenüber einer selbständigen Militärmacht Deutschland sein.
Noch glauben die europäischen Nachbarstaaten, daß die deutsche Regierung mit ihrer Absicht, die Verfassung zu ändern, ausschließlich die Beteiligung deutscher Streitkräfte an einem multinational zusammengesetzten UNO-Kommando ermöglichen will. Das trifft aber nicht zu. Bundeswehreinheiten sollen – wie es im Regierungslager heißt – künftig wie die Alliierten im Golfkrieg einsetzbar sein. Im Golfkrieg kämpften aber nationale Streitkräfte unter nationalem Kommando. Im Endeffekt strebt die deutsche Regierung damit tatsächlich eine völlige Freiheit für deutsche Militäroperationen an. Dieses Ergebnis dürften die Staaten, deren Erinnerung an die Zeit, als deutsches Militär unbeschränkt operieren konnte und reichlich Gebrauch davon machte, noch nicht verblaßt ist, wohl kaum schätzen.

5. Die Perspektive

Eine mächtige NATO brauchte stets einen mächtigen Feind. Mit einem intakten Warschauer Pakt war das gewährleistet. Auch politisch wirkte das gemeinsame Bedrohungsgefühl in allen Krisen der NATO wie Kitt.
Die wirtschaftliche und soziale Belastung der »Frontländer«, insbesondere der Bundesrepublik, wurde als eine Art Tribut an die USA verstanden, die zum Ausgleich den »Atomschirm« über die nuklearen Habenichtse spannten. Künftig wird die Unverletzlichkeit der NATO-Staaten durch keine Macht mehr bedroht. Der NATO-Auftrag geht somit ins Leere.
Ein neuer Auftrag für die NATO, z. B. Eingreifen in Konflikte außerhalb des NATO-Gebietes (»out-of-area«) oder Verteidigung von »Interessen« von Mitgliedsländern, dürfte kaum durchsetzbar sein.
Die NATO kann der Welt nur einen letzten Dienst erweisen, indem sie wirklich zum Motor für ein künftiges Europäisches Sicherheitssystem wird. Sie muß schon heute, so wie die US-Sicherheitsexperten es angedeutet haben, ihren Endpunkt planen und aktiv an der Ausgestaltung eines Europäischen Sicherheitssystems mitarbeiten, das dann in sechs oder sieben Jahren

an ihre Stelle treten kann. In dieser Zeit der Abwicklung muß der noch große Spielraum für weitere Abrüstung und weitere Umstrukturierung hin zu nicht-offensivfähigen Strukturen genutzt werden. Die Schaffung mobiler Eingreifverbände, die rasch in entfernte Einsatzgebiete verlegt werden können, ist genau der falsche Weg. Solche Verbände müssen aus militärfachlichen Gründen offensiv ausgelegt und ausgerüstet sein. Sie werden von Staaten, die innerhalb der operativen Reichweite solcher Interventionsstreitkräfte liegen und von der Teilnahme ausgeschlossen sind, als potentielle Bedrohung empfunden. Somit stoßen sie Gegenrüstung an oder verhindern weiteren Militärabbau. Dies gilt auch für die militärpolitischen Pläne der Bundesrepublik Deutschland.

Statt neue Aufgaben alten oder beinahe alten Militärstrukturen überzustülpen – etwa nach dem Motto »bevor das Volk etwas merkt« –, sollte man jetzt wirklich eine grundlegende Lagebeurteilung anstellen, an deren Ende über künftige Aufgaben als unabdingbare Planungsvoraussetzung für Streitkräfteumfang, -struktur und -ausrüstung im gesellschaftlichen Konsens entschieden wird.

Trotz oder gerade wegen der Lehren aus dem Golfkrieg müssen die NATO-Länder – wie die Länder des ehemaligen Warschauer Vertrags – die erst zaghaft begonnene Demilitarisierung fortsetzen. Die im Golfkrieg »verbrauchten« Waffen und die verschossene Munition dürfen auf keinen Fall ersetzt werden. Die aus Zentraleuropa abgezogenen Streitkräfte dürfen nicht an ihre früheren Stationierungsorte zurückkehren. Der nukleare Teufelskreis mit den Stationen »Nukleare Abschreckung – neue, bessere A-Waffen – Nuklearwaffentests – Weiterverbreitung – neue Bedrohungseinschätzung – militärische Intervention gegen Weiterverbreitung usw.« muß endlich durchbrochen werden.

Internationale Zusammenarbeit beim Erforschen und Entwickeln von sozialverträglichen Methoden der Rüstungs- und Militärkonversion muß endlich beginnen. Für eine dauerhafte Demilitarisierung des Globus müssen Erforschung, Entwicklung und Produktion von Waffen, Munition und anderen Rüstungsgütern aus der privaten Marktwirtschaft herausgenommen werden. Eine psychologische Konversion in den größten Rüstungsexportländern muß die volkswirtschaftliche Abhängigkeit von diesem Wirtschaftszweig auflösen. Waffen wie weitreichende Flugkörper und Angriffsflugzeuge, die wegen ihrer eindeutigen Offensivfähigkeit Rüstungswettlauf und Weiterverbreitung unterstützen, müssen einem vollständigen Exportverbot unterworfen werden. Jeglicher Export von Kriegsmaterial, soweit er für eine Übergangszeit noch erlaubt ist, muß international registriert und kontrolliert werden.

Anmerkungen

1 General John Galvin ist in Personalunion NATO-Oberbefehlshaber in Europa (NATO's Supreme Allied Commander in Europe – SACEUR) und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa (Commander-in-Chief of the U.S. European Command – CINCEUR). Am 9. Mai 1991 wurde er vom »Senate Appropriations Subcommittee on Defense« in seiner Eigenschaft als CINCEUR angehört.

2 Die Studie mit dem Titel »The United States & NATO in an Undivided Europe« wurde im Frühjahr 1991 von »The John Hopkins Foreign Policy Institute« veröffentlicht. An ihr haben z. B. Harold Brown, Zbigniew Brzezinski, Andrew Goodpaster, Lee Hamilton, Sam Nunn, Patricia Schroeder und Helmut Sonnenfeld mitgearbeitet.

Rachid Mimouni **Tombéza** *Rotbuch Verlag*

Ich fühle, wie mich mit der
Nacht, die über das
Krankenhaus hereinbricht, eine
gelassene Heiterkeit
überkommt. Ich glaube, ich
werde einschlafen. Ich lächle
bei dem Gedanken an den
wütenden Kommissar Batoul,
diesen abgefeimten Halunken,
lang und mager wie ein Tag im
Ramadan. Gleich an diesem
ersten Tag nach meinem
Erwachen aus dem Koma kam
er herbeigeeilt, die Dumpfheit
des Zimmers, in dem ich liege,
aufzureißen.

RACHID MIMOUNI erzählt die Vita eines Outcast, der in den Wirren des Algerienkrieges eine Karriere vom Kollaborateur zum zynischen Direktor eines Krankenhauses durchläuft. Präzise und mit scharfem Blick für die Realität seziert er die islamisch geprägte Gesellschaft des kolonialen und später unabhängigen, sozialistisch regierten Algerien.
gebunden, 296 Seiten, DM 38.-

Bartholomäus Grill / Volker Matthies
Chaosmacht Afrika?

Krieg in Afrika? Ein prominenter Geostratege pflegt auf diese Frage zu antworten: »Das ist Negerkampf im Tunnel!« Man mag es dem guten Manne nachsehen – sein analytischer Blick ist auf die Achse Washington–Bonn–Moskau gebannt. Ein bisserl Rassismus gehört heutzutage wieder zum guten Ton. Und spricht aus ihm nicht jener gesunde Europäerverstand, in dem Afrika zu einem bloßen Synonym für Krieg und Hunger herabgesunken ist?

Gewiß, jenseits von Afrika weitet sich die Imagination: Da donnern gewaltige Wasserfälle, brüllen Löwen, schlagen Buschtrommeln. Unheimlichtraulich, irgendwo zwischen den Bildern von Leni Riefenstahl und den Büchern von Tanja Blixen gelegen, pocht das Herz der Finsternis. Aber aus der romantischen Wildnis dringt eben auch fürchterliches Kriegsgeheul, wir hören die Giftpfeile sirren und die Schädel der Missionare krachen, wenn Buschiris Keule auf sie niedersaust. Es ist dem Scharfsinn von Journalisten wie Peter Scholl-Latour zu verdanken, daß sich solche Wahrnehmungen ins europäische Gedächtnis gegraben haben. »Mord am großen Fluß« heißt eine seiner Abenteuergeschichten. Nicht umsonst gehört sie zu den bestverkauften über den Schwarzen Kontinent, zementiert sie doch alle unsere Vorurteile: Unberechenbar sind die »afrikanischen Ereignisse und Menschen«, Volkstribunen leben grausame Machtgelüste aus, ja entfesseln gar die »Mächte der Steinzeit«. Wenn Spießbürger ins Gewand des Journalisten schlüpfen, kommt einem der alte Goethe wieder in den Sinn:

»Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit, in der Türkei,
Die Völker aufeinanderschlagen...«

»Konfliktherd Schwarzafrika« – so lautete das uns gestellte Thema. Die Formulierung suggeriert, daß die Region südlich der Sahara ein monolithisches Gebilde ist, auf dem Konflikte nach dem immergleichen Muster sich entzünden, auf dem es an allen Ecken und Enden fortwährend brennt. Der umgekehrten historischen Wahrnehmung, dem eindimensionalen Blick auf

den »Konfliktherd Europa«, entspräche es etwa, das Blutvergießen in Ulster, die Wirrnisse im Baltikum und den Zerfall Jugoslawiens ineins zu setzen und mit den gesammelten Massenschlächtereien der Neuzeit zu vermengen. Am Ende erscheint dann auch die Alte Welt in toto als Hort zeitlosen Unfriedens, ewigen Krieges.

Wir plädieren für eine differenzierte Betrachtung. Die Ursachen afrikanischer Kriege sind nicht minder komplex als diejenigen europäischer Kriege, sie lassen sich ebenso rational herleiten und präzise auseinanderhalten. Die Vorstellung vom »Chaos Afrika« ist eine postkoloniale Obsession; den Genotypus des *bellum africanum* gibt es nicht. Es wird nicht allerorten und nicht flächendeckend gekämpft; die Dauerkonflikte beschränken sich auf zwei regionale Schwerpunkte, auf das Horn von Afrika und auf den Süden des Kontinents.

Aber stimmt es denn nicht, daß in Afrika häufiger Kriege stattfinden?

Vorweg: Das Gros der jungen Subsahara-Staaten lebt in Frieden, seit sie in den frühen sechziger Jahren die Unabhängigkeit erkämpften. Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß sich Kriegschronisten seither oft mit Afrika beschäftigen. Der Afrika-Experte Walter Michler hat das »Verzeichnis der Kriege, nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende 1984« (erstellt von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg) bis 1987 ergänzt und mit Blick auf den Schwarzen Kontinent die einzige uns bekannte Bilanz gezogen. Im untersuchten Zeitraum von 43 Jahren haben in 48 Staaten bzw. Territorien Schwarzafrikas 38 Kriege stattgefunden. Eine horrende, aber auch irreführende Zahl, zumal da die Liste kleine, kaum nennenswerte Grenzscharmützel etwa zwischen Burkina Faso und Mali und Großkonflikte wie den Biafra-Krieg gleichrangig erfaßt. Jeder zweite Konflikt entbrannte aufgrund direkter oder mittelbarer weißer Machtinteressen, die Ursachen der 19 übrigen Kriege – die sich auf elf von 45 souveränen Staaten beschränken – sind hausgemacht, wobei in manchen Fällen koloniale Erblasten nachwirkten. Überdies mischten bei sieben dieser 19 internen Waffengänge Streitkräfte von insgesamt 14 externen, nichtschwarzafrikanischen Mächten mit. Ihre Interventionen haben entweder Konflikte ausgelöst, verschärft oder verlängert, oder sie halfen im besten Fall mit, sie zu beendigen, faßt Michler zusammen.

Aber sind die Schwarzen nicht viel blutrünstiger?

Ein solches Urteil fällt, wer die grausigen Kriege in Europa nicht erlebt oder sie verdrängt hat, wem die Gnade der späten Geburt oder des frühen Vergessens zuteil wurde. Oder wer einfach nur ein Opfer jener »bad news from Africa« ist, die nach Maßgabe ihres »Grausamkeitswertes« in die Gazetten gehoben werden. Ein schlagendes Beispiel lieferte im vorigen Sommer der

stern. Die Illustrierte hatte Bilder vom Bürgerkrieg in Liberia erhalten, aber offenbar keinen Text. Die furchtbaren Szenen wollte man dem Leser aus naheliegenden Gründen freilich nicht vorenthalten. In prächtigen Farben zeigt eine Sequenz die Ermordung eines unschuldigen Mannes. Er stand in irgendeiner Warteschlange und wurde von irgendwelchen Freischärlern abgegriffen und am Straßenrand kurzerhand umgebracht. Die Prachtfotos wurden mit einem Artikel garniert, der an Oberflächlichkeit schwerlich zu überbieten ist. Nichts erfährt der Leser über die Hintergründe der »Hinrichtung«, wenig über die Ursachen der Scharmützel in und um Monrovia. Derartige Berichte frischen die Vorstellung auf, in Afrika bekriegten sich entfesselte Wilde, gnadenlos wie Tiere, bestialisch wie Unmenschen. Hat nicht Bokassa Kinder gefressen? Zerfleischte Idi Amin nicht eigenhändig seine Feinde? Müßig, es zu erwähnen: Im Krieg regiert das Gesetz der Grausamkeit, in Afrika und anderswo. Und aus der Sicht der Opfer sind Vergleiche zynisch – es macht keinen Unterschied, wo Menschen von explodierenden Tellerminen zerfetzt, mit Bajonetten aufgeschlitzt oder durch Napalm-Bomben karbonisiert werden.

Aber verpulvern die Despoten in Afrika nicht Unsummen für Rüstung?

Nur zwei Staaten – Nigeria und Äthiopien – verfügen über schlagkräftige Armeen und moderne Waffensysteme. Acht sind für auswärtige Feldzüge gerüstet, ein Dutzend für den Verteidigungsfall. Der Rest unterhält Streitkräfte zur Sicherung der inneren Machtverhältnisse. Daß »der Neger als solcher« keineswegs bis auf die Zähne bewaffnet ist, hat wiederum Walter Michler eindrucksvoll in seinem *Weißbuch Afrika* nachgewiesen. Bezogen auf die Meßgröße »Einwohner pro Soldat« sind die schwarzafrikanischen Länder im Durchschnitt weitaus schwächer militarisiert als etwa die friedliebende alte Bundesrepublik. Hierzulande kommen auf einen Krieger 116 Bürger, in ganz Schwarzafrika (das Apartheid-Regime ausgenommen) beträgt das Verhältnis 1:544. Die Subsahara schneidet zwar schlechter ab, vergleicht man den jeweiligen Anteil der Militäretats am Bruttosozialprodukt. Doch in absoluten Zahlen gibt Bonn pro Kopf ungefähr den vierzigfachen Betrag für »Verteidigung« aus wie die Regierungen im Mittel Schwarzafrikas.

Die Gemetzel zwischen Khartoum und Kapstadt – sind das nicht reine Stammesfehden?

Diese »Erklärung« erfreut sich seit der glorreichen Kolonialzeit hoher Beliebtheit und feiert als rassistisches Residuum dieser Epoche selbst in den Interpretationsstäben unserer Außenministerien immer wieder Urständ. Weil die Afrikaner von Natur aus kriegerischer und in zahllose Stämme zerfallen seien, gingen sie eben öfter aufeinander los. Der Tribalismus sei

das Urübel. Auch die Herrschenden in Afrika bedienen sich gerne dieser Schablone. Sie dient quasi als offizielle Staatsrechtslehre der OAU, als billige Schutzbehauptung zur Sicherung der eigenen Macht auf der Grundlage kolonialistischer Präliminarien. Europäer verwenden dieselbe Interpretation, verbinden sie indes mit jener alten Befriedungslüge, mit der weiland die Kolonialherren schon ihre Raubzüge legitimiert haben. Gewiß, auch bevor sie den schwarzen Erdteil heimsuchten, gab es dort bewaffnete Auseinandersetzungen. Doch oftmals eskalierten sie nicht, weil tradierte Konfliktregelungsmechanismen ins Spiel kamen. Der Streit ging allemal um Ressourcen, um Weide- und Jagdgründe, um Wasserrechte. Wenn etwa in der Sahelzone in Zeiten extremer Trockenheit ein Wandervolk gezwungen war, weiter in den feuchteren Süden vorzudringen, stießen sie auf seßhafte Ackerbauern oder konkurrierende Nomaden. An Viehtränken kam es nicht selten zu Gewalttätigkeiten, es gab Tote und Verletzte. Irgendwann aber setzten sich die Führer zusammen und handelten einen friedlichen Ausgleich aus. Für einen Getöteten mußte die andere Seite soundsoviele Ziegen oder Durra-Scheffel »zahlen«. Erst seit die Kontrahenten über automatische Waffen verfügen, versagen die herkömmlichen Schlichtungsinstanzen. Die Massaker, die mit einer AK 47 angerichtet werden, lassen sich nicht mehr gütlich regeln.

Handelt es sich in Wirklichkeit nicht um lauter Stellvertreterkriege?

Ein in antiimperialistischen Kreisen weitverbreitetes Verdikt nach dem einfachen Strickmuster: Die Supermächte säen die Gewalt. Das ist halb wahr, halb falsch. Im südlichen Afrika trifft es durchaus zu, am Horn von Afrika keineswegs. Zum Beispiel Angola: Moskau und Washington haben den sechzehn Jahre lang lodernden Bürgerkrieg kräftig angefacht, als Stellvertreter der Stellvertreter fungierten Havanna und Pretoria. Angolanische Soldaten, kubanische Internationalisten und russische Militärberater kämpften gegen angolanische Rebellen, südafrikanische Kommandos und amerikanische CIA-Agenten. Im Showdown der Ideologien – Kommunismus versus Kapitalismus – kam es zu absurden Konstellationen: Ein US-Konzern unterhielt Ölförderanlagen bei Cabinda; die marxistische MPLA-Regierung in Luanda verdiente kräftig am schwarzen Gold. Für die harten Dollars kaufte sie Waffen bei den Sowjets, unter anderem um jene Bohrtürme zu sichern, die von den Unita-Rebellen mit Kriegsgerät aus den Vereinigten Staaten ins Visier genommen wurden!

Zum Beispiel Horn von Afrika: Washington und Moskau haben sich nie ernsthaft für die inner- und zwischenstaatlichen Konflikte in dieser Weltgegend interessiert, wohl aber für den geostrategischen Nutzwert der Region: Das Horn säumt das Rote Meer, gegenüber liegt Arabien, im Norden das

Nadelöhr Suezkanal und der israelische Hafen Eilat, im Süden die Mündung in den Indischen Ozean. In stets wechselnden Koalitionen waren die Supermächte präsent, beide versuchten auf Äthiopien, den machtpolitischen Schlüsselstaat in der Region, Einfluß zu gewinnen; beide bemühten sich um den Erhalt der territorialen Integrität des Landes, die Amerikaner von 1953 bis 1977, die Sowjets von 1977 bis zum Sturz des »schwarzen Stalin« Mengistu in diesem Jahr. Die Gegenspieler im Kalten Krieg haben die Zentralgewalt gegen alle Zentrifugalkräfte gleichermaßen gestärkt. Weder dem äußeren Hauptfeind – Somalia – noch dem inneren – Eritrea – griffen sie politisch oder militärisch ernsthaft unter die Arme. Die Reagan-Doktrin drohte aufzuweichen, falls die Amerikaner die Rebellen in Äthiopien unterstützt hätten, denn die kämpften im Geiste des Marxismus gegen ein marxistisch-leninistisches Terrorregime, nicht als prowestliche, antikommunistische Guerilla, die sich in Washington als »Freiheitsbewegung« hätte verkaufen können wie etwa die terroristische Unita in Angola. Zudem legten die Aufständischen, namentlich die Eritrean People's Liberation Front (EPLF), großen Wert auf die Unabhängigkeit von den Interessen auswärtiger Mächte.

Zur Klarstellung: Der Ost-West-Konflikt hatte gravierende Auswirkungen auf die Dynamik und Intensität der Dauerkrisen am Horn von Afrika. Alle Staaten dieser Region wurden massiv militarisiert und in einen regionalen Rüstungswettlauf verwickelt. Sie unterhielten moderne Armeen, verfügten über Großwaffensysteme (Panzer, Kampfflugzeuge, schwere Artillerie). Zunächst genoß Äthiopien die Hilfe der Amerikaner, Somalia den Beistand der Sowjets. 1977 veranstalteten die Großen Brüder einen fliegenden Wechsel; Washington stand fortan auf Seiten Mogadischus, Moskau auf Seiten von Addis Abeba. 1969 putschten die Militärs in Somalia, 1974 schossen sie sich in Äthiopien an die Macht; heuer wurden die Obristen in beiden Ländern gestürzt. Der Triumph der Rebellen verdankt sich mithin der Zurückhaltung der Nordmächte nach dem Ende des Kalten Krieges. Die Region verlor an geostrategischer Bedeutung, die Konfidenten an Vertrauen. Die USA gingen in Somalia ebenso auf Distanz wie die UdSSR in Äthiopien; Geld und Rüstungsgüter blieben aus.

Die beiden Supermächte haben also die Kriege am Horn von Afrika nicht ausgelöst, wohl aber angeheizt. Die Waffenhändler und Militärberater erhöhten das Risiko der Eskalation und verringerten die Chancen zum friedlichen Ausgleich. Kurzum: Sie sind mitverantwortlich für millionenfaches menschliches Leid.

Die eigentlichen Ursachen für das Blutvergießen in Äthiopien liegen jedoch in der willkürlichen Grenzziehung durch die Kolonialisten begründet. Das

Land war ohnehin ein fragiler Vielvölkerstaat, als solcher das Ergebnis der Raubzüge des Kaisers Menelik II., der im 19. Jahrhundert von der amharischen Kernprovinz Shoa aus die Provinzen im Süden, Westen und Osten des Landes eroberte – mit überlegenen europäischen Waffen. Ethnien wie die Oromo, Sidama und Somali gerieten unter die Fuchtel der feudalen Ackerbaugesellschaften des abessinischen Hochlandes. Sie wurden seither ökonomisch ausgebeutet und ethnisch diskriminiert. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts gründeten die Kolonialisten in machtpolitischer Konkordanz mit dem äthiopischen Kaiserreich (das selber nie kolonialisiert wurde) ihre »Niederlassungen«: Italien riß sich Eritrea unter den Nagel, die Somali-Gebiete teilten Rom, London und Paris einträchtig unter sich auf. Während Kaiser Haile Selassie I. in diesem Jahrhundert den Zentralstaat unter amharischer Hoheit konsolidierte, wurde der Rest des Reiches marginalisiert. Vor allem in Tigray, einem alten Rivalen Shoas, fanden sich die Menschen nie mit der Suprematie Addis Abebas ab. Und in Eritrea hatte ausgerechnet die Kolonialzeit das Bewußtsein der Eigenständigkeit geprägt. Diese Provinz, gemäß einem Beschluß der Vereinten Nationen seit 1952 mit Äthiopien föderiert, wurde 1962 völkerrechtswidrig annektiert und heim ins Reich geholt. Die Eritreer erhoben sich gegen die Imperatoren, und es entflammte der dreißigjährige Bürgerkrieg.

Eine Revolution fegte 1974 den »König der Könige« hinweg und gab den unterjochten Völkerschaften mächtig Auftrieb, denn die Zentralmacht verlor zunächst an Identität und Legitimität. Doch die Kommunisten knüpften nahtlos dort an, wo die Feudalisten aufgehört hatten: Unter der Führung Mengistus versuchten sie, alle oppositionellen Regungen zu ersticken. Der Terror des Zentrums stachelte die organisierte Gegengewalt der Peripherien an; die Eritreer, Tigreer und Oromo leisteten erbitterten Widerstand. Im Frühjahr dieses Jahres gelang ihnen schließlich mit vereinten Kräften der Sturz des verhaßten Regimes. Der Coup d'État anno 1974 erweckte auch Begehrlichkeiten im Nachbarland Somalia. Mogadischu sah eine Chance, dem revolutionsgeschwächten Nachbarn die hartnäckig beanspruchte Ogaden-Region zu entreißen. 1977 brach der Krieg um dieses Gebiet aus. Nach schnellen Erfolgen Somalias wendete sich das Blatt, denn Sowjets und Kubaner eilten den bedrängten Äthiopiern zu Hilfe. Der Waffengang endete mit einer vernichtenden Niederlage des Aggressors. Dieses Desaster säte seinerseits jene Zwietracht in Somalia, die 1988 in einem verheerenden Bruderkrieg gipfelte.

Nota bene: Das vorkoloniale Afrika war kein Idyll der Friedfertigkeit. Es gab erbitterte Auseinandersetzungen zwischen Sippschaften, Clans, Dorfgemeinschaften, Stämmen, Stadtstaaten und staatsähnlichen Gebilden. Die

Ama-Zulu fielen unter dem Kriegsfürsten Shaka mordend und brandschatzend über ihre Nachbarn her, die Reiterheere des Bornu-Imperiums waren weithin gefürchtet, das Königreich Ghana unterhielt eine mächtige Kriegerkaste. Die Geburt hochorganisierter Staaten und komplexer Gesellschaften war häufig mit Aggressionskriegen oder schweren inneren Konflikten verbunden; der Aufstieg Abessiniens, die Gründung der westafrikanischen Küstenreiche Dahomey und Ashanti kostete ungezählte Menschenleben und verursachte enorme Verwüstungen. Dennoch: Das vorkoloniale Afrika war kein Schauplatz andauernder atavistischer Kämpfe, keine Walstatt des *bellum omnium contra omnes*, auf der die Überlebenden der zivilisatorischen Friedensstiftung durch die Europäer harrten. Der weiße Mann als Vermittler zwischen den schwarzen Primitiven – so pflegte es die Kolonial-Apologetik darzustellen.

»Es gibt in Afrika keine anderen Wilden als solche, die aus Europa dorthin gelangt sind«, notiert der Forschungsreisende Georg Schweinfurth 1922. In diesem Axiom liegt trotz seiner paradoxalen Fassung eine tiefe Wahrheit: die Erkenntnis dessen, was der Orlog, was die europäischen Raubzüge und Eroberungskriege angerichtet haben. Die Imperialisten teilten den schwarzen Erdteil unter sich auf. Überall stellten sich die Afrikaner tapfer den Eindringlingen entgegen, doch sie hatten gegen deren moderne, industrialisierte Kriegsführung keine Chance. Was sollten etwa die Nama oder Herero im heutigen Namibia gegen das Militärpotential des kaiserlichen Deutschland aufbieten? Millionen kamen in den Kolonialkriegen um, alte Reiche und junge Staatsgebilde gingen unter, ganze Stämme wurden ausgerottet.

Nach dem Ende der Fremdherrschaft bildeten sich vier Typen nachkolonialer Kriege heraus:

– Bürgerkriege, in denen im klassischen Sinne um die Verteilung von Macht und Ressourcen innerhalb eines Landes gerungen wird (zum Beispiel in Liberia, Uganda oder im Tschad);

– Sezessionskonflikte, die unterdrückte Ethnien oder übervorteilte Regionen entfesseln, um sich von einem Staatsverband abzuspalten (Biafra contra Nigeria, Kongo/Zaire contra Katanga/Shaba);

– unmittelbare oder verspätete Dekolonialisationskonflikte, die unter dem Banner der Befreiung geführt werden (wie in Namibia, in der Westsahara oder in Eritrea);

– zwischenstaatliche Grenz- oder Territorialkriege, wie sie zum Beispiel Somalia und Äthiopien, Uganda und Tansania oder Südafrika und Angola ausfochten.

Bei all diesen Phänotypen afrikanischer Konflikte zeigt sich: Das förmliche

Ende von Kriegen garantiert keineswegs den Beginn des Friedens. Zwar sind die Konflikte militärisch pazifiziert, es schweigen die Waffen; doch die vielfältigen Ursachen der Gewaltexzesse wirken fort. Es herrscht quasi ein negativer Friede: Der Krieg ist abwesend, das politische, wirtschaftliche und soziale Unrecht aber bleibt. Es bildet den Nährboden neuer Kriege, die – horribile dictu – nach den Maximen des Clausewitzschen Bellizismus ausbrechen. Denn gerade in der Tyrannis ist der bewaffnete Widerstand das einzige Mittel der entrechteten, pauperisierten Massen, an der Politik zu partizipieren.

Die Antwort der Mächtigen: Sie entfesseln totale, langwierige Kriege gegen das eigene Volk. Im Laufe der Kriegsjahre werden die ohnehin anfälligen, bäuerlich strukturierten Gesellschaften Afrikas vollends zerstört, die Armut der Bevölkerung wird potenziert. Die Felder sind verwüstet, die fragile Infrastruktur ist zerbrochen, das Volk ausgeblutet. So gesehen erscheinen Bürgerkriege und ihre Folgen als integraler Bestandteil der sozio-ökonomischen »Dauerkrise Afrikas«, woraus der oberflächliche Betrachter den Umkehrschluß vom Krisenherd zieht. Ihm sei mit einem Sprichwort aus Tansania geraten: »Wer andere besucht, soll seine Augen öffnen, nicht den Mund.«

Das Jahr 1991 wird in die Annalen einer Reihe von schwarzafrikanischen Staaten als Beginn der Nachkriegszeit eingehen. Äthiopier, Angolaner oder Mosambiquaner stehen vor furchterregenden Ruinen. Vor allem die schwarzen Trümmerfrauen – die mit ihren Kindern schon die Hauptleidtragenden in der Kriegszeit waren – werden dazu verdammt sein, die Ruinen abzutragen; Zehntausende von Soldaten und Rebellen, die nichts gelernt haben außer zu töten, müssen integriert werden; bitterarme Flüchtlingsscharen strömen in ihre Heimat zurück; die Kriegsversehrten suchen Pflege, Arbeit und Brot. Europäische Prediger rufen gerne in die Wüste: »Steh' auf und wandle!« Das muß in afrikanischen Ohren wie blanker Hohn klingen, zumal da dem »Patienten« gleichsam der Wundverband entrissen wird: Er muß Schuldendienste leisten und durch den Verfall der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt immense Exporteinbußen hinnehmen. Und er hat keinen Krückstock namens Marshall-Plan, der seine Gesundung fördert.

Dennoch ist es afrikanischen Staaten schon gelungen, sich selber aus dem Schlamm zu ziehen. Es sei daran erinnert, was zum Beispiel Nigeria vollbracht hat. Dort gelang es seit 1970, nach einem der schlimmsten Bürgerkriege, die je in der Subsahara tobten, das besiegte Biafra wieder in eine reformierte föderalistische Staatsstruktur einzubinden, die Menschen auf beiden Seiten der Front zu versöhnen. Wer geglaubt hatte, der tiefe Haß

lähme die Nigerianer, sah sich gründlich getäuscht. Gewiß haben die Petro-Dollars den Wiederaufbau erleichtert, doch ohne aktive Versöhnungspolitik würden Ibo, Yoruba und Haussa bis heute unüberwindliche Gräben trennen. Auch Simbabwe ist ein Exempel fürs Gelingen. Ein Pogrom hatten die weißen Rhodesier nach dem Sturz ihres Regimes erwartet, Mord und Totschlag unter den Schwarzen hatten sie prophezeit. Nun kehren hoffnungsfroh sogar diejenigen zurück, die einst geflohen und in Südafrika nichts geworden sind.

Von beiden Ländern können Namibia, Angola, Uganda oder der Tschad viel lernen. Sie liefern brauchbare, wenngleich nicht direkt übertragbare Anleitungen für gesellschaftliche Transformationsprozesse, die helfen könnten, den fragilen inneren Frieden wenigstens einigermaßen zu sichern. Mosambique, Liberia, Äthiopien oder Somalia werden keine Stabilität erreichen, wenn sie den »schwarzen Absolutismus« nicht überwinden, wenn sie also die versteinerten Machtstrukturen nicht demokratisieren und dezentralisieren, wenn die knappen wirtschaftlichen und sozialen Güter nicht gerecht verteilt werden, wenn der kulturelle und ethnische Ausgleich ausbleibt. Die »afrikanische Perestroika«, die unterdessen die Hälfte aller Subsahara-Staaten erfaßt hat, weist in Richtung zivile Gesellschaft, zu einer politischen Kultur, in der Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden und Machtwechsel unblutig verlaufen. Allein, der lange Marsch zur Demokratie könnte von innen, aber auch von außen behindert, erschwert oder konterkariert werden. »Wer das Geld der Weißen nimmt, steht an der Mündung von Kanonen«, lehrt ein ghanesisches Sprichwort. Der Norden schenkt nicht nur Entwicklungsgüter und -gelder, er liefert auch Waffen und Ideologien, mit denen sich die Kontrahenten im Süden gegenseitig zerfleischen; die Industrienationen legen die Bedingungen fest (Stichworte: Rohstoff-Preisgestaltung, Handelshemmnisse, Schuldenfalle), die die sogenannten Entwicklungsländer strangulieren. Jetzt sind nicht mehr machtpolitische Interventionen gefragt, sondern humanitäre und menschenrechtliche – Afrika braucht Brückenbauer statt Militärberater.

Schon einmal fegte der »wind of change« durch Afrika. Der britische Premier Harold McMillan hat diese zum Erbrechen zitierte Metapher geprägt, als die »Verdammten dieser Erde« in den sechziger Jahren das Joch des Kolonialismus abschüttelten und in die Unabhängigkeit aufbrachen. Der zweite »Wind des Wandels« könnte schnell abflauen, wenn die Afrikaner nicht selber zu einem »neuen Realismus« (der Afrika-Fachmann Winfried Kühne) finden und allzu hochfliegenden Träumen nachhängen. Es bedarf zweigleisiger, nationaler und panafrikanischer, Anstrengungen, um den Frieden, wie man so schön sagt, nachhaltig zu sichern. Institutionen existie-

ren: auf kontinentaler Ebene die Organisation für die Einheit Afrikas (OAU) und die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika (ECA), auf regionaler Ebene die Southern African Development Coordination Conference (SADCC) oder die Economic Community of West African States (ECOWAS). Doch sie entpuppten sich nur allzuoft als unverbindliche Debattiervereine.

Zum Beispiel die OAU: Sie wurde 1963 als eine Art »Heilige Allianz« postkolonialer Regierungen zur Wahrung des territorialen und machtpolitischen Status quo ins Leben gerufen; die Afrikaner verewigten jene Grenzen, die die Europäer einst auf ihren Reißbrettern gezogen hatten. Sogleich schmetterten sie die Revisionsansprüche Marokkos und Somalias ab. Sezessionismus galt und gilt als eine besonders verwerfliche Form von Tribalismus, der den Prozeß des »nation building« stört. Die OAU erwies sich also als Garant einer Pax Africana. Sie trat für friedliche Koexistenz und gegen »raumfremde Einmischung« ein, vor allem aber bekämpfte sie das rassistische Apartheid-System in Südafrika. De facto aber erwies sich der Staatenbund als Papiertiger, dem es kaum gelang, Konflikte zu verhüten oder Frieden zu stiften. Es mangelte der OAU an politischer Autorität, finanziellen Mitteln, administrativer Ordnung. Meistens hatte die Organisation nur mäßigen Einfluß, manchmal aber durchaus auch mäßigenden, etwa in den Streitfällen zwischen Algerien und Marokko (1963), Äthiopien und Somalia (1964), Tansania und Uganda (1972), Obervolta und Mali (1977), Libyen und Tschad (1989) oder in der Westsahara-Frage.

Aus inneren Kriegen und Unruhen hielt sich die OAU in der Regel heraus; wo sie sich dennoch einmischte, scheiterte sie kläglich. 1982 entsandte sie zum Beispiel Friedenstruppen in den Tschad. Sie sollten die 1980 einmarschierten libyschen Verbände ablösen und einen Waffenstillstand im Bruderzwist herbeiführen. Ghadafis Militärs weigerten sich indes, ihren Abzug mit den einrückenden OAU-Soldaten zu synchronisieren. Schlecht vorbereitet mußte die OAU die Vereinten Nationen und den Westen um technische sowie logistische Hilfe ersuchen. Zudem stellten nur drei – Nigeria, Zaire und Senegal – der ursprünglich sieben Staaten Kontingente. Der Bürgerkrieg ging weiter, die Uniformierten der OAU zogen unverrichteter Dinge ab. Ihre Friedensmission hatte keine vier Monate überdauert.

Die Pläne für ein African High Command, für ein gesamtafrikanisches Verteidigungsbündnis, sind so alt wie die OAU. Sie wurden oft debattiert, nie realisiert. Argwöhnisch gegen jeden, wollte kein Staat Souveränitätsrechte abtreten; es fehlte an Geld, an funktionierenden Nachrichtenverbindungen und Transportsystemen; die Kommandosprachen, Ausbildungsrichtlinien, Waffensysteme waren inkompatibel. All diese Hindernisse

führen Skeptiker auch gegen die CSSDCA ins Feld, über die neuerdings viel bramarbasiert wird. Hinter dem Akronym verbirgt sich die »Konferenz für Sicherheit, Stabilität, Entwicklung und Zusammenarbeit«, ein sicherheitspolitisches Bündnis in Afrika nach dem Vorbild der KSZE in Europa. »Die da unten brauchen auch so was«, sagen Eurozentriker – als ob die KSZE schon ihre Nagelprobe im Konfliktfall bestanden hätte (denken wir nur an Jugoslawien, an den Irredentismus in Rumänien, an das Baltikum!) und wie eine alleinseligmachende Matrix über den Schwarzen Kontinent gelegt werden könnte. Wer so spricht, kennt Afrika nicht. Er betrachtet den Erdteil wie eine wabernde Konfliktmasse, in der alle Teile schwarz und wild und gleich sind. In Wirklichkeit aber setzt er sich aus Welten zusammen, die weiter auseinanderliegen als Sizilien und die Shetlands. Wo, bitteschön, liegt Ruanda, und wo Burkina Faso? Als heterogener Kulturraum, als Ort historischer und gesellschaftlicher Ungleichzeitigkeiten ist Afrika noch nicht entdeckt.

Fragt sich also, ob die Afrikaner von einem Europa, das beinahe schon so homogenisiert ist wie seine Milchseen, lernen können. Oder ob sie sich lieber aufs Eigene besinnen, auf das, was kleinräumig oder regional schon gewachsen ist. SADCC im Süden und ECOWAS im Westen wurden bereits als Institutionen der Süd-Süd-Kooperation genannt. Diese Zusammenschlüsse arbeiten zwar mehr schlecht als recht, doch ihre Überlebenschancen sind größer, weil sie auf dem Fundament gemeinsamer oder ähnlicher Interessen (Entwicklung und Sicherheit), guter Nachbarschaft oder regionaler Verwandtschaft gebaut wurden.

Selbst auf dieser überschaubaren Ebene ist es schwer genug, Konflikte supranational zu schlichten. Der jüngste Versuch hat gezeigt, wie schnell Vermittler zu Verstrickten werden können. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft entsandte eine ECOMOG (ECOWAS Monitoring Group) genannte Friedenstruppe in den Bürgerkrieg nach Liberia. Sie sollte eine Feuerpause garantieren, Verhandlungen zwischen den Kombattanden einleiten und eine Interimsregierung in Monrovia stützen. Fünf Staaten stellten Kontingente. Doch die Rebellen wollten diese Feuerwehr nicht akzeptieren, weil zwei ihrer Mitglieder, Nigeria und Ghana, vordem den gestürzten Tyrannen Samuel Doe hofiert hatten. Unfreiwillig wurde die ECOMOG zu einer Partei, die das umkämpfte Land weder militärisch kontrollieren noch einen Guerilla-Krieg führen konnte und wollte. Während sich Lagos und Accra um die Führung der Eingreiftruppe zankten, unterstützte die Elfenbeinküste eine Fraktion der Freischärler. Operative und logistische Probleme erschwerten die Mission ohnehin. Schließlich sprang der Funke der Gewalt auch noch auf Sierra Leone über. Marodie-

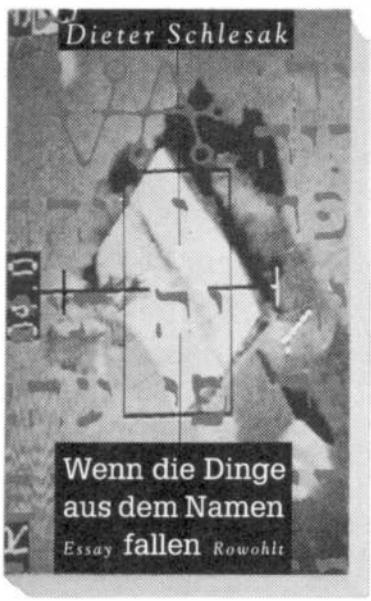
rende Rebellen fielen ins Nachbarland ein – aus Rache für das »einseitige« ECOMOG-Engagement des Landes.
Einerlei, ob solche Konflikte gelöst werden oder sich ausweiten, sie spiegeln sich in den Bilanzen der Waffenschieber aus den Industrieländern. Das ist ihre einzige Fernwirkung. Welche tatsächlichen Gefahren sollten von Afrika schon ausgehen? Zwar fürchten Sicherheitsneurotiker wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Willy Wimmer, »daß der ›Wandermensch‹ auch einmal als ›Waffe‹ eingesetzt werden könnte«; zwar prophezeien Rassisten wie der Ansbacher Amtsrichter Manfred Ritter den »Sturm auf Europa«, den heuschreckenartigen Einfall der Südlinge. Solcherart werden alte Feindbilder beschworen oder neue gesucht – schließlich sind sie nach dem Ende des Kalten Krieges abhanden gekommen und mit ihnen die Theorie der antagonistischen Blöcke und die Praxis der Stellvertreterkriege, welche die Dritte Welt zur Südfront des Ost-West-Konfliktes gemacht hatten. Nach der »globalen Achsendrehung der Welt-Konfliktlage« (der Historiker Immanuel Geiss) stöbern Militärs, Sicherheitspolitiker und Rüstungsschmiede in den Wetterwinkeln des Südens – auf der Suche nach neuer Legitimation. Doch kein seriöser Geostratege glaubt ernsthaft an eine militärische Bedrohung oder an einen weltrevolutionären Flächenbrand, der von Afrika ausgehen könnte.
Die Friedensgefährdung droht vielmehr durch die Folgen von Hungersnöten, Umweltkatastrophen, Verteilungskämpfen, Massenemigrationen. Die Stärke des Südens liege in seiner Schwäche, in seiner »Chaos-Macht« (Dieter Senghaas), also in seinem politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Destabilisierungspotential für das internationale System. Aber: Wie mächtig ist das Chaos der wirtschaftlich marginalisierten und geopolitisch peripherisierten Großregion Afrika? Wie sollten seine Kataklysmen den »geopolitischen Riß von Gibraltar bis zum Himalaya«, der laut François Heisbourg vom Londoner Institute for Strategic Studies den Eisernen Vorhang abgelöst hat, überspringen? Die europäischen Ängste beruhen auf Horrorszenarien: Da bewegt sich im Spielfilm »Der Marsch« ein gewaltiger Strom ausgehungerter Schwarzer wie eine biblische Plage auf die Alte Welt zu. Zyniker halten diese Invasion schon allein deswegen für unwahrscheinlich, weil es den Flüchtlingsscharen niemals gelingen werde, die Sahara zu Fuß zu überwinden. Der mögliche Migrationsdruck aus dem Maghreb steht auf einem anderen Blatt. Allein, im Bewußtsein so manches Innenpolitikers werden Potentialitäten vorsorglich gegen Realitäten ausgetauscht. Sollten indes tatsächlich alle Stricke reißen, dann steht ja auch noch eine European task force Gewehr bei Fuß, die die Schlupflöcher am Bosporus, in Sizilien und Südspanien schließt...

Das ist der eigentliche Zynismus der politischen Klassen in der nördlichen Hemisphäre: Sie denken über die Bekämpfung der Migranten nach, nicht jedoch über die Beseitigung der Ursachen von Migration. Andernfalls müßten sie sich womöglich eingestehen, daß sie selber Mitschuld an all jenen Krisen tragen, durch die sie sich bedroht fühlen. Sind nicht die Industrieländer, in denen ein Viertel der Menschheit drei Viertel aller kommerziellen Energie und vier Fünftel aller Rohstoffe verbraucht, die Hauptverursacher der globalen Umweltzerstörung? Liefern nicht »unsere« Waffenschmiede die Destruktionsmittel für den »Negerkampf im Tunnel«? Raubt nicht eine ungerechte, vom Norden diktierte Weltwirtschaftsordnung dem Süden die Zukunft? Gibt es nicht eine Kollusion zwischen den Machteliten im Zentrum und den Oligarchien an der Peripherie, die in einer perversen Entwicklungspolitik gipfelt?
Solche Fragen stehen nicht auf dem Plan der Pax Americana, die sich gleichermaßen euphemistisch und großmächtig »Neue Weltordnung« nennt und mit welcher der Welthegemon USA den Globus, vor allem aber sich selber und seine reichen Bundesgenossen beglücken will. Krieg und Frieden in Afrika? Es geht an der Schwelle zum 21. Jahrhundert um Visionen. Da ist der »Negerkampf im Tunnel« – unter uns Geostrategen sei's gestanden – reine Nebensache.

Literarische Auslese

Revolution

1989. Eine Explosion hat das erstarrte Europa erschüttert. Nach Jahren des Exils besucht der rumäniendeutsche Autor Dieter Schlesak seine Heimat. Im



Zentrum seines Berichts steht der Aufstand im Dezember '89 in Bukarest. Sein Prosaessay kreist um die *epochale* Bedeutung dieses Ereignisses, eines Zeitenumbruchs, mit dem eine neue Zeitrechnung einsetzt.

Dieter Schlesak
Wenn die Dinge aus dem Namen fallen. Essay
200 S. Kart. DM 29,80

Literaturmagazin

Das Literaturmagazin 28 widmet sich «Französischen Zuständen»: Essays von L. Baier, J. Ritte, W. van Rossum und H.-J. Lüsebrink. Ein Dossier zu L.-F. Céline, Beiträge vom André-Gide-Kongreß, neue französische Prosa. Ein Porträt des Dichters und ‹Marionettologen› Guido Ceronetti.

Literaturmagazin 28
Französische Zustände
Hrsg. von Martin Lüdke und Delf Schmidt
192 S. Kart. DM 16,–

Giftig

Else hat ihren Mann umgebracht. Angestiftet wurde sie von ihrer Freundin Erika, die Männer für ein Gift auf der Welt hält, gegen das man etwas tun müßte. Hintergrund des Romans von Elfriede Czurda ist der authentische Fall zweier Giftmörderinnen aus den zwanziger Jahren, die durch die äußeren Umstände und innere Not in Sprachlosigkeit verfallen und in die «unentrinnbare Notwendigkeit» zu morden geraten.

Elfriede Czurda
Die Giftmörderinnen
Roman
180 S. Geb.
DM 32,–

Jüdische Bilder

«Mein ganzes Leben werde ich der Suche nach der Wahrheit hingeben», denkt Bernhard. Aus dem surrealen Bilderbogen von kurzen Szenen, Traumgerichten, Erinnerungen und philosophischen Reflexionen wird ein Spiegel der jüdischen und westlichen Kultur, ebenso eine literarische Parodie der christlichen Mythen. «Bernhard» ist der erste Roman des israelischen Schriftstellers Yoel Hoffmann.

Yoel Hoffmann
Bernhard
Roman. Deutsch von Stefan Siebers
180 S. Gebunden
DM 32,–

Foto: Margit Eschenbach

Rowohlt

Michael Sontheimer
Schlachtfelder werden Marktplätze

Das Krisengebiet Südostasien

1. Die Vision

Chatichai Choonhavan war gerade einen Tag als thailändischer Premierminister im Amt, da äußerte er sich in einer Weise zum Bürgerkrieg im benachbarten Kambodscha, die nicht nur in Bangkok, sondern in ganz Südostasien erhebliches Aufsehen erregte. Er wolle, so verkündete der Generalmajor a. D. der königlichen Armee Thailands im August 1988, in Indochina »aus den Schlachtfeldern Marktplätze machen«.[1] Seit 1979 hatte die thailändische Regierung zusammen mit den übrigen ASEAN-Staaten[2] sowie den USA und China unnachgiebig die Widerstandskoalition gegen die von Vietnam installierte Regierung in Phnom Penh unterstützt und darauf gesetzt, daß Pol Pots Khmers-Rouges-Kämpfer die kambodschanische Regierung in die Knie zwingen würden. Mit Chatichais überraschendem Ausscheren keimte Hoffnung auf, daß sich der schon mehr als zwanzig Jahre währende Krieg in Kambodscha beenden lasse. Und wäre erst einmal dieser letzte verbliebene Regionalkonflikt Südostasiens beigelegt, könnte die für die Dritte Welt ohnehin schon außergewöhnliche wirtschaftliche Entwicklung der Länder des einstigen »Hinterindien« einen noch rasanteren Aufschwung nehmen.

»Seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des westlichen Kolonialismus ist Südostasien von Kriegen verwüstet worden«, begründete Chatichai Ende April 1989 seine umstrittene Initiative. »Ich glaube, daß niemand aus ihnen als Sieger hervorgegangen ist.«[3] Der Premierminister eröffnete im noblen Dusit-Hotel in Bangkok die Konferenz »Indochina: From War Zone to Trade Zone«, die vom *Asian Wall Street Journal* und der Bangkoker Zeitung *The Nation* organisiert wurde. »Eine andere Binsenweisheit«, so der Premierminister, »ist die, daß allgemeiner Wohlstand die beste Garantie für Frieden ist.« Chatichai ließ es sich nicht nehmen, auf den radikalen Wandel der geopolitischen Lage hinzuweisen: Nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa dürfe es nicht zwei Südostasien geben. Er sehne sich nach dem Tag, »an dem der mächtige Mekong nicht mehr eine Trennungslinie zwischen Gegnern sein wird, sondern gemeinsames Herzblut von Freunden und Nachbarn«. Für Kambodscha müßte dann ein großes

Hilfsprogramm aufgelegt werden, um den Aufbau des zerstörten Landes einzuleiten. Die Vision des Premierministers: »Ein neues Südostasien ist im Begriff, hervorzutreten, ein Südostasien, das große Aussichten auf Frieden und Wohlstand für alle hat.«

Das klang schön, doch war allen Journalisten, Politikern und Managern, die der Premierminister zur besagten Konferenz begrüßte, klar, daß seine Initiative nicht in erster Linie humanitären Neigungen zu verdanken war. Es ging um Geschäfte. Chatichai repräsentierte jene Unternehmer und Firmen Thailands, die ein Auge auf Indochina, auf das Armenhaus Südostasiens, geworfen hatten. Die sozialistischen Regierungen von Vietnam, Kambodscha und Laos hatten, angesichts des völligen Scheiterns der Planwirtschaft, die bis dahin hermetisch verschlossenen Grenzen geöffnet und damit begonnen, ausländische Investitionen anzulocken. Japaner, Franzosen, Taiwanesen und andere Interessenten waren alsbald nach Vientiane, Ho Chi Minh-Stadt oder Phnom Penh gereist, um die Möglichkeiten zu sondieren. Die Thais sahen ihre Chancen, günstig an Rohstoffe und billige Arbeitskräfte zu kommen sowie neue Märkte zu erobern, dahinschwinden. Wenn die Regierung in Bangkok weiterhin die Khmers Rouges unterstützte und die Regierung in Phnom Penh ignorierte, so fürchteten sie, würden andere Konkurrenten ihnen zuvorkommen.

Thailand unterhielt (und unterhält bis heute) keine diplomatischen Beziehungen zur kambodschanischen Regierung in Phnom Penh, dennoch lud Chatichai den Ministerpräsidenten Hun Sen mehrfach nach Bangkok ein. Immer wieder, wenn sich die Friedensverhandlungen festgefahren hatten, versuchten er und seine Regierung zwischen den Bürgerkriegsparteien zu vermitteln. Die indonesische Regierung, die sich nur widerwillig der antivietnamesischen ASEAN-Linie angeschlossen hatte und der es im Juli 1988 gelungen war, zum erstenmal alle Beteiligten in Jakarta an einen Tisch zu bekommen, betrachtete die Initiativen Chatichais ebenso mit Mißtrauen wie die Regierung Singapurs, welche die härteste Linie gegen Vietnam vertritt. Aber auch im eigenen Land stieß Chatichai auf Mißtrauen – bei den Generälen, die in Thailand traditionell die Politik kontrollieren. Zum einen betrachtete die Spitze der königlichen Streitkräfte Vietnam nach wie vor als gefährliche, aggressive Macht mit einer großen und kampferprobten Armee. Zum anderen hatten etliche Generäle, die die Lebensmittel- und Waffenlieferungen an die Guerilla-Verbände der kambodschanischen Widerstandskoalition oder auch die Versorgung der rund 300 000 Flüchtlinge organisierten, Millionen von Dollar in die eigenen Taschen abzweigen können.[4] Ihnen erschien der Krieg wesentlich profitabler als der Frieden.

Ob es die Indochina-Politik Chatichais oder generell seine Versuche waren,

die zahlreichen Pfründen und Einflußmöglichkeiten der Streitkräfte zu begrenzen und zu kontrollieren, ist bis heute unklar, auf jeden Fall wurde er am 23. Februar 1991 von einem Spezialkommando der Luftwaffe auf dem Bangkoker Flughafen sistiert. Ein »National Peacekeeping Council«, der sich ausschließlich aus den Absolventen des Jahrgangs 1958 der renommiertesten Thai-Militärakademie rekrutierte, riß – im sechzehnten Militärputsch seit dem Ende der absoluten Monarchie im Jahre 1932 – ohne Blutvergießen die Macht an sich. Chatichai wurde nach mehreren Wochen Hausarrest ins Schweizer Exil geschickt.[5]

Bereits drei Tage nach dem Coup erklärte der Junta-Chef Suchinda Kraprayoon, daß die Khmers Rouges bei einer politischen Lösung des Kambodscha-Konflikts bedacht werden müßten.[6] Seitdem hält sich die Militärregierung Thailands in der Kambodscha-Frage zurück. Chatichais Konversionsidee – Schlachtfelder zu Marktplätzen – wurde dennoch zum geflügelten Wort in ganz Südostasien, zu einer eingängigen Parole, die weiter wirkt und die Stimmung unter den Eliten charakterisiert.

2. *Fünfzig Jahre Krieg*

Japan war es im Frühjahr 1942 gelungen, innerhalb von wenigen Monaten ganz Südostasien zu okkupieren. Nachdem die Truppen der europäischen Kolonialmächte geschlagen waren, räumten die Generäle des Tenno den Unabhängigkeitsbewegungen begrenzte Autonomie ein. Wenn letztere sich jedoch gegen die Repression der neuen Besatzer zur Wehr setzten, gingen sie mit einer Grausamkeit gegen Oppositionelle vor, die jene der Kolonialherren bei weitem übertraf und bis heute in ganz Südostasien nicht vergessen ist.[7]

Als die US-Airforce Japan in die bedingungslose Kapitulation bombte, residierte Franklin Roosevelt im Weißen Haus. Roosevelt und seine Administration verfolgten eine gemäßigt antikolonialistische Politik, die bei den Befreiungsbewegungen die Hoffnung nährte, bei der neuen Großmacht Unterstützung gegen die europäischen Ausbeuter zu finden. Nachdem jedoch Harry Truman zum US-Präsidenten gewählt worden war und der Kalte Krieg die alliierten Siegermächte entzweit hatte, konnten die Kolonialherren noch einmal ihre Regime in Südostasien aufrichten. In allen Ländern allerdings hatten Befreiungsbewegungen das Machtvakuum des Sommers 1945 genutzt und die Unabhängigkeit ausgerufen. 1946 entließen die USA die Philippinen in die Unabhängigkeit. Als die Expeditionskorps der Holländer, Engländer und Franzosen die Kolonien wieder unterwarfen, begannen blutige Befreiungskriege.

Als erste zogen sich 1948 die Engländer aus Burma zurück, 1949 die Holländer aus Indonesien. In Malaysia führten ethnische und politische Spaltungen dazu, daß die Briten erst 1957 abzogen. Singapur wurde 1965 aus dem malaysischen Bund ausgeschlossen. Den erbittertsten Kampf führte Frankreich, das Indochina auspreßte. Die Grande Nation gab ihre »mission civilisatrice« erst nach der vernichtenden Niederlage auf, die ihr die Viet Minh 1954 bei Dien Bien Phu beibrachte.[8]

Der erste Indochina-Krieg endete mit der Unterzeichnung des Genfer Abkommens am 21. Juli 1954. Doch die Teilung Vietnams entlang dem 17. Breitengrad, manipulierte Wahlen im Süden, die schleichende Intervention der USA unter dem Diktat der Domino-Theorie, aber auch die Entschlossenheit von Ho Chi Minh und seinen Genossen, das ganze Land unter sozialistischer Herrschaft zu vereinigen, führten Vietnam unaufhaltsam in einen neuen Krieg. Die ersten amerikanischen Truppen griffen nach dem manipulierten »Tongking-Zwischenfall« im August 1964 direkt in die Kämpfe ein. Nicht viel später kämpften auch Thais, Philippinos und die wegen ihrer Brutalität gegenüber Zivilisten besonders gefürchteten Südkoreaner gegen den Vietcong. Die USA schlossen 1966 einen Freundschaftsvertrag mit Thailand und unterstützten die Generäle in Bangkok mit massiver Wirtschafts- und Militärhilfe. Daß Richard Nixon angesichts der immer größeren Verluste und der immensen Kosten des Dschungelkrieg-Abenteuers den Abzug der amerikanischen Truppen einleiten mußte und seine südvietnamesischen Alliierten in einer militärisch hoffnungslosen Situation alleine ließ, wird den Amerikanern noch heute in den kapitalistischen Ländern Südostasiens nachgetragen. Mit ihrem Rückzug aus Vietnam verloren sie ihr Gesicht.

Die Nordvietnamesen und der Vietcong wurden seit den frühen fünfziger Jahren von China und seit Mitte der sechziger Jahre zunehmend auch von der Sowjetunion in ihrem weltbewegenden antiimperialistischen Befreiungskampf unterstützt. Gleichwohl waren es die USA, die dafür sorgten, daß der zweite Indochinakrieg mit einer bis dahin nicht gekannten Vernichtungskraft geführt wurde. Auf Vietnam fiel etwa zehnmal soviel Sprengstoff wie auf das Deutsche Reich während des Zweiten Weltkriegs.[9] Den durch Laos und Kambodscha führenden Ho-Chi-Minh-Pfad versuchte die US-Airforce förmlich zu pulverisieren. Im bis zum Putsch gegen Prinz Norodom Sihanouk im Jahre 1970 neutralen Kambodscha, das Richard Nixon und Henry Kissinger heimlich bombardieren ließen, starben mindestens 500 000 Menschen. In Südvietnam wurden knapp zwei Drittel aller Dörfer zerstört oder schwer beschädigt. Während 57 000 GIs in Zinksärgen nach Hause gebracht wurden, kamen rund eineinhalb Millionen vietnamesische

Zivilisten um. Als die Kommunisten am 30. April 1975 Saigon erobert und den zweiten Indochinakrieg als Sieger beendet hatten, lagen so gut wie alle Straßen, Brücken und die wenigen Fabriken Vietnams in Trümmern.
Die amerikanischen Globalstrategen hatten Ho Chi Minh und seine Genossen immer als Marionetten des chinesischen Expansionsstrebens in Südostasien betrachtet. Wie sehr dieses Schema die Geschichte Südostasiens ignorierte, zeigte sich innerhalb von vier Jahren. So lange dauerte es, bis die Fassade der unermüdlich beschworenen »militanten Solidarität der Völker Indochinas« zusammenbrach und aus Waffenbrüdern Todfeinde wurden.
Nach dem Abzug des »imperialistischen Aggressors« waren es jahrhundertealte nationalistische Ressentiments, die sehr schnell wieder das Verhältnis von Krieg und Frieden in Indochina – besonders zwischen Kambodscha und Vietnam und Vietnam und China – bestimmten. Die Vietnamesen hatten ihre nationale Identität aus verzweifelten Abwehrkämpfen gegen das übermächtige Reich der Mitte gewonnen und sich ihrerseits nach Süden ausgebreitet und dabei Teile Kambodschas annektiert. Hätten die Franzosen nicht 1863 Kambodscha zum Protektorat erklärt, so wäre es bald zwischen den beiden um das Zehnfache größeren Nachbarvölkern Thailand und Vietnam aufgeteilt worden.
Nachdem die ultranationalistischen Khmers Rouges am 17. April 1975 Phnom Penh eingenommen hatten, begannen sie sofort damit, in Südvietnam einzufallen und Hunderte von Bauern abzuschlachten. Die Vietnamesen schlugen bald massiv zurück. Die Khmers-Rouges-Führung fühlte sich stark, da sie die volle Unterstützung des Politbüros in Peking hatte, dem wiederum die von den Vietnamesen angestrebte Hegemonie über ganz Indochina ein Dorn im Auge war und das sich entsprechend der »Theorie der drei Welten« von der »sozialimperialistischen« Sowjetunion und deren Verbündeten in Hanoi eingekreist sah. Der Grenzkrieg eskalierte, und im Dezember 1978 marschierte die vietnamesische Volksarmee auf den Rat des großen Bruders in Moskau in Kambodscha ein, installierte dort jene Regierung mit Premierminister Hun Sen, die sich bis heute halten konnte, und trieb die Massenmörder der Khmers Rouges nach Thailand.
Im Januar 1979 kam es daraufhin innerhalb von wenigen Tagen zu einer Neubestimmung der strategischen Beziehungen Südostasiens, die bis heute gültig ist. Am 13. Januar 1979 – sieben Tage, nachdem die Vietnamesen Phnom Penh erobert hatten – traf sich auf dem ehemaligen US-Airforce-Stützpunkt Utapao in Thailand der halbe Generalstab der chinesischen Volksbefreiungsarmee mit dem thailändischen Premierminister Kriangsak Chomanan und etlichen Thai-Generälen. Die Chinesen erreichten, daß die Königliche Armee Thailands sich bereit erklärte, Waffen für die Khmers

Rouges an die kambodschanische Grenze zu transportieren. Im Gegenzug versprachen die Chinesen, ihre Unterstützung für die Guerillas der Kommunistischen Partei Thailands einzustellen, die in unzugänglichen Bergwäldern gegen die Regierung in Bangkok kämpften.[10]
Als Deng Xiaoping am 27. Januar 1979 in Washington zu einem Staatsbesuch eintraf, erläuterte er dort Jimmy Carter, daß er den Vietnamesen, die er gerne als »undankbare Hunde«, »Hooligans« oder »Kubaner des Ostens« schmähte, eine Lehre erteilen wolle.[11] Die Amerikaner, die gegen die Sowjetunion auf die chinesische Karte setzten, billigten die Strafaktion. Am 17. Februar 1979 fielen Truppen der Volksbefreiungsarmee in Nordvietnam ein. Nach äußerst verlustreichen Kämpfen eroberten sie vier Provinzhauptstädte, die sie vor dem Rückzug vollständig zerstörten.[12]
Den Vietnamesen gelang es in Kambodscha nicht, die erfahrenen Guerillakämpfer der Khmers Rouges, die sich beliebig in ihre Sanktuarien nach Thailand zurückziehen konnten, aufzureiben. Paradoxerweise sah sich die vietnamesische Volksarmee nun in eben der Rolle, in der die Amerikaner zuvor in ihrem Land gescheitert waren. Jetzt versuchten die Bo Doi mit großer konventioneller Überlegenheit – sie verwendeten auch erbeutete amerikanische Flugzeuge –, eine maoistische Guerilla-Truppe zu besiegen. Als die Volksarmee im September 1989 ihre letzten Einheiten (zumindest offiziell[13]) aus Kambodscha abzog, waren an die 60 000 Bo Doi im Nachbarland gefallen – fast ebensoviele GIs hatten ihr Leben im zweiten Indochinakrieg gelassen.
Für Vietnam war der dritte Indochinakrieg militärisch nicht zu gewinnen; er führte das Land zudem politisch in eine tiefe internationale Isolation und erschwerte den bitter nötigen Wiederaufbau. Die Politik der Kriegskommunisten in Hanoi hatte außerdem den unerwünschten Effekt, den eher lockeren und von internen Widersprüchen gezeichneten Bund der ASEAN-Staaten zusammenzuschweißen. Gleichzeitig konnte China seine Beziehungen zu Thailand und den anderen ASEAN-Staaten ausbauen und seinen Einfluß in der Region stärken. Der Hegemonialkonflikt um Indochina zwischen China und Vietnam, deren historische Feindschaft viertausend Jahre zurückreicht, hat dafür gesorgt, daß Indochina nach fünfzig Jahren fast ununterbrochenen Krieges noch immer keinen Frieden gefunden hat.

3. Die Drachen und das Armenhaus

Als Singapur 1965 ein unabhängiger Staat wurde, war die Stadt eine schmuddelige »shanty town«, eine heruntergekommene Hafenstadt mit Opiumhöhlen, Bordellen und Arbeitslosen. Heute ist Singapur eines der

wichtigsten Finanzzentren der Welt, neben Hongkong das Dienstleistungszentrum Asiens, eine extrem wohlorganisierte High-Tech-Metropole. Seit 1965 ist bei jährlichen Wachstumsraten von durchschnittlich mehr als 9 Prozent das Bruttoinlandsprodukt von umgerechnet 2,6 Milliarden DM auf knapp 50 Milliarden gestiegen; das jährliche Einkommen pro Kopf erhöhte sich im selben Zeitraum von umgerechnet 1360 auf 18000 DM.[14] Über größere Einkommen als die 2,7 Millionen Singapurianer verfügen in ganz Asien nur die Japaner und die wenigen Bewohner des Öl-Sultanats Brunei.

Singapur hat mit seinem beispiellosen Aufstieg den Sprung ins Industriezeitalter in einem Bruchteil der Zeit geschafft, die wir Europäer dafür brauchten. Da in der chinesischen Kultur der Drache als Symbol des Glükkes, des Wohlstands und der Macht gilt, wird der Stadtstaat von der Größe des einstigen West-Berlin gerne »kleiner Drache« genannt. In Ostasien haben sich noch drei weitere kleine Staaten dieses Attribut erkämpft: Südkorea, Taiwan und Hongkong.

Die rasante Entwicklung dieser »Newly Industrialized Economies« erzeugte wiederum eine Sogwirkung auf ganz Südostasien. Mit den Vorbildern der vier »Drachen« vor Augen, setzen nun die »Tiger« des Subkontinents zum Sprung an. In den vergangenen Jahren erreichte Thailand jährliche Wachstumsraten von zehn Prozent und mehr, 1990 konnte Malaysia sogar Thailand überholen; eine ähnliche, wenn auch etwas schwächere Dynamik weist die Entwicklung Indonesiens auf. In Indochina beginnen die Wirtschaftsreformen ebenfalls zu greifen.

Aus gutem Grund preisen deshalb die *Nachrichten für den Außenhandel* Südostasien als »die Wirtschaftsregion mit der weltweit größten Dynamik«.[15] Im Vergleich mit Schwarzafrika, das zu einem Kontinent ohne Hoffnung heruntergekommen ist, und Lateinamerika, für das die achtziger Jahre ebenfalls ein verlorenes Jahrzehnt waren, erlebte Südostasien in der vergangenen Dekade ein für die Dritte Welt einmaliges Wirtschaftswachstum.[16] Eine Erklärung für diesen Boom liefert die Kolonialgeschichte. So wurde beispielsweise Thailand (auf Thai: Land der Freien) nie kolonialisiert, und Indonesien erfuhr durch die Niederlande eine verhältnismäßig moderate Ausbeutung. Der Prozeß der Entkolonialisierung setzte in der Region unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und damit wesentlich früher ein als in Afrika.

Den Kolonialmächten war es nicht gelungen, die Südostasiaten ihrer Religionen und kulturellen Identitäten zu berauben. Bis heute profitiert deshalb die Region von der Wertschätzung, die der Buddhismus, aber auch der Konfuzianismus Wissen und Bildung erweisen. Die Kolonialherren konn-

ten auch nicht im selben Ausmaß wie etwa in Lateinamerika feudale Eigentumsverhältnisse etablieren. Die bereits von Karl Marx beschriebene und später von Karl August Wittfogel analysierte »asiatische Produktionsweise«[17], die sich durch das nahezu ausschließliche Staatsmonopol beim Eigentum an Land auszeichnet, führte nur in Ausnahmefällen zu extremen Besitz- und Einkommens-Disparitäten.

Der Motor des Booms in allen Ländern Südostasiens waren und sind die Chinesen, deren ausgeprägter merkantiler Geist ihnen die zweifelhafte Bezeichnung »Juden Südostasiens« eingetragen hat. Seit Ende des 18. Jahrhunderts waren kontinuierlich Chinesen, die Hungersnöte und Bürgerkriege und Überbevölkerung aus ihrer Heimat vertrieben hatten, nach Südostasien eingewandert. Friedemann Batu, der Südostasien-Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung*, urteilt über diese Wirtschaftsasylanten: »Bis zu einem gewissen Grad beruht der ökonomische Erfolg dieser Region auf dem Fleiß und der Tüchtigkeit dieser materialistischen und hedonistischen Einwanderer aus China, die ihre Lebenseinstellung gerne auf die Kurzformel *work hard, play hard* bringen.«[18] Der wirtschaftliche Erfolg der chinesischen Minderheiten hat zur Folge, daß in allen Ländern offene und latente antichinesische Ressentiments existieren, die allerdings von Land zu Land unterschiedlich ausgeprägt sind. Während sie sich in Thailand, wo Auslandschinesen etwa zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, ebenso leicht integrieren konnten wie auf den Philippinen, kam es in Indonesien immer wieder zu von der Militärregierung geduldeten oder gar geförderten Pogromen.[19]

Neben den chinesischen Familienbetrieben war es japanisches Kapital, das den Boom ermöglichte. So arbeiten mittlerweile rund 150 000 Thais in den Niederlassungen von 1200 japanischen Firmen in Thailand. Rund 90 Prozent der Automobile, die Bangkoks Straßen hoffnungslos verstopfen, kommen aus Japan. In den letzten fünf Jahren flossen aus Japan rund 12 Milliarden US-Dollar an Direktinvestitionen in die ASEAN-Länder, dazu Entwicklungshilfe im Wert von 3 Milliarden Dollar.[20]

Direktinvestitionen, die früher aus Amerika, Europa und Japan gekommen waren, kommen jetzt mehr und mehr von den vier Drachen. Firmen aus Hongkong, Taiwan, Südkorea und Singapur investieren derzeit zusammen ebensoviel wie japanische. Gleichzeitig haben sich die Absatzmärkte verlagert. War zunächst vor allem für den Export und hierbei an erster Stelle für die USA produziert worden, so steigt mittlerweile die Nachfrage im Inland immer mehr. Ebenso entwickelt sich der Handel zwischen den verschiedenen Ländern der Boom-Region.

Während die kapitalistischen ASEAN-Staaten dank westlicher Entwick-

lungshilfe von den Indochinakriegen profitierten, setzte in den vom Krieg verwüsteten Ländern nach dem Sieg der Kommunisten der große Niedergang erst ein. Ho Chi Minh hatte den Vietnamesen in seinem Testament versprochen: »Wenn die Amerikaner erst einmal besiegt sind, werden wir das Land zehnmal schöner aufbauen als zuvor.«[21] Die Nachfolger von Onkel Ho schafften es allerdings, beispielsweise durch radikale Verstaatlichung, die Produktion der Leichtindustrie des Südens auf unter 30 Prozent des Kriegsniveaus zu bringen.[22] Ursprünglich sollten Nord- und Südvietnam in einer Übergangsphase von zehn Jahren behutsam vereinigt werden, doch schon bald setzten sich die Anhänger des schnellen Anschlusses durch. Im März 1978 wurde jede private Handelstätigkeit im Süden verboten. Viele der zumeist chinesischen Händler wurden Boat people; das Land erlitt einen furchtbaren »brain drain«. Die sowjetische Wirtschaftshilfe im Wert von 3 Milliarden US-Dollar pro Jahr versickerte oft folgenlos.

Nicht besser erging es den beiden kleineren indochinesischen Nachbarländern, in denen die Kommunisten ebenfalls 1975 an die Macht gekommen waren. In Laos flüchteten innerhalb der ersten vier Jahre nach dem Sieg der Pathet Lao rund 300 000 Menschen über den Mekong nach Thailand – das waren knapp zehn Prozent der gesamten Bevölkerung.[23] Aus dem von Pol Pot und seinen Schergen beherrschten Kambodscha war es ungleich schwerer zu entkommen. Die Khmers Rouges verminten als erstes alle Grenzen des Landes, um anschließend systematisch die Intelligenz und das städtische, zu großen Teilen chinesische Bürgertum zu liquidieren.[24]

Die Vietnamesen und ihre indochinesischen Genossen verfolgten stalinistische Entwicklungskonzepte, lange nachdem diese in der Sowjetunion und in China gescheitert waren. In Vietnam erwies sich vor allem die Kollektivierung der Landwirtschaft als Desaster. Nur drei Jahre nach der »Befreiung« des Südens waren die Menschen vom Hunger bedroht. Die Kommunistische Partei Vietnams brauchte bis zum Dezember 1986, um einen radikalen Kurswechsel einzuleiten. Unter dem Motto »Doi Moi« – wörtlich: Neuer Wechsel – beschloß sie schließlich auf ihrem 6. Parteitag radikale Wirtschaftsreformen.[25] Die Fixierung auf die Schwerindustrie wurde aufgegeben, statt dessen die Konsumgüterindustrie und die Exportproduktion gefördert. Seit Mai 1988 haben Privatunternehmen die gleichen Rechte und Chancen wie die zumeist defizitären Staatsbetriebe. Letztere wurden dazu verdonnert, eine Buchhaltung einzuführen; ihre Direktoren bekamen weitgehende Entscheidungskompetenz zugestanden, die Parteisekretäre wurden entmachtet und die Belegschaften zum Teil radikal reduziert.[26]

Die hypertrophe Planungsbürokratie, die zuvor über die Zuteilung jeder

einzelnen Schraube zu befinden geruhte, muß sich inzwischen mit der Makroplanung zufrieden geben. Die staatlichen Subventionen wurden abgebaut; sämtliche Preise sind mittlerweile freigegeben. Obgleich die Regierung unverändert am sozialistischen Einparteien-Regime festhält und die Einführung kapitalistischer Mechanismen als vorübergehende Maßnahme für den Aufbau des Sozialismus ausgibt, haben die marktwirtschaftlichen Prinzipien eindeutig die Oberhand gewonnen. In den letzten drei Jahren wurden Wachstumsraten von mehr als fünf Prozent erreicht. Gemessen an den Hungerjahren der orthodoxen sozialistischen Planwirtschaft ist das Warenangebot üppig.

Den durchschlagendsten Erfolg erzielte »Doi Moi« bisher mit der Entkollektivierung der Landwirtschaft, von der vier Fünftel der Vietnamesen leben. Noch 1988 waren manche Provinzen von einer Hungersnot bedroht; 1990 konnten bereits knapp zwei Millionen Tonnen Reis exportiert werden. Vietnam stieg damit nach den USA und Thailand zum drittgrößten Reisexporteur der Welt auf.

Das größte Problem für das immer noch vom Krieg gezeichnete Land bleiben freilich die hoffnungslos veralteten Produktionsanlagen und der eklatante Mangel an Kapital. Neben »Doi Moi« wurde deshalb auch »Mo Cua«, die Politik der »offenen Tür« adoptiert. Seit der Verabschiedung des Foreign Investment Law 1988 investierten ausländische Firmen insgesamt 1,4 Milliarden Dollar. Obgleich die USA – und in ihrem Gefolge etliche westliche Industrieländer sowie die Weltbank – mit dem Trading with the Enemy Act – noch immer das Land boykottieren und obwohl die Sowjetunion und das ehemalige sozialistische Lager ihre Wirtschaftshilfe radikal gekürzt haben, sind die Erfolge der Wirtschaftsreformen unübersehbar. Der 7. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams beschloß denn auch im Juni 1991, »Doi Moi« und »Mo Cua« weiter voranzutreiben.

In Laos und Kambodscha, deren Staatsparteien zur selben Zeit wie die vietnamesische Schutzmacht ähnliche Reformen betrieben, hat die Privatisierung ebenfalls einen deutlichen wirtschaftlichen Aufschwung eingeleitet – was allerdings noch immer nichts daran ändert, daß die drei Länder Indochinas mit jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 200 US-Dollar zu den »least developed countries« der Welt zählen.[27]

Das Hanoier Politbüro sah sich angesichts des postrevolutionären ökonomischen Desasters auch dazu gezwungen abzurüsten. Vietnam verfügte nach dem Ende des zweiten Indochinakrieges über die mit 1,2 Millionen Soldaten zahlenmäßig größte Armee Südostasiens, die viertgrößte der Welt.[28] Die geheimgehaltenen Ausgaben für diese Streitmacht fraßen nach Schätzungen von Diplomaten in Hanoi bis zu vierzig Prozent des gesamten

Haushalts auf.[29] Jetzt soll die Volksarmee auf 600 000 Soldaten reduziert werden.[30]

4. Neue Konstellationen in einem alten Konflikt

Das thailändische Pattaya, das während des Vietnamkrieges den GIs als bevorzugtes Ziel für »rest and recreation« gedient hatte und dessen Massagesalons mittlerweile von Sextouristen bevölkert werden, war am 24. Juni 1991 Schauplatz einer neuen Episode der scheinbar endlosen kambodschanischen Friedensverhandlungen. Prinz Norodom Sihanouk verkündete, daß die vier kambodschanischen Bürgerkriegsparteien einen sofortigen und unbefristeten Waffenstillstand geschlossen hätten und überein gekommen seien, künftig auf ausländische Militärhilfe zu verzichten. Gleichwohl machte der egomanische Prinz klar, daß dies noch lange nicht das letzte Kapitel in den Verhandlungen sei. Was den UN-Friedensplan anbelange, räumte Sihanouk ein, existierten noch »essentielle Differenzen«.[31]

Die Hoffnungen, daß das Ende des Kalten Krieges in Europa auch Kambodscha Frieden bringen werde, haben sich zerschlagen. Dies läßt sich damit erklären, daß der Bürgerkrieg in Kambodscha nie nur ein Regionalkonflikt der bipolaren Konfrontation war, sondern zugleich eine Auseinandersetzung der kommunistischen Großmächte. Aber auch nachdem das Schisma zwischen Moskau und Peking überwunden ist, agieren im Hintergrund noch immer die Uralt-Feinde Vietnam und China.

1979 hatte der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach die Situation in Kambodscha als »irreversibel« bezeichnet, während die chinesische Führung und die ASEAN-Staaten auf einem bedingungslosen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha beharrten. Beide Seiten setzten auf eine militärische Lösung. Es war schließlich Michail Gorbatschow zu verdanken, der eine Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China anstrebte, daß die Vietnamesen 1987 vorsichtig ihre sture Haltung revidierten. Politiker der ASEAN-Staaten, Frankreichs und Australiens entwickelten eine geschäftige Reisediplomatie. Seit 1989 versuchte die Pariser Konferenz die Kontrahenten auf einen Friedensplan zu verpflichten, der mittlerweile von der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig verabschiedet wurde. Er sieht eine UN-Übergangsverwaltung, die Entwaffnung aller vier Khmer-Fraktionen und die Abhaltung freier Wahlen vor.

Über die konkrete Ausführung des Plans jedoch streiten die vier Fraktionen seit über einem Jahr erbittert. »Wenn Sie sechs Khmer beisammen haben, haben Sie sieben Meinungen«, pflegt Prinz Sihanouk den Individualanar-

chismus seines Volkes zu beschreiben. Die Kontrahenten mißtrauen sich allerdings aus guten Gründen zutiefst. Jeder von ihnen hat den anderen schon einmal betrogen oder verraten; die Koalitionsregierung von Prinz Sihanouk, seinem ehemaligen Premierminister Son Sann und dem Khmers-Rouges-Repräsentanten Kieu Samphan ist eine von China und den USA erzwungene unheilige Allianz. Das einzige, was die kambodschanischen Fraktionen bislang zu Wege brachten, ist die Bildung eines Supreme National Council, der gegebenenfalls die Souveränität an den UN-Generalsekretär übertragen soll.

Während zunächst die Khmers Rouges, die in einem militärischen Sieg ihre einzige Chance sahen, den Friedensplan sabotierten, obstruiert mittlerweile die Regierung in Phnom Penh die Bemühungen. Die von Vietnam installierte Führung, deren Spitze mehrheitlich aus ehemaligen Khmers-Rouges-Kadern besteht, hat zu großen Gefallen an der Macht gefunden und fürchtet, durch freie Wahlen ihrer Pfründe beraubt zu werden. Auch die vietnamesische Führung hat den Traum Ho Chi Minhs von einer indochinesischen Föderation unter Führung Vietnams noch nicht endgültig aufgegeben.

Mit dem Golfkrieg und seinen Folgen ist auch für die Vereinten Nationen Kambodscha zu einem abgelegenen Nebenkriegsschauplatz geworden. Die geschätzten Kosten für eine UN-Übergangsverwaltung, mehrere Milliarden US-Dollar, machen angesichts der angespannten Finanzlage der UN die Realisierung des Friedensplans immer unwahrscheinlicher.

Der Stillstand reflektiert die veränderte strategische Situation in Südostasien nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa. Wenngleich Entspannung und Abrüstung an der Ostküste des Pazifik weitaus weniger fortgeschritten sind als in Europa, haben doch die Sowjetunion und die USA ihre militärische Präsenz in Südostasien verringert und werden es weiter tun. Ob dies unbedingt die Détente fördert, ist allerdings ungewiß. Mit den von sturen Greisen beherrschten Politbüros in Hanoi und Peking stehen sich weiterhin – und nun weniger eingebunden – zwei in vielem einander ähnelnde Rivalen gegenüber. Beide halten an der Ein-Parteien-Diktatur fest und stehen für einen Nationalismus, der von rassistischen Untertönen nicht frei ist. Die beiden Regime stehen aber auch für die Hypothese eines Wertewandels, die unter den Strategieexperten und Konfliktforschern derzeit außerordentliche Popularität genießt: die Erkenntnis, daß Technologie und Wirtschaftskraft bei einer Neubewertung der Währungen der Macht eine wesentlich größere Rolle spielen als die konventionellen militärischen Mittel.

Der Rückzug der beiden wirtschaftlich geschwächten Supermächte des Kalten Krieges hinterläßt im Fernen Osten ein Vakuum, in das nicht nur

China, sondern auch Japan stoßen dürfte. Japan ist mehr als eine wirtschaftliche Supermacht; es ist eine potentielle militärische Großmacht, die, was die Rüstungsausgaben anbelangt, bereits hinter den USA und der UdSSR weltweit an dritter Stelle liegt.[32] Die Überlegungen in den USA, Japan zu einem Pazifik-Polizisten zu machen, werden nicht nur in China, sondern in ganz Südostasien vor dem Hintergrund der traumatischen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und angesichts der aggressiven japanischen Handelspolitik mit großem Unbehagen beobachtet.

China verfügt bereits über die drittgrößte U-Boot-Flotte der Welt und erhöhte die Militärausgaben für das Jahr 1991 um zwölf Prozent auf 6,25 Milliarden US-Dollar. Bis 1990 waren die Militärausgaben zehn Jahre lang gekürzt worden.[33] Die Aufrüstung reflektiert nicht nur Chinas Ambitionen in Südostasien, sondern auch die neue Stärke der Armee seit der Niederschlagung des Pekinger Frühlings. Die ASEAN-Staaten sind zwar aus Angst vor den vietnamesischen Kommunisten strategische Beziehungen zu China eingegangen, doch seit sich Vietnam aus Kambodscha zurückgezogen hat und auf die eigene wirtschaftliche Entwicklung konzentriert, wird nicht nur in Indonesien die Sorge laut, daß China zu großen Einfluß auf Südostasien gewinnen könnte. Ein weiteres destabilisierendes Element: Seit 1975 wurde ASEAN, die auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration kaum etwas zuwege gebracht hat, durch die Konfrontation mit Vietnam zusammengehalten. Fällt diese weg, könnten auch zwischenstaatliche Konflikte im kapitalistischen Südostasien wieder an Bedeutung gewinnen.

Die ASEAN-Staaten wären in jedem Falle nicht schlecht gerüstet. Nachdem Richard Nixon die Guam-Doktrin aufgestellt hatte, nach der sich die südostasiatischen Staaten selbst verteidigen müssen, und die Kommunisten in Indochina den Sieg davongetragen hatten, verdoppelten sich die Militärausgaben Indonesiens, der Philippinen und Singapurs von 1975 bis 1981; der Verteidigungshaushalt Thailands stieg im selben Zeitraum auf das Dreifache, der Malaysias auf das Vierfache.[34]

Dies liegt daran, daß die ASEAN-Staaten sich dank des Wirtschaftsbooms neue Waffensysteme leisten konnten und daß die Rüstungskonzerne der Industrienationen angesichts der Sättigung der heimischen Märkte zu aggressiven Marketingmethoden griffen. In Ländern wie Thailand, Indonesien, den Philippinen und in Indochina, in denen das Militär traditionell die Politik beherrscht, sind die Generäle beim Erwerb von Prestigeobjekten und militärischen Statussymbolen keiner demokratischen Kontrolle unterworfen. Aber auch wo dies nicht der Fall ist, sind die Möglichkeiten für Politiker und Offiziere, sich durch Korruption zu bereichern, bei naturgemäß vertraulichen Waffengeschäften mit Abstand am besten. So bestimmt

dann gelegentlich die Vorliebe einer Generalsgattin für Kollektionen von Yves Saint Laurent oder einen Bungalow in Florida die Wahl der Waffen.

5. Inselkampf

Sicherheits- und Strategieexperten leben von der Krise. Für den Fall, daß endlich Frieden in Kambodscha einkehrte, haben sie glücklicherweise schon einen neuen potentiellen Krisenherd in der Region geortet. So könnte sich ihrer Meinung nach der bereits existierende Territorialkonflikt um die Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer zuspitzen – obgleich das Attribut »territorial« für das Archipel im Südchinesischen Meer fast übertrieben ist.[35] Denn bei den Spratlys – chinesisch: Nansha-, vietnamesisch: Truong-Sa-Inseln – handelt es sich um bis zu zweihundert Eilande, Riffs, Sandbänke und Atolle, die über insgesamt 160 000 Quadratkilometer verstreut sind und von denen sich nur ein gutes Dutzend mit gewisser Berechtigung als Inseln bezeichnen läßt. Die meisten anderen erheben sich nur temporär über den Meeresspiegel. Trotz der minimalen Landmasse haben bereits Truppen aus China, Vietnam, Taiwan, Malaysia und den Philippinen auf den Spratlys Stützpunkte errichtet. Ginge es nach geographischer Nähe, so könnten die Philippinen und Malaysia, die jeweils rund 200 Kilometer vom Rand des Archipels über größere Siedlungen verfügen, die Spratlys für sich reklamieren. Zur vietnamesischen Küste sind es 400, zum chinesischen Festland 1000 und nach Taiwan rund 1300 Kilometer.

Obgleich englische Abenteurer bereits Ende des 19. Jahrhunderts versucht hatten, auf der mit 0,43 Quadratkilometer größten Insel Itu Aba ein »kingdom of humanity« zu errichten, waren die Spratlys bis in die dreißiger Jahre völkerrechtlich noch als *terra nullius* anzusehen. Die Franzosen nahmen diese Insel 1933 von Vietnam aus in Besitz, wurden aber bald von der japanischen Marine vertrieben, die einen U-Boot-Stützpunkt errichtete. Bis in die siebziger Jahre blieb der Archipel weitgehend der Fauna vorbehalten, deren fliegende Arten auf ihm reichhaltige Guano-Ablagerungen hinterließen. Interessant sind allerdings weniger die Naturdüngervorräte der Inselchen als die Öl- und Erdgasvorkommen sowie die reichen Fischbestände in ihrer Nähe. Zudem liegen sie an dem großen Öltanker-Highway vom Persischen Golf nach Nordostasien und sind deshalb nicht nur für Japan von entscheidender strategischer Bedeutung.

Die taiwanesische Marine unterhält seit 1956 einen permanenten Stützpunkt auf Itu Aba. Die vietnamesische Marine besetzte bis 1976 dreizehn, die philippinische sechs und die malaysische zwei Eilande.[36] Gleichwohl blieb es so lange friedlich, bis die Volksrepublik China 1985 ihre moderni-

sierte Marine in das Gebiet zu entsenden begann, um schon seit den fünfziger Jahren formulierten Ansprüchen Geltung zu verschaffen. »China habe eine unbestreitbare Souveränität über diese Inseln und das Seegebiet in deren Nähe«, zitierte Radio Peking im Februar 1988 einen Sprecher des chinesischen Außenministeriums. »Dieser feste und gerechte Standpunkt sei allgemein bekannt. Die vietnamesische Seite müsse sich von diesen Atollen zurückziehen.« Andernfalls »müsse sie für die sich daraus ergebenden Folgen die volle Verantwortung übernehmen«.[37]
Am 14. März 1988 kam es zur Seeschlacht. Chinesen hatten auf dem Gac-Ma-Riff eine vietnamesische Fahne eingeholt und dafür die ihre aufgezogen. Als die dort postierten Vietnamesen die Chinesen aufforderten, das Riff wieder zu verlassen, eröffneten letztere das Feuer. Chinesische Kriegsschiffe versenkten zudem drei vietnamesische Versorgungsschiffe – chinesische Schiffe, die in den Zeiten der antiimperialistischen Solidarität gratis geliefert worden waren. Wie die vietnamesische Nachrichtenagentur VNA meldete, fanden bei der Kanonade vier Vietnamesen den Tod, 94 wurden verletzt und 79 vermißt.[38]
Seitdem ist es zwar nicht mehr zu militärischen Zusammenstößen gekommen, doch nach wie vor beanspruchen China, Taiwan und Vietnam den ganzen Archipel für sich, Malaysia und die Philippinen wollen sich jeweils mit Teilen zufrieden geben. Während heute alle Beteiligten außer den Chinesen sich für Verhandlungen aussprechen und eine gemeinsame Nutzung der Inseln ansteuern, beharrt Peking mit imperialer Geste auf seinem alleinigen Anspruch und beteiligt sich nur zögerlich an informellen Gesprächen. Der Spratly-Experte Mark J. Valencia sieht deshalb auch in der notwendigen Revision der chinesischen Position einen entscheidenden Prüfstein für die sino-südostasiatischen Beziehungen: »Die falsche Entscheidung könnte die Hoffnungen auf gute Beziehungen mit Südostasien auf Jahre hinaus zerschlagen.«[39]

6. Das pazifische Jahrhundert

Auch wenn der von den Regierungen forcierte Prozeß des »nation building« in Südostasien einen für westeuropäische Verhältnisse überzogenen Nationalismus geschaffen hat, sind sich die Sicherheitsexperten in einem einig: Frieden und Stabilität der Region könnten in der Zukunft weit weniger durch potentielle zwischenstaatliche Konflikte als durch interne Konflikte der einzelnen Staaten unterminiert werden. Diese Prognose stützt sich darauf, daß Südostasien eine äußerst heterogene Region ist. Auf dem Subkontinent stießen die Kulturen Indiens und Chinas aufeinander, sehr viel

später faßte der Islam Fuß, und heute prägt die westliche Popkultur die jüngeren Generationen in einem Maße, das die Älteren den Verlust der traditionellen Werte befürchten läßt.
Die einzelnen Länder gleichen überdies ethnischen Flickenteppichen. Allein in Laos, das rund vier Millionen Einwohner hat, finden sich mehr als vierzig Ethnien mit unterschiedlichen Sprachen. In Malaysia leben Inder, Malayen und Chinesen, die jeweils unterschiedlichen Religionen anhängen. Auf den 13 667 Inseln, die Indonesien ausmachen, werden neben Bahasa indonesia mehr als 250 verschiedene Sprachen gesprochen.
Trotz hehrer Ansprüche wie »Einheit in der Vielfalt« sind die Ethnien alles andere als gleichberechtigt. In Indonesien haben sich die Javaner die Schlüsselpositionen des zentralistischen Staatsapparates gesichert und drängen die übrigen Ethnien mit neokolonialistischer Attitüde an den Rand. In Thailand ebenso wie in Vietnam oder Laos begegnen die numerisch überlegenen Flachlandbewohner den in ihren Augen »primitiven« Bergvölkern oft mit unverhohlener Verachtung. Selbst im auf den ersten Blick kosmopolitischen Singapur lästern Chinesen über Inder als »des Teufels schwarze Scheiße«.
Bis in die siebziger Jahre bedrohten sowohl ethnische Sezessionsbewegungen als auch kommunistische Guerillas die Einheit der meisten Staaten. Die Zentralregierungen versuchten zunächst mit aus den USA importierter Counter-insurgency-Strategie, diese Kräfte zu vernichten, doch sie erreichten damit eher eine Solidarisierung der Bevölkerung und die Stärkung der Rebellen. Daraufhin entwickelten sie klügere, integrative Konzepte. Mit Schulen, Krankenhäusern und wirtschaftlicher Entwicklung wurden die sozialen Bedingungen in den meist armen und schwer zugänglichen Insurgentengebieten verbessert und somit die Rekrutierungschancen der Guerilla geschmälert. Gleichzeitig lockten die Regierungen die Rebellen mit großzügigen Amnestieangeboten, die es ihnen erlaubten, den bewaffneten Kampf aufzugeben, ohne das Gesicht zu verlieren.[40]
In Myanmar (respektive Burma/Birma) und auf den Philippinen sind solche Konflikte noch immer virulent, doch in den übrigen Ländern bedrohen heute eher soziale Gegensätze den inneren Frieden. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind schon jetzt – von Singapur abgesehen – ernste Probleme und werden weiter zunehmen. Auch wenn Thailand und Indonesien im Maßstab der Dritten Welt als außergewöhnliche Erfolgsbeispiele der Familienplanung gelten, drängen immer mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt. In Vietnam beispielsweise, wo 1945 rund 20 Millionen Menschen lebten und heute knapp 65 Millionen, wächst die Bevölkerung weiterhin um jährlich mehr als zwei Prozent. Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit in Ho Chi Minh-Stadt wird bereits auf mehr als 50 Prozent ge-

schätzt.[41] Auf den Philippinen, wo es Cory Aquino nur mit der Unterstützung der katholischen Kirche gelungen war, Ferdinand Marcos zu stürzen, haben die Bischöfe anschließend das Familienplanungsprogramm zum Erliegen gebracht.[42]

Auf den Philippinen, aber auch in Thailand, Vietnam und Teilen Indonesiens, herrscht bereits akuter Mangel an Ackerland. Die wachsende Landarmut führt zum weiteren Abholzen der Wälder, was Erosion sowie lokale und regionale Klimaveränderung nach sich zieht. Thailand war 1950 noch zu 66 Prozent mit Wald bedeckt, heute sind es weniger als 15 Prozent. Nachdem der Entwaldung zu verdankende Dürren und Überschwemmungen das Land mehrmals heimgesucht hatten, wurde 1988 ein generelles Fällverbot verhängt; doch seitdem treiben die Holzfirmen Raubbau in den Nachbarländern Kambodscha, Laos und Myanmar.[43]

Eine andere Folge der Landarmut ist die Landflucht in die Slums von Bangkok, Manila oder Jakarta. In diesen Megacities, deren Einwohnerzahlen sich nur noch grob schätzen lassen, prallen die sozialen Disparitäten des Booms kraß aufeinander. Während die Nouveaux riches in vorzugsweise deutschen Limousinen mit getönten Scheiben die Straßen Bangkoks verstopfen, verkaufen arme Bauernfamilien im Norden und Nordosten des Landes ihre Töchter für ein Fernsehgerät in Bordelle. Während sich der Clan des indonesischen Präsidenten Suharto maßlos bereichert, läßt der Gouverneur von Jakarta Tausende von Fahrradrikschas, mit denen sich landflüchtige Bauern ein ärmliches Einkommen verdienten, im Meer versenken, weil diese Vehikel in den Augen des Gouverneurs das Straßenbild verunzierten.[44]

Die Regierungen antworten auf die erstaunlich seltenen spontanen Revolten oder auch auf friedliche Opposition mit unverhältnismäßiger Härte. Dieser Autoritarismus ist trotz aller ideologischen und kulturellen Differenzen ein verbindendes Merkmal Südostasiens. Sitte und Tradition verlangen den bedingungslosen Respekt vor der Autorität, vor Alter, Macht und Geld. Konflikte werden nicht offen ausgetragen, sondern, wenn es irgend geht, vermieden. Die Verleugnung der eigenen Interessen zugunsten der Familie, Firma oder Nation ist selbstverständlich. Ein Begriff von Freiheitsrechten des Individuums existiert ebensowenig wie eine Tradition der Demokratie.

In Indonesien herrscht »Demokrasi terpimpin«, gelenkte Demokratie, die Opposition höchstens im Gefängnis vorsieht. Ebenso wie in Thailand dominieren die Militärs die Politik. Auch in Singapur werden Kritiker der Staatspartei ohne Gerichtsverfahren jahrelang in Haft gehalten, ist die Presse einer strengen Zensur unterworfen. In Indochina herrscht spätstali-

nistische Despotie; ihre Apologeten begründen die minimale politische Liberalisierung mit dem Verweis auf die Erfolgsgeschichte Singapurs und das Chaos, das die Perestroika in der Sowjetunion angerichtet habe. In allen Staaten der Region – die Philippinen ausgenommen – sind seit Jahrzehnten dieselben Parteien an der Macht, und sie regieren gemäß der Devise von Konfuzius: »Das einfache Volk soll dazu erzogen werden, zu tun, was es zu tun hat, und nicht dazu, Fragen zu stellen, warum es das zu tun hat.«[45] Die politischen Monokulturen zeichnen sich zudem durch Personenkult, Nepotismus, Korruption und Bürokratismus aus.

Der autoritäre Führungsstil, der den Wirtschaftsboom zunächst förderte, wenn nicht gar ermöglichte, ist mittlerweile für die weitere Entwicklung kontraproduktiv geworden. Massenkommunikation, der Aufbau des Bildungssystems, Industrialisierung, Urbanisierung haben eine professionelle städtische Mittelschicht geschaffen, die Partizipation fordert oder zumindest wünscht. Die in den Industrienationen ausgebildeten Eliten verlangen kulturelle Freiheit statt Paternalismus und öder Erziehungsdiktatur. Als in Singapur bekannt wurde, daß die meisten der 4700 hochqualifizierten Fachkräfte, die 1989 mit ihren Familien den Sonnenstaat verließen, dies wegen der kulturellen Armut und allgegenwärtigen Bevormundung taten, wurde eine vorsichtige Liberalisierung ins Auge gefaßt.[46]

Die herrschenden Clans fürchten gleichwohl, daß politische Freiheiten eine Dynamik freisetzen könnten, die schnell ihnen selbst gefährlich werden würde. Es gibt kaum eine Tradition des zivilen Machtwechsels, und sie haben Angst davor, für ihre Repression und Korruption zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Entwicklungen von Südkorea, den Philippinen oder Thailand zeigen dennoch, daß eine schrittweise Demokratisierung notwendig ist und daß sie nicht unbedingt in Chaos und wirtschaftlichem Niedergang enden muß. Nicht zuletzt der zwangsläufige Generationswechsel von den Protagonisten der Befreiungskämpfe zu jüngeren und liberaleren Technokraten erhöht die Chancen der Partizipation. Abgefedert und unterstützt werden diese schwierigen Prozesse auf jeden Fall durch die wirtschaftlichen Perspektiven.

Als die Asian Development Bank im April diesen Jahres in Vancouver ihren »Outlook 1991« vorlegte, berichtete die *Neue Zürcher Zeitung* von »gedämpfter Zuversicht«.[47] Zwar sind nicht mehr die zum Teil exorbitanten Wachstumsraten der vergangenen Jahre zu erwarten, aber die ASEAN-Länder können mit einem Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes von durchschnittlich sechs Prozent rechnen. Der malaysische Premierminister Mahathir Mohamed hat nach dem Scheitern der GATT-Verhandlungen die Gründung einer East Asian Economic Grouping vorgeschlagen. ASEAN

plus Indochina, die vier »Drachen«, Burma, China und Japan könnten, um der EG und dem US-Protektionismus Paroli zu bieten, eine asiatisch-pazifische Freihandelszone begründen.[48] Dies ist erst ein vager Plan, doch er steht für das südostasiatische Selbstbewußtsein und einen unerschütterlichen Glauben an die Zukunft. Mit wirtschaftlichen Mitteln, das zeigt das Beispiel der Region, läßt sich mehr Macht erringen als mit militärischen. Nicht nur die Ökonomen, sondern auch die Politiker und die Astrologen prophezeien deshalb: Das 21. Jahrhundert wird das pazifische Jahrhundert sein.

Anmerkungen

1 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. 8. 1988; *Far Eastern Economic Review*, 25. 8. 1988.
2 Zur 1967 in Bangkok gegründeten Association of South East Asian Nations, ASEAN, gehören: Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und seit 1984 Brunei.
3 Chatichai Choonhavan, »Keynote Address at the Conference on ›Indochina: From War Zone to Trade Zone‹ at the Dusit Hotel, 28. April 1989«, in: *ISIS Bulletin*, Institute of Security and International Studies, Chulangkorn University, Vol. 8, No. 1, Bangkok 1989.
4 Im Frühjahr 1988 stellten CIA-Mitarbeiter bei einer Revision der »non-lethal aid«, welche die thailändische Armee an die beiden nichtkommunistischen Fraktionen der Widerstandskoalition weiterleiten sollte, fest, daß Ausgaben von mehreren Millionen Dollar nicht belegt waren. Nach einem Bericht der *Washington Post* schäumte der für das Programm direkt verantwortliche Oberbefehlshaber Chaovalit Yongchaiyut und forderte das Blatt auf, Namen zu nennen oder »zur Hölle zu fahren«. Über das Ergebnis einer von den Thais eingeleiteten Untersuchung der Vorwürfe wurde nie etwas bekannt.
5 *New York Times*. 24. 2. 1991.
6 *The Times*, 25. 2. 1991.
7 Siehe Rolf Hanisch, »Großmachtinteressen und außenpolitische Orientierung der Staaten Südostasiens«, in: Heiner Dürr/Rolf Hanisch (Hg.), *Südostasien, Tradition und Gegenwart*, Braunschweig 1986, S. 98 f.
8 Michael McLear. *Vietnam – The tenthousand day war*, London 1981, S. 43-62.
9 Siehe Andreas Buro, »Vietnam nach dem Fall Saigons«, in: Heiner Dürr/Rolf Hanisch (Hg.), a. a. O., S. 88, sowie Michael Sontheimer, *Im Schatten des Friedens. Ein Bericht aus Vietnam und Kamputschea*, Berlin 1989, S. 31.
10 Nayan Chanda, *Brother Enemy. The War after the war. A History of Indochina since the fall of Saigon*, New York 1986, S. 348 f.
11 Ebd., S. 351 ff.
12 *Die Zeit*, 24. 2. 1989.
13 Bei einem Besuch Kambodschas im Januar 1991 versicherten mehrere Mitarbeiter internationaler Hilfsaktionen dem Autor glaubhaft, daß sie in mehreren Provinzen auf vietnamesische Soldaten in Uniformen der kambodschanischen Regierungstruppen gestoßen seien.
14 *Neue Zürcher Zeitung*, 27. 11. 1990.
15 *Nachrichten für den Außenhandel*, 19. 4. 1991.
16 Vgl. World Bank, *Poverty. World Development Report 1990*, Oxford 1990, S. 178 ff.

17 Vgl. Karl A. Wittfogel, *Die Orientalische Despotie*, Köln/Berlin 1962.
18 *Neue Zürcher Zeitung*, 26. 11. 1990.
19 Nicht nur in Indonesien, wo nach dem nationalistisch-kommunistischen Putschversuch des Jahres 1965 Zehntausende von Chinesen abgeschlachtet wurden, sondern auch in Vietnam wird die chinesische Minderheit gerne als »fünfte Kolonne« Pekings verdächtigt.
20 *Neue Zürcher Zeitung*, 13. 4. 1991.
21 Ho Chi Minh, *Selected Writings*, Hanoi 1977, S. 361.
22 Michael Sontheimer, *Im Schatten des Friedens. Ein Bericht aus Vietnam und Kamputschea*, Berlin 1989, S. 31.
23 Die bislang einzige umfassende Darstellung der Entwicklung der Volksrepublik Laos seit 1975 ist: Martin Stuart-Fox, *Laos – Politics, Economics and Society*, London/Boulder 1986.
24 Den besten Überblick über die Herrschaft der Khmers Rouges in Kambodscha gibt: Elizabeth Becker, *When the War was over – Cambodia's Revolution and the Voices of its People*, New York 1987.
25 Siehe *Sixth National Congress of the Communistic Party of Vietnam. Documents*, Hanoi 1987.
26 *Die Zeit*, 29. 3. 1991.
27 Siehe World Bank, *Poverty. World Development Report 1990*, Oxford 1990, S. 178 ff., und The United Nations Children's Fund, *Assisting the Children of Kampuchea*, Paris 1987.
28 Peter Schier, »Der dritte Indochinakrieg«, in Heiner Dürr/Rolf Hanisch (Hg.), *Südostasien, Tradition und Gegenwart*, Braunschweig 1986, S. 123.
29 Diese Schätzung formulierte der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Joachim Broudré-Gröger, gegenüber dem Autor im Oktober 1987 in Hanoi.
30 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. 12. 1988.
31 *Neues Deutschland*, 25. 6. 1991.
32 *SIPRI Yearbook 1990. World Armament and Disarmament*, Oxford 1990, S. 193.
33 *New York Times*, 22. 3. 1991.
34 Susanne Feske, *Zur wachsenden Bedeutung militärischer Machtmittel in der Sicherheitspolitik der ASEAN-Staaten*, Berlin 1991.
35 Siehe Peter Schier, »Die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam im Südchinesischen Meer und die gegenwärtigen Besitzverhältnisse im Spratly-Archipel«, in: *China Aktuell*, Juli 1988.
36 Chang Pao-min, »A New Scramble for the South China Sea Islands«, in: *Contemporary Southeast Asia*, Volume 12, Number 1, Juni 1990.
37 Radio Peking, 22. 2. 1988.
38 *Vietnamese News Agency*, 25. 3. 1988.
39 *International Herald Tribune*, 4. 7. 1989.
40 Vgl. Susanne Feske, a. a. O., S. 5.
41 *Die Zeit*, 29. 3. 1991.
42 *Die Zeit*, Dossier, 28. 12. 1990.
43 *Greenpeace Magazin*, Nr. 2, 1991.
44 *Der Spiegel*, 1. 7. 1991.
45 Zitiert nach: *Neue Zürcher Zeitung*, 27. 11. 1990.
46 *Economist*, 27. 10. 1990.
47 *Neue Zürcher Zeitung*, 26. 4. 1991.
48 *Handelsblatt*, 24. 1. 1991.

Wolfgang Eichwede
Vom Oktober zum Februar

Russlands Weg in die Moderne

extra

Die Geschichte kehrt nach Europa zurück – sie öffnet Entwicklungswege und lebt von Alternativen. Politik im östlichen Teil des Kontinents hat aufgehört, die Organisation von Bewegungslosigkeit zu sein. In den Worten eines britischen Autors: »Ein Jahrhundert wird abgewählt« (Timothy Garton Ash). Das Signum der Revolution in Zentral- und Osteuropa ist der Stimmzettel, nicht die Waffe. Dies ist umso erstaunlicher, als sich vor unseren Augen ein doppelter Vorgang vollzieht, der dramatische Wechsel gesellschaftlicher und politischer Ordnungen zum einen und die Auflösung des sowjetischen Hegemonialsystems zum anderen. Kaum einer, der dies erwartet hätte. Bis heute haben wir uns nicht daran gewöhnt, daß ein Mann wie Václav Havel auf der Burg in Prag und nicht mehr im Gefängnis sitzt; oder daß in Rußland ein vom Volk gewählter Präsident regiert, noch dazu einer, der sein Parteibuch hingeworfen hat. Überrascht sind wir auch deshalb, weil wir uns schwer taten, die Vorläufer angemessen in den Blick zu nehmen. Wir haben Imre Nagy und Alexander Dubček wohl bewundert, aber ihr Schicksal, das sie 1956 und 1968 erlitten, als Beweis dafür genommen, daß der Status quo in Europa unveränderlich ist. Wir haben Andrei Sacharow für einen ehrenwerten, großen Mann gehalten, aber doch für einen, der abseits der eigentlichen Geschichte steht. Als vor 25 Jahren Andrei Amalrik, ein sowjetischer Dissident, seinen Traktat »Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?« veröffentlichte, haben wir über ihn gelächelt. Darin deutete er an, daß zu Ende des Jahrhunderts Ziegen auf dem Roten Platz in Moskau weiden könnten. Es wird nicht so sein. Aber die Frage bleibt, ob die Sowjetunion jenseits des Orwellschen Systems eine Chance hat, sich zu organisieren. Und seien wir aufrichtig: Die Tatsache, daß Alexander Solschenizyn sich im Westen nicht zurechtgefunden hat, war uns ein willkommener Anlaß, zu verdrängen, was er über sein eigenes Land zu schreiben hatte. Die »Andersdenkenden« quer durch Zentral- und Osteuropa standen ein für den Versuch, »nicht in der Lüge zu leben«. Damit zeichneten sie einen Weg vor, den seit Mitte der achtziger Jahre die Völker dort insgesamt eingeschlagen haben – in Auflehnung gegen doppeltes Den-

ken und gebrochenes Bewußtsein, dagegen, anders reden zu müssen, als man denkt, und anders zu handeln, als man spricht. Es war eine kulturelle und politische Revolution. *Daß* man nun alles sagen konnte, schuf ein Gefühl des Aufbruchs. *Was* man freilich alles sagen mußte, löste Erschrekken aus. Oft hat das Entsetzen die Freude überrollt. Ins Kreuzfeuer schneidender Polemik geriet das Gesamtensemble dessen, was als Sozialismus galt. Er wurde verantwortlich gemacht für die »zivilisatorische Wüste« und den Kahlschlag, der seit Jahrzehnten stattgefunden habe. Die Bindungen zu Europa seien zerschnitten, der Rückstand zur modernen Welt vergrößert worden. Die Bilanz war eine vernichtende.

Dabei schien zu Beginn des Jahrhunderts der Sozialismus als Kind der Moderne die Gewähr dafür zu bieten, daß er die Moderne vollende. Die Bolschewiki hatten sich im Oktober 1917, als sie ihre Revolution machten, im Besitz der Wahrheit über den Gang der Geschichte gewähnt und waren sicher, ein theoretisches Gebäude im Kopf zu haben, das ihnen das Nachholen, das Ein- und Überholen der bürgerlichen Welt erlaube. Sie begriffen die Moderne als eine in sich geschlossene Utopie, als Entwurf für eine verbürgte Zukunft mit der Verheißung, Rußland aus seiner Rückständigkeit herauszureißen. In nicht wenigen Kirchen des gläubigen Landes nahmen fortan Maschinen den Platz von Altären ein. Der Sturm der russischen Revolution, so hieß es, müsse mit dem Puls des amerikanischen Lebens zusammenfließen, die Arbeit geeicht werden wie ein Chronometer. Zum Wahn hermetisch konzipierter Machbarkeit kam es in einem Land, das keine in sich differenzierte bürgerliche Gesellschaft mit ausreichender Funktions- und Arbeitsteilung besaß, sondern geprägt war durch Autokratie und Selbstherrschaft staatlicher Gewalt. Das »Defizit« an Gesellschaft provozierte geradezu den Versuch, diese überhaupt zur Disposition zu stellen, ganze Epochen zu überspringen und Geschichte auf dem Reißbrett zu planen. Ein Sinn für die Dynamik des Teilens von Macht existierte nicht. Gedacht wurde in der Vertikalen, nicht in der Horizontalen, von oben nach unten, nicht von gleich zu gleich. Die Industrien in staatlicher Hand zementierten die gouvernementalen Traditionen Rußlands über die Zäsur von 1917 hinweg. Ökonomisches Denken starb ab, während ganze Wirtschaftszweige aus dem Boden gestampft werden sollten.
Das, was an neuer Gesellschaft entstand, wurde politisch unterworfen. Die Bürokratie fungierte als Schwungkraft und Ballast, als Motor und Bremsklotz. Zum Grundprinzip der sowjetischen Moderne (bis in die achtziger Jahre) wurde die Außensteuerung. Weil sie den Mechanismus, den sie bewegen wollte, nicht von innen motivieren konnte, war sie gezwungen, ihn

in Permanenz zu überwachen. Die Fremdheit zum Gegenstand beförderte das Denken in Quantitäten, das Agieren in Kampagnen. Daß die Totalität der Kontrollen erst recht Blindheit produzierte, zählt zu den Merkmalen eines Systems, das von seiner eigenen Pathologie lebte. Die Unangemessenheit der Mittel und die Inkompetenz des »Kader«-Bestandes schließlich brachten es zur Raserei. Dort, wo etwas schief lief, mußten Feinde am Werk sein. Dysfunktionen konnten ihre Ursache nur in Sabotage haben. Die staatlichen Organe jagten die Gesellschaft und sich selbst, Fremdbestimmung und organisiertes Mißtrauen als Modus der Herrschaftsmaximierung. Es war die Zeit des großen Terrors. Und doch wäre es vereinfacht, die dreißiger Jahre nur als Epoche der Repression und Unterdrückung zu sehen. Viele haben an die Notwendigkeit eines solchen Sturmlaufs in die Moderne geglaubt. Lew Kopelew spricht in seinen Memoiren von einem »rationalistischen Fanatismus«, dem er angehangen habe, dem Glauben, daß dort, wo gehobelt wird, auch Späne fallen müssen. Man haßte, tötete um der Liebe willen, meint Wassili Grossmann. Die Gesellschaft kannte steile Karrieren und eine die alten Sozialgrenzen einreißende Mobilität: Aus Bauern wurden Arbeiter, aus Arbeitern Ingenieure, aus Ingenieuren Fabrikdirektoren. Zur selben Zeit wanderten Millionen von Menschen in die Welt der Lager. Stalinismus umschließt eben beides – die Mobilität nach oben und die nach unten, Aufstieg und jähen Absturz in, wie es vielen schien, schicksalhafter Folgerichtigkeit, unkalkulierbar und allgegenwärtig. Die neuen Klassen – außengesteuert und wildwuchernd – hatten kein Bewußtsein ihrer selbst.

Im Ergebnis entstand eine Ökonomie mit Industriegiganten, Verwerfungen und Disproportionen. Wo sie etwas geleistet und Produktionszweige hochgezogen hat, da freilich war sie im Begriff, ein so komplexes System von technischen Zusammenhängen zu schaffen, daß die staatlichen Apparate, die sie hervorgebracht hatten, nicht länger die Kapazität besaßen, sie anzuleiten. Die Modernisierungsschübe der Stalinschen Periode stellten sich selbst in Frage. Dem Übergang von extensiven Wirtschaftsformen zu intensiven standen Hindernisse im Wege, die nicht zu überspringen waren. Dennoch ist die Zeit nach Stalin geprägt durch wiederholte Anläufe einer innersystemischen Korrektur. An halbherzigen Versuchen dosierter Liberalisierung und Entschlackung, an Kompetenzverlagerungen und Verwaltungsreformen war kein Mangel. Der flächendeckende Terror wurde beendet, das Konsumniveau angehoben. Selbst in den Jahren der Stagnation gab es Bewegung, die Probleme aber liefen schneller auf, Abhilfe geschah in »stop and go«, die Akkumulation von Funktionsschwächen jedoch in freier Fahrt. Der Stau nahm zu, so daß der Eindruck entstand, daß nichts mehr

geht. Aus einem Sozialismus des Gulag wurde ein Sozialismus der Fassade und des Scheins, nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung anzutreiben noch die Ökonomie in Schwung zu halten. Sowjetischen Texten zufolge hatte Stalin einen »asketischen Sozialismus« geschaffen, sein Signum: Verzicht und Opfer, Breschnew hingegen einen »zynischen Sozialismus«, sein Inhalt: die Lüge. Die Glaubenssätze hatten ihren Sinn verloren, das Bekenntnis wurde dennoch eingefordert, Loyalitätsbekundungen als Unterwerfungstraining. Es war wie in Schillers *Wilhelm Tell* – dort mußte dem bloßen Hut des Landvogts Respekt gezollt werden, hier den leeren Hülsen der Ideologie. Nicht nur einmal ist die Rede davon, daß die Visionen von 1917 gleich einen zweifachen Tod starben, den physischen Tod im Terror der dreißiger und den geistigen im erstarrten Ritual der siebziger Jahre.
Voraussetzung jeden Wandels war das Abräumen dieser Fiktionen. Indem Michail Gorbatschow dem sowjetischen System Lernbereitschaft verordnete, stellte er immerhin seine eigene Lernfähigkeit unter Beweis. Unter dem Druck wachsender Krisensymptome zeigte sich, daß sogar die Stagnationsjahre Erkenntnisreserven in sich bargen. Die Perestroika versuchte denn auch, die Enttotalitarisierung des Landes in eine Modernisierung und behutsame Öffnung der Politikstrukturen überzuleiten. Anfangs galt es noch, den Sozialismus zu »entdeformieren«, um ihn endlich zu einer wirklichen Formation zu machen. Darum verabschiedete sich Gorbatschow 1987 vom Wahrheitsmonopol der Kommunistischen Partei und erkannte an, daß eine Gesellschaft nur in und von ihren Widersprüchen leben könne. Einem Erdbeben gleich ließen die Neuerungen ganze Lehrgebäude wie Kartenhäuser in sich zusammenfallen. Erstmals seit der Oktoberrevolution wurden gesellschaftliche Räume freigegeben, an der Macht jedoch im Kern festgehalten. Für den Generalsekretär ging es darum, neue soziale Schichten in die Politik einzubauen, ohne die alten Eliten in Bausch und Bogen fortzujagen. Die kritische Öffentlichkeit sollte als unabhängige Instanz die verkrusteten Apparate unter Druck setzen und Widerstände brechen, sollte helfen, Rationalität und Funktionstüchtigkeit aufs neue zu installieren. Aber sie war nicht gedacht, um konkurrierende Machtansprüche zu formulieren. Ihr Platz lag im Vorhof der Macht, nicht im Kampf um sie. Was Gorbatschow erhoffte, waren innovative Impulse aus der Gesellschaft in die Leitungsstrukturen hinein (die damit auch einen Wandel erfahren würden), kein Umsturz des Systems. Die Revolution, von der er sprach, hatte reformatorischen Charakter. Wie die neue Öffentlichkeit kritische Potentiale im unterstützenden Sinne freisetzen sollte, so zielte der Ruf nach einer Verfassungs- und Rechtskultur darauf, die Politik konstitutionellen Regeln zu unterwerfen und in berechenbare Bahnen zu lenken. Vom Ansatz her ein

groß angelegter Integrationsversuch, drohte die Strategie des Umbaus bald zu einem Balanceakt zu werden, permanent in der Gefahr, zur konservativen Seite hin zu kippen. Statt die widerstreitenden Kräfte auf sich verpflichten zu können, war Gorbatschow schnell gezwungen, zwischen ihnen zu lavieren. Im Zentrum der Macht fehlte ihm die Mitte. Ohne selbst über eine eigene Basis oder ausreichende Ressourcen zu verfügen, wehrte er den Zugriff anderer ab, was zeitweise einer Parteinahme für die Reform und zeitweise einer gegen sie gleichkam. Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten konnten da nicht ausbleiben.

Boris Jelzin zeigte eine Alternative. Auch in der Nomenklatura großgeworden, riskierte er dennoch den Bruch, stürzte ab und kehrte über die Gesellschaft an die Macht zurück. Unabhängig von den Apparaten verfügt er über eine eigene Legitimation, die es ihm erlaubt, als Garant radikaler Reformen glaubhaft aufzutreten. Als Schewardnadse vor einer Diktatur warnte und die Vilniuser Ereignisse zu Beginn des Jahres ein blutiges Szenario entwarfen, war es Jelzin, der nach Tallinn fuhr und den Weg der Verhandlungen erzwang. Als Gorbatschow wiederholt und vergeblich die Streiks der Bergleute verbot, fuhr Jelzin schließlich zwei Tage zu ihnen hin, ging in die Gruben, sprach mit ihnen und fand eine Einigung. Was ihm freilich auch Kritik eintrug: Um seine bevorstehende Wahl in Rußland zu sichern, habe er eine mögliche revolutionäre Welle im Lande gebrochen. Manch einer sagt ihm autoritäre Züge nach. Historische Funktionen sind nicht ein für allemal festgeschrieben. Aber die Tatsache, daß Rußland heute nicht als Bollwerk des Imperiums auftritt, sondern als treibender Faktor der Öffnung in Osteuropa, ist mit dem Namen Jelzins nachdrücklich verbunden.

Die Öffnung der Gesellschaft war das tragende Ereignis der frühen Perestroika – sie machte Geschichte. Angestoßen von oben, gewann sie bald eine eigene Dynamik und atemberaubende Geschwindigkeit. Niemand – weder das Politbüro noch die Zunft der Soziologen – wußte, welche Bedürfnisse und Möglichkeiten, Träume und Ängste im Lande schlummerten. An Unwägbarkeiten und Risiken fehlte es nicht. Spätestens seit Ende 1988 lösten sich Rußlands junge Demokraten aus dem Bannkreis Gorbatschows. Ihm gelang es nicht, den Abriß der bremsenden Bürokratien zu beschleunigen und die Willensbekundungen der Völker in sein Konzept aufzunehmen. Wo er geöffnet hatte, vermochte er nicht zu integrieren. In seinem Scheitern lag ein gutes Stück innerer Notwendigkeit. Die gleichsam zweifache Halbheit seiner Politik – dem Apparat wie der Gesellschaft gegenüber – band nicht ein, sondern stieß ab. Fortan vollzog sich die Demokratisierung des Landes im Konflikt mit dem einstigen Initiator, was zwar seinem öffentlichen Ansehen Abbruch tat, den neuen Sozialbewegungen aber in ihrer

Erfahrung zugute kam. Bürgerrechte dürfen nicht bloß gewährt, sie müssen auch, sollen sie sich im Bewußtsein verankern, errungen werde. So gesehen ist der Dauerkonflikt mit der Führung in der geschichtlichen Perspektive eine Art Training, auch wenn er aktuell als schier unerträgliche Belastung wahrgenommen wird. Zu glauben, der Umbau des Imperiums könne in einem Modell der Harmonie gelingen, ist eine Illusion. Vielmehr gilt es, Konfliktstrukturen zu akzeptieren und auf friedliche Formen zu verpflichten. Im übrigen mehren sich die Hinweise darauf, daß auch Gorbatschow von Prozessen lernt, denen er sich früher entgegengestellt hat. Im Ausgleich gewinnt die Politik an Rationalität, die sie als Diktat von oben eingebüßt hatte.

Die Räume, die im eigenen Land freigegeben wurden, mußten erst recht in Zentraleuropa aufgegeben werden. Auf sich selbst gestellt und ohne sowjetische Bestandsgarantie, verloren die überalterten Sozialismen binnen weniger Wochen ihre Repressionsfähigkeit. Eine Überzeugungs- und Bindungskraft besaßen sie ja nicht mehr. Über das Krisenmanagement des Runden Tisches gelang es, die Revolutionen zu »zivilisieren« und neue Politikstrukturen auf den Weg zu bringen. Der Druck aus dem Osten entfiel, der Sog nach Westen hin stieg. In den Worten Ralf Dahrendorfs: heute schlägt in Europa die »Stunde des Bürgers«. Der Kontinent wird sich an seine neue Offenheit erst noch gewöhnen müssen. Für die Sowjetunion bleibt es eine Leistung ersten Ranges, sich dem Verlust ihres Hegemonialsystems gefügt und ihre Interessen von Grund auf umdefiniert zu haben. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß sie keine realistische Alternative hatte.

Überall – sei es in Zentraleuropa, sei es in Rußland – geht es bei dem Neubau der Sozialordnungen um den Versuch, wegzukommen von geschlossenen Konzepten. Noch aus dem Untergrund heraus hatte Václav Havel gegen die »Fanatiker des abstrakten Projekts« polemisiert, nicht ein neues System gefordert, sondern den Schutz des Menschen vor jedem System. In der Tradition liberalen Denkens wird die konkrete Sichtweise des Individuums gegen den anonymen Anspruch des Staates gestellt. Die »Subjektivierung« von Gesellschaft hat die Schaffung autonom handelnder Menschen im Blick, die die bisherigen Mammutbürokratien zurückschneiden und ihnen mehr oder weniger eine Hilfsfunktion zuweisen. Auf dem Programm steht eine Umwertung der Werte, deren praktische Realisierung ohne Beispiel in der Geschichte ist. Der Wunsch, Lebenswelten auszudifferenzieren, modern im Sinne von Max Weber zu werden, soll sich in Gesellschaften vollziehen, die hochfragmentiert sind, ausgelaugt und entfremdet, in Gesellschaften, die sich nicht einmal am Punkt Null, sondern mit ihren nachtotalitären Altlasten im Minusbereich bewegen. Was an bruchstückhaf-

ter Eigensphäre noch vorhanden ist, wird unter dem Druck des ökonomischen Zusammenbruchs, so meinen viele Diagnosen, zum bloßen Notbehelf. Eine Basis für soziales Handeln scheint nicht in Sicht. Demgegenüber sind die Instrumente, die den neuen Bürgern zur Verfügung stehen, überwiegend staatlicher Natur: Sie müssen mit etatistischen Mitteln Staat abbauen und über administrative Schienen versuchen, die Ökonomie zu ökonomisieren. Gewiß ist Staat nicht gleich Staat – der alte gehörte der Partei, der neue soll, an Verfassungsprinzipien gebunden, der Gesellschaft unterworfen sein. Doch werden sich selbst und andere verwaltende Teilbürokratien des Ancien régime noch lange fortdauern. Solange das Erbe zerklüftet bleibt, helfen Rechtsakte und Auflösungsdekrete allein wenig. Um neue Dispositionsräume mit Aussicht auf Erfolg zu installieren und um Denkgewohnheiten zu ändern, braucht man im Grunde als Voraussetzung, was sich erst als Resultat einstellen könnte. Mehr noch: Um die Wirtschaft in privaten Händen zu organisieren, müssen Interessen theoretisch vorweg formuliert werden, noch ehe sie real existent sind. Wieder, wie 70 Jahre zuvor, befindet man sich in der Situation eines historischen Vorgriffs auf etwas, das da sein soll, aber sich selbst noch gar nicht artikulieren kann. Wieder bin ich in der Funktion eines Stellvertreters von Akteuren, die sich erst im Zuge meiner Politik herausbilden können.

In Osteuropa besteht heute Konsens darüber, daß individuelle und gesellschaftliche Autonomie letztlich nur in den Regelsystemen privaten Eigentums abgesichert werden kann. Die Demokratisierung ist eigentumsgestützt. Hoffnungen, die Anfang des Jahrhunderts an antikapitalistische Utopien geknüpft worden waren, richten sich nun, an seinem Ende, auf die bürgerliche Welt. Anleihen bei sozialistischem Gedankengut oder auch nur bei Selbstverwaltungsmodellen sind für den Augenblick eine Sache der Vergangenheit. Was zwischenzeitlich als »Vertragsgesellschaft« und »horizontale Vernetzung« apostrophiert wurde, hat die politische Phantasie bereichert, aber nicht die Frage beantwortet, von welcher Basis aus die Partner agieren und woher sie (zumal im ökonomischen Bereich) ihre Motivation erhalten. Über die Rolle des Staates als Initiativ- und Ausgleichsmacht, den Markt korrigierend, aber auch tragend, wird im sozialdemokratisch beeinflußten Spektrum mehr als anderswo reflektiert. Radikalitätsvarianten der Reform sorgen für reichlich Streit, ohne daß Folgeabschätzungen anders als vage ausfielen. Vieles bewegt sich auf einer Ebene von Symbolen und plakativen Zuweisungen. Interessen, die erst im Entstehen begriffen sind, können noch gar nicht ihre Sprache gefunden haben. Ein Spannungsverhältnis tut sich dennoch auf. Setze ich in der Ökonomie auf Gewinnchancen und soziales Gefälle, plädiere ich in der Politik für Ausgleich. Dividiere ich in

der Ökonomie auseinander, führe ich in der Politik zusammen. Was sich in funktionierenden Marktgesellschaften erfolgreich vereinbaren läßt, verlangt in den Ländern des Übergangs geradezu ein Spagat. Was dort durch eine übergreifende Dynamik (im übrigen keineswegs für alle) aufgefangen wird, ist hier ein eher ungewisser Wechsel auf die Zukunft. Nach den Worten des Moskauer Bürgermeisters Gawril Popow, eines engagierten Reformers, geht es darum, eine neue politische Kultur zu entwerfen, die 90 Prozent der Bevölkerung anerkennen läßt, daß es 10 Prozent der Bevölkerung sehr viel besser gehen muß als ihnen selbst, damit alle 100 Prozent auf den Weg nach oben kommen. Die Früchte der Privatisierung werden länger auf sich warten lassen als die gesellschaftliche Desorientierung. Dies zumal, weil die neuen Ordnungen noch auf Jahrzehnte hin unter den Verwerfungen der alten zu leiden haben. Sie werden nichts so dringend brauchen wie Strukturen der Konfliktbewältigung.

Wagt man einen großen historischen Bogen, so wird sichtbar, daß sich Abfolgen in den Modernisierungsprozessen des westlichen und östlichen Europa geradezu vertauscht haben. Im westlichen Teil hatten sich zunächst, in der frühen Neuzeit, Eigentum, Kapital- und Marktformen ausgebildet. Danach wurde Demokratie eingefordert, auf der Basis florierender Warenbeziehungen und in Korrektur dieser Beziehungen, aus den liberalen und sozialen Bewegungen heraus. In Osteuropa haben wir heute die umgekehrte Situation. Da müssen Sozialbewegungen, die die antiautoritäre Revolution getragen haben, den Markt erst schaffen. Im westlichen Europa wurden politische Rechte der Gleichheit und Demokratie gegen Adel und Krone eingeklagt aus einer Position des Habens. Man verfügte schon über Produktionsmittel, stellte in Handel und Manufaktur etwas dar, holte sich politisch, was man ökonomisch bereits besaß. Im östlichen Europa steht man heute mit weniger vollen Händen da, muß aus einer Position der wirtschaftlichen Schwäche heraus agieren. Wohl fallen die Sozialdaten gar nicht schlecht aus. Die Länder sind urbanisiert, haben die Kommunikationssysteme leidlich aufgebaut, die Bevölkerungen kennen kaum noch Analphabeten, die Qualifikationsgrade haben ein ansehnliches Niveau. Über Jahre hin galten manche Zahlenreihen im Systemvergleich als Aushängeschild und positive Leistungsbilanz. Was jedoch fehlt, ist die eigenständige Handlungsbasis, die Wissen in die Gesellschaft übersetzt und Pluralität von ihrer inneren Logik her konstituiert. Der sowjetische Sozialismus hat im statistischen Sinne Teilmodernitäten geliefert, im Sinne von Innovationsantrieben aber Modernität gerade blockiert. Arbeitsimpulse wurden im Labyrinth der Verteilungsbürokratien fehlgeleitet. Erst wenn es gelingt, die Vielfalt oft diffuser Bedürfnisse in Interessensstrukturen zu übertragen, wird

Autonomie mehr als ein Gegenbegriff zum Staat, nämlich ein Konstruktionselement von Gesellschaft.

Innerhalb wie außerhalb der alten UdSSR machen Negativ-Szenarios die Runde. An Modellen der Ausweglosigkeit herrscht kein Mangel. Konfliktlinien werden so weit radikalisiert, bis sie unauflösbar sind. Demgegenüber wird hier für eine Betrachtungsweise plädiert, die Geschichte nicht als vorprogrammiert begreift. Weil Strukturen nicht ein für allemal festgeschrieben sind, öffnen Widersprüche auch alternative Möglichkeiten. Die Akteure verarbeiten Erfahrungen. Oft genug wird den neuen Kräften zwischen den alten Eliten einerseits und der ökonomischen Misere andererseits keine Chance eingeräumt. Tatsächlich hat sich ihr Einfluß auf die Geschehnisse erweitert, auch wenn Rückschläge gar nicht ausbleiben können. Dies soll an drei Teilrealitäten nachgezeichnet werden. Euphorie freilich ist ebenso fehl am Platze. Was not tut, ist eine verstehende, die alten Denkschemata hinter sich lassende Sichtweise.

Mit der Auflösung der sowjetischen Hegemonialordnung wird die »Rückkehr« der Region, ja der ehemaligen Führungsmacht selbst, nach Europa eingeleitet. Neue Politikräume gewinnen an Kontur. Im Abstreifen autoritärer Muster werden Bürgerrechte und Gewaltenteilung verankert, eine oftmals leidvolle Geschichte öffentlich erinnert. Emotionen schwingen mit, Mythenbildungen sind unausweichlich. Anders als im Bismarckschen Reich definiert sich nationales Bewußtsein nicht primär in Machtkategorien, sondern in der Öffnung zur Außenwelt. Von seiten des Westens wäre deshalb ein Überrollen, ein »Wegkonkurrieren« nicht minder gefährlich als ein Zuwenig an Engagement. Eine »neue Unübersichtlichkeit« droht, das Unwissen ist groß, Pendelausschläge in den Stimmungen sind wahrscheinlich. Im historischen Vergleich sind die Chancen von heute dennoch ohne Beispiel. Als Teil der europäischen Befreiungsgeschichte gehört die Zäsur von 1989 in die Reihe der Aufstands- und Aufbruchsjahre gegen den sowjetischen Sozialismus – 1953 die DDR, 1956 Ungarn und Polen, 1968 die Tschechoslowakei und 1980 wieder Polen. Im gleichen Zuge schreibt sie die Traditionen von 1918 und 1945 fort. Dreimal in diesem Jahrhundert haben sich die Länder des mittleren Europa angeschickt, ihre Eigenstaatlichkeit zu organisieren – im Niedergang des Habsburger und des Osmanischen Reiches, im Sieg über den Faschismus und nun im Zerbrechen der Pax Sovietica. So hoch die Kosten waren, so nachdrücklich die Lehre, daß die wiedererrungene Souveränität mit einem Kooperationsprojekt nach innen und außen verklammert werden muß.

Was für Zentraleuropa gilt, trifft auch für die Peripherien der »bisherigen

Sowjetunion« zu. »Bisherige Sowjetunion«, als Zitat von Willy Brandt, weil unvorstellbar scheint, daß das sowjetische Riesenreich auf Dauer in seinen Grenzen von heute Bestand haben wird. Wer die Demokratisierung des Vielvölkerstaates will, kann den einzelnen Völkern nicht das Selbstbestimmungsrecht verweigern. Aber selbst wer nur die Stabilität des »europäischen Hauses« im Auge hat, muß sich von dem Status quo verabschieden. Seine Statik trägt nicht mehr. Während keine Mechanismen erkennbar sind, die es als sinnvoll erscheinen lassen, Estland etwa und Usbekistan gegen ihren Willen in einem Staatsverband zusammenzuschließen, ermöglicht die Schaffung kleinerer, nationaler Einheiten neue Modernisierungsschübe und überschaubare Handlungsräume. Nach den Worten Galina Starowoitowas – sie zählt zu den Sprechern der demokratischen Bewegung – ist die Nation der »lebende Körper der zivilen Gesellschaft« (civil society). Ihr Weg in die Selbständigkeit ist der Weg aus der Isolation. Wunden freilich, die in der Geschichte geschlagen worden sind, und ethnische Überlappungen heizen Nationalismen auf. Georgien bietet dafür einen bitteren Anschauungsunterricht. Umso notwendiger ist es, dort, wo demokratische Öffnungen angeboten werden, sie zu stützen und nicht einer zerbrechender Struktur auszuliefern. Der neue Unionsvertrag und das Abkommen »9 plus 1« bezeichnen Zwischenstationen, die – bei aller Kritik – auch Bewegung der Zentralbehörden signalisieren. Sie werden noch oft umgeschrieben oder einfach durch Entwicklungen überholt werden. Wie weit entfernt eine fixierbare Ruhelage heute ist, zeigen allein schon die Spannungen, die die Ukraine zu zerreißen drohen.

In Gang kommt schließlich die Nationalbildung in Rußland selbst. Das Land war in seiner Vergangenheit ausgelegt als imperiale Macht. Die Russen jedoch, von den unterworfenen Völkern wahrgenommen als staatstragendes, als dominantes Volk, litten ihrerseits unter der gleichen Herrschergewalt, andere unterdrückend und selbst unterdrückt, wie ein sowjetischer Soziologe kürzlich meinte, ohne die Möglichkeit, zu erfahren, »wer man eigentlich ist«. Daß sich in diesen Monaten die russische Republik auf den Weg macht, ihre Rolle nicht länger hegemonial zu definieren, sondern mit den benachbarten Republiken als gleichberechtigten Partnern zu verkehren, ist ein Vorgang von historischer Tragweite. Der Brückenschlag nach Europa zeigt sich in der Absage an jahrhundertelang eingeübte Paradigmata. Ganz im Gegensatz dazu werben nationalistische Gruppen bis hin zu Pamjat und nicht zuletzt Schriftsteller in ihrem Umfeld für ein Rußland der autoritären Machtentfaltung. Anti-westliche Muster sind in Umlauf, doch haben die Strömungen Wahlen und Umfragen zufolge bislang keine größere Mobilisierung auslösen können.

Das zweite Beobachtungsfeld: die Organisierung von Politik. Alle Verfassungsdebatten laufen auf ein Grundthema zu, politische Theorie seit drei Jahrhunderten, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Während in Zentraleuropa durch die Revolutionen von 1989 die politischen Strukturen in die Gesellschaft zurückverlagert und ihr – vom Anspruch her – untergeordnet wurden, kann in der Sowjetunion von dem Konzept gesprochen werden, staatliche Institutionen (Parlamente) ein Stück weit zu öffnen und gesellschaftliche Gruppen hineinzuholen. Das eigenartige Konstrukt des sozialistischen Staates, der einerseits absterben sollte und andererseits unantastbar war, hat sich einfach aufgelöst. In Zentraleuropa ist die Etablierung demokratisch-präsidialer oder parlamentarischer Ordnungen verfassungspolitisch weit vorangeschritten – es funktioniert ein neues Institutionengefüge –, in der UdSSR haben wir einen Mischungs- und Schwebezustand von alten und neuen Strukturen, überlagert von dem Tauziehen um Kompetenzen zwischen Zentralmacht und Republiken.

Neue Öffentlichkeiten hatten sich in Rußland schon zuvor geformt. In weniger als zwei Jahren (1987-1989) waren Denkverbote weggespült und Themen enttabuisiert worden – landesweit fand eine kognitive Befreiung statt. Die oft apostrophierten Küchengespräche sprangen auf Akademie-Institute über, von dort auf die Straße, um schließlich in die Parlamente hineingetragen zu werden. Ende der achtziger Jahre war die große Stunde der politischen Klubs und der Perestroika-Journale. Samisdat-Publikationen, über Generationen Inbegriff des underground, traten aus ihren Grauzonen heraus. Neue Sprachstile eroberten die Tribüne, die Auditorien hatten ihre Leitfiguren. In Informationskooperativen und Redaktionen suchte man nach Professionalität. Heute haben die großen Städte schon alternative Tageszeitungen am Kiosk und Hunderte, ja Tausende handsortierter Bulletins. Das Wissen über sich selbst, institutionalisiert in einer nichtzensierten Pressestruktur, hat das Land von Grund auf verändert.

Aus Klubs wurden Keimformen politischer Parteien, aus Zusammenschlüssen für die Perestroika bald Bewegungen der Opposition, auf der Suche nach eigenen Programmen. Kostete es Ende 1988 noch Mut, einem Mehrparteiensystem das Wort zu reden, so gab es ein Jahr später schon Dutzende von Gründungsinitiativen. Als Katalysator wirkten die Wahlen 1989, die die Mobilisierung aus den Zirkeln der Intelligenz in Massenversammlungen trugen. Jelzins großer Wahlsieg in Moskau ließ erstmals das Gefühl aufkommen, man könne es schaffen gegen den übermächtigen Apparat. »Wir wurden andere«, rief Gleb Pawlowski, Organisator einer unabhängigen Presseagentur. Nachdem die Sowjetunion über 70 Jahre ihre Rechtfertigung darin gesehen habe, daß auf die Februarrevolution die des Oktober gefolgt

sei, bewege sich nun die Geschichte in umgekehrter Richtung vom Oktober zum Februar. Aus applaudierenden Instanzen wurden streitende und arbeitende Parlamente – der Charakter von Politik wandelte sich. Für die Sprecher der »Informellen« öffneten sich steile Karrieremuster: Eine neue politische Elite gewinnt an Kontur. Fast gleichzeitig – im Sommer 1989 – brachen die Streiks der Bergarbeiter in den Kohlerevieren aus. Mit ihnen stieg mehr als nur die Zahl der Unzufriedenen – eine ganze Klasse meldete sich zurück und zeigte an, daß sie ihre Kraft für Arbeitskämpfe wiedergefunden hat. Die politische Bewegung bekam ihre soziale Dimension und erfuhr – von vielen unbemerkt – eine Neuverteilung der Gewichte. Denn: wird nicht die Bereitschaft der Arbeiter, gegen ihr Elend von heute für die ökonomische Reform von morgen alle Räder anzuhalten, den Zuschnitt eben jener Reform beeinflussen müssen oder neue Konflikte programmieren? Es gibt nicht wenige Beobachter, die den Streikkomitees als Anfängen einer unabhängigen Arbeiterbewegung revolutionäre Sprengkraft zutrauen. Ist dem so, werden die Bergleute auch am »Tag danach« ihre Definitions- oder Vetomacht bewahren wollen.

Das Bild, das die gesellschaftlichen Strömungen in ihrer Summe bieten, ist ebenso bunt wie spannungsreich, aber uneinheitlich, wohl zusammengebunden gegen die entmündigende Arroganz des maroden Establishments, aber in sich selbst nicht zureichend organisiert. Noch fehlen die langen Erfahrungen der polnischen Solidarność oder die zentrierende Kraft des Prager Bürgerforums. Parallel freilich zerfällt die KPdSU in Raten – zunächst die »Demokratische Plattform«, dann die »Kommunisten für Demokratie«, jetzt Eduard Schewardnadse und Alexander Jakowlew neben millionenfachen Einzelaustritten. Ihr Generalsekretär hält von Zeit zu Zeit Ausschau nach einem Rettungsring. Ob der intellektuell ausgedorrten Partei eine weitere Programmkur hilft, ist nach den Erfahrungen in Mitteleuropa eher zweifelhaft. Wollte sie im Ernst ihre »Sozialdemokratisierung«, müßte sie, die nichts ist als Machtstruktur, zunächst einmal ihre Entmachtung wollen. Daß sie Punkte übernimmt, die seit Jahren gegen sie gefordert werden, gibt einen Hinweis auf den Druck, unter dem Gorbatschow steht. Auch in der Armee und dem KGB finden sich vereinzelt Elemente neuen Denkens. Die Dynamik, in der sich das Land bewegt, ist nicht nur eine des Zerfalls. Lernprozesse werden im Zeitraffertempo durchlaufen.

Ende Mai nahm ich im russischen Parlament an einer Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte teil, auf der der Kommandierende General der sowjetischen Truppen im Grenzgebiet von Armenien und Aserbaidschan verhört wurde. Vorsitzender war Sergei Kowaljow, als Bürgerrechtler für viele Jahre in den Gefängnissen Breschnews. Indem er persönliche Polemik

unterband, aber darauf beharrte, daß der General jede Frage zu beantworten und die Untersuchungsrechte des Parlaments zu respektieren habe, schrieb er ein Kapitel russischer Verfassungsgeschichte. Verfahrensregeln greifen Platz. Da müssen sich Regierungen mit Parlamenten verständigen, Zustimmungen sichern und erstmals auch die Erfahrung von Abstimmungsniederlagen machen. Einzelne Abgeordnete üben sich in Debatten, intervenieren und fragen nach, entwickeln Routine in ihren Ausschüssen und sind in der Öffentlichkeit präsent. Republiken, Regionen und Städte sind dabei, über gänzlich neue Strukturen der Kommunikation und des Interessenausgleichs nachzudenken. So gut wie alles fehlt – von horizontalen Verwaltungsmodellen über Rechtsvorschriften bis zu qualifizierten Beamten. Ob ein »Runder Tisch« auf nationaler Ebene, das heißt rußlandweit, die geeignete Organisationsform wäre, die Kräfte der Reform zu konzentrieren, wird gegenwärtig lebhaft diskutiert. In lokalem Rahmen könnte der Versuch gewagt werden.

Ein dritter Aspekt gilt der Frage nach ökonomischen Denkmustern. Hier verbergen sich die größten Unwägbarkeiten. In den Jahren der Stagnation wurde das öffentliche Leben durch Formen der institutionalisierten »Schizophrenie« lahmgelegt, Authentizität in den Untergrund abgeschoben. Die Perestroika versprach Änderung. Nun jedoch, unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise, sieht sich nahezu jeder Bürger genötigt, seine kleinen Geschäfte außerhalb der Legalität abzuschließen. Was denn überhaupt noch legal sei, verschwimmt mehr und mehr. Während auf der Ebene der Politik um den »aufrechten Gang« und die Verläßlichkeit der Regeln gerungen wird, muß man sich auf der wirtschaftlichen durchmogeln, kommt ohne »Kanäle« nicht aus, spielt mit seinen wenigen Valuta und hilft mit Handgeld nach. Jeder hat seine kleine Korruption. Der festere Grund, den man eben erst unter seinen Füßen zu spüren glaubte, schwankt aufs neue. Nach dem Urteil des Wirtschaftswissenschaftlers Oleg Bogomolow werden mit der Inflation die Fehler der Gorbatschowschen Wirtschaftspolitik an die Bevölkerung weitergegeben und gleichsam von ihr bezahlt. Viele prognostizieren den Eklat und errechnen schon heute sein Datum. Wahrscheinlicher ist ein Ausfransen der Verhältnisse, zermürbend, aber auch mit der Chance, Zeit zu gewinnen und Überlebensphilosophien zu entwickeln. Die Vorstellung, eine Unternehmerschicht würde im Reagenzglas geschaffen – ich hatte sie –, ist eine naive. Bei allen Gesetzeswerken, die längst überfällig sind, geschieht Privatisierung auch im Wildwuchs. Nicht wenige Parteisekretäre, die plötzlich als Bankdirektoren auftauchen. Der Komsomol in Moskau, einst Hort kommunistischer Disziplin und sozialistischer Aufrichtigkeit, gilt heute als Häuserspekulant. Ein Nomenklatura-Kapitalismus ist (nicht bloß in Ruß-

land) auf dem Wege. Aus der Mafia und der Schattenwirtschaft heraus erfolgen weitere Rekrutierungen. Selbst im Wissenschaftsbereich stelle ich fest, daß sich Kollegen, von denen ich angenommen hatte, sie schrieben nur Bücher, plötzlich als Gesellschafter von Videounternehmen entpuppen. Kommerzialisierung allenthalben. Um einer allzu selbstgerechten Betrachtungsweise vorzubeugen: der britische Kapitalismus hätte sich ohne die Piraterie von der Cornwallschen Küste aus kaum so erfolgreich entwickelt. Vielleicht werden auch die Mafiosi in Moskau nach 300 Jahren romantisiert. Kooperativen und Managementschulen tun das ihre. Hinzu treten die West-Vernetzungen, denen über die Beschaffung finanzieller Mittel hinaus in der Durchsetzung einer Psychologie des Marktes Pionieraufgaben zufallen.

Da der Sinn für Eigentum wächst und die Akzeptanzwerte soziologischen Umfragen zufolge steigen, könnte es sein, daß die apokalyptischen Visionen ihre Attraktivität einbüßen. Weiß man auch kaum, wie Wurst und Reis zu besorgen, und ist froh über Tee aus dem Westen, überlegt man doch, eine Wohnung zu kaufen, wenn denn privatisiert wird. Und macht mir den Vorschlag, ich könne im Rahmen des Objekts ein Zimmer erhalten, dieses in Valuta bezahlen, was umgerechnet beinahe soviel Rubel ergebe, daß man in der Lage sei, das ganze Quartier in Besitz zu nehmen. Die Aktivitäten oder auch nur Gedankenspiele reichen bis zu sozialen Experimenten (Ärztekooperativen etwa), ja umfassen alternative und ökologische Projekte als Unternehmensform. An den Straßenständen zeigen sich – unter Absatzgesichtspunkten – Tendenzen weg von politischer Literatur hin zu Astrologie und mancher Wahrsagerei. Vor Monaten schon hat Bogomolow die Idee vorgetragen, an die erwachsene Bevölkerung Zertifikate auf Dollarbasis kostenlos auszugeben, die dann nach einer Karenzzeit von einigen Jahren verkauft werden können. Auf diese Weise bilde sich eine Mittelschicht und komme ein natürlicher Akkumulationsprozeß in Gang. Auf keinen Fall gehe es an, dem Staat für die Privatisierung Zahlungen zu leisten, denn das hieße, daß er Gelder für etwas erhielte, was ihm gar nicht gehöre. Solange freilich die sowjetische Ökonomie auf den freien Fall zutreibt und keine verläßlichen Wertschätzungen möglich sind, hängt alle Eigentumsbildung in der Luft und drohen die freigesetzten Phantasien einfach zu verpuffen.

Das, was gemeinhin als Übergang zum Markt bezeichnet wird, vermittelt eine allzu blasse Vorstellung von dem, was sich gegenwärtig in Rußland ereignet. In den zurückliegenden Jahren waren es vornehmlich Persönlichkeiten aus dem Kultur- und Geistesleben, Bürgerrechtler aus dem alten Dissens und Theoretiker der neuen informellen Bewegungen, kurzum Quer- und Vordenker, Autoren, Filmemacher, Wissenschaftler und Publi-

zisten (Generationen überlagerten sich, Umschichtungen waren unübersehbar), die das vibrierende Geschehen in der sowjetischen Öffentlichkeit geprägt haben. Sie suchten den großen Wurf. Nun werden von der vorwegdefinierten Ökonomie her andere Profile und Fertigkeiten eingefordert – Geschäftssinn und Kalkulationsfähigkeit, Nüchternheit und Cleverness. Die neuen Eliten differenzieren sich aus, sind nicht auseinander ableitbar, aber doch aufeinander bezogen. Sie pluralisieren sich – als *civil society* und *bourgeois society*, als räsonnierende, auch handelnde Träger von Politik einerseits, als Business-Leute und Besitzer von Kapital andererseits. Die Unterteilungen setzen sich fort: räsonnierend – handelnd. Ein Stil der Reflexion wird in der Politik nicht dominieren. Der Sphäre von Eigentum und Markt wird jene der Arbeit gegenübertreten – die Streikkomitees erinnern daran, daß mit der Pluralität auch der Widerspruch gewollt sein muß, mit eigenen Sprechern und Gegeneliten. Die Begriffe von Autonomie materialisieren sich in verschiedenen Welten, können einander fremd werden oder gar in Konflikt geraten, aber – soll die Transformation gelingen – stützen sich doch.

Noch freilich existieren die Führungsschichten nicht, ist dies eher ein Planspiel, um Keimformen in der Überzeichnung zu veranschaulichen. Vor allem aber: Noch stehen im Lande die kolossalen Ruinen des Ancien régime gleichsam als Blockademacht. Im ganzen sind die Bedingungen für die Reformer günstiger als vor einem Jahr, die Winterkrise ist letztlich überstanden, die Lage der abtrünnigen baltischen Republiken erscheint weniger gefährdet, hingegen nimmt der Druck auf Armenien besorgniserregend zu. Rußland ist politisch stabiler als zuvor. Wird es dem neuen Präsidenten gelingen, Staat und Gesellschaft, die sich nicht mehr so pauschal gegenüberstellen lassen, aufeinander zuzuführen? Reicht seine Legitimation im Verbund mit der Bewegung im Lande hin, die Bürokratien das Fürchten zu lehren? Manche haben sich auf seine Seite geschlagen. Über Jahrzehnte hat die Kommunistische Partei den Staat als ihre eigene Domäne, ihre Verfügungsmasse betrachtet und damit erst jene heillose Unordnung gestiftet, die sich mit den etatistischen Sozialismen verbindet. Nun muß den Enkeln Lenins ihr »Eigentum« Büro um Büro entwunden werden, während für die, die Jelzin an die Macht getragen haben, der Zwang beginnt, Bürokratie-Kritik und Autonomie-Verlangen in Politik umzusetzen. Der »Gang in die Institutionen« läuft an, noch ehe die Ausgangs- oder Basisbewegungen auch nur in Ansätzen konsolidiert sind. Für die Ausprägung politischer Profile kann das nicht ohne Probleme sein, wenngleich ohne Alternative. Erste Reform-Apparate werden denkbar, politische Fronten kommen ins Rutschen. Eine Ent-Blockierung ist notwendig, um aus Systemkonflikten Sach-

konflikte zu machen, die dann immer noch gelöst werden müssen. In den reform-regierten Städten finden vergleichbare Entwicklungen statt, unionsweit gerät die Doppelstruktur der Streitebenen (die nicht deckungsgleich sind) Zentrum/Reform und Zentralmacht/Republiken zwar in Bewegung, aber nicht in Auflösung. Das Bemühen Gorbatschows, wenigstens über die internationale Schiene (Jawlinski) unentbehrlich zu bleiben, bringt es mit sich, daß er im Innern Flexibilität durch Zugeständnisse zurückgewinnen muß. Noch ehe sich freilich Spielregeln ausbilden, fallen die Konstellationen schon wieder auseinander. Im Auge sollte eine Strömung der technokratisch-machtpolitischen, vielleicht korporatistischen Reform behalten werden, die in den zentralen Apparaten beheimatet zu sein scheint.

In der Analyse der neuen Sozialbewegungen ist wiederholt von »Subjektivierung des sozialen Lebens« die Rede. Waren die siebziger Jahre von einer Tendenz zur Privatisierung und Abschirmung von der Gesellschaft gekennzeichnet, ja, wurde Gesellschaft damals überhaupt in Frage gestellt und als »kollektive Verantwortungslosigkeit« empfunden, so wird nun von einer Rückkehr des »Subjekts« in die Öffentlichkeit gesprochen. Gedacht wird an Authentizität, persönliches Profil, eigene Gestaltungsmöglichkeiten und Interessen, an das Zerbrechen eines hohl gewordenen Normenwirrwarrs, unter dessen Decke verborgen war, was sich im kleinen Zirkel schon längst ausgebildet hatte. Zieht man die Erfahrungen westeuropäischer Länder zu Rate, so stößt man auf ganze Systeme von Rechtsordnungen und Arbeitsverfassungen, die die Wertschätzung verdeutlichen, die Subjekt und Subjektivität entgegengebracht wird. Vieles davon ist im heutigen Rußland erst in der Entwicklung begriffen. Dabei wäre es eine Verkürzung, ausschließlich auf die Verortung in funktionalen Zusammenhängen zu sehen. Von konstitutiver Bedeutung ist die Rückerinnerung an die Geschichte. Die späten achtziger Jahre sind ohne sie gar nicht vorstellbar. Um der Zerstörung des Gedächtnisses entgegenzuwirken, wurde von einer Gruppe junger Leute vorgeschlagen, den Opfern des Stalinismus ein Denkmal zu bauen. Das ist die Geburtsstunde der Gesellschaft »Memorial«, in deren Rahmen sich bald die gesamte intellektuelle Welt des Landes findet. Die Verarbeitung der Stalinzeit war seit dem Tauwetter Chruschtschows ein bewegender Strang der sowjetischen Literatur, über Jahre freilich in den Samisdat gezwungen. Nun gewinnt sie noch einmal neue Dimensionen und erhält gewissermaßen einen Brennpunkt. Auf der Gründungsversammlung 1989 trafen Menschen aufeinander, die sich zum letzten Mal als Häftlinge in Kolyma (Ostsibirien) gesehen hatten. Der restlos überfüllte Saal dankte Sacharow mit Ovationen und gedachte in Schweigeminuten der Opfer der Frauen- und Kinderlager. In vielen Städten der UdSSR, insbesondere in jenen, die aus Lagern erwach-

sen sind, haben sich Geschichtswerkstätten gebildet, um den Spuren vor Ort nachzugehen. Demokratisierung wird begriffen als Nicht-Vergessen, als Hereinholen der Opfer als Versuch, individuelle Würde, wenn es denn ginge, in jedem Einzelschicksal wiederherzustellen. In Deutschland haben wir uns nach dem Krieg demokratisiert über das, wie wir wissen, erfolgreiche Lernen ökonomischer Regeln und westlicher Lebensstile, die Geschichte haben wir beiseite geschoben. In Moskau und Leningrad wird die Erneuerung des Landes nur über die Rekonstruktion des Gedächtnisses für möglich gehalten.

Der Weg, den die Gesellschaften und Völker des östlichen Europa heute gehen, holt uns schnell von dem Sockel herab, auf den wir uns allzu leicht stellen, weil wir beeindruckende Wirtschaftsleistungen aufzuweisen haben. Was wir lernen können, ist Zivilcourage, ein Schwimmen gegen den Strom. Gefragt ist nicht so sehr ein Verehren und Bewundern der großen Figuren. Not tut das Begreifen demokratischer Bewegungen, sozialer Träume und kritischer Potentiale. Öffnungen können wir nur unterstützen, wenn wir selbst offener werden. Vor wenigen Wochen sagte Václav Havel bei der Entgegennahme eines Preises in Dänemark, daß er, nachdem er bald eineinhalb Jahre Präsident sei und Macht habe, anfange, sich »permanent verdächtig zu sein«. Als reiche Nation müssen wir ein solches Gefühl uns selbst gegenüber erst noch entwickeln.

P.S. 21. August 1991 (23 Jahre nach dem Prager Einmarsch)

Zwei Tage nach dem Staatsstreich ist die Lage in Moskau alles andere als übersichtlich. Sollten sich die Putschisten halten, treiben sie das Land in eine Agonie. Nur mit der Vetomacht der Waffen ausgestattet, können sie zwar Entwicklungen blockieren, aber kein einziges Problem lösen. Von Zusammensetzung und Profil her verkörpern sie, selbst schon von Zerfall gezeichnet, das alte System der verschlissenen Apparate. Der Typus eines autoritären Modernisierers ist nicht darunter. Daß Gorbatschow von rechts gestürzt wurde, macht ihn erneut zu einer Symbolfigur der Reform. Die Machtbalancen, die er versuchte, sind gescheitert, die Demokratisierungsprozesse von unten aber müssen nicht zum Abschluß kommen. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen wäre die Revolutionierung des Imperiums ohne Gegenputsch einem Wunder gleichgekommen – einem schönen freilich. Rußland geht einen schwierigen Weg.

Anmerkungen der Redaktion

Die Produktion dieses Heftes wurde am Tag des Staatsstreichs in der Sowjetunion angehalten, um Wolfgang Eichwede und Hans-Henning Schröder Gelegenheit zu geben, ihre Texte zu ergänzen. Die anderen Beiträge wurden Anfang August abgeschlossen.

Ernst Tugendhat, geb. 1930, ist Professor für Philosophie an der Freien Universität Berlin. Sein Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den er am 30. 4. 1991 an der Universität Valencia gehalten hat.

Horst Afheldt, geb. 1924, war bis 1989 Leiter einer selbständigen Arbeitsgruppe »Strategie- und Sicherheitspolitik« in der Max-Planck-Gesellschaft; lebt in München.

Christoph Bertram, geb. 1937, von 1974 bis 1982 Direktor des »Internationalen Instituts für Strategische Studien« in London, ist seit 1982 Redakteur der *Zeit*.

Christiane Grefe, geb. 1957, lebt als freie Journalistin (*SZ*-Magazin u. a.) in München.

Asmus Petersen, geb. 1928, Schriftsteller und Maler, lebt in Hannover.

Ulrike Heider, Publizistin und Sachbuchautorin, lebt in New York.

Hans-Georg Behr, geb. 1941, ist Journalist und Sachbuchautor; lebt in Hamburg.

Joachim Fritz-Vannahme, geb. 1955, lebt seit 1982 in Paris; Redakteur der *Zeit*.

Dmitri A. Wolkogonow, geb. 1928, ist Historiker und Generaloberst der Sowjetarmee. Bis vor kurzem leitete er das »Institut für Kriegsgeschichte« in Moskau. Eine unter seiner Leitung herausgegebene »Geschichte des Zweiten Weltkriegs« wurde von der Redaktionskommission unter Mitwirkung von Verteidigungsminister Jasow als »antikommunistisch« verworfen. Wolkogonow ist heute militärpolitischer Berater des russischen Präsidenten Jelzin und lebt in Moskau. Das Gespräch führte Barbara Kerneck am 14. Juni 1991.

Hans-Henning Schröder, geb. 1949, ist Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Elmar Schmähling, geb. 1937, beendete seine Marinelaufbahn als Flottillenadmiral im Januar 1990 durch Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. Seitdem ist er freier Publizist, Interessengebiet v. a. Sicherheits- und Friedenspolitik.

Bartholomäus Grill, geb. 1954, ist politischer Redakteur der *Zeit*.

Vollker Matthies, geb. 1945, lehrt Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

Michael Sontheimer, geb. 1955, lebt als freier Journalist in Berlin. Zuletzt erschien von ihm *Kambodscha – Land der sanften Mörder* (rororo aktuell, 1990)

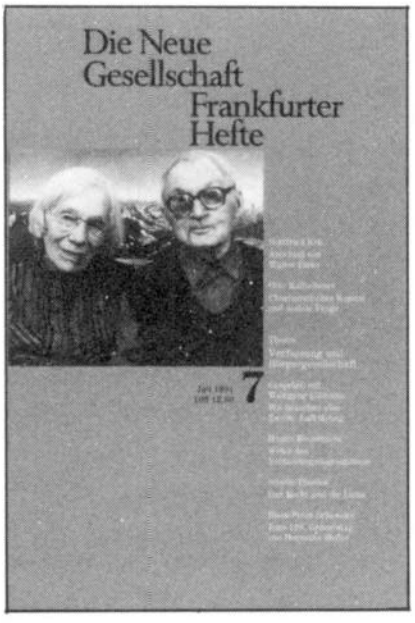
Wolfgang Eichwede, geb. 1942, ist Professor für Politik und Zeitgeschichte Osteuropas an der Universität Bremen.

Die Abbildungen in diesem Heft stammen aus Goyas »Desastres de la Guerra«.

Vorschauen auf die nächsten beiden Kursbücher enthält der Beihefter in dieser Ausgabe zwischen den Seiten 16 und 17.

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Thema 7/91:
Verfassung und Bürgergesellschaft



Herfried Münkler
Wieviel Tugend braucht die Demokratie?

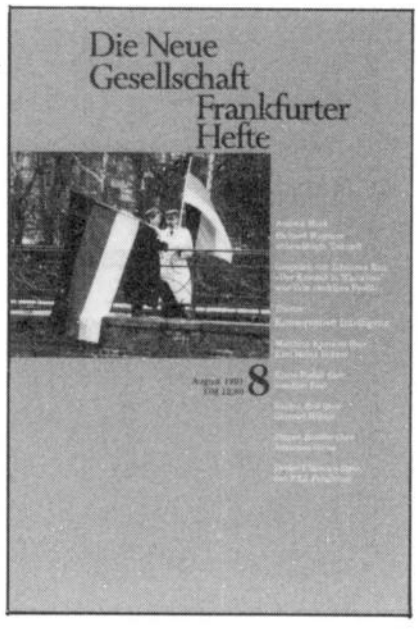
Gespräch mit Wolfgang Ullmann
»Wir brauchen eine Zweite Aufklärung«

Hauke Brunkhorst
Wider den Verfassungsdogmatismus

Sibylle Tönnies
Das Recht und die Linke

Außerdem:
Otto Kallscheuer
Charismatisches Kapital und die soziale Frage

Thema 8/91:
Konservative Intelligenz



Matthias Kamann über
Karl Heinz Bohrer

Klaus Podak über
Joachim Fest

Evelyn Roll über
Gertrud Höhler

Jürgen Busche über
Johannes Gross

Detlev Claussen über
das FAZ-Feuilleton

Außerdem:
Gespräch mit Johannes Rau
»Der Kniefall in Warschau war kein niedriges Profil«

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an bei:
Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
Godesberger Allee 139, 5300 Bonn 2

Neu im Herbst 1991

Nach der Wende hat ein Untersuchungsausschuß der Volkskammer das Geflecht aus politischem Irrtum, moralischem Versagen, Korruption und Amtsmißbrauch in der DDR zu entwirren versucht. Volker Klemm, stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses, kann sich in seinem Buch auf das dem Ausschuß vorliegende, anderswo nicht mehr auffindbare Material stützen.

Volker Klemm
Korruption und Amtsmißbrauch in der DDR
256 Seiten
Paperback (DVA-Bücherei)
DM 26,–

Was bisher nicht in der Presse stand und auch vom Fernsehen nicht gezeigt werden konnte: Wie die RAF entstand, wie sie operierte und wie sie weiterkämpft. Mit neuen Enthüllungen über die Rolle der Stasi dabei und unter Einbezug neuester Fakten entstand so eine brisante Bilanz des Terrors in Deutschland. Spannend wie ein politischer Krimi aber von trauriger Realität.

Butz Peters
RAF
ca. 480 Seiten mit ca. 65 Abbildungen, DM 39,80

Deutsche Verlags-Anstalt
DVA

Wir wollen Ihnen reinen Tee einschenken

TEEKAMPAGNE

DARJEELING
First Flush
Finest Tippy Golden Flowery Orange Pekoe
Ernte 1991

Wir veröffentlichen die Ergebnisse unserer detaillierten Rückstandsanalysen

Extrem preiswert durch Großeinkauf

DARJEELING

Wir verkaufen nur 100% reinen Darjeeling

Eine Idee der

PROJEKTWERKSTATT

an der Freien Universität Berlin

Hiermit bestelle ich Darjeeling, FTGFOP 1, Ernte '91 bei der

Projektwerkstatt GmbH
Patschkauer Weg 5
1000 Berlin 33

Tel.: 030 / 831 56 46

	Anzahl	DM
250g à DM 9,50		
500g à DM 18,-		
1000g à DM 35,-		
Versandkostenpauschale		5,-
Gesamtsumme		

Über die Gesamtsumme füge ich einen Verrechnungsscheck bei. Ku

Meine Anschrift:

Telefon Datum Unterschrift

Ausweis bitte?

Ein Lesebuch über
deutsche Gedächtnisorte
beschrieben von deutschen Autoren

Herausgegeben von Klaus Wagenbach

Die Autoren:

Stephan Hermlin, Heinrich Böll, Freymuth Legler, Tankred Dorst, Erich Fried, Volker Braun, Heinar Kipphardt, Guntram Vesper, Sarah Kirsch, Helmut Heissenbüttel, Franz Hohler, Hans Magnus Enzensberger Günter Kunert, Ingeborg Bachmann, Peter Kurzeck, Peter Rühmkorf, Kurt Bartsch, Reinhard Lettau, Brigitte Kronauer, Alexander Kluge, Heiner Müller, Peter Weiss, Christoph Hein, Wolf Biermann, Christa Wolf, Franz Fühmann, Günter Grass, Jurek Becker, Friederike Roth.

Die besuchten Orte:

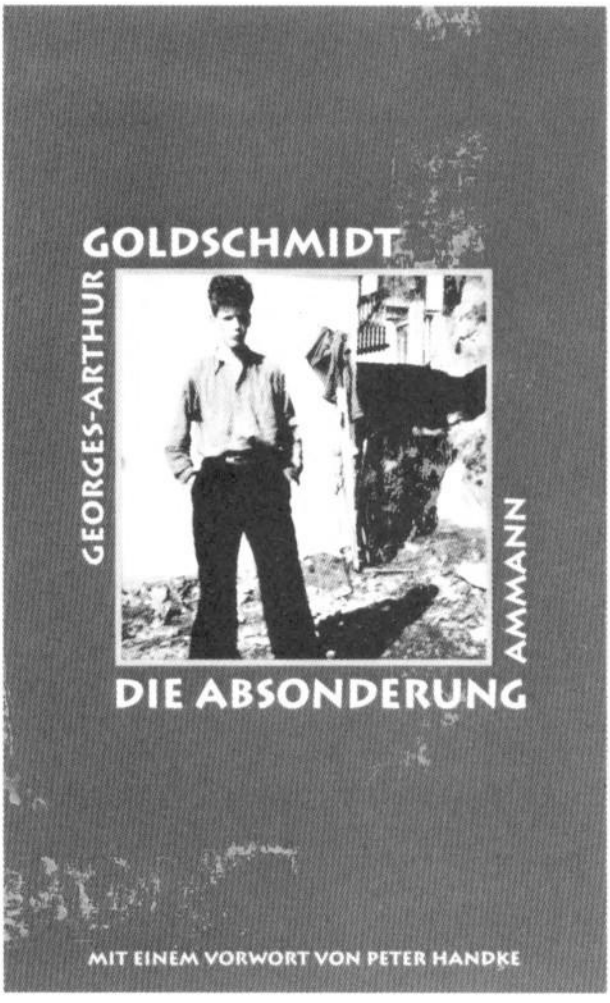
Der Rhein, Schneewittchen, Der Elbuferweg, Gelsenkirchen, Der Teutoburger Wald, Parzival, Das Völkerschlachtdenkmal, Wiepersdorf, Stammheim, Der Deutsche Wald, Die Landessprache und viele andere vertraute und unvertraute Orte.

SALTO. Rotes Leinen. 96 Seiten. DM 19.80

Wagenbach

Für die deutsche Literatur ist dieses Buch ein unverdientes Geschenk.

Frankfurter Allgemeine Zeitung



GEORGES-ARTHUR GOLDSCHMIDT
Die Absonderung
Erzählung.
Mit einem Vorwort von Peter Handke.
Gebunden. 186 S.
Fr. 32.–/DM 34.–
ISBN 3-250-10149-4

»Goldschmidt hat so etwas wie ein Traumbuch geschrieben: in dem Sinn, daß er für Situationen und Ereignisse, für die es bis dahin noch keine Sprache gab... eine solche – nicht findet, sondern einfach hinsetzt.« *Peter Handke*

Ammann

ROWOHLT
BERLIN

War Jugoslawien nur ein Traum?

288 Seiten
Gebunden
DM 38,-

Im Herbst 1944 machten sich fünf junge Schweizer Ärzte und eine Frau auf den Weg nach Jugoslawien, um Titos Partisanenarmee zu helfen. Paul Parin, 1916 in Slowenien geboren, Arzt und Psychoanalytiker, schreibt seine Erinnerungen, Erfahrungen, Hoffnungen und Befürchtungen rund 45 Jahre später, in den Monaten, als der «reale» Sozialismus in Osteuropa zusammenbricht und Jugoslawien von nationalistischen Exzessen geschüttelt wird. Parins Utopie ist geblieben und hat sein Lebenswerk geprägt: Widerstand gegen Repressionen jeder Art. Der Kampf der Partisanen «Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk!» begründete Parins Haltung «Es ist Krieg, und wir gehen hin – als Partisanen im Geist».